



LANDRATSAMT
BODENSEEKREIS

14. BETEILIGUNGSBERICHT



Impressum

Herausgegeben vom Finanzdezernat des Bodenseekreises

Fachliche Verantwortung: Uwe Hermanns, Finanzdezernent
Dominik Männle, Amtsleiter Kämmerei

Bearbeitung: Stephanie Schwarzkopf, stv. Amtsleiterin Kämmerei

Bezugsadresse: Landratsamt Bodenseekreis
Kämmerei
Glärnischstraße 1 - 3
88045 Friedrichshafen
Tel.: 07541 204-5324

Friedrichshafen, im Oktober 2014

Vorwort

Der Bodenseekreis legt zum 14. Mal seit der Novellierung der Gemeindeordnung im Jahr 1999 einen Beteiligungsbericht vor. Der Bericht umfasst das Geschäftsjahr 2013 (bei abweichendem Wirtschaftsjahr das Geschäftsjahr 2012/2013) und wurde von der Kreiskämmerei des Landratsamtes Bodenseekreis erstellt. Der Beteiligungsbericht wird öffentlich bekannt gegeben und ausgelegt. Nach der Beratung im Kreistag wird er auch im Internet abrufbar sein (www.bodenseekreis.de).

Der Bodenseekreis nimmt für die Bürgerinnen und Bürger eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben wahr. Seine Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen innerhalb, aber auch außerhalb des Kreishaushalts. Aus dieser Aufgaben- und damit auch Finanzverantwortung des Landkreises folgt eine Steuerungs- und Überwachungspflicht bei den Beteiligungsgesellschaften. Als wichtiges Instrument dient hierzu der Beteiligungsbericht.

Im Beteiligungsbericht sind sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Landkreises zusammengefasst. Zum einen gibt die Kreiskämmerei mit ihm einen umfassenden Überblick über das Engagement in den unterschiedlichen Aufgabenbereichen außerhalb des Kernhaushalts. Zum anderen soll der Beteiligungsbericht dafür sorgen, dass die Erfüllung kommunaler Aufgaben in Gesellschaften des Privatrechts für den Kreistag und die Bürger transparent bleibt.

Im Beteiligungsbericht ist folgender Inhalt dargestellt:

- Gegenstand des Unternehmens
- Anteil des Bodenseekreises am Unternehmen - die Beteiligungsverhältnisse -
- Besetzung der Organe
- Wesentliche Verträge und Finanzbeziehungen mit dem Bodenseekreis
- Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens
- Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
- Kennzahlen zur Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sowie Leistungskennzahlen.

Bei der Aufgabenerfüllung in privatrechtlichen Unternehmensformen erfolgt die Einbindung des Kreistages nach den gesetzlichen Bestimmungen der Landkreisordnung, der Gemeindeordnung Baden-Württemberg und der Hauptsatzung des Landkreises. In den Gesellschafterversammlungen der Unternehmen wird der Bodenseekreis durch den Landrat vertreten, einen von ihm benannten Vertreter oder eines Vertreter des Kreistages.

Ich danke den Vorsitzenden und Geschäftsführungen der Beteiligungen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes, die zu diesem Bericht beigetragen haben.

Friedrichshafen, im Oktober 2014

gez.
Lothar Wölflé
Landrat

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
I. Vorbemerkungen und Veränderungen	5
II. Abkürzungsverzeichnis	7
III. Die Beteiligungsunternehmen auf einen Blick	9
1. Gesamtübersicht mit ausgewählten Kennzahlen zum Jahresabschluss	10
2. Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen	11
3. Abschlussprüfer	12
IV. OEW-Gruppe	13
OEW - Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke	14
OEW Energie-Beteiligungs GmbH	19
V. Die unmittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises	
<u>Entsorgung und Verkehr</u>	
ABK - Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	25
Flughafen Friedrichshafen GmbH	35
BODO - Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund GmbH	47
BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG	57
Bodensee-Oberschwaben-Bahn Verwaltung GmbH	67
<u>Wirtschaftsförderung</u>	
Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH	71
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	79
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	93
Deutsche Bodensee Tourismus GmbH	105
Energieagentur Bodenseekreis GbR	113
<u>Soziales</u>	
Klinik Tettnang GmbH	115
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH	133
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH	145
<u>Kultur</u>	
Bodensee-Festival GmbH	155
VI. Die mittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises	
Energieagentur Ravensburg gGmbH	165
frieks Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH	179
Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH	187
Gesundheitsakademie Tettnang GmbH	191
Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettnang GmbH	193
Waldburg-Zeil Personalservice GmbH	195
Medizinisches Versorgungszentrum Tettnang GmbH	197
VII. Sonstige Mitgliedschaften des Bodenseekreises	
Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG	199
Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG	201
Baugenossenschaft Überlingen eG	203
Regionalverband Bodensee-Oberschwaben	205
Zweckverband PROTEC Orsingen	209
Zweckverband KIRU Reutlingen-Ulm	211

VIII. Stiftungen des Bodenseekreises

Kunst- und Kulturstiftung des Bodenseekreises	213
KOB – Stiftung Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee	215
NAZ – Stiftung Naturschutzzentrum Eriskirch	217
Stiftung Perspektive Jugend im Bodenseekreis	219

IX. Anhang

Auszug aus der Gemeindeordnung	221
Betriebswirtschaftliche Kennzahlen	222

I. Vorbemerkungen und Veränderungen

Rechtliche Grundlage

Mit dem Gesetz zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften und anderer Gesetze vom 14. Juli 1999 (GABL. 292) hat der Landtag der wachsenden Bedeutung der Beteiligung an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts Rechnung getragen.

Zitat aus der Begründung zu dem Gesetzentwurf:

Das Gesetz will "... einen Beitrag zum Aufbau eines Steuerungssystems leisten, das es der Gemeinde ermöglicht, alle Bereiche der Kommunalverwaltung in vergleichbarer Weise der kommunalpolitischen Verantwortung des Gemeinderats und des Bürgermeisters zu unterstellen. Wesentliche Grundentscheidungen müssen von den demokratisch legitimierten Vertretungsorganen getroffen und verantwortet werden. Dagegen besteht kommunalrechtlich keine Notwendigkeit, in operative Geschäfte einzuwirken."

Kommunale Unternehmen erfahren nach § 102 GemO ihre Rechtfertigung durch die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks. Im Lichte des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG ist es deshalb unabdingbar, dass die kommunalpolitisch Verantwortlichen nicht nur die Kernverwaltung und die Eigenbetriebe, sondern auch die kommunalen Unternehmen und Einrichtungen in Privatrechtsform als Teil der Verwaltung entsprechend ihren Vorstellungen von der Erfüllung des öffentlichen Zwecks letztverantwortlich steuern und kontrollieren.

Erläuterungen zum Bericht

Nach § 105 der Gemeindeordnung in Verbindung mit § 48 der Landkreisordnung hat der Landkreis jährlich einen Bericht über die Unternehmen des privaten Rechts, an denen er unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen.

Ist der Landkreis unmittelbar mit weniger als 25 Prozent an einer Gesellschaft beteiligt, reduziert sich der Inhalt des Berichts auf die wesentlichen Aussagen des Unternehmens gemäß § 105 Abs. 2, letzter Satz, der Gemeindeordnung.

Für die bessere Vergleichbarkeit werden jedoch alle unmittelbaren gleich und auch alle mittelbaren Beteiligungen gleich dargestellt. Auf die Darstellung von mittelbaren Beteiligungen über Zweckverbände wurde verzichtet. Einzige Ausnahme ist aufgrund der besonderen Bedeutung für den Landkreis die OEW Energie-Beteiligungs GmbH.

Zusätzlich zum gesetzlichen Umfang erfolgt weiterhin die Darstellung von Baugenossenschaften, Zweckverbänden und Stiftungen. Mitgliedschaften an Vereinen sind nicht enthalten.

Da die Energieagentur Bodenseekreis GbR keinen eigenen Jahresabschluss erstellt, wird anstelle dessen auf den Jahresabschluss der Energieagentur Ravensburg gGmbH verwiesen.

Allgemeines

Berichtsjahr ist grundsätzlich das Geschäftsjahr 2013 vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013.

Abweichend hiervon gilt für die BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG und die BodenseeOberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2012 bis 30. September 2013.

Die Zwischenergebnisse und Kennzahlen werden zum Teil von den Gesellschaften abweichend von der kreiseigenen Festlegung definiert. Eine direkte Abstimmung mit den dargestellten Analysen ist daher nicht immer möglich. Die Kernaussagen sind jedoch vergleichbar.

Die Angaben unter Nr. 10 (Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens) sind aus den jeweiligen Geschäftsberichten der Unternehmen übernommen. Die Inhalte wurden mit den Gesellschaften im Vorfeld abgestimmt.

Aufgrund der gerundeten Darstellung in T€ können Zwischen- oder Endsummen Differenzen aufweisen. Die Summenwerte sind in diesem Fall korrekt.

Veränderungen im Beteiligungsbericht 2013

Folgende Änderungen haben sich im Berichtsjahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr ergeben:

Unmittelbare Beteiligungen

- ⇒ Deutschen Bodensee Tourismus GmbH: Neugründung
- ⇒ Internationale Bodensee Tourismus GmbH: Reduzierung des Stammkapitals, die prozentualen Anteile des Bodenseekreises blieben gleich

Mittelbare Beteiligungen

- ⇒ Radweg Reisen GmbH: Verkauf der Anteile durch die IBT im Jahr 2012, weshalb der Bericht letztmals 2012 aufgenommen wurde

Sonstiges

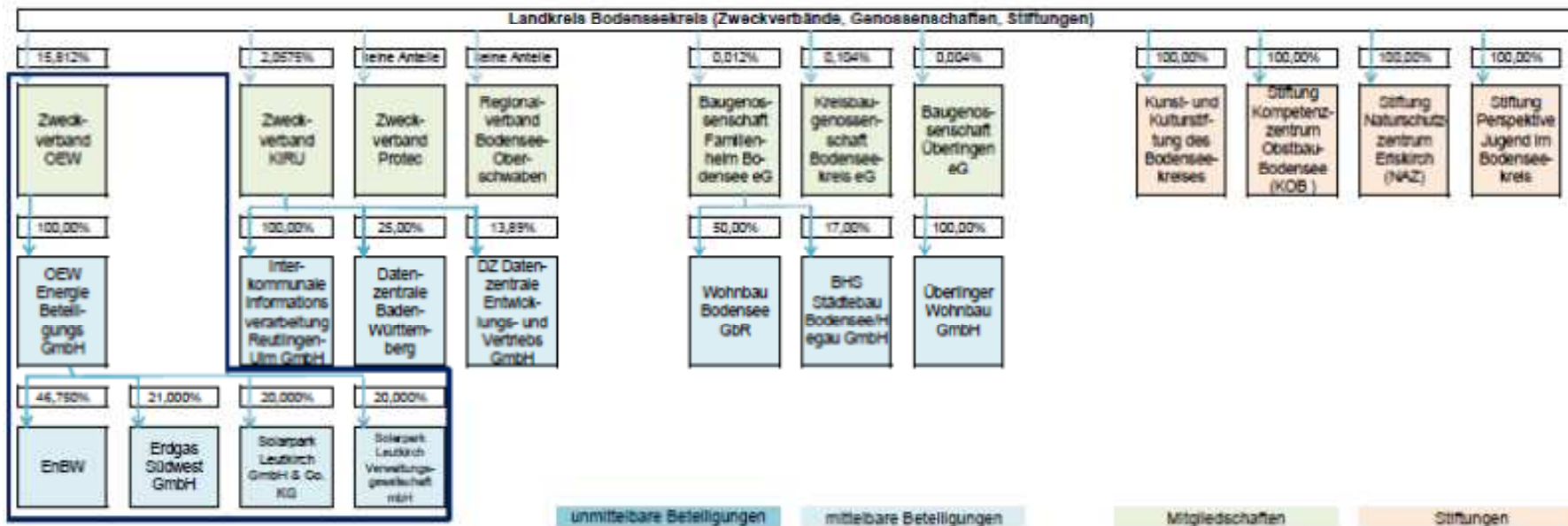
- ⇒ OEW: Die OEW Energie-Beteiligungs GmbH ist nun mit je 20 % an der Solarpark Leutkirch GmbH & Co. KG und der Solarpark Leutkirch Verwaltungsgesellschaft mbH beteiligt.
- ⇒ KIRU: Keine Beteiligung mehr an der ProVitako Genossenschaft (bisher 7 %)

II. Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
a.D.	außer Dienst
AG	Aktiengesellschaft
ALG II	Arbeitslosengeld II (Grundsicherungsleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II)
ANBest-P	Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
AVA	Abfallverbrennungsanlage
AWB	AWB GmbH Abfallwirtschaft Bodensee
AZAV	Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung
BEK	Bodensee-Erlebniskarte
betr.	betreffend, betreffs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BOB	Bodensee-Oberschwaben-Bahn
Bodo	Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund
BW	Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CM	Case-Mix
d.h.	das heißt
DING	Donau-Iller-Nahverkehrsverbund
Dipl.	Diplom
Dr.	Doktor/in
EBIT	Earnings before interests and taxes (Gewinn vor Zins und Steuern)
EBITDA	Earnings before interests, taxes, depreciation and amortisation (Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EK	Eigenkapital
EnBW	Energie Baden-Württemberg AG
Fa.	Firma
ff.	fortfolgende
FFG	Flughafen Friedrichshafen
FN	Friedrichshafen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GemO	Gemeindeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GnR	Genossenschaftsregister
GpZ	Gemeindepsychiatrisches Zentrum
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HR	Handelsregister
IHK	Industrie- und Handelskammer
i.H.v.	in Höhe von
Ing.	Ingenieur
inkl.	inklusive
insg.	insgesamt
KG	Kommanditgesellschaft
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausgesetz

km	Kilometer
KOB	Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee
KStG	Körperschaftssteuergesetz
KVA	Verband Kehrichtverbrennung Thurgau, Weinfelden, Schweiz
LKrO	Landkreisordnung
Mio.	Million
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum
MZV	Müllabfuhr-Zweckverband
m ²	Quadratmeter
NAZ	Naturschutzzentrum
Nr.	Nummer
o.g.	oben genannte
OB	Oberbürgermeister
OEW	Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
p.a.	per anno
RAB	Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH
RBO	Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben
rd.	rund
RHB	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
sog.	sogenannte
SoPo	Sonderposten
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
Stv.	Stellvertreter/Stellvertretender
s.u.	siehe unten
T€	Tausend Euro
to.	Tonne
TWF	Technische Werke Friedrichshafen GmbH
u.	und
u.a.	und andere
vgl.	vergleiche
VIE	Vienna International Airport
Vj.	Vorjahr
VK	Vollzeitkräfte
VTWB e.V.	Verband der Tourismuswirtschaft Bodensee
WFB	Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH
WfbM	Werkstatt für Menschen mit Behinderung
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Württ.	Württembergischen
z.B.	zum Beispiel
ZF	Zahnradfabrik Friedrichshafen
ZfP	Zentrum für Psychiatrie
z.T.	zum Teil
ZV	Zweckverband

Beteiligungsbericht 2012 9



1. Gesamtübersicht mit ausgewählten Bilanzzahlen

Unternehmen	Stammkapital	Anteil Bodenseekreis	Eigenkapital	Bilanzsumme	Anlagevermögen	Umlaufvermögen	Verbindlichkeiten	Umsatzerlöse	Jahresfehlbetrag/ -überschuss (-/+)
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	26.000 €	13.000 €	58.166 €	893.671 €	0 €	893.671 €	830.539 €	9.596.681 €	-2.796,92 €
Flughafen Friedrichshafen GmbH	21.272.000 €	3.059.000 €	6.245.399 €	39.164.620 €	35.854.047 €	3.166.223 €	31.924.815 €	10.648.426 €	-1.198.729,17 €
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	32.000 €	8.000 €	82.385 €	926.044 €	71.309 €	854.647 €	805.334 €	3.567 €	-80.772,70 €
BOB GmbH & Co. KG	1.278.400 €	255.680 €	6.462.782 €	13.220.295 €	9.260.737 €	3.950.972 €	5.515.610 €	7.628.005 €	57.953,35 €
BOB VerwaltungsGmbH	30.000 €	6.000 €	27.925 €	30.275 €	0 €	30.225 €	850 €	0 €	547,18 €
Internationale Bodensee-Messe FN GmbH	3.150.000 €	150.000 €	37.652.679 €	101.430.578 €	93.570.227 €	4.970.787 €	63.615.818 €	7.967.980 €	-35.040.520,56 €
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	96.050 €	8.900 €	124.610 €	384.034 €	21.918 €	351.083 €	201.303 €	186.591 €	0,00 €
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	120.000 €	39.397 €	157.978 €	235.542 €	21.262 €	205.480 €	21.918 €	563.315 €	38.412,00 €
Deutsche Bodensee Tourismus GmbH	100.000 €	70.000 €	123.349 €	179.971 €	25.779 €	135.761 €	34.023 €	11.931 €	23.348,65 €
Energieagentur Ravensburg gGmbH	62.650 €	über die Energieagentur Bodenseekreis GbR	651.433 €	1.059.623 €	121.831 €	935.958 €	287.142 €	480.282 €	138.283,27 €
Klinik Tett nang GmbH	300.000 €	15.300 €	7.537.463 €	29.809.215 €	18.750.715 €	6.435.214 €	16.413.169 €	27.537.169 €	-1.085.889,23 €
Gemeindepsychiatriezentrums Friedrichshafen gGmbH	50.000 €	5.000 €	3.501.670 €	6.812.377 €	6.155.492 €	656.696 €	2.242.325 €	2.126.727 €	116.718,00 €
Gemeindepsychiatriezentrums Überlingen gGmbH	25.000 €	2.500 €	1.343.130 €	2.817.928 €	2.049.207 €	767.547 €	898.190 €	1.901.381 €	85.625,31 €
Bodensee Festival GmbH	197.600 €	15.600 €	186.294 €	196.524 €	8.198 €	187.409 €	3.431 €	289.846 €	-3.859,89 €

2. Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen

Unternehmen	Anlagenintensität	Umlaufintensität	Eigenkapitalquote	Fremdkapitalquote	Anlagedeckung	Umsatzrentabilität	Eigenkapitalrentabilität	Gesamtkapitalrentabilität	Kostendeckung	Cash Flow in T€
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	AV = 0	100,00%	6,51%	93,49%	AV = 0	0,04%	-4,81%	-0,31%	97,60%	-2.961 €
Flughafen Friedrichshafen GmbH	91,55%	8,08%	15,95%	84,05%	17,42%	-0,32%	-19,19%	-0,24%	78,70%	1.120.737 €
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	7,70%	92,29%	8,90%	91,10%	115,53%	-2263,56%	-98,04%	-8,72%	30,00%	-46.791 €
BOB GmbH & Co. KG	70,05%	29,89%	48,89%	51,11%	69,79%	3,11%	0,90%	1,29%	98,94%	994.759 €
BOB VerwaltungsGmbH	AV = 0	99,83%	92,24%	7,76%	AV = 0	Umsatz = 0	1,96%	1,81%	0,00%	47 €
Internationale Bodensee-Messe FN GmbH	92,25%	4,90%	37,12%	62,88%	40,24%	12,98%	-93,06%	-37,52%	109,28%	-29.102.297 €
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	5,71%	91,42%	32,45%	67,55%	568,53%	-2,02%	0,00%	0,00%	21,22%	23.879 €
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	9,03%	87,24%	67,07%	32,93%	743,01%	6,54%	24,31%	16,31%	45,11%	27.227 €
Deutsche Bodensee Tourismus GmbH	14,32%	75,44%	68,54%	31,46%	478,49%	194,67%	18,93%	12,97%	-5,30%	31.573 €
Energieagentur Ravensburg gGmbH	11,50%	88,33%	61,48%	38,52%	534,70%	31,16%	21,23%	13,05%	54,31%	153.358 €
Klinik Tett nang GmbH	62,90%	21,59%	25,29%	74,71%	40,20%	-5,66%	-14,41%	-5,65%	90,81%	558.530 €
Gemeindepsychiatriezentrum Friedrichshafen gGmbH	90,36%	9,64%	51,40%	48,60%	56,89%	7,08%	3,33%	2,23%	99,96%	278.491 €
Gemeindepsychiatriezentrum Überlingen gGmbH	72,72%	27,24%	47,66%	52,34%	65,54%	5,60%	6,38%	3,83%	102,76%	249.837 €
Bodensee Festival GmbH	4,17%	95,36%	94,79%	5,21%	2272,56%	-1,33%	-2,07%	-1,96%	31,86%	-638 €

3. Abschlussprüfer

Unternehmen	Abschlussprüfer 2013	Abschlussprüfer 2012	Abschlussprüfer 2011
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH, Biberach	RSW Treuhand GmbH, Biberach
Flughafen Friedrichshafen GmbH	KPMG	Dipl. oec. Christoph Kübler, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	Dipl. oec. Christoph Kübler, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	EversheimStuible Treiberater GmbH	EversheimStuible Treiberater GmbH	EversheimStuible Treiberater GmbH
BOB GmbH & Co. KG	Rödl & Partner GmbH, Nürnberg	Rödl & Partner GmbH, Nürnberg	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen
BOB VerwaltungsGmbH	Rödl & Partner GmbH, Nürnberg	Rödl & Partner GmbH, Nürnberg	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen
Internationale Bodensee-Messe FN GmbH	Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	Gerold Keller, Owingen	Kanzlei Keller, Owingen	Kanzlei Keller, Owingen
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	Walter Pilz, Wirtschaftsprüfer, Konstanz	Walter Pilz, Wirtschaftsprüfer, Konstanz	Walter Pilz, Wirtschaftsprüfer, Konstanz
Deutsche Bodensee Tourismus GmbH	Linz & Kollegen GmbH, Steuerberatungsgesellschaft	-	-
Energieagentur Ravensburg gGmbH	ALIUS, Steuerberatung Wirtschaftsprüfung, Ravensburg	ALIUS, Steuerberatung Wirtschaftsprüfung, Ravensburg	Dr. Gretter & Partner GmbH, Ravensburg
Klinik Tettnang GmbH	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH
Gemeindepsychiatriezentrum Friedrichshafen gGmbH	Merz & Kübel, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg
Gemeindepsychiatriezentrum Überlingen gGmbH	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg
Bodensee Festival GmbH	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen

IV. OEW Gruppe

OEW Gruppe

Geschäftsverlauf

a) Wirtschaftliche Lage

Für die folgende Zusammenstellung wurden die wesentlichen Daten der rechtlichen Einheiten Zweckverband OEW und OEW Energie-Beteiligungs GmbH zusammengefasst und die Auswirkungen aus internen Vertragsverhältnissen vor allem im Finanzierungsbereich, aber auch im Hinblick auf die Einnahmen (Verrechnungen) aus dem Beteiligungsverhältnis, weitestgehend ausgeklammert. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Gruppe sind ausschließlich Verbindungen zu Dritten zu betrachten.

b) Ertragslage

Die Tätigkeit des Zweckverbands umfasst nahezu ausschließlich die Verwaltung und Erhaltung des Verbandsvermögens, das in wesentlichen Teilen aus den indirekten Beteiligungen (über die OEW Energie-Beteiligungs GmbH) an der EnBW und der ESW GmbH besteht. Damit bestehen auch die Erträge/Einnahmen der OEW-Gruppe nahezu vollständig aus Ausschüttungen der EnBW und ESW GmbH, so dass die Ertragslage sich in erster Linie in Abhängigkeit von der Ausschüttungspolitik der EnBW entwickelt. Die von der ESW GmbH vereinnahmten Erträge machen einen geringeren Anteil an den gesamten Beteiligungserträgen aus.

Im Jahr 2013 betrugen die Beteiligungserträge insgesamt 112,3 Mio. € (Vj. 100,7 Mio. €). Nennenswerte Aufwendungen der OEW Energie-Beteiligungs GmbH ergeben sich in Form von Zinszahlungen aus der Aufnahme von Darlehen bei Kreditinstituten (insg. 22,8 Mio. €; Vj. 23,0 Mio. €). Ausgaben im Rahmen der Kulturpflege wurden vom Zweckverband OEW in Höhe von 1,2 Mio. € (Vj. 1,0 Mio. €) getätigt.

c) Zusammenfassung und Ausblick

Aufgrund der Tatsache, dass der überwiegende Teil des Vermögens des ZV OEW aus der Beteiligung an der OEW Energie-Beteiligungs GmbH besteht oder mit ihr in unmittelbarem Zusammenhang steht (Darlehensgewährung), ist die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des Verbandes eng mit der OEW Energie-Beteiligungs GmbH verknüpft. Die weitaus stärkste Einflussgröße für die Ertrags- und Liquiditätslage der Gruppe ist die Ausschüttungspolitik der EnBW.

d) Kennzahlen

Einen Überblick über die wesentlichen wirtschaftlichen Daten der OEW-Gruppe vermitteln die folgenden Kennzahlen, abgeleitet aus dem Jahresabschluss der OEW Energie-Beteiligungs GmbH sowie dem Rechenschaftsbericht des ZV OEW zum 31. Dezember 2013:

Kennzahlen	2013 in Mio. €	2012 in Mio. €	2011 in Mio. €	2010 in Mio. €
Bilanz				
Eigenkapital ohne Bilanzgewinn	3.387,40	3.347,30	3.227,40	3.129,00
Eigenkapitalquote (%)	80,95	81,29	85,6	87,2
Bilanzsumme	3.961,40	4.216,30	3.956,40	3.772,40
Gewinn- und Verlustrechnung				
Ergebnis nach Steuern	-180,7	80,1	159,8	158,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-180,7	79,7	163,3	161,4
Beteiligungserträge	112,3	100,7	179,2	174,5
Zinsergebnis	-22,0	-18,8	-14,8	-10,7
Finanz-/Liquiditätskennzahlen				
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	118,2	104,6	243,4	222,8

Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (ZV OEW)

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
Kontakt:	Friedenstraße 6, 88212 Ravensburg Tel.: 0751 / 85–92 40 Fax: 0751 / 85-92 06 E-Mail: info@oew-energie.de Homepage: www.oew-energie.de
Gründung:	20. Dezember 1909
Verbandssatzung vom:	21. Juni 1987
Letzte Änderung vom:	27. Januar 2012
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Aufgaben

Der Zweckverband OEW hat die Aufgabe, das Vermögen des Verbandes zu verwalten, die Belange seiner Mitglieder zu vertreten und zu fördern und die Interessen der Energieabnehmer wahrzunehmen. Der Verband kann nach Maßgabe des Wirtschaftsplanes einen Teil der Vermögenserträge zur Förderung kultureller Zwecke im Verbandsgebiet verwenden (§ 3 Verbandssatzung).

3. Verbandsvermögen

	Anteil
Alb-Donau-Kreis	20,989 %
Landkreis Biberach	11,126 %
Landkreis Bodenseekreis	15,812 %
Landkreis Freudenstadt	5,007 %
Landkreis Ravensburg	21,821 %
Landkreis Reutlingen	3,825 %
Landkreis Rottweil	6,479 %
Landkreis Sigmaringen	6,229 %
Zollernalbkreis	8,712 %
	100,00 %

4. Organe des Zweckverbandes

Geschäftsführerin: Barbara Endriss

Verbandsvorsitzender: Heinz Seiffert, Landrat Alb-Donau-Kreis

Verbandsversammlung:

Die gesetzlichen Vertreter (Landräte) der beteiligten Landkreise und weitere von den Kreistagen gewählte, beschließende und beratende Vertreter der Landkreise

Verwaltungsrat:

Von der Verbandsversammlung gewählte Vertreter der Landkreise, derzeit die jeweiligen Landräte.

5. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Der Zweckverband OEW ist alleiniger Gesellschafter der OEW Energie-Beteiligungs GmbH.

Über die OEW Energie-Beteiligungs GmbH ist der Zweckverband OEW

- ⇒ mit einem Anteil von 46,75 % an der EnBW Energie Baden-Württemberg AG,
- ⇒ mit einem Anteil von 21 % an der Erdgas Südwest GmbH,
- ⇒ mit einem Anteil von 20 % an der Solarpark Leutkirch GmbH & Co. KG und
- ⇒ mit einem Anteil von 20 % an der Solarpark Leutkirch Verwaltungsgesellschaft mbG beteiligt.

6. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlungen vom ZV OEW an den Bodenseekreis:

- ⇒ 6.324.800 € Ausschüttung
- ⇒ 3.484 € Fahrtkostenerstattung

Die OEW Energie-Beteiligungs GmbH fördert verschiedene Kulturprojekte, wodurch auch der Bodenseekreis Zuschüsse erhält. Der jährliche Zuschuss beträgt 189.744 € und wird auf verschiedene Projekte, Vereine oder Privatpersonen im Kreis verteilt. Im Haushaltsjahr 2013 wurden 72.636 € abgerufen bzw. weitergeleitet. Der Bodenseekreis erhielt für verschiedene Projekte 71.833 €.

7. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Der Zweckverband beschäftigt eine Assistentin der Geschäftsführung in Vollzeit und vier geringfügig Beschäftigte.

8. Geschäftsverlauf

Der Zweckverband übt keine operative Geschäftstätigkeit aus. Die Vermögenserträge werden zur Förderung der Kultur und für die Ausschüttung an die Mitgliedslandkreise verwendet.

Das Rechnungswesen wurde zum 1. Januar 2010 auf die kaufmännische Buchführung auf der Grundlage des Eigenbetriebsrechts umgestellt. Die Finanzdaten des Berichts beschränken sich auf die kaufmännischen Geschäftsjahre 2012 und 2013

a) Vermögens- und Finanzlage

- ⇒ Für die Kunstsammlung wurden Kunstwerke im Wert von 547.211 € beschafft. Die Kunstsammlung ist zum 31. Dezember 2013 mit einem Wert von 26,7 Mio. € (Vj. 26,1 Mio. €) bilanziert.
- ⇒ Zwölf Gesellschafterdarlehen an die OEW Energie-Beteiligungs GmbH sind endfällig. Für ein Darlehen ist eine Annuität vereinbart und wird jährlich getilgt. Die Gesamtforderung betrug zum Bilanzstichtag 852,3 Mio. € (Vj. 857,8 Mio. €).
- ⇒ Die Liquiditätslage des Zweckverbands war ganzjährig gut.

b) Ertragslage

- ⇒ Für Geldanlagen und Darlehen an die OEW Energie-Beteiligungs GmbH wurden Zinsen und Kursgewinne in Höhe von insgesamt 21,37 Mio. € (Vj. 21,62 Mio. €) vereinnahmt.

- ⇒ 2013 gab es keine Ausschüttung der OEW Energie-Beteiligungs GmbH an den Zweckverband OEW.
- ⇒ Für die Pflege der Kunstsammlung und die Veröffentlichung von zwei Buchreihen wurden 64.089 € (Vj. 60.940 €) aufgewendet. Die Buchreihe „bibliotheca suevica“ wurde mittlerweile eingestellt.
- ⇒ Für die Kulturförderung in den Mitgliedslandkreisen entstanden Aufwendungen in Höhe von 1,1 Mio. € (Vj. 0,92 Mio. €).

c) Ausblick

Der Zweckverband finanziert sich im Wesentlichen über die Zinszahlungen und die Ausschüttungen der OEW Energie-Beteiligungs GmbH. Damit werden die Kulturförderung und die Dividendenausschüttung an die Landkreise finanziert.

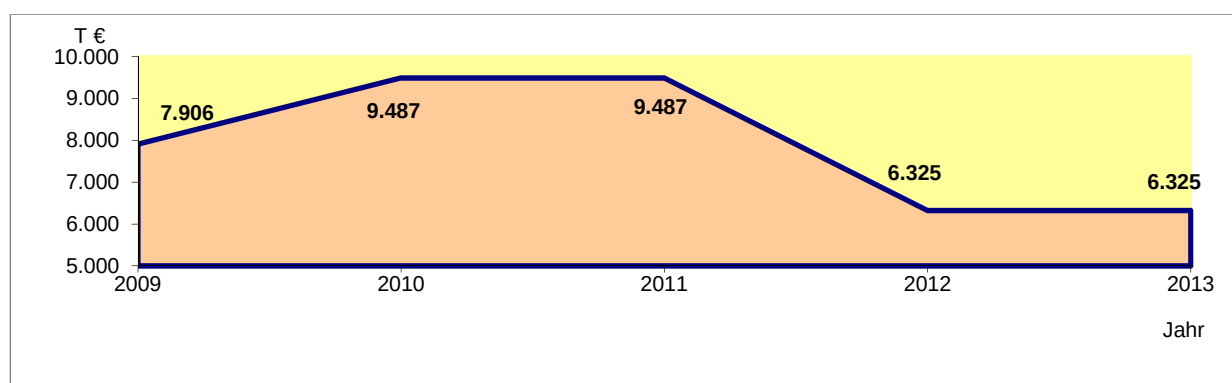
Seit dem Haushaltsjahr 2012 gab es von der OEW Energie-Beteiligungs GmbH keine Ausschüttungen mehr an den Zweckverband. Um die Ausschüttung an die Landkreise i.H.v. 40 Mio. € zu finanzieren, musste deshalb auf die Liquiditätsrücklagen des Zweckverbandes zurückgegriffen und die Ansätze für die Kulturfördermittel und für die Ankäufe von Kunstwerken reduziert werden.

Die Vermögens- und Ertragslage der OEW Energie-Beteiligungs GmbH steht in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Dividendenpolitik der Energie Baden-Württemberg AG und daneben auch mit der Ausschüttung der Erdgas Südwest GmbH. Auf Basis der vorliegenden Mittelfristplanungen der Energie Baden-Württemberg AG ist davon auszugehen, dass die Erträge aus dieser Beteiligung in den kommenden Jahren weiter zurückgehen werden. Dies schränkt den finanziellen Spielraum der OEW Energie-Beteiligungs GmbH erheblich ein. Deshalb ist auch in den kommenden Jahren nicht mit einer Ausschüttung an den Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke zu rechnen.

d) Finanzströme

	2013	2012	2011	2010	2009
Ausschüttung	40.000.000 €	40.000.000 €	60.000.000 €	60.000.000 €	50.000.000 €

9. Entwicklung der Ausschüttung an den Bodenseekreis



Bilanz des ZV OEW zum 31.12.2013

Bilanz	2013		2012		2011	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Sachanlagen</u>	26.683,6	0,9	26.134,6	0,9	25.613,8	0,9
II. <u>Finanzanlagen</u>	1.907.865,0	67,4	1.907.865,0	66,9	1.907.865,0	66,4
	1.934.548,6	68,3	1.933.999,6	67,8	1.933.478,8	67,3
B. Umlaufvermögen						
II. <u>Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	852.256,9	30,1	857.824,7	30,1	862.350,3	30,0
2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.597,6	0,1	1.854,7	0,1	2.374,7	0,1
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>						
1. Wertpapiere	21.483,5	0,8	18.654,8	0,7	51.397,9	1,8
2. Guthaben bei Kreditinstituten	22.725,7	0,8	40.723,3	1,4	23.747,2	0,8
	898.063,8	31,7	919.057,5	32,2	939.870,1	32,7
Bilanzsumme	2.832.612,5	100,0	2.853.057,1	100,0	2.873.348,9	100,0

Bilanz	2013		2012		2011	
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gewinnrücklage	2.812.954,3	99,3	2.820.451,5	98,9	2.820.451,5	98,2
II. Gewinnvortrag	0,0	0,0	12.768,9	0,4	0,0	0,0
III. Jahresüberschuss	19.496,8	0,7	19.733,9	0,7	52.768,9	1,8
	2.832.451,1	100,0	2.852.954,3	100,0	2.873.220,4	100,0
D. Rückstellungen	18,8	0,0	13,9	0,0	124,5	0,0
E. Verbindlichkeiten	142,6	0,0	88,9	0,0	4,0	0,0
Bilanzsumme	2.832.612,5	100,0	2.853.057,1	100,0	2.873.348,9	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung des ZV OEW zum 31.12.2013

Gewinn- und Verlustrechnung	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Sonstige betriebliche Erträge	114,0	100,0	1.651,6	100,0	35,7	100,0
2. Gesamtleistung	114,0	100,0	1.651,6	100,0	35,7	100,0
3. Materialaufwand	64,1	3,4	60,9	1,8	79,1	3,9
4. Personalaufwand	146,1	7,7	140,5	4,1	153,8	7,5
5. Kulturfördermittel	1.117,7	58,8	915,4	26,7	1.305,6	63,6
6. Sonstige/andere betriebliche Aufwendungen	573,4	30,2	2.317,2	67,5	514,9	25,1
7. Gesamtaufwand	1.901,3	100,0	3.433,9	100,0	2.053,3	100,0
8. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-1.787,3		-1.782,3		-2.017,6	
9. Erträge aus Beteiligungen	0,0		0,0		16.000,0	
10. Erträge aus anderen Wertpapieren	271,5		384,2		1.531,7	
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21.102,3		21.234,1		39.967,6	
12. Abschreibungen auf Sachanlagen	-4,2		0,0		0,0	
13. Abschreibungen auf Wertpapiere	-83,7		-100,2		-176,8	
14. Finanzergebnis	21.285,9		21.518,1		57.322,5	
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	19.498,6		19.735,8		55.304,9	
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1,8		-2,0		-2.536,0	
17. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	19.496,8		19.733,9		52.768,9	

OEW Energie-Beteiligungs GmbH**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	OEW Energie-Beteiligungs GmbH
Kontakt:	Friedenstraße 6, 88212 Ravensburg Tel.: 0751/85-9240 Fax: 0751/85-9206 E-Mail: info@oew-energie.de Homepage: www.oew-energie.de
Gründung:	7. Januar 2003
Gesellschaftsvertrag vom:	19. November 2002
Letzte Änderung vom:	27.03.2013
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Beteiligung an energiewirtschaftlichen Unternehmungen im Rahmen des § 102 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Außerdem kann sich die Gesellschaft auf verwandten Gebieten betätigen und alle Geschäfte betreiben, die mit dem Gegenstand des Unternehmens im Zusammenhang stehen.

Ausgenommen sind dabei solche Tätigkeiten, die einer gesetzlichen oder behördlichen Erlaubnis bedürfen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital von 1 Mio. € ist voll einbezahlt.

Einziger Gesellschafter ist der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführerin: Barbara Endriss

Generalvollmacht: Heinz Seiffert, Landrat Alb-Donau-Kreis

Ein Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat besteht nicht.

5. Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an energiewirtschaftlichen Unternehmungen im Rahmen des § 102 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

Die Gesellschaft kann sich auf verwandten Gebieten betätigen und alle Geschäfte betreiben, die mit dem Gegenstand des Unternehmens in Zusammenhang stehen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ EnBW Energie Baden-Württemberg AG (Anteil: 46,55 %)
- ⇒ Erdgas Südwest GmbH (Anteil: 21,00 %)
- ⇒ Solarpark Leutkirch GmbH & Co. KG (Anteil 20,00 %)
- ⇒ Solarpark Leutkirch Verwaltungsgesellschaft mbH (Anteil 20,00 %)

7. Wesentliche Verträge

⇒ Darlehensverträge

Der ZV OEW hat der OEW Energie GmbH zum 31. Dezember 2013 insgesamt 13 Darlehen gewährt. Diese belaufen sich zum 31. Dezember 2013 auf insgesamt 852,3 Mio. € und werden mit einem einheitlichen Zinssatz von 2,0 % p. a. verzinst.

⇒ b) Bürgschaften

Zum 31. Dezember 2013 bestanden aus Sicht des ZV OEW selbstschuldnerische Bürgschaften zugunsten der OEW Energie GmbH gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 747,5 Mio. €.

Der ZV OEW erhielt im Haushaltsjahr 2013 Avalprovisionen in Höhe von 4,1 Mio. € von der OEW Energie GmbH.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

keine

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben der Geschäftsführerin ist kein weiteres Personal beschäftigt.

10. Geschäftsverlauf

a) Vermögens- und Finanzlage

Das Vermögen der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen die genannten Beteiligungen an der EnBW und der ESW GmbH (98,8 % der Bilanzsumme). Außerdem ist die OEW Energie-Beteiligungs GmbH seit 2013 mit einem Anteil von 20 % an der Solarpark Leutkirch GmbH & Co. KG und mit 20 % an der Solarpark Leutkirch Verwaltungsgesellschaft mbH beteiligt.

Die Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus Darlehen gegenüber dem Zweckverband OEW (852,26 Mio. €) und aus Bankverbindlichkeiten (754,15 Mio. €).

Die langfristig und nachhaltig erzielbaren Erträge aus der EnBW bestimmen den Wert der OEW Energie-Beteiligungs GmbH und damit als indirekte Folgewirkung auch den des Vermögens des Zweckverbandes OEW.

b) Ertragslage

Aufgrund des Unternehmenszwecks ergeben sich die Erträge nahezu vollständig aus Ausschüttungen der EnBW sowie aus Beteiligungserträgen der ESW GmbH.

Nennenswerte Aufwendungen sind vor allem Zinszahlungen an Kreditinstitute (22,8 Mio. €) und an den alleinigen Gesellschafter Zweckverband OEW für verschiedene Darlehen (20,96 Mio. €). Außerordentliche Aufwendungen fielen im Berichtsjahr nicht an.

Aus diesen Gründen ist die Ertragslage in erster Linie abhängig von der Ergebnisentwicklung und Ausschüttungspolitik der EnBW.

c) Ausblick

Auch in Zukunft ist die wirtschaftliche Entwicklung der OEW Energie-Beteiligungs GmbH im Wesentlichen von der Ergebnisentwicklung und der Dividendenpolitik der EnBW Energie Baden-Württemberg AG - daneben auch von der Ergebnisentwicklung und der Ausschüttung der Erdgas Südwest GmbH - abhängig. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen in der Branche und der vorliegenden Mittelfristplanungen der EnBW ist davon auszugehen, dass deren Ergebnisse weiter unter Druck sein werden. Ein Rückgang der Erträge aus dieser Beteli-

gung ist deswegen durchaus realistisch. Dies resultiert vor allem aus dem verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien, die auch nach dem neuen EEG immer noch einen Einspeisevorrang vor Strom aus konventioneller Erzeugung haben. Aus diesem Grund haben sich die Einsatzzeiten des konventionellen Kraftwerkparks der EnBW weiter reduziert. Gleichzeitig ist der Strompreis an der Strombörse weiter gesunken. Das neue EEG wird die erhoffte Trendwende wohl auch nicht bringen. Positiv könnte sich hingegen die Einführung von Kapazitätsmechanismen für konventionelle Kraftwerke auswirken. Um die notwendigen Backup-Kapazitäten zu garantieren, müssen die dafür erforderlichen konventionellen Kraftwerke wirtschaftlich betrieben werden können. Auch die nach Gesetzeslage zum 1. Januar 2017 wegfallende Kernbrennstoffsteuer führt zu einer deutlichen Entlastung des Ergebnisses. Die EnBW hat durch die Beschleunigung ihres Programms „Fokus“ ihrerseits Maßnahmen zur Stützung des Jahresergebnisses eingeleitet. Bis Ende 2014 wird das Ziel, nachhaltig 750 Mio. € einzusparen, sogar übererfüllt.

Diese Entwicklungen können in Zukunft den finanziellen Spielraum der OEW Energie-Beteiligungs GmbH weiter einschränken. Aus diesem Grund ist es ein wesentliches Ziel der OEW Energie-Beteiligungs GmbH, den Schuldenstand konsequent zurückzuführen. Deswegen ist auch weiterhin nicht mit einer Ausschüttung an den Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke zu rechnen.

Bilanz der OEW Energie-Beteiligungs GmbH zum 31.12.2013

Aktiva	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Sachanlagen</u>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,7	0,0
II. <u>Finanzanlagen</u>	3.811.970,2	98,0	4.079.677,1	98,8	3.678.312,0	95,4
	3.811.970,2	98,0	4.079.677,1	98,8	3.678.312,7	95,4
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</u>	224,5	0,0	203,9	0,0	0,0	0,0
I. <u>sonstige Vermögensgegenstände</u>	4.199,5	0,1	5.622,2	0,1	8.839,3	0,2
II. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>						
1. Wertpapiere	17.403,0	0,4	10.890,3	0,3	131.727,8	3,4
2. Guthaben bei Kreditinstituten	56.609,6	1,5	34.304,4	0,8	36.560,0	0,9
	78.436,7	2,0	51.020,7	1,2	177.127,1	4,6
Bilanzsumme	3.890.406,8	100,0	4.130.697,9	100,0	3.855.439,8	100,0

Passiva	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. gezeichnetes Kapital	1.000,0	0,0	1.000,0	0,0	1.000,0	0,0
II. Kapitalrücklage	1.906.865,0	49,0	1.906.865,0	46,2	1.906.865,0	49,5
III. Gewinnrücklage	554.492,0	14,3	494.101,7	12,0	371.048,3	9,6
IV. Bilanzgewinn	-180.172,0	-4,6	80.390,3	1,9	143.053,4	3,7
	2.282.185,0	58,7	2.482.357,0	60,1	2.421.966,7	62,8
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	90,0	0,0	27,2	0,0	9,6	0,0
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	134,4	0,0	98,7	0,0	247,0	0,0
	224,4	0,0	125,9	0,0	256,6	0,0
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	754.152,8	19,4	788.536,3	19,1	555.000,0	14,4
II. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	852.256,9	21,9	857.824,7	20,8	862.350,3	22,4
III. Sonstige Verbindlichkeiten	1.587,8	0,0	1.853,9	0,0	15.866,2	0,4
	1.607.997,5	41,3	1.648.214,9	39,9	1.433.216,5	37,2
Bilanzsumme	3.890.406,8	100,0	4.130.697,9	100,0	3.855.439,8	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der OEW Energie-Beteiligungs GmbH zum 31.12.2013

Gewinn- und Verlustrechnung	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Erträge aus Beteiligungen	112.330,1	100,0	100.655,8	99,7	179.170,7	99,6
2. Sonstige betriebliche Erträge	52,0	0,0	330,1	0,3	728,2	0,4
3. Gesamtleistung	112.382,0	100,0	100.985,8	100,0	179.898,9	100,0
3. Abschreibungen	0,0	0,0	0,7	0,1	11,3	1,0
4. Personalaufwand	201,1	11,5	122,8	11,9	96,3	8,8
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.546,8	88,5	910,8	88,1	987,3	90,2
7. Gesamtaufwand	1.747,9	100,0	1.034,4	100,0	1.095,0	100,0
8. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	110.634,1		99.951,5		178.803,9	
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	701,2		3.946,5		3.326,2	
12. Abschreibungen auf Wertpapiere	-267.738,9		0,0		-70,9	
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-43.765,6		-43.952,6		-58.074,3	
13. Finanzergebnis	-310.803,3		-40.006,2		-54.818,9	
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-200.169,2		59.945,3		123.985,0	
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2,4		445,8		-941,5	
Sonstige Steuern	-0,4		-0,8		0,0	
16. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-200.172,0		60.390,3		123.043,4	
15. Gewinnvortrag	20.000,00		20.000,0		20.000,0	
16. Bilanzgewinn	-180.172,0		80.390,3		143.043,4	

ABK -Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis u. Konstanz mbH**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	ABK-Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH
Kontakt:	Glärnischstraße. 1-3, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541/204 - 5492 Fax: 07541/204 - 7492 E-Mail: abfallwirtschaftsamt@bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	19. Februar 1997
Eintragung Handelsregister:	20. Juni 1997
Gesellschaftsvertrag:	19. Februar 1997
Letzte Änderung:	7. November 2000
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist nach § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 7. November 2000 die Verwertung und Behandlung von Abfällen einschließlich der hierfür erforderlichen Transportleistungen. Das Unternehmen trägt dazu bei, dass im Gebiet seiner Gesellschafter eine nachhaltige und kostengünstige Erfüllung der übertragenen Aufgaben gewährleistet wird.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der ABK GmbH von 26.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	13.000,00 €	50,00 %
Landkreis Konstanz	13.000,00 €	50,00 %
	26.000,00 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Berthold Restle, Verwaltungsdezernent i.R.
Uwe Hermanns, Finanzdezernent Bodenseekreis
(ab 25.04.2013)

Aufsichtsrat:

Vorsitzender Frank Hämmerle, Landrat Konstanz (bis 30.04.2013)
Lothar Wölflle, Landrat Bodenseekreis (ab 01.05.2013)

stv. Vorsitzender Lothar Wölflle, Landrat Bodenseekreis (bis 30.04.2013)
Frank Hämmerle, Landrat Konstanz (ab 01.05.2013)

Mitglieder Dr. Gerhard Barisch, Rektor a. D.
Birgit Brachat-Winder, Bankkauffrau
Volker Fouquet, Bürgermeister a.D. Hardheim
Bernd Gerber, Bürgermeister Markdorf a.D.
Erich Habisreuther, Polizeibeamter a.D.
Dieter Hornung, Bürgermeister a.D. Friedrichshafen

Helmut Kennerknecht, Bürgermeister Allensbach
Franz Moser, Bürgermeister a.D. Eschbronn
Artur Ostermaier, Bürgermeister Steißlingen
Dr. Wolfgang Sigg, Rechtsanwalt
Bernhard Volk, Bürgermeister Orsingen-Nenzingen
Edwin Weiß, Bürgermeister Kressbronn

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates beliefen sich auf 44 T€.

5. Öffentlicher Zweck

Der Bodenseekreis hat als zuständige Körperschaft im Sinne von § 17 Abs. 1 und § 20 Abs. 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vom 24. Februar 2012 (KrwG) unter anderem die in seinem Gebiet anfallenden Restabfälle zu entsorgen. Hierfür arbeitet er mit dem Landkreis Konstanz zusammen. Beide Landkreise haben diese Aufgabe auf die ABK GmbH übertragen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keines

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Kooperationsvertrag zwischen dem Landkreis Konstanz und dem Landkreis Bodenseekreis vom 8. Oktober 1998 zur Regelung ihres Rechtsverhältnisses untereinander und zur ABK; der Vertrag trat zum 8. Oktober 1998 mit unbegrenzter Dauer in Kraft.
- ⇒ Behandlungsvertrag mit der TPLUS GmbH, Ettlingen, vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025. Hierzu Änderungsvertrag vom 20./21. Dezember 2001 und Vertrag zur Ergänzung des Behandlungsvertrages vom 2. August 2002 und Ergänzungsvertrag zur Behandlung von Abfällen im Kehrichtheizkraftwerk Josefstraße in Zürich vom 11./17. März 2010.
- ⇒ Behandlungsvertrag mit dem Verband Kehrichtverbrennung Thurgau, Weinfelden/Schweiz, vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis zum 31. Dezember 2025 mit Zusatz vom 5. November 2013 sowie Vereinbarungen über Rückvergütung vom 8. November 2010 und 5. November/ 19. Dezember 2013.
- ⇒ Entsorgungsvertrag mit dem Landkreis Bodenseekreis vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025.
- ⇒ Entsorgungsvertrag mit dem Landkreis Konstanz vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025.
- ⇒ Vertrag mit der TPLUS GmbH, Ettlingen, über die Kosten einer Neuausschreibung und den Ausschluss von Schadenersatzansprüchen vom 2. August 2002.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über Transporte von den Umladestationen im Landkreis Konstanz zur Bahnverladung mit der RWE Umwelt Süd GmbH, Villingen-Schwenningen, vom 3./13. Dezember 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Der Vertrag verlängert sich maximal zweimalig um zwei Jahre, wenn er nicht mit einer Frist von sechs Monaten durch den Auftraggeber zum jeweiligen Vertragsende gekündigt wird.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über Umladung auf und Ferntransporte von den Umladestationen der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz zur AVA Stuttgart-Münster mit der ARGE Hans Schmid GmbH & Stark GmbH & Zwisler GmbH & Co. KG, diese vertreten durch die Zwisler GmbH & Co. KG, Tettnang, vom 14. September 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Nachtrag vom 19. Januar/ 1. März 2011 mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2015 und Vereinbarung zwischen ABK GmbH, ARGE Hans Schmid GmbH & Stark GmbH & Zwisler GmbH & Co. KG und der AWB GmbH, Abfallwirtschaft Bodensee, Friedrichshafen, vom 7./10. Februar 2005 mit

- einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2006. Die Laufzeit verlängert sich automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, wenn sie nicht von einem der Vertragspartner mit einer Frist von drei Monaten zum Vertragsende gekündigt wird.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über das Containerpooling mit der ARGE MZV Dienstleistungs GmbH & Riester GmbH, diese vertreten durch die MZV Dienstleistungs GmbH, Rielasingen-Worblingen, vom 8./14. Oktober 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Änderungsvertrag vom 29. November/3. Dezember 2004 und Nachtrag vom 23. September/22. Oktober 2010 mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2015.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag für Übernahme und Transport von Abfällen mit der Bahn zur Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) in Weinfelden mit der Kompostwerk Landkreis Konstanz GmbH, Singen, vom 4. August 2011/13. September 2011 mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2015. Der Vertrag verlängert sich um zwei weitere Jahre bis zum 31. Dezember 2017, wenn er nicht spätestens 30. Juni 2015 durch den Auftraggeber zum Vertragsende gekündigt wird. Der verlängerte Vertrag verlängert sich um zwei weitere Jahre bis zum 31. Dezember 2019, wenn er nicht spätestens 30. Juni 2017 durch den Auftraggeber zum Vertragsende gekündigt wird. Der verlängerte Vertrag verlängert sich um ein weiteres Jahr bis zum 31. Dezember 2020, wenn er nicht bis spätestens 30. Juni 2019 durch den Auftraggeber zum Vertragsende gekündigt wird.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die ABK:

- ⇒ 5.749.475 € für die Restabfallbehandlung

Zahlungen von der ABK an den Bodenseekreis:

- ⇒ 23.292 € für vom Landkreis geleisteten Personaleinsatz

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben den beiden Geschäftsführern waren zwei Prokuristen sowie eine weitere Mitarbeiterin beschäftigt. Sie werden sämtlich von den Landkreisen gestellt.

10. Lagebericht

a) Geschäft und Rahmenbedingungen:

Die ABK - Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH (ABK) übernimmt die Restabfälle der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz und führt diese einer thermischen Behandlung zu. Hierzu gehören auch die erforderlichen Transportleistungen. Die ABK hat hierzu entsprechende Behandlungsverträge mit Betreibern von Müllverbrennungsanlagen und Verträge mit Transportunternehmen abgeschlossen.

b) Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2013 schließt wie im Vorjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 3 T€. Dieser ist durch die Anwendung des § 10 Nr. 4 KStG bedingt. Danach sind nicht alle getätigten Auszahlungen bei der Gewinnermittlung voll als Betriebsausgabe abzugsfähig.

Es wurden insgesamt 63.837 Tonnen Restabfälle von den Landkreisen Bodenseekreis und Konstanz übernommen und der thermischen Behandlung zugeführt.

Der gesamte Hausmüll sowie ein Teil des Sperr- und Gewerbemülls aus dem Landkreis Konstanz mit zusammen 29.813 Tonnen wurden bei der KVA Thurgau in Weinfelden entsorgt.

Die gesamte Müllmenge aus dem Bodenseekreis sowie die Restmenge aus dem Landkreis Konstanz mit zusammen 34.025 Tonnen wurden über die TPLUS GmbH entsorgt. Hiervon wurden 27.172 Tonnen in der Kehrichtverbrennungsanlage Zürich-Josefstraße behandelt. Im Rahmen des Ausfallverbundes wurden 1.882 Tonnen in der Kehrichtverbrennungsanlage Zürich-Hagenholz sowie 4.971 Tonnen in der Kehrichtverbrennungsanlage Hinwil behandelt.

Mengenbilanz 2013

Behandlung: Abfallherkunft:	TPLUS GmbH (KHKW Zürich-Josefstraße, Zürich-Hagenholz, Hinwil)	KVA Thurgau (KVA Weinfelden)	Insgesamt
Bodenseekreis	32.139 to	0 to	32.139 to
Landkreis Konstanz	1.886 to	29.813 to	31.698 to
Insgesamt	34.025 to	29.813 to	63.837 to

Die entsorgte Menge lag im Rahmen der angemeldeten Mengenbandbreiten.

Logistik:

Die KVA Thurgau hat der ABK GmbH die Möglichkeit der LKW-Anlieferung für eine Teilmenge von 2.699 to in Weinfelden eingeräumt.

Die Entsorgungsbetriebe der Stadt Konstanz (EBK) haben seit August 2013 ihre Sammello- gistik umgestellt. Die Restabfälle werden seither – wie auch die Abfälle aus dem restlichen Kreisgebiet des Landkreises Konstanz – über eine auf dem Betriebsgelände der EBK instal- lierte stationäre Presse in die Bahncontainer verpresst. Dadurch werden höhere Füllgewichte der Container erreicht.

Darüber hinaus wird der bisher auf der Umladestation Konstanz-Dorfweiher in Straßentrans- portcontainer umgeladene Restmüll künftig in Bahncontainer verpresst. Dadurch erhöhte sich die per Bahn transportierte Menge gegenüber 2012 um 1.405 to auf 27.113 to.

Kosten:

Mehrkosten und Einsparungen bei verschiedenen Positionen gleichen sich in der Summe in etwa aus, so dass sich für 2013 durchschnittliche Behandlungs- und Transportkosten in Höhe von 148,52 €/t ergaben. Den Landkreisen wurde ein Mischpreis von 150,33 €/to be- rechnet. Dieser Preis lag um 0,39 €/to niedriger als der kalkulierte Wert von 150,72 EUR/to.

c) Finanzlage

	31.12.2013		31.12.2012		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
<u>Kapital</u>						
Eigenkapital	58	6,5	61	6,9	-3	-4,9
Langfristiges Kapital	58	6,5	61	6,9	-3	-4,9
<u>Schulden gegenüber</u>						
Lieferanten	783	87,6	739	84,2	44	6,0
Gesellschaftern	26	2,9	19	2,2	7	36,8
Sonstige	27	3,0	59	6,7	-32	-54,2
Kurzfristiges Fremdkapital	836	93,5	817	93,1	19	2,3
	894	100,0	878	100,0	16	1,8

Die Eigenkapitalausstattung beläuft sich nach der bereinigten Bilanzsumme auf 6,5 %. Die Kosten werden auf die Landkreise umgelegt. Die Finanzierung erfolgt über unterjährig re- gelmäßige Abschläge seitens der Gesellschafter.

d) Vermögenslage

	31.12.2013		31.12.2012		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
<u>Vermögen</u>						
Kurzfristige Forderungen gegen						
Gesellschafter	623	69,7	697	79,4	-74	-10,6
Sonstige	0	0,0	1	0,1	-1	-100,0
Flüssige Mittel	271	30,3	180	20,5	91	50,6
	894	100,0	878	100,0	16	1,8

e) Nachtragsbericht

Vorgänge besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

f) Risikobericht

Durch die abgeschlossenen Behandlungsverträge mit der TPLUS GmbH und der KVA Thurgau ist die Entsorgungssicherheit für die Landkreise grundsätzlich gewährleistet.

Abweichungen von den angemeldeten Mengenfenstern bei den Behandlungsanlagen sind nach derzeitigem Stand nicht zu befürchten, können andererseits aber aufgrund der Abhängigkeit von gewerblichen Anlieferungen auch nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Probleme können sich jedoch bei einem kurzfristig auftretenden Ausfall der Behandlungs- oder Transportmöglichkeiten ergeben, da die Landkreise Bodenseekreis und Konstanz über keine geeigneten Zwischenlagermöglichkeiten verfügen.

Transportmehrkosten können sich ergeben, falls der LKW-Transport zum RMHKW Stuttgart-Münster in Zukunft nicht mehr wie bisher durch die Innenstadt von Stuttgart erfolgen kann. Durch die im Rahmen des Ergänzungsvertrages mit der TPLUS GmbH vereinbarte Behandlung der Abfälle in der Schweiz wird dieses Risiko bis zum Jahr 2020 deutlich minimiert.

Mittel- bis langfristig können sich Mehrkosten durch notwendige Nachrüstungen der Behandlungsanlagen auf Grund neuer gesetzlicher Anforderungen oder Anordnungen der Genehmigungsbehörden ergeben. Weitere finanzielle Risiken liegen, neben den allgemeinen Preissteigerungen, bei sich ändernden Heizwerten oder Schlackeanteilen sowie bei Änderungen des Wechselkurses zum Schweizer Franken.

Da jedoch alle Kosten der ABK gemäß Gesellschaftsvertrag auf die Landkreise umgelegt werden, liegen hier keine finanziellen Risiken im eigentlichen Sinn vor. Diese werden vielmehr von den Landkreisen getragen.

Die Ausnahmegenehmigung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg zum Export der Abfälle in die Schweiz steht unter einem Widerrufsvorbehalt. Auch dies stellt ein Risiko für die ABK GmbH dar. Das Ministerium wird im Jahr 2014 landesweit die bestehenden Ausnahmegenehmigungen im Hinblick auf mögliche Überkapazitäten in Baden-Württemberg überprüfen. Gegenüber der ABK GmbH hat das Ministerium jedoch schriftlich erklärt, dass es innerhalb der Laufzeit des Vertrages mit der KVA Thurgau (bis 31.12.2025) von dem Widerrufsvorbehalt nicht Gebrauch machen wird.

Auch in der schlanken Personalstruktur der ABK sind z.B. bei kurzfristigem Ausfall und damit verbundenem Know-How-Verlust Risiken vorhanden.

g) Prognose Geschäftsjahre 2014 und 2015

Die Abfallmengen sind in beiden Landkreisen bislang stabil. Die bei den Behandlungsanlagen für das Jahr 2014 angemeldeten Mengenbandbreiten (57.000 to bis 68.000 to) können eingehalten werden. Auch für 2015 wird mit gleichbleibenden Mengen gerechnet.

Die Behandlung der Restabfälle erfolgt in den Jahren 2014 und 2015 weiterhin bei folgenden Anlagen:

- ⇒ TPLUS GmbH: KHKW Zürich-Josefstraße (Zürich-Hagenholz und Hinwil i.R. des Ausfallbundes)
- ⇒ KVA Thurgau: KVA Weinfelden

Im Jahr 2014 erfolgt eine Neuausschreibung der Logistikleistungen mit Wirkung ab 1. Januar 2016.

Friedrichshafen, 11. Februar 2014

Berthold Restle

Uwe Hermanns

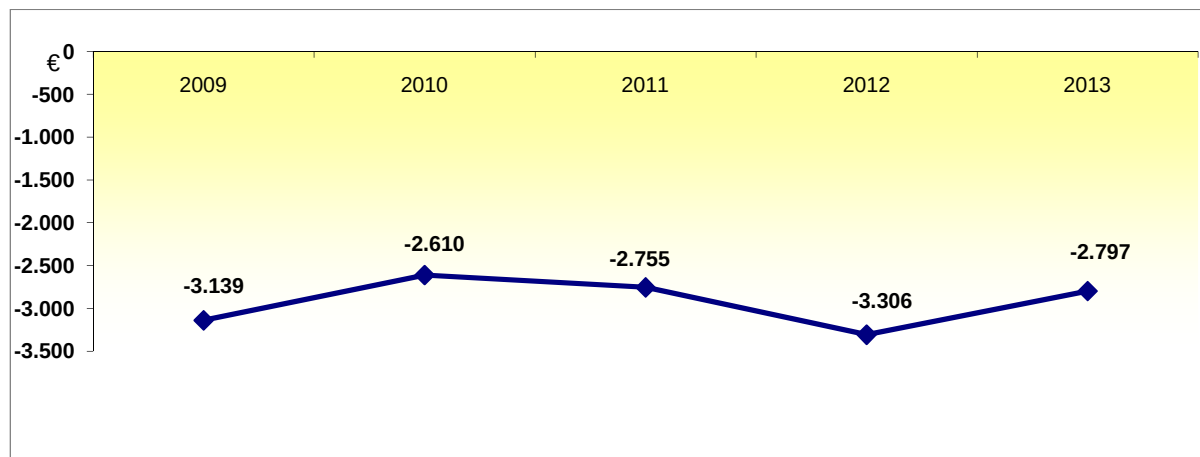
11. Abschlussprüfer

RSW Treuhand GmbH

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2013	2012	2011	2010	2009
Entsorgter Abfall insgesamt in to	63.837	63.627	63.678	65.021	68.119
Entsorgter Abfall in kg / Einwohner im ABK-Gebiet	131,787	129,118	130,110	133,130	140,520

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der ABK GmbH zum 31.12.2013

Bilanz Aktiva	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
II. <u>Sachanlagen</u>						
III. <u>Finanzanlagen</u>						
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
II. <u>Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung						
2. Forderung gegen verbundene Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter	623,0	69,7	696,8	79,4	857,2	57,3
5. Sonstige Vermögensgegenstände	0,1	0,0	1,2	0,1	1,1	0,1
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	270,5	30,3	179,5	20,5	636,6	42,6
	893,7	100,0	877,5	100,0	1.495,0	100,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	893,7	100,0	877,5	100,0	1.495,0	100,0

Bilanz der ABK GmbH zum 31.12.2013

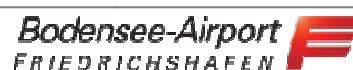
Bilanz Passiva	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	26,0	2,9	26,0	3,0	26,0	1,7
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	35,0	3,9	38,3	4,4	41,0	2,7
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2,8	-0,3	-3,3	-0,4	-2,8	-0,2
	58,2	6,5	61,0	6,9	64,3	4,3
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen	0,7	0,0	0,1	0,0		
III. Sonstige Rückstellungen	4,3	0,5	5,0	0,6	7,7	0,5
	5,0	0,5	5,1	0,6	7,7	0,5
E. Verbindlichkeiten						
I. erhaltene Anzahlungen						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	782,8	87,6	738,9	84,2	1.327,2	88,8
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	25,7	2,9	19,1	2,2	29,4	2,0
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	22,1	2,5	53,4	6,1	66,4	4,4
	830,5	92,9	811,4	92,5	1.423,0	95,2
F. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	893,7	99,9	877,5	100,0	1.495,0	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der ABK GmbH zum 31.12.2013

Gewinn- und Verlustrechnung	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	9.596,7	97,6	9.307,4	96,0	9.332,7	97,2
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	240,1	2,4	382,8	4,0	268,6	2,8
5. Gesamtleistung	9.836,7	100,0	9.690,1	100,0	9.601,2	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.271,4	99,8	9.573,6	98,8	9.466,4	98,6
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	18,8	0,2	19,2	0,2	18,7	0,2
b) Soziale Abgaben	3,9	0,0	4,1	0,0	3,8	0,0
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen						
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	88,8	0,9	89,9	0,9	110,6	1,2
10. Gesamtaufwand	9.833,0	100,0	9.686,8	100,0	9.599,5	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	3,8		3,4		1,7	
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,4		2,0		3,4	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
18. Finanzergebnis	1,4		2,0		3,4	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,2		5,4		5,2	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8,0		8,7		7,9	
22. Sonstige Steuern						
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-2,8		-3,3		-2,8	

Flughafen Friedrichshafen GmbH

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Flughafen Friedrichshafen GmbH
Kontakt:	Am Flugplatz 64, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 284-0 Fax: 07541 / 284-119 E-Mail: info@fly-away.de Homepage: www.fly-away.de
Gründungsdatum:	6. Juni 1928
Eintragung Handelsregister:	14. September 1928
Gesellschaftsvertrag:	6. Juni 1928
Letzte Änderung:	2. Mai 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt Tochterunternehmen zu gründen sowie sich an anderen Unternehmen zu beteiligen und die Geschäftsführung bei diesem zu übernehmen und diese Unternehmen unter ihrer Leitung zusammenzufassen. Sie ist ferner berechtigt, alle mit dem Geschäftszweck im Zusammenhang stehenden Geschäfte und Handlungen vorzunehmen oder durch Dritte besorgen zu lassen. Die Gesellschaft kann ferner Geschäfte jeder Art durchführen, die dem Gegenstand des Unternehmens dienen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Flughafen GmbH von 21.272.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
VIE International Beteiligungsmanagement Ges.m.b.H.	5.350.000 €	25,15 %
Stadt Friedrichshafen	3.059.000 €	14,38 %
Landkreis Bodenseekreis	3.059.000 €	14,38 %
Land Baden-Württemberg	2.647.000 €	12,44 %
ZF Friedrichshafen AG	1.994.000 €	9,37 %
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	1.897.000 €	8,92 %
Luftschiffbau Zeppelin GmbH	1.635.000 €	7,69 %
Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben	731.000 €	3,44 %
Dornier GmbH	450.000 €	2,12 %
Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen GmbH	450.000 €	2,12 %
	21.272.000 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Gerold Tumulka

Aufsichtsrat:

Vorsitzender

stv. Vorsitzender

Mitglieder:

Dieter Hornung, Bürgermeister a.D. Friedrichshafen

Prof. Dr. Peter Jany, IHK Bodensee-Oberschwaben

Prof. Georg Fundel, Flughafen Stuttgart GmbH

Mag. Herbert Kaufmann, Airport Berater

Mag. Karl Dandler, VIE International Beteiligungsmanagementgesellschaft mbH (ab 13.03.2013)

Dr. Konstantin Sauer, ZF Friedrichshafen AG

MMag. Michael Höferer, (bis 13.03.2013) VIE International Beteiligungsmanagementgesellschaft mbH

Thomas Brandt, Luftschiffbau Zeppelin GmbH

Dr. Stefan Köhler, Stadt Friedrichshafen

Joachim Kruschwitz, Erster Landesbeamte Bodenseekreis

Alfred Müllner, Technische Werke Friedrichshafen GmbH

Der Aufsichtsrat erhielt im Geschäftsjahr 2013 Vergütungen in Höhe von 42 T€.

5. Öffentlicher Zweck

Durch die Anlage und den Betrieb eines öffentlichen Flughafens erfüllt die Gesellschaft einen wesentlichen Beitrag bei der verkehrstechnischen Anbindung der Vier-Länder-Region Deutschland, Österreich, Schweiz und Lichtenstein. Die Gesellschaft ist somit ein wichtiger Pulsgeber für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ Flughafen Personal- und Servicegesellschaft mbH, Friedrichshafen
(Einlage: 18.800 €, Anteil: 75,2 %)

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 2. Mai 2007
- ⇒ Betriebsgenehmigung in der Fassung vom 24. August 1994
- ⇒ Entgeltordnung in der Fassung vom 1. Mai 2013 und 1. Oktober 2010
- ⇒ Darlehensverträge mit der Landesbank BW, Sparkasse Bodensee und den Gesellschaftern
- ⇒ Versicherungsverträge mit der Allianz Versicherungsgesellschaft (Vermögensschadenshaftpflichtversicherung, D&O-Versicherung der Aufsichts-/Leitungsorgane sowie leitender Angestellte
- ⇒ Laut Vereinbarung vom 15. Dezember 1997 (1. Änderung vom 2./11. Februar 1999) erstattet das Land Baden-Württemberg der FFG gemäß § 29 Abs. 1 LuftVG bzw. § 27d LuftVG pauschal die von der FFG für das Land erbrachten Luftaufsichtsdienste bzw. Flugsicherungsbetriebsdienste.
- ⇒ Die Erstattung für Fluggastkontrolldienste wurde mit Vertrag vom 22./29. Juni 2009 zwischen dem Land Baden-Württemberg und der FFG neu geregelt. Seit 1. Januar 2010 vergütet das Land Baden-Württemberg der FFG eine Pauschalvergütung pro eingesetztem Luftsicherheitsassistenten und Einsatzstunde zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer. Die Pauschalvergütung setzt sich grundsätzlich aus dem tariflichen Stundenlohn, den lohnabhängigen Kosten und den sonstigen Kosten zusammen.
- ⇒ Mit verschiedenen Airlines bestehen IATA Standard Ground Handling Verträge, die über die Entgeltordnung hinaus Abfertigungs- und Sonderdienste mit den Vertragspartnern regeln.

- ⇒ Vertrag über Lagerung, Verkauf und Auslieferung von Flugbetriebsstoffen auf dem Flughafengelände vom 01. Januar 2013 für die AIR BP Ltd.
- ⇒ Mit dem Instandhaltungs- und Dienstleistungsvertrag vom 19. März 2010 wird vereinbart, dass die IBS Luftfahrt und Service GmbH, Friedrichshafen, alle Instandhaltungsarbeiten übernimmt, die für einen störungsfreien und regelkonformen Betrieb der Flugbetriebstechnik erforderlich sind.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlungen vom Bodenseekreis an die FFG:

- ⇒ 3.250.000 € als Gesellschafterdarlehen
- ⇒ 72 € für Sonstiges

Zahlungen von der FFG an den Bodenseekreis:

- ⇒ 3.345 € für verschiedene Gebühren oder Spenden
- ⇒ 14.579 € für Zinsen (Gesellschafterdarlehen)

Der Bodenseekreis gewährte der Flughafen Friedrichshafen GmbH Ausfallbürgschaften zusammen mit der Stadt Friedrichshafen (je 50 %), damit die FFG zinsverbilligte Darlehen in Anspruch nehmen konnte.

Der aktuelle Stand der Darlehen zum 31. Dezember 2013 beträgt 1.208.856,62 €.

Die Bürgschaften betragen entsprechend 604.428,31 € (Vj. 1.054.144,10 €).

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr 2013 waren neben dem Geschäftsführer im Jahresdurchschnitt 142,75 Mitarbeiter beschäftigt. Diese verteilen sich auf die Gruppen wie folgt:

- ⇒ Sekretariat 1,
- ⇒ Verkehr 112,75,
- ⇒ Kaufmännische Verwaltung/Personal 6,50,
- ⇒ Marketing und Vertrieb inkl. Parkplatz- und Infoservice 17,50,
- ⇒ Facility Management 5,00 und

10. Lagebericht

a) Grundlagen des Unternehmens

Die Flughafen Friedrichshafen GmbH (FFG) betreibt einen regionalen Verkehrsflughafen am Standort Friedrichshafen.

Die Umsatzerlöse setzen sich aus den drei Bereichen "operative Kernerlöse", "operative Zusatzerlöse" und "Non-Aviation-Erlöse" zusammen.

Als Bodensee-Airport gilt der Flughafen als Gateway zu der wirtschaftlich starken Vierländer-Region (Österreich, Schweiz, Liechtenstein und Deutschland). Gute Wirtschaftskennzahlen prägen das geographische Umfeld. Der Flughafen bietet der Region wichtige Anschlüsse in alle Welt und kurze Wege. Somit profitieren vom Flughafen im Besonderen die heimischen Unternehmen und die Touristikregionen. Der Standard der Flugbetriebsanlagen ist modern und entspricht internationalen Standards. Insbesondere das Instrumentenlandesystem der Kategorie IIIb und der Anti-Skid-Belag sorgen für einen hohen technischen und Sicherheits-Standard.

Die wichtigsten Märkte für die FFG bleiben wie in den Vorjahren die innerdeutschen Linienverbindungen. Dabei ist besonders die Hubanbindung nach Frankfurt mit Lufthansa hervorzuheben. Die neue Hubanbindung mit Turkish Airlines nach Istanbul hat sich gut entwickelt und zeigt Ausbaupotenziale für 2014. Damit werden Verbindungen nach Asien und in den Mittleren Osten weiter entwickelt.

Die Linienverbindungen tragen mit über 60 % des Verkehrsaufkommens maßgeblich zum Erfolg der Flugverbindungen bei. Die Hubanbindungen sind dabei, aufgrund der Umsteigeangebote, wichtige Träger, da sie gerade im Geschäftskundensegment Verbindungen in die ganze Welt eröffnen.

Die wichtigsten Verbindungen:

Lufthansa-Gruppe

InterSky

Turkish Airlines

Hamburg Airways (Thomas Cook-Gruppe)

Monarch Airlines

Air Berlin

Frankfurt, Köln

Berlin, Hamburg, Düsseldorf

Istanbul

Schwerpunkt Touristik

London & Manchester im Winter

Palma & Ibiza im Sommer

b) Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf und Entwicklung der Branche

Im Berichtsjahr befand sich Branche und Verkehrsentwicklung am Flughafen gleichermaßen unter Druck. Neben der erfolgreichen Neuansiedlung von Fluggesellschaften und der Etablierung bestehender Airlines zeigten einzelne und Fluggesellschaften deutliche Schwächen.

Besonders die am Standort angesiedelte Fluggesellschaft InterSky hatte nach massiven Änderungen im Produkt und Preisangebot einen sehr deutlichen Passagerrückgang zu verzeichnen.

Der Wechsel des Verkehrstages auf der Strecke Ibiza von Samstag auf Donnerstag durch Air Berlin sorgte hier für größere Passagerrückgänge. Dennoch ist es gelungen, Air Berlin am Standort zu halten. Nach zuletzt doch erheblichen Airport-Reduzierungen ein deutliches Signal der Fluggesellschaft.

Nach offizieller Reisewarnung für Ägypten musste mangels Nachfrage der regelmäßige Flug nach Hurghada seitens der Reiseveranstalter im August kurzfristig gestrichen werden. Die zu Saisonbeginn im Juni veröffentlichte Insolvenz der türkischen Fluggesellschaft SKY Airlines konnte nur teilweise durch Sonderflüge kompensiert werden.

Erfreulich verlaufen ist die Neuansiedlung von Turkish Airlines. Mit guten Auslastungen und vielen neuen Kunden bedient der türkische Nationalcarrier regelmäßig unseren Markt mit großen Flugzeugen.

Auch Monarch Airlines hat das Winterprogramm wieder erfolgreich aufgenommen. Nach der kurzfristigen Entscheidung, den Sommerflugplan deutschlandweit zu streichen, eine erfreuliche Entwicklung. Im Winter kam neu British Airways mit einem regelmäßigen Flug nach London-Heathrow hinzu. Transavia konnte die Streckenergebnisse nach Rotterdam stabilisieren.

Ebenfalls im Winterflugplan wurde das touristische Programm um eine zusätzliche Destination auf den Kanaren erweitert.

Bundesweit steht die Branche, speziell die Regionalflughäfen, weiter unter enormem Druck mit gebremstem oder teilweise sogar stark rückläufigem Wachstum. Das Umfeld des Flughafens Friedrichshafen ist auch in 2013 wieder vom scharfen Wettbewerb der Flughäfen gekennzeichnet gewesen. Das Einzugsgebiet Friedrichshafens überlappt sich dabei mit den Hubs in Stuttgart (Germanwings), München (Lufthansa) und Zürich (Swiss). Dazu kommt noch der geographisch nahegelegene Flugplatz in Memmingen mit seinem eher touristischen Angebot.

Für einen kleineren Regionalflughafen wie Friedrichshafen ist die Anbindung an die Hubs der großen Airlines von überragender Bedeutung, da dies die Attraktivität des Standorts Friedrichshafen maßgeblich fördert und Friedrichshafen auf den Landkarten der Airlines und Allianzen platziert.

Im Kalenderjahr 2013 erreichte die FFG ein Passagiovolumen von 536.030 Passagieren. Dieses Ergebnis liegt 1,7 % unter dem Vorjahr und ca. 9,0 % unter Plan. Hauptausschlaggebend für diese Veränderungen war die sich schleichend entwickelnde Schwäche der InterSky im Markt, die Insolvenz der Sky Airlines (TürkeiProgramm) im Juni 2013, die Stornierung des Sommerprogramms 2013 nach England (London) durch Monarch Airlines im April und die Stornierung des ÄgyptenProgramms im August aufgrund der wiederaufgeflamnten Unruhen in Ägypten. Diese Ausfälle konnten zum Teil durch den Betriebsbeginn der Turkish Airlines im Mai und kurzfristige Charter in die Türkei im Hochsommer ersetzt werden. Eine vollständige Kompensation konnte aber aufgrund der Kurzfristigkeit der Stornierungen nicht erreicht werden.

Im Vergleich zu den anderen Regionalflughäfen in Baden-Württemberg und der Umgebung von Friedrichshafen zeichnet der Passagierückgang ein differenzierteres Bild. Karlsruhe/Baden-Baden verzeichnet einen Passagierückgang um 17,7 % und Memmingen wurde mit einem Rückgang von 3,6 % getroffen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Im Berichtsjahr sind Investitionen ins Anlagevermögen in Höhe von 694 T€ durchgeführt worden.

Als die größten Investitionen sind der Neubau Vorfeld II, die Anschaffung der technischen Anlagen (Sichtweitenmessgerät und Wolkenhöhenmesser) als Teil des Instrumentenlandesystems sowie die Anschaffung von zwei gebrauchten Fluggasttreppen zu nennen.

Auch im Jahr 2014 sind Investitionen geplant. Diese betreffen insbesondere die Sicherheitsanlagen, die aufgrund der neuen Luftverkehrssicherheitsgesetze vorgeschrieben sind.

Die im Berichtsjahr durchgeführten und oben beschriebenen Investitionen und die Abschreibungen haben zu einer Reduzierung des Anlagevermögens der FFG geführt. Das Sachanlagevermögen hat sich im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 1.723 T€ reduziert.

Das Eigenkapital hat sich um den im Berichtsjahr erwirtschafteten Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 1.199 T€ auf rd. 6.245 T€ verringert. Die Eigenkapitalquote der FFG beträgt per 31. Dezember 2013 rd. 16 %.

Die langfristigen Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr 2013 gegenüber dem Vorjahr erhöht. Als Ursache hierfür ist die Zunahme der Rückstellungen für Pensionen zu nennen.

Die sonstigen Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr 2013 gegenüber dem Vorjahr reduziert. Als Ursache hierfür sind die Abnahme der Rückstellungen im Bereich RHB sowie die Abnahme der Rückstellungen für Altersteilzeit zu nennen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziert. Die Reduktion ist auf die vertraglich vereinbarten Tilgungen in Höhe von 1.202 T€, der Tilgung eines endfälligen Darlehens in Höhe von 2.000 T€ sowie der Sondertilgung von Bankdarlehen in Höhe von 2.327 T€ zurückzuführen.

Zur Sicherung der Liquidität hat die Gesellschaft bei der Stadt Friedrichshafen sowie beim Landkreis Bodenseekreis jeweils ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 3.250 T€ (Laufzeit: 28. Februar 2014; Verlängerung jeweils um 1 Jahr bis 28. Februar 2015) aufgenommen.

Die Bilanzsumme hat sich in 2013 gegenüber dem Vorjahr um 834 T€ reduziert. Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt in 2013 990 T€ (Vj. 1.098 T€). Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt in 2013 694 T€ (Vj. 80 T€) und der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt in 2013 430 T€ (Vj. -900 T€).

Die Umsatzerlöse der FFG sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr von 10.436 T€ um 242 T€, also rd. 2,3 % auf 10.678 T€ gestiegen. Die Umsatzerlöse setzen sich aus den drei Bereichen "operative Kernerlöse", "operative Zusatzerlöse" und "Non-Aviation-Erlöse" zusammen. Umsatzsteigerungen haben im Berichtsjahr in den Bereichen operative Zusatzerlöse sowie Non-Aviation-Erlöse stattgefunden. Die operativen Kernerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % gefallen. Aufgrund eines Passagierrückganges von 1,6 % blieben die operativen Kernerlöse pro Passagier fast unverändert (-0,4 %). Der Agenturwechsel zu BP zum 1. Januar 2013 und der harte Winter von Januar bis März 2013 sorgten dafür, dass die operative Zusatzerlöse bei einer erheblichen Steigerung (+17,9 %) weit über Vorjahresniveau liegen. Hier sind im Wesentlichen die Flugzeug-Enteisungen, die über dem Vorjahresniveau durchgeführt werden mussten, sowie die Mehrerlöse durch den Agenturwechsel, verbunden mit der Verhandlung eines neuen Vertragsmodells, zu nennen. Die Steigerung der Non-Aviation-Erlöse beträgt rd. 2,3 %. Die Erlöse im Bereich Mieten und Pachten um ca. 10,5 % gesteigert werden. Zusätzlich profitiert der Bereich Parkerlöse mit einer leichten Erhöhung von rund 3,1 % (ohne Parkerlöse Mieter). Dementgegen steht eine erhebliche Reduzierung im Bereich Erlöse aus der Vermarktung von Werbeflächen um ca. 14 %.

Die erhöhten Materialaufwendungen resultieren aus marktüblichen Preiserhöhungen sowie der höheren Verbrauchsmenge in den Bereichen Strom, Gas, Fernwärme und Enteisungsmittel. Darüber hinaus konnten in den Bereichen FPS, Instandhaltung Gebäude sowie Wartung Optimierungen erzielt werden. Zusätzlich konnte der Personalaufwand um rd. 61 T€ gegenüber dem Vorjahr reduziert werden. Des weiteren konnten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um rd. 229 T€ gesenkt werden (Versicherungsaufwand, Beiträge, Reiseaufwand, Beratungskosten, Fortbildung sowie Schadensfälle).

Da im Berichtsjahr weniger Fluggäste im Linien- und Touristikverkehr registriert werden, aber gleichzeitig die Optimierungen umgesetzt werden konnten, kam es verglichen mit dem Vorjahr zu einer Verbesserung des operativen Ergebnisses vor Zinserträgen und Zinsaufwendungen sowie vor Steuern (EBIT). Das EBIT hat sich von -693 T€ im Vorjahr auf -71 T€ im Geschäftsjahr 2013, also um 622 T€ verbessert. Der EBITDA liegt unverändert im positiven Bereich, bei 2.328 T€, und hat sich somit gegenüber dem Vorjahr positiv entwickelt. In Folge dessen benötigt die FFG keinerlei operative Betriebsbeihilfen.

Die FFG schließt das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 1.199 T€ (Vj. 4.645 T€), und einer negativen Abweichung zur Planung um rd. 300 T€ ab.

c) Ereignisse nach Ablauf des Geschäftsjahres

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben sich nach dem Bilanzstichtag nicht ergeben.

d) Zukunftsorientierte Angaben

Mit einem angekündigten Streckenausbau von Turkish Airlines und der Ansiedlung von Germania sind wichtige Meilensteine für das kommende Jahr gelegt. Turkish Airlines strebt zeitnah den täglichen Flug zum Drehkreuz Istanbul an. Zudem ist eine Verbesserung der Abflugzeit vorgesehen.

Mit Germania konnten wir eine weitere etablierte und traditionsreiche deutsche Fluggesellschaft akquirieren. Im Sommer werden zunächst fünf wöchentliche touristische Flüge

durchgeführt. Für den Winter ist ein eigenes Touristikprogramm ebenso bereits avisiert. Somit könnte sich das touristische Angebot im Winter verdoppeln.

Die führenden Reiseveranstalter haben angekündigt Tunesien wieder ins Programm aufzunehmen. Mit Tunis Air kehrt eine Fluggesellschaft an den Standort zurück.

Oberstes Ziel bleibt die Ausweitung in allen Kundensegmenten und die Vergrößerung der Destinationsvielfalt. Ebenso die Strategie, weitere Drehkreuzanschlüsse zu schaffen und die Bestandskunden zu halten. In Anbetracht der teils schwierigen Lage auf der Airline-Seite ein sehr wichtiger Baustein.

Die Gesellschaft geht davon aus, dass sich sowohl die Passagierzahl als auch das EBIT leicht steigend entwickeln.

Die FFG unterliegt einer Vielzahl von Chancen und Risiken, mit denen jedes unternehmerische Handeln verbunden ist. Die FFG versucht die Chancen zu nutzen und geht dafür auch Risiken ein, soweit sie für beherrschbar angesehen werden. Hierfür hat die FFG seit 2001 ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Ein Team von erfahrenen Mitarbeitern analysiert in regelmäßigen Abständen Gefahrenpotentiale, bewertet diese, macht Vorschläge zur Risikobewältigung und berichtet an die nächsthöhere Ebene / Geschäftsführung. Finanzwirtschaftliche Unternehmensplanungen und andere Informationssysteme unterstützen das Risikomanagement der FFG. Im Berichtsjahr 2013 wurden insgesamt vier Risikoberichte erstellt und in die Quartalsberichte an Aufsichtsrat/Gesellschafter eingearbeitet.

Im Geschäftsjahr 2013 haben sich keine grundsätzlichen Änderungen bezüglich der Risikoeinstufung für existenzbedrohende Risiken ergeben. Als existenzbedrohend wird weiterhin das Risiko "Luftfahrthaftpflicht, Krieg und Terror" angesehen, welchem auch durch eine weitere Aufstockung der Versicherungssumme unter Risiko- und Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten nicht sinnvoll begegnet werden kann. Ferner wurde das Risiko "Liquidität" im Berichtsjahr weiterhin in jedem Quartal als entwicklungsbeeinträchtigend eingestuft. Als weiteres A-Risiko wurde das Thema Tower/Flugsicherungstechnik angesehen. Durch die Installation der meteorologischen Anlage, welche Ende September beauftragt wurde, konnte die Redundanz wieder hergestellt werden. Aufgrund der Umsetzung der fachlichen Verbesserungsvorschläge am Tower-Gebäude ist die Rückstufung auf "B" im Jahr 2013 erfolgt.

Die FFG muss sich in allen Segmenten breiter aufstellen, um auf Schwankungen und Krisen in der Branche vorbereitet zu sein und diese besser ausgleichen zu können. Die Bandbreite der Angebote am Flughafen Friedrichshafen ist dabei ausschlaggebend, d.h. eine breite Palette an Airlines und Marktsegmenten, so dass Schwankungen in einzelnen Segmenten durch andere Segmente nach Möglichkeit ausgeglichen werden können.

Risiken sind in Deutschland für den Luftverkehr weiterhin gegeben. Der Luftverkehrsmarkt in Deutschland bleibt unverändert unter Druck. Viele der großen Airlines (Netzcarrier) haben sich aus der Fläche auf ihre Hubs zurückgezogen. Friedrichshafen wird, als kleinerer Regionalflughafen, von dieser Entwicklung auch getroffen, wenn auch vergleichsweise gering. Dazu trug speziell der traditionell starke Geschäftsreiseverkehr in und aus der Region bei. Instabilitäten im Markt, siehe Insolvenz der Sky Airlines, und Schwäche der InterSky wie oben berichtet, kommen dann auf lokaler Ebene hinzu. Zusätzlicher Druck entsteht auch durch die niedrige Mehrwertsteuer und das Fehlen der Luftverkehrssteuer in der Schweiz. In Konsequenz entsteht dadurch ein Preisdruck auf den Flughafen Friedrichshafen.

Die Infrastruktur des Flughafens rührt zum Teil noch aus Bauphasen in der Frühzeit des Flughafens her. Das Alter einiger Liegenschaften und deren technischer Standards bedingen eine in Teilen alte und anfällige Struktur. Dies betrifft insbesondere die Verkabelung zu den Navigationshilfen und Telekommunikationsanlagen.

Besonderes Augenmerk gilt dem Kontrollturm (Tower). Das Gebäude stammt aus dem Jahr 1952 und erfüllt die heutigen technischen Anforderungen so gerade noch. Damit ist zum jetzigen Zeitpunkt die volle Funktionsfähigkeit gegeben. Bei einer Änderung oder Verschärfung von Standards oder Regularien droht jedoch eine Einschränkung der Funktionsfähigkeit. Daher sind bereits Planungen im Gang hinsichtlich einer Neugestaltung und möglicher technischer Umsetzung.

In den letzten Jahren wurden zudem die Umweltauflagen deutlich verschärft. Eigene Kläranlagen, Müllsammel- und Trennstellen und eine EMAS Zertifizierung sind etabliert, um das Risiko umweltrelevanter Vorfälle zu mitigieren.

Chancen bestehen in unserem Marktumfeld auf verschiedenen Ebenen. Der hohe Auslastungsgrad anderer Flughäfen und der damit verbundenen Komplexitäten schafft Attraktivität für Friedrichshafen gegenüber anderen Flughäfen. Das wirtschaftlich starke Umfeld lässt auch die berechnete Hoffnung nach Wachstum zu. Die Erhöhung der Flugfrequenz von Turkish Airlines und das ausgeweitete Touristikprogramm für 2014 bestätigen die Potenziale. Bei strikter Kostenkontrolle bedeutet ein Wachstum im Passagierverkehr gleichzeitig eine bessere Auslastung der Infrastruktur und wird sich auch im Ergebnis der FFG niederschlagen.

Dazu möchte die FFG in Zukunft weitere Service-Nischen erschließen. Dazu gehört die Entwicklung von Luftfracht, Planungen für eine Lounge für Premium-Gäste sowie weitere Angebote im Bereich Non-Aviation.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist angespannt. Die Fremdfinanzierung der Gesellschaft ist gemessen am Cash Flow hoch. Die mittelfristige Finanzplanung ergibt unter Berücksichtigung der Umwandlung von Fremdkapital in Eigenkapital (Gesellschafterdarlehen der Stadt Friedrichshafen und dem Landkreis Bodenseekreis, Laufzeit bis 28. Februar 2015), einen weiteren Liquiditätsbedarf, der durch weitere Kreditaufnahme bzw. Gesellschafterzuschüsse abzudecken ist, sobald der Neubau des Towers (Investitionsvolumen rd. 3.000 T€) in den nächsten Jahren (nicht vor dem Jahr 2016) auf Grund neuester technischer Anforderungen durchgeführt werden muss. Das Investitionsvolumen des Towers ist durch die bestehende Liquidität und den zukünftigen Cash Flow aus laufender Betriebstätigkeit nur teilweise finanzierbar. Es ist darüber hinaus geplant, dass die Rückzahlung der stillen Beteiligungen dann erfolgen soll, wenn die Gesellschaft einen Jahresüberschuss erwirtschaftet und über genügend liquide Mittel für die Rückzahlung verfügt.

Derivate Finanzinstrumente

Als derivative Finanzinstrumente werden Zinsswaps zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Die Kontrakte werden über Banken abgewickelt, die über gute Bonität verfügen.

Der Einsatz von Finanzderivaten erfolgt bei der Gesellschaft zur Steuerung von Risiken aus Zinsschwankungen und dient grundsätzlich Sicherungszwecken. Reine Handelspositionen mit dem Ziel der Ertragsoptimierung werden nicht eingegangen.

Die Gesellschaft rechnet für das kommende Geschäftsjahr mit 555.000 Passagieren und einem auf 674 T€ verbesserten Jahresfehlbetrag. Das geplante EBIT steigt auf 215 T€ und das EBITDA auf 2.541 T€.

Friedrichshafen, 14. Februar 2014

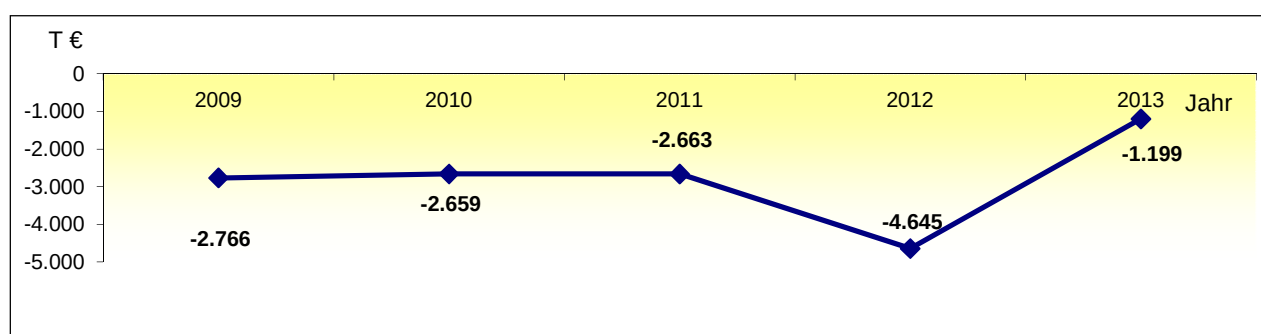
Gerold Tumulka

11. Abschlussprüfer

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2013	2012	2011	2010	2009
Start- u. Landebewegungen	39.076	41.647	45.413	43.503	44.605
Fluggäste	536.030	545.121	571.709	590.640	578.475

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss

Bilanz der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2013

Bilanz	2013		2012		2011	
Aktiva	T €	%	T €	%	T €	%
A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital						
B. Anlagevermögen						
<u>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
1. Software	94,0	0,2	80,1	0,2	133,2	0,3
2. Nutzungsrechte	7,4	0,0	7,4	0,0	7,4	0,0
<u>II. Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	30.302,5	77,4	31.737,4	79,3	34.537,6	75,0
2. Technische Anlagen	1.125,6	2,9	1.012,4	2,5	977,1	2,1
3. Start- und Landebahnen, Rollwege, Vorfelder	1.893,2	4,8	2.095,9	5,2	2.354,0	5,1
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.036,5	5,2	2.403,4	6,0	3.099,7	6,7
5. Geleistete Anzahlungen und Anlage im Bau	376,0	1,0	207,9	0,5	1.510,8	3,3
<u>III. Finanzanlagen</u>						
1. Beteiligungen	18,8	0,0	18,8	0,0	18,8	0,0
2. Sonstige Ausleihungen	0,0	0,0	4,0	0,0	779,4	1,7
	35.854,0	91,5	37.567,3	93,9	43.418,1	94,3
C. Umlaufvermögen						
<u>I. Vorräte</u>	115,5	0,3	120,2	0,3	122,9	0,3
<u>II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	1.307,1	3,3	1.258,5	3,1	1.540,6	3,3
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen	0,2	0,0	0,1	0,0	22,1	0,0
3. Forderungen gegen Gesellschafter	140,8	0,4	137,4	0,3	180,7	0,4
4. Sonstige Vermögensgegenstände	82,1	0,2	25,2	0,1	105,2	0,2
<u>III. Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	1.520,6	3,9	794,8	2,0	516,9	1,1
	3.166,2	8,1	2.336,2	5,8	2.488,3	5,4
D. Rechnungsabgrenzungsposten	144,4	0,4	70,8	0,2	140,0	0,3
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung	0,0	0,0	24,2	0,1	0,0	0,0
Bilanzsumme	39.164,6	100,0	39.998,5	100,0	46.046,4	100,0

Bilanz der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2013

Bilanz Passiva	2013		2012		2011	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	21.272,0	53,2	21.272,0	53,2	21.272,0	53,2
II. Kapitalrücklage	277,6	0,7	277,6	0,7	277,6	0,6
III. Andere Gewinnrücklagen	245,6	0,6	245,6	0,6	245,6	0,5
IV. Verlustvortrag	-14.351,1	-	-9.706,5	-24,3	-7.043,2	-15,3
		36,6				
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.198,7	-3,1	-4.644,5	-11,6	-2.663,3	-5,8
	6.245,4	14,8	7.444,1	18,6	12.088,7	33,2
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen	287,8	0,7	0,0	0,0	7,3	0,0
II. Steuerrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
III. Sonstige Rückstellungen	546,1	1,4	913,6	2,3	899,5	2,0
	834,0	2,1	913,6	2,3	906,8	2,0
E. Verbindlichkeiten						
I. Einlagen stiller Gesellschafter	5.000,0	12,8	5.000,0	12,5	5.000,0	10,9
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.523,7	49,9	25.098,2	62,7	26.497,8	57,5
III. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	618,8	1,6	548,7	1,4	906,5	2,0
IV. Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen	0,5		0,7		0,0	
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	6.584,3	16,8	508,3	1,3	227,0	0,5
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	197,6	0,5	285,2	0,7	192,1	0,4
	31.924,8	81,5	31.441,1	78,6	32.823,4	71,3
C. Rechnungsabgrenzungsposten	160,4	0,4	199,7	0,5	227,4	0,5
Bilanzsumme	39.164,6	98,9	39.998,5	100,0	46.046,4	107,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2013

Gewinn- und Verlustrechnung	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	10.678,4	78,9	10.436,2	76,3	10.564,1	75,1
2. abzgl. Mineralölsteuer						
3. andere aktivierte Eigenleistungen	2,7	0,0	0,0	0,0	80,0	0,6
4. Sonstige betriebliche Erträge	2.853,5	21,1	3.240,6	23,7	3.420,6	24,3
5. Gesamtleistung	13.534,6	100,0	13.676,8	100,0	14.064,7	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.484,9	10,9	1.350,8	8,0	1.451,9	9,4
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.479,4	10,9	1.453,3	8,6	1.710,1	11,1
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	4.537,5	33,4	4.610,0	27,3	4.713,7	30,6
b) Soziale Abgaben	957,3	7,1	946,2	5,6	1.021,2	6,6
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	2.399,1	17,7	5.569,8	33,0	2.765,3	17,9
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.710,9	20,0	2.939,6	17,4	3.747,7	24,3
10. Gesamtaufwand	13.569,2	100,0	16.869,7	100,0	15.409,9	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-34,6		-3.193,0		-1.345,2	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5,3		27,0		69,9	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme	0,0		-180,0		0,0	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.103,1		-1.231,5		-1.342,9	
18. Finanzergebnis	-1.097,8		-1.384,5		-1.273,0	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.132,4		-4.577,5		-2.618,1	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen	0,0		0,0		0,0	
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern	66,3		67,1		45,1	
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-1.198,7		-4.644,5		-2.663,3	

Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH (BODO)**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH
Kontakt:	Schussenstraße 22, 88212 Ravensburg Tel.: 0751 / 3614141 Fax: 0751 / 3614151 E-Mail: info@bodo.de Homepage: www.bodo.de
Gründungsdatum:	24. Februar 2003
Eintragung Handelsregister:	11. September 2003
Gesellschaftsvertrag:	24. Februar 2003
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Einführung eines Tarif- und Verkehrsverbundes im Gebiet der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg und die Verbesserung des ÖPNV einschließlich SPNV (Schienen-Personen-Nahverkehr) in diesen Landkreisen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen, Verbundgesellschaften, Verkehrs- und Tarifgemeinschaften und vergleichbaren Einrichtungen schließen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft von 32.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	8.000 €	25,00 %
Landkreis Ravensburg	8.000 €	25,00 %
DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB)	8.100 €	25,31 %
Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben (RBO)	3.300 €	10,31 %
Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG	1.600 €	5,00 %
Stadtverkehr Friedrichshafen GmbH	1.600 €	5,00 %
Stadtbus Ravensburg Weingarten GmbH	1.400 €	4,38 %
	32.000 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

<u>Geschäftsführer:</u>	Jürgen Löffler
<u>Gesellschafterversammlung:</u>	Vertreter aller Gesellschafter

Aufsichtsrat:

Vorsitzender

stv. Vorsitzender

Mitglieder

Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis

Kurt Widmaier, Landrat Ravensburg

Peter Allgaier, Bürgermeister a.D. Salem, Kreisrat
Bodenseekreis

Jutta Koch, Kreisrätin Bodenseekreis

Manfred Foss, Dipl.-Verw.- Betriebswirt

Reimund Hausmann, Bürgermeister Schlier

Dieter Krattenmacher, Bürgermeister Kißlegg

Edgar Lamm, Bürgermeister Uhlhingen-Mühlhofen

Silvio Matt, Niederlassungsleiter

Alfred Müllner, Technischer Geschäftsführer und Vor-
sitzender der Geschäftsführung

Bernd Grabherr, Unternehmer

Andreas Pfingst, Geschäftsführer

Dr. Andreas Thiel-Böhm, Geschäftsführer

Dieter Unseld, Leiter Geschäftsfeld Bus

Hermann Vogler, Oberbürgermeister a. D. Ravensburg

Markus Möller, Beamter

Dr. Josef Zeiselmair, Geschäftsführer

Den Aufsichtsratsmitgliedern wurden 1.740 € an Aufwandsentschädigungen erstattet.

5. Öffentlicher Zweck

Durch die Einführung des Tarif- und Verkehrsverbundes bodo wird der Bevölkerung der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg die Inanspruchnahme des ÖPNV-Angebotes unter einheitlichen Tarifbedingungen ermöglicht. Bodo trägt somit zu einer Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in seiner Gesamtheit bei und bildet eine wichtige Grundlage für eine nachhaltige Stärkung des ÖPNV in den beiden Landkreisen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Die Vereinbarung über die Finanzierung des bodo vom 25./27. Oktober 2010 bzw. 4./30. November 2010 mit dem Land Baden-Württemberg und den Landkreisen Ravensburg und Bodenseekreis trat zum 1. Januar 2011 in Kraft und endet zum 31. Dezember 2018. Sie ersetzt die bis dahin gültige Vereinbarung aus dem Jahr 2003.
- ⇒ Zusammenarbeitsverträge zwischen den Verkehrsverbundunternehmen und bodo sowie zwischen der BOB, der RAB und bodo. Die Verträge vom 12. Dezember 2003 gelten auf unbestimmte Zeit. Sie können unter Einhaltung einer Frist von 12 Monaten zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden. Die letzte Ergänzung dieser Verträge wurde am 24. November 2011 geschlossen.
- ⇒ Der Einnahmezuscheidungsvertrag zwischen bodo, der RAB, der BOB und den Verkehrsverbundunternehmen vom 12. Dezember 2003 kann mit einer Frist von 6 Monaten auf Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Eine ordentliche Kündigung durch bodo ist ausgeschlossen. Die letzte Ergänzung (Nr. 4) zu diesem Vertrag wurde im Jahr 2009 geschlossen.
- ⇒ Der Vertrag über die Einnahmeverteilung zwischen den Verkehrsverbundunternehmen und bodo vom 12. Dezember 2003 kann mit einer Frist von einem Jahr gekündigt werden. Eine Kündigung durch bodo ist während der Dauer des Verbundes

ausgeschlossen. Die letzte Ergänzung (Nr. 1) zu diesem Vertrag wurde im Jahr 2009 geschlossen.

- ⇒ Der Vertrag über den Ausgleich für den Ausbildungsverkehr nach § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für das verbundweit gültige Semesterticket (StudiTicket) zwischen dem Land Baden-Württemberg und bodo vom 22. November 2004 trat mit Einführung des Semestertickets im bodo zum Wintersemester 2003/2004 in Kraft; er verlängert sich jeweils stillschweigend um ein Jahr, wenn nicht mindestens elf Monate, d.h. zum 30. September, vor Ende des Sommersemesters, zum 31. August des Folgejahres, gekündigt wird. Durch Vertragsänderung vom 12./17. September 2008 wurden die Auszahlungen zu jeweils 50 % auf den 15. Juli und 15. November des jeweiligen Vertragsjahres festgelegt.
- ⇒ Der Dienstleistungsvertrag zwischen TWS GmbH & Co. KG und bodo vom 30. Juli 2010 haben die Vertragsparteien den bisher gültigen Vertrag ersetzt. Der Vertrag kann jährlich zum Jahresende mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.
- ⇒ Der Dienstleistungsvertrag vom 17. Dezember 2012 / 10. Januar 2013 über die Nutzung von Dienstleistungen im Verkehrsplanungsbereich zwischen der DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB) und der bodo GmbH; er kann frühestens zum 31. Dezember 2015 mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden, hier-nach jährlich zum Jahresende mit einer Frist von sechs Monaten.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlungen vom Bodenseekreis an bodo:

- ⇒ 141.300 € für Eigenaufwand
- ⇒ 827.110 € für Ausgleich verbundbedingter Belastungen
- ⇒ 16.885 € für Mobilitätszentrale
- ⇒ 7.440 € für Emobil
- ⇒ 1.500 € für bodo-Erlebnistag

Zahlungen von bodo an den Bodenseekreis:

- ⇒ 448.557 € Rückführung verbundbedingte Mehrerlöse

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH beschäftigte am 31. Dezember 2013 neben dem Geschäftsführer fünf Gehaltsempfänger und eine geringfügig beschäftigte Angestellte. Im Jahresdurchschnitt (ohne Geschäftsführung und ohne die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse) beschäftigte die Gesellschaft 4 Mitarbeiter.

10. Lagebericht

a) Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Einführung eines Tarif- und Verkehrsverbundes im Gebiet der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg und die Verbesserung des ÖPNV (Öffentlicher Personen-Nahverkehr) in diesen Landkreisen.

Die Gesellschaft nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- ⇒ Unterstützung der Landkreise bei der Änderung und Ergänzung der gesetzlich vorgeschriebenen Nahverkehrspläne;
- ⇒ Koordination der Busverkehre im Verbundgebiet einschließlich der Anschlüsse an den SPNV;
- ⇒ Festlegung und Fortschreibung des Verbundtarifes und der Beförderungsbedingungen;
- ⇒ Rahmenplanung des Liniennetzes;
- ⇒ Entwicklung und Fortschreibung von Fahrplankonzepten;
- ⇒ Abschluss eines Einnahmezuscheidungsvertrags und eines Einnahmearaufteilungsvertrags;

- ⇒ Durchführung der Einnahmezuscheidung und der Einnahmeverteilung sowie Abwicklung der Verbundfinanzierung;
 - ⇒ Abschluss von Zusammenarbeitsverträgen mit den Verkehrsunternehmen;
 - ⇒ Erstellung von Verkehrsanalysen und Entwicklung von Verkehrsplanung, Konzeption von Betriebstechnologien und Technik, umweltfreundliche Gestaltung;
 - ⇒ Fahrgastinformation, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit für den Verbundverkehr.
- Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen, Verbundgesellschaften, Verkehrs- und Tarifgemeinschaften und vergleichbaren Einrichtungen schließen.

b) Verbundabrechnung

Zahlen 2013 vorläufiges Ergebnis (Stand Feb. 2014, ohne StudiTicket-Verkäufe); Zahlen 2012 endgültig

Fahrgastentwicklung

Die Fahrgastentwicklung in den einzelnen Marktsegmenten:

beförderte Fahrgäste	2013	2012	Veränderung absolut	Veränderung %
Gelegenheitsverkehr	5.103.111	5.193.269	- 90.158	- 1,74
Berufsverkehr	20.613.224	7.609.195	+ 299.079	+ 3,93
Ausbildungsverkehr Schüler	20.613.224	20.870.138	- 256.914	- 1,23
GESAMTERGEBNIS	33.624.609	33.672.602	- 47.993	-0,14

Einnahmeentwicklung (im Rahmen der Verbundabrechnung)

Die Einnahmeentwicklung in den einzelnen Marktsegmenten:

Euro einschl. ges. Mehrwertsteuer; vor StudiTicket-Verkäufen	2013	2012	Veränderung absolut	Veränderung %
Gelegenheitsverkehr	9.859.416	9.640.382	+ 219.034	+ 2,27
Berufsverkehr	7.817.162	7.168.173	+ 648.989	+ 9,05
Ausbildungsverkehr Schüler	14.147.252	13.773.145	+ 374.107	+ 2,72
GESAMTERGEBNIS	31.823.830	30.581.700	+ 1.242.130	+ 4,06

Die Einnahmesteigerung verläuft mit + 4,06 % (Vj. + 5,30 %) unterproportional zur Tarifanpassungsrate.

Das Nachfrageverhalten wurde im Berichtsjahr von stabilen Benzinpreisen, guter Wirtschafts- und Beschäftigungslage, einem sehr moderaten Anstieg der Verbraucherpreise und einer lange andauernden Winterwitterung geprägt. Der Berufsverkehr war das Zugpferd der Fahrgast- und Einnahmeentwicklung im Berichtsjahr. Insgesamt stagnieren die Beförderungszahlen auf hohem Niveau.

c) Verbundübergreifende Zusammenarbeit

Die tarifliche Kooperation mit dem Verkehrsverbund Hegau-Bodensee (VHB) im Raum Überlingen/Stockach (Teilprojekt 1.1) wurde zu Beginn des Berichtsjahres eingeführt. Mit der neuen VHB-Zone 33 wurde ein tariflicher Überlappungsbereich geschaffen, innerhalb dessen ÖPNV-Nutzer von zwei Verbundtarifen profitieren.

Im Teilprojekt Städteschnellbus/Schiffsverbindungen (Teilprojekte 1.2 - 1.4) lag im Herbst des Berichtsjahres ein erstes Ergebnis der Vertiefungsstudie vor, das mit den beteiligten Schifffahrtsunternehmen intensiv verhandelt wurde. Im Projekt Verbunderweiterung mit dem Landkreis Lindau führte der Münchner Verkehrsverbund (MVV) im Auftrag des bodo-Verkehrsverbunds eine Fahrgasterhebung in vier Perioden durch.

d) Fahrplanmanagement

Im Berichtsjahr wurden innerhalb der elektronischen Fahrplanauskunft (EFA) die Preisauskunft, ein Abfahrtsmonitor (als sog. Gadget) und ein Fahrplanauskunfts-Tool (zur Einbindung in HTML-Websites) realisiert. Die Arbeiten am landesweiten Haltestellenkataster sowie an der Integration von Echtzeitdaten in die EFA wurden begonnen. Die Auflage der Minifahrpläne wurde von 203 T Stück im Vorjahr auf 261 T Stück gesteigert.

e) Projekt E-Mobilität

Das Projekt E-Mobilität beanspruchte den Verkehrsverbund im Berichtsjahr intensiv. Im Auftrag des Bodenseekreises wurden Einsatzszenarien und Bedienungskonzepte vom Carsharing- bis zum fahrergetriebenen Anrufbetrieb entwickelt.

f) Projekt elektronisches Fahrgeldmanagement (EFM)

Im Berichtsjahr bildeten die Arbeiten an Mengengerüsten, Kostenberechnungen und Lastenheften des EFM-Projektes und die zahlreichen Sitzungen des Arbeitskreises Technik und des Lenkungskreises einen deutlichen Schwerpunkt in der Arbeit der Geschäftsstelle. Ein Prüfstein für das Projekt stellte die Mitte des Jahres eingetroffene Kostenschätzung der Deutschen Bahn dar. Die Geschäftsführung leitete eine kritische Überprüfung des Projekts ein, die mit einem Gremienbeschluss im Oktober zugunsten der Fortführung des Projekts abgeschlossen werden konnte.

g) Marketing, Öffentlichkeitsarbeit und Vertrieb

Das Internetportal www.bodo.de verzeichnete im Berichtsjahr mit 553.864 Zugriffen (Vj. 569.780) erstmals einen leichten Rückgang. Die bodo FahrplanApp (für iOS- und Android-Betriebssysteme) entwickelte sich mit 32.467 Downloads dagegen sehr positiv.

Die Abonnement-Bestellungen im Internet (Abo-online) stiegen von 558 Bestellungen im Vorjahr auf 610 Bestellungen. Des Weiteren wurden 217 neue Newsletter-Abonnenten gewonnen, so dass am Ende des Berichtsjahres über 800 Nutzer elektronisch mit Neuigkeiten versorgt werden konnten.

Die Nutzung des Radexpress Oberschwaben war im Berichtsjahr mit 4.039 Beförderungen (Vj. 5.085) erstmals rückläufig. Die ungünstigen Wetterbedingungen werden als Grund für diese Entwicklung gesehen.

Am 7. bodo-Erlebnistag, der erstmals im Mai stattfand, wurden rund 3.100 Fahrgäste (Vj. 2.600) in den Sonderzügen und -bussen gezählt. Die Stadt Leutkirch bot ein beeindruckendes Festprogramm mit angeschlossenem verkaufsoffenen Sonntag und trug zusammen mit dem lokalen Omnibusunternehmen Hutter Reisen GmbH stark zum Erfolg bei.

Zum Fahrplanwechsel und im Hinblick auf das bevorstehende Jubiläumsjahr wurden die Elemente der Marke "bodo" einem Relaunch unterzogen.

h) Vertriebsorganisation Verbund

Im April gingen die beiden Mobilitätszentralen in Friedrichshafen und Ravensburg in Betrieb. Die Erfahrungen bis zum Ende des Berichtsjahres waren durchweg gut, was vor allem dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von DB Vertrieb GmbH zu verdanken ist.

i) Geschäftsstellenangelegenheiten

Die Verbundgeschäftsstelle hat im April ihre neuen Räumlichkeiten im ersten Stock des Bahnhofsgebäudes in Ravensburg bezogen.

j) Fazit und Ausblick

Die Beförderungszahlen stagnieren im 10. Jahr des Bestehens des Verkehrsverbunds. Der demografisch bedingte Rückgang bei den Schülerzahlen schlägt sich negativ auf die Verbundentwicklung nieder. Hingegen leistete der Berufsverkehr mit seiner hervorragenden Fahrgast- und Einnahmebilanz einen wichtigen Beitrag zu einem insgesamt noch zufriedenstellenden Verbundergebnis.

In zahlreichen, anspruchsvollen Projekten konnten im Berichtsjahr gute Fortschritte erreicht und Grundlagen für deren Realisierung in den Folgejahren gelegt werden. Die Aufgabenfülle und der Aufgabenumfang nahmen im Berichtsjahr alle finanziellen und personellen Ressourcen des Verbundes in Anspruch.

Die Herausforderung für die Zukunft wird sein, die Wünsche nach einem möglichst attraktiven öffentlichen Nahverkehr mit dessen beschränkten finanziellen Möglichkeiten in Einklang zu bringen.

Aufgrund der gesellschaftsvertraglichen Verlustausgleichsregelung wird in den folgenden Jahren/für das nächste Jahr jeweils ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Ravensburg, 21. Februar 2014

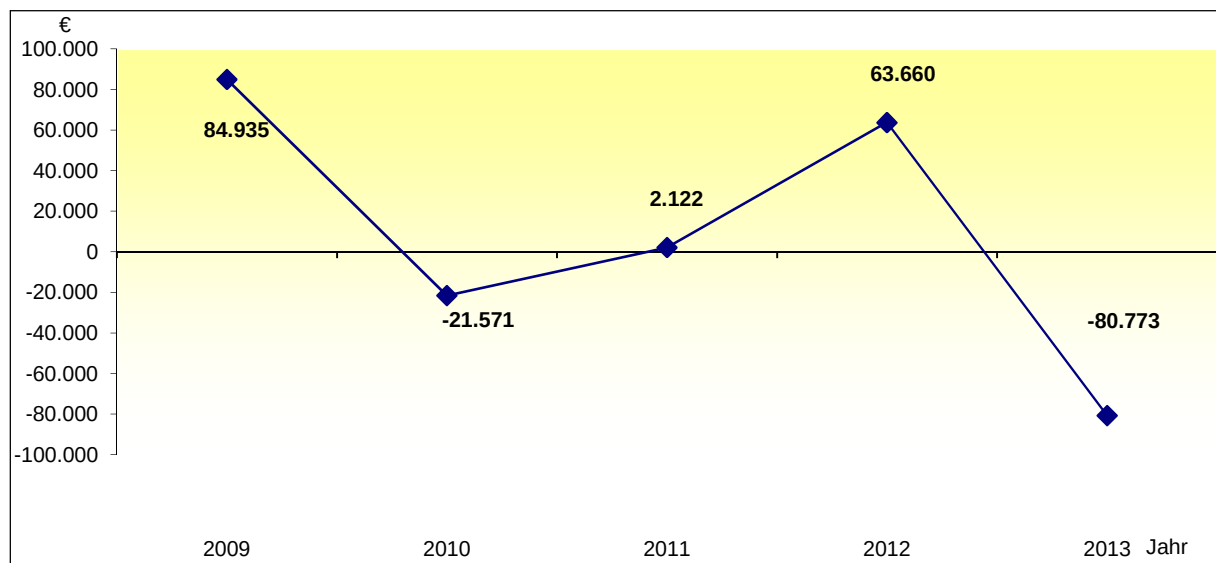
Jürgen Löffler

11. Abschlussprüfer

EversheimStuible Treuberater GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2013 in T €/Fahrgäste	2012 in T €/Fahrgäste	2011 in T €/Fahrgäste	2010 in T €/Fahrgäste	2009 in T €/Fahrgäste
Verbundeinnahme	31.824	30.582	29.067	28.458	28.260
Fahrgastzahlen	33.625	33.673	33.305	33.468	33.720

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2013

Bilanz Aktiva	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	25,2	2,7	11,1	1,3	2,4	0,3
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Bauten auf fremden Grundstücken	0,9	0,1	1,4	0,2	2,0	0,3
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	45,2	4,9	27,2	3,2	36,1	4,7
	71,3	7,7	39,7	4,7	40,5	5,3
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>	10,9	1,2	8,6	1,0	8,2	1,1
II. <u>Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	4,2	0,4	0,0	0,0	7,6	1,0
2. Forderung gegen Gesellschafter	91,1	9,8	0,5	0,1	0,8	0,1
3. Sonstige Vermögensgegenstände	78,9	8,5	26,3	3,1	23,6	3,1
III. <u>Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	669,6	72,3	770,1	91,1	681,8	89,4
	854,6	92,3	805,5	95,3	721,9	94,7
C. C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0
Bilanzsumme	926,0	100,0	845,3	100,0	762,5	100,0

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2013

Bilanz Passiva	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	32,0	3,5	32,0	3,8	32,0	4,2
II. Rücklagen						
1. Gewinnrücklagen	131,2	14,2	67,5	8,0	65,4	8,6
III. Jahresfehlbetrag	-80,8	-8,7	63,7	7,5	2,1	0,3
	82,4	8,9	163,2	19,3	99,5	13,0
B. Rückstellungen	38,3	4,1	26,4	3,1	22,5	2,9
C. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	173,2	18,7	112,7	13,3	98,0	12,9
II. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	41,5	4,5	20,5	2,4	4,3	0,6
III. Sonstige Verbindlichkeiten	590,7	63,8	522,6	61,8	538,2	70,6
	805,3	87,0	655,8	77,6	640,6	84,0
D. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	926,0	100,0	845,3	100,0	762,5	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2013

Gewinn- und Verlustrechnung	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	3,6	0,3	4,5	0,5	4,7	0,5
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.117,4	99,7	890,8	99,5	849,6	99,5
5. Gesamtleistung	1.121,0	100,0	895,2	100,0	854,3	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	57,0	4,7	55,2	6,6	56,3	6,6
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	225,6	18,8	61,5	7,4	69,1	8,1
7. Personalaufwand			0,0		0,0	
a) Löhne und Gehälter	395,6	32,9	309,3	37,1	323,6	37,9
b) Soziale Abgaben	62,3	5,2	47,0	5,6	52,4	6,1
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	22,0	1,8	17,2	2,1	14,6	1,7
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	439,3	36,6	342,8	41,2	337,3	39,5
10. Gesamtaufwand	1.201,8	100,0	833,1	100,0	853,3	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-80,7		62,2		0,9	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,5		1,5		1,2	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
18. Finanzergebnis	0,5		1,5		1,2	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-80,3		63,7		2,1	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern						
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-80,8		63,7		2,1	

BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG**1. Allgemeine Angaben**

Bodensee-Oberschwaben-Bahn

Name des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG
Kontakt:	Kornblumenstraße 7/1, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 505-0 Fax: 07541 / 505-221 E-Mail: info@bob-fn.de Homepage: www.bob-fn.de
Gründungsdatum:	5. Februar 2002
Eintragung Handelsregister:	26. Oktober 2009
Gesellschaftsvertrag:	5. Februar 2002
Letzte Änderung:	23. September 2004
Wirtschaftsjahr:	1. Oktober - 30. September

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von öffentlichem Personennahverkehr, insbesondere Schienenpersonennahverkehr.

3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

An der BOB GmbH & Co.KG ist die Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH als Komplementärin und persönlich haftende Gesellschafterin ohne Einlage und Kapitalanteil beteiligt. Das ins Handelsregister eingetragene Haftkapital der Kommanditisten beträgt 1.278.400 €. Es verteilt sich auf die Kommanditisten wie folgt:

	Stammkapital	Anteil
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	351.560 €	27,50 %
Stadt Ravensburg	319.600 €	25,00 %
Landkreis Bodenseekreis	255.680 €	20,00 %
Landkreis Ravensburg	223.720 €	17,50 %
Gemeinde Meckenbeuren	127.840 €	10,00 %
	1.278.400 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens**Geschäftsführung:**

Die Geschäftsführung wird von der BOB VerwaltungsGmbH, Friedrichshafen, wahrgenommen. Diese wird durch ihren Geschäftsführer, Herrn Dipl.-Verw.-Betriebswirt Manfred Foss, Friedrichshafen, vertreten. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Beirat:

Der Beirat ist bei der Komplementärin, der BOB Verwaltungs-GmbH installiert.

Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender	Lothar Wölfe, Landrat Bodenseekreis
Mitglieder:	Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Die Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG (Rechtsvorgängerin: Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH) betreibt seit 1993 Schienenpersonennahverkehr zwischen Friedrichshafen Stadt und Ravensburg. Ab 1997 hat sie ihr Bedienungsgebiet im Norden bis Aulendorf und im Süden bis Friedrichshafen Hafen erweitert und sich damit als fester Bestandteil des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Bodensee-Oberschwaben etabliert.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ Bodensee-Oberschwaben-Verkehrsverbundgesellschaft mbH, Ravensburg (Anteil: 5 %)

7. Wesentliche Verträge

Betriebsführungsverträge

- ⇒ Vertrag über die kaufmännische Betriebsführung mit der TWF Friedrichshafen GmbH vom 19. April 1993 mit Nachträgen vom 20. September 1995, 26. September 1997 und 25. Januar 2000.
- ⇒ Vertrag über die technische Betriebsführung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) mit der Hohenzollerischen Landesbahn AG, dem Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB) sowie der BOB KG vom 30. September/5. Juli 1993. Gegenstand ist die Durchführung der Triebwagenfahrten auf der DB-Strecke Friedrichshafen Stadt/Hafen – Aulendorf und den damit verbundenen eisenbahntechnischen Leistungen.

Mietverträge

- ⇒ Mietvertrag mit der Deutschen Bahn AG, vertreten durch die DB Immobiliengesellschaft mbH, vom 7. März 2001 mit Nachträgen vom 10. Dezember 2001 und 14. Mai 2002. Mietgegenstand ist das Betriebsgelände in Aulendorf.
- ⇒ Mietvertrag mit der Deutschen Bahn AG, vertreten durch die DB Immobiliengesellschaft mbH, vom 30. April 1999. Mietgegenstand ist der Betriebshof in Friedrichshafen.

Zuschussvertrag

- ⇒ Verkehrsvertrag mit dem Land Baden-Württemberg im SPNV auf der Südbahn zwischen Friedrichshafen und Aulendorf vom 17. Februar 2009.

Weitere wesentliche Verkehrsverträge

- ⇒ Grundsatz-Infrastrukturnutzungsvertrag mit der DB Netz AG vom 26. März 2012 über den Zugang des von der DB Netz AG betriebenen Schienennetzes sowie Serviceeinrichtungen.
- ⇒ Stationsnutzungsvertrag mit der DB Station & Service AG vom 9. Dezember 2012. Gegenstand ist die Festlegung der Bedingungen für die Gewährung der Nutzung der Stationen der DB Station & Service AG-
- ⇒ Einzelnutzungsvertrag über die Nutzung von Serviceeinrichtungen der DB Netz AG zwischen der DB Netz AG und der BOB vom 16. Dezember 2011. Der Vertrag regelt auf Basis des Grundsatz-Infrastrukturnutzungsvertrags die Nutzung von speziell definierten Serviceeinrichtungen.
- ⇒ Vertrag über die Wahrnehmung von Aufgaben der BOB-Verkaufsorganisation durch RAB-Mitarbeiter mit der RAB GmbH vom 5. Oktober 1993
- ⇒ Kooperationsvertrag über die Bildung einer Tarifgemeinschaft mit der RAB GmbH vom 6. Oktober 2004 mit Nachträgen vom 16. September 2009, 17. November 2009 und 30. November 2010.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über den Vertrieb von Fahrkarten mit der DB Vertrieb GmbH vom 11. Juni 2010.

Verkehrsverbundverträge

- ⇒ Zusammenarbeitsvertrag mit bodo vom 13. Dezember 2003.

- ⇒ Einnahmezuscheidungsvertrag zwischen BODO, RAB und BOB einerseits und verschiedenen Verkehrsunternehmen andererseits vom 12. Dezember 2003 mit 4 Ergänzungsvereinbarungen, welche zum 2. Dezember 2009 in Kraft getreten sind.
- ⇒ Vertrag über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen zwischen den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg als Aufgabenträger und der BOB vom 12. Dezember 2003 mit Ergänzungsverträgen vom 5. April 2006, 28. November 2009 und 25. November 2009.
- ⇒ Vereinbarung über verbundbedingte Investitionen und deren Finanzierung zwischen den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg und der BOB.

8. Wesentliche Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlungen vom Bodenseekreis an BOB:

- ⇒ 28.033 € Zuschüsse für die Umwelt-Abo-Karten:
- ⇒ 80.883 € für Schülermonatskarten:

Gemäß § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags werden Gewinnanteile den Darlehenskonten der Kommanditisten gutgeschrieben, falls nicht die Gesellschafterversammlung vor oder bei Feststellung des Jahresabschlusses beschließt, Teile des Gewinns den Rücklagenkonten zuzuschreiben.

9. Anzahl der 2012/2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben dem Geschäftsführer war ein weiterer Mitarbeiter als Prokurist beschäftigt. Die für die Abwicklung des operativen Geschäfts erforderlichen Leistungen werden von den Betriebsführern über Betriebsführungsverträge gegen Entgelt erbracht.

10. Lagebericht

a) Geschäftsverlauf

Die positive Unternehmensentwicklung hat sich bei der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG auch im Geschäftsjahr 2012/2013 fortgesetzt. Eine pünktliche und zuverlässige Betriebsdurchführung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass trotz schwieriger Rahmenbedingungen sowohl Verkehrs- als auch betriebswirtschaftliche Erfolge zu verzeichnen waren. Der beste Beleg hierfür sind weiterhin steigende Fahrgastzahlen, daneben ist es der Gesellschaft – entgegen den Planungen – erneut gelungen, ein positives Unternehmensergebnis zu erzielen.

Da die Verantwortung für den SPNV bei den Bundesländern angesiedelt ist, führt die Gesellschaft ihren Verkehr im Auftrag des Landes Baden-Württemberg durch. Die vertragliche Grundlage hierfür bildet ein Verkehrsvertrag, der zuletzt zum 1. Januar 2010 angepasst wurde. Seit diesem Zeitpunkt werden die Kosten für die Inanspruchnahme der DB-Schieneninfrastruktur (Trasse und Bahnhöfe bzw. Haltepunkte) nunmehr vom Land separat abgegolten, sodass sich diese kostensteigernden Maßnahmen für die Gesellschaft nicht mehr auswirken. Für die Nutzung der Infrastruktur bestehen für die Trasse ein Infrastrukturnutzungsvertrag mit der DB Netz AG sowie ein Stationsnutzungsvertrag mit der DB Station & Service AG. Aufgrund der exorbitanten Steigerungsraten bei den Stationspreisen in den zurückliegenden Jahren kürzte die Gesellschaft seit Anfang 2008 ihre Zahlungen an die DB Station & Service AG (die Einbuchung der entsprechenden Verbindlichkeiten wird aber in voller Höhe vorgenommen). Nachdem die Gesellschaft in diesem Rechtsstreit in erster Instanz unterlegen ist, hat das Kammergericht Berlin im Berufungsverfahren im Oktober 2012 zugunsten der Gesellschaft entschieden. Nachdem gegen dieses Urteil keine Revision zugelassen ist, hat die DB beim Bundesgerichtshof eine Nichtzulassungsbeschwerde eingereicht. Dieses Verfahren läuft gegenwärtig. Der Verkehrsvertrag mit dem Land Baden-Württemberg

wurde mit Wirkung ab 1. Januar 2010 bezüglich der Infrastrukturkosten geändert; seit diesem Zeitpunkt werden die Stationspreise in vollem Umfang – allerdings unter Vorbehalt – bezahlt.

Die für die Betriebsdurchführung erforderlichen Dienstleistungen werden wie bisher von den betreffenden Vertragspartnern erbracht. So ist weiterhin die Technische Werke Friedrichshafen GmbH (TWF) für die kaufmännische und verkehrswirtschaftliche Betriebsführung sowie die technische und kassenmäßige Betreuung der BOB-eigenen Fahrausweisautomaten zuständig, im Produktionsbereich zeichnen die DB Zug Bus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB) für die Personalgestaltung der Triebwagenführer und die Hohenzollerische Landesbahn AG für den eisenbahntechnischen Part verantwortlich.

Die Gesellschaft hat ihr Fahrplanangebot im Fahrplanjahr 2012/2013 (19. Dezember 2012 - 14. Dezember 2013) unverändert beibehalten. Das Fahrleistungsvolumen betrug im Geschäftsjahr (1. Oktober 2012 – 30. September 2013) rd. 520.000 km, welches nur aufgrund von Busersatzverkehren wegen umfangreicher Baumaßnahmen im Schienenbereich unter dem Vorjahreswert (534.000 km) liegt.

Der Einsatz des einheitlichen Wagenparks bewirkt neben den betriebswirtschaftlichen Vorteilen bei der Instandhaltung auch positive Effekte bei der Betriebsabwicklung. Beispielhaft dafür steht die weiterhin hohe Pünktlichkeitsquote, die im laufenden Kalenderjahr 2013 (1. Januar - 30. September 13) 97,3 % beträgt – ein Ergebnis, welches bundesweit zur Spitzengruppe zählt.

Die Gesellschaft ist Vollmitglied im Verkehrs- und Tarifverbund „bodo“, der die Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg umfasst und am 1. Januar 2004 gestartet ist. Die bodo-Tarife wurden zuletzt zum 1. Januar 2013 um durchschnittlich 4,3 % erhöht.

Bei der Bodensee-Oberschwaben-Bahn ist auch im laufenden Kalenderjahr eine positive Fahrgastentwicklung festzustellen. Die durchschnittliche Anzahl der Fahrgäste hat sich, entsprechend den Zählungen im März, Juni und September 2013 um 2,3 % gegenüber den entsprechenden Werten des Vorjahres erhöht. Diese Steigerungsrate liegt deutlich über der bodo-Entwicklung (+ 0,4 %).

Der stetige Anstieg der Fahrgastzahlen, der zunehmend zu Kapazitätsengpässen im Spitzenverkehr führt, und die hohe Belastung des Wagenparks haben dazu geführt, dass der Beirat der Gesellschaft der Beschaffung zweier zusätzlicher Triebwagen zugestimmt hat. Das Investitionsvolumen hierfür beläuft sich auf 4,8 Mio. € und wird von der Gesellschaft aus Eigenmitteln bzw. über Fremdkapital finanziert. Die Auslieferung dieser Fahrzeuge erfolgte im Mai 2013.

b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich im Geschäftsjahr 2012/2013 auf 0,11 Mio. € (Vj. 0,29 Mio. €). Die Umsatzerlöse erhöhten sich um 0,26 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen aufgrund von Periodenfremden Erträgen um 0,04 Mio. €. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe legten hauptsächlich aufgrund höherer Aufwendungen im Fremdlieferungsbereich um 0,06 Mio. € zu. Des Weiteren erhöhen sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen aufgrund höherer Ausgaben für die technische Betriebsführung sowie höherer Trassen- und Stationsentgelte um 0,22 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind hauptsächlich aufgrund gestiegener Rechts- und Beratungskosten sowie Gebühren um 0,07 Mio. € erhöht.

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2012/2013 beläuft sich nach Steuern auf 0,06 Mio. €. Er liegt damit um 0,19 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Die Vermögens- und Finanzlage war im Geschäftsjahr 2012/2013 weiterhin konstant. Es standen jederzeit ausreichend liquide Mittel zur Verfügung, was schon durch den Bestand an Bankguthaben zum 30. September 2013 in Höhe von rd. 3,3 Mio. € dokumentiert wird. Unter voller Einrechnung des Jahresüberschusses 2012/2013, der vollständig in die Rücklagen eingestellt werden soll, errechnet sich eine Eigenkapitalquote von 49 % (30. September 2012: 54 %). Im Geschäftsjahr wurden planmäßige Darlehenstilgungen in Höhe von 0,3 Mio. € geleistet. Für die Finanzierung der beiden neuen Triebwagen wurde 2011 ein Darlehen in Höhe von 3,5 Mio. € aufgenommen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die zweite Tranche in Höhe von 1,75 Mio. € abgerufen. Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen betrugen rd. 0,7 Mio. €; davon entfielen 0,6 Mio. € auf die Schlusszahlungen der zwei neuen Triebwagen.

c) Risikobericht

Die Gesellschaft unterliegt Chancen und Risiken, mit denen jedes unternehmerische Handeln verbunden ist. Zur Beherrschung und Kontrolle der Risiken hat die TWF im Rahmen ihrer Aufgabenstellung als kaufmännische und verkehrswirtschaftliche Betriebsführerin der BOB KG ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Es finden halbjährlich Risikoinventuren statt.

Gemäß dem letzten Risikobericht mit Stand Juli 2013 besteht bei der Gesellschaft ein bestandsgefährdendes Risiko: Ein ausbleibender Verlustausgleich der Gesellschafter für die negativen Jahresergebnisse ab 2013/2014 (Auswirkung zusätzlicher Triebwagen) kann zu Unterliquidität führen. Die Gegenmaßnahme (Finanzierung des Verlusts durch Darlehen) wurde umgesetzt.

Als weitere Risiken für die Zukunft werden angesehen: Anstieg der Treibstoffkosten und steigende Personalkosten, die sich über die entsprechenden Dienstleistungsverträge auch bei der BOB KG niederschlagen können. Auf ein weiteres Risiko durch eventuelle Rostschäden bei Fahrzeugen des Baujahres 1998 wird im Prognosebericht detailliert eingegangen.

d) Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2013/2014 wird – erstmals nach vielen Jahren – wieder mit dauerhaft negativen Unternehmensergebnissen gerechnet. Ursächlich hierfür ist einerseits der Zugang der beiden neuen Triebwagen, die insbesondere zu höheren Kapital-, aber auch Betriebskosten führen, und andererseits deutliche Steigerungen im Aufwandsbereich. Dies gilt vorrangig für die extern bestimmte Entwicklung der Treibstoffpreise. Ein derzeit monetär noch nicht gesichertes Risiko besteht für die Gesellschaft bei den Triebwagen. Bei anderen Schienenverkehrsunternehmen wurde festgestellt, dass bei Triebwagen einer bestimmten Bauserie Rostschäden auftraten, die mit erheblichem finanziellem Aufwand saniert werden müssen. Bei der Gesellschaft könnten hiervon die Fahrzeuge des Baujahres 1998 betroffen sein; erste Untersuchungen haben dies bestätigt. Ein erstes Fahrzeug wird seit dem Monat September 2013 einer vollständigen Sanierung unterzogen; mit dem Zugang wird frühestens im Dezember 2013 gerechnet. Parallel hierzu laufen die Hauptuntersuchungen der Triebwagen planmäßig weiter. Unter den beschriebenen Rahmenbedingungen wird im Geschäftsjahr 2013/2014 mit einem Fehlbetrag in Höhe von 1,3 Mio. € gerechnet.

Gemäß mittelfristiger Finanzplanung wird im Planungszeitraum bis zum Geschäftsjahr 2017/2018 mit negativen Unternehmensergebnissen in einer sechsstelligen Größenordnung gerechnet. Sowohl die Hauptuntersuchungen der noch ausstehenden Triebwagen einschließlich der erwarteten Rostsanierungen als auch die Belastungen durch die beiden neuen Triebwagen führen in den Folgejahren zu einem deutlichen Anstieg der Aufwendungen. Da die Jahresfehlbeträge von den Gesellschaftern erst ab dem Geschäftsjahr 2016/17 wieder ausgeglichen werden, führt dies bei der Gesellschaft zu zusätzlichen finanziellen Belastungen. Unter diesen Rahmenbedingungen bewegen sich die Jahresfehlbeträge in den Geschäftsjahren 2014/2015 bis 2017/2018 in einer Bandbreite zwischen 450 T€ und 800 T€.

e) Nachtragsbericht

Am 12. November 2013 hat der Bundesgerichtshof die Nichtzulassungsbeschwerde der DB Station & Service AG gegen das Urteil des Kammergerichts Berlin vom 29. Oktober 2012 in Sachen Stationsentgelte zurückgewiesen und die Verfahrenskosten der DB AG auferlegt. Damit ist das Urteil des Kammergerichts rechtskräftig. Da die finanziellen Auswirkungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bewertet werden können, wird sich die Maßnahme erst im Geschäftsjahr 2013/2014 ergebniswirksam bemerkbar machen.

Friedrichshafen, 20. November 2013

Manfred Foss

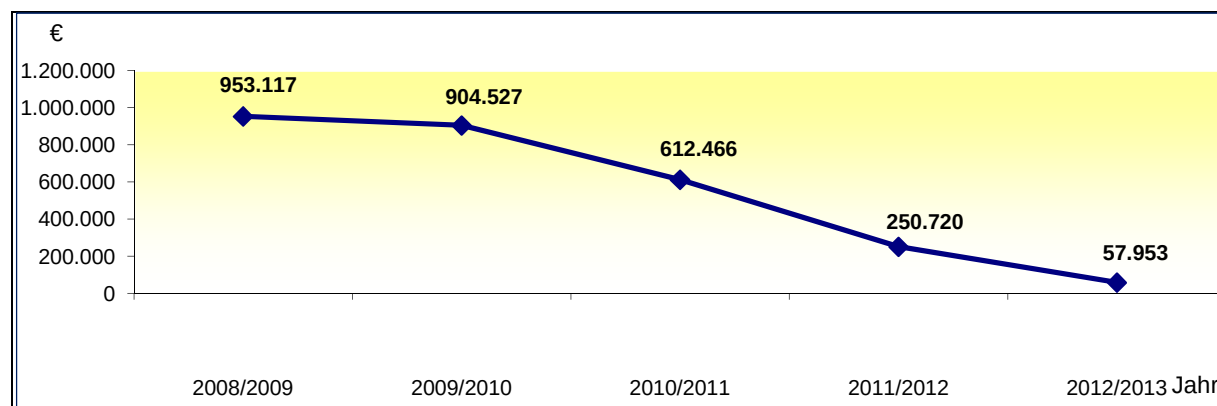
11. Abschlussprüfer

Rödl & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Nürnberg

12. Leistungskennzahlen

Leistungskennzahlen	2012/ 2013	2011/ 2012	2010/ 2011	2009/ 2010	2008/ 2009
Pünktlichkeitsquote	97,3 %	98,1 %	98,7 %	98,7 %	98,3 %
Fahrgäste/Werktag	5.110	5.030	4.977	4.760	4.490
Fahrleistungsvolumen in km	520.000	534.000	534.615	531.815	532.517

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG zum 30.09.2013

Bilanz Aktiva	2012/2013		2011/2012		2010/2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	59,8	0,5	80,4	0,7	101,0	1,0
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Bauten auf fremden Grundstücken	219,8	1,7	244,0	2,0	270,7	2,8
2. Technische Anlagen und Maschinen	8.654,8	65,5	4.461,4	37,2	4.890,2	50,7
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	324,7	2,5	391,2	3,3	543,5	5,6
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,0	0,0	4.095,0	34,1	2.275,0	23,6
III. <u>Finanzanlagen</u>						
1. Beteiligungen	1,6	0,0	1,6	0,0	1,6	0,0
	9.260,7	70,0	9.273,6	77,3	8.081,9	83,8
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	0,0	0,0	21,1	0,2	0,0	0,0
2. Forderung gegen Gesellschafter	80,9	0,6	42,1	0,4	36,3	0,4
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	549,6	4,2	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Sonstige Vermögensgegenstände		0,0	819,6	6,8	916,1	9,5
III. <u>Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	3.320,5	25,1	1.825,6	15,2	604,0	6,3
	3.951,0	29,9	2.708,3	22,6	1.556,4	16,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	8,6	0,1	10,0	0,1	10,4	0,1
Bilanzsumme	13.220,3	100,0	11.992,0	100,0	9.648,7	13.220,3

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG zum 30.09.2013

Bilanz Passiva	2012/2013		2011/2012		2010/2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Feste Kapitaleinlagen der Kommanditisten	1.278,4	9,7	1.278,4	10,7	1.278,4	13,2
II. Rücklagen	5.126,4	38,8	4.875,7	40,7	4.263,2	44,2
III. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	58,0	0,4	250,7	2,1	612,5	6,3
	6.462,8	48,9	6.404,8	53,4	6.154,1	63,8
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	5,4	0,0	70,1	0,6	134,8	1,4
C. Rückstellungen						
I. Steuerrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
II. Sonstige Rückstellungen	1.229,3	9,3	1.011,3	8,4	888,5	9,2
	1.229,3	9,3	1.011,3	8,4	888,5	9,2
D. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.324,8	25,1	2.075,0	17,3	625,0	6,5
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1.494,2	11,3	2.023,8	16,9	1.496,3	15,5
III. Verbindlichkeiten gegen Gesellschaftern	317,4	2,4	260,6	2,2	258,4	2,7
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	89,3	0,7	84,2	0,7	74,4	0,8
V. Sonstige Verbindlichkeiten	290,0	2,2	55,0	0,5	10,0	0,1
	5.515,6	41,7	4.498,5	37,5	2.464,1	25,5
E. Rechnungsabgrenzungsposten	7,2	0,1	7,2	0,1	7,2	0,1
Bilanzsumme	13.220,3	100,0	11.992,0	100,0	9.648,7	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG zum 30.09.2013

Gewinn- und Verlustrechnung	2012/2013		2011/2012		2012/2013	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	7.628,0	96,0	7.366,2	96,4	7.628,0	96,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	319,0	4,0	275,1	3,6	265,9	3,6
5. Gesamtleistung	7.947,0	100,0	7.641,3	100,0	7.382,8	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	991,4	12,9	934,6	12,8	920,8	13,9
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.167,6	67,0	4.944,7	68,0	4.434,8	66,8
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	15,8	0,2	15,5	0,2	15,5	0,2
b) soziale Abgaben	3,0	0,0	3,0	0,0	2,5	0,0
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	718,8	9,3	636,7	8,8	621,0	9,4
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	812,9	10,5	739,6	10,2	646,7	9,7
10. Gesamtaufwand	7.709,5	100,0	7.274,1	100,0	6.641,1	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	237,5		367,1		741,7	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5,0		6,7		24,2	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme	23,9		-21,3		-19,0	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	112,2		-59,7		-33,4	
18. Finanzergebnis	141,0		-74,4		-28,2	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	106,4		292,8		713,5	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-48,0		-41,6		-100,6	
22. Sonstige Steuern	-0,4		-0,4		-0,4	
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	58,0		250,7		612,5	

Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH
Kontakt:	Kornblumenstr. 7/1, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 505-0 Fax: 07541 / 505-221 E-Mail: info@bob-fn.de Homepage: www.bob-fn.de
Gründungsdatum:	12. Dezember 2001
Eintragung Handelsregister:	27. Oktober 2009
Gesellschaftsvertrag:	12. Dezember 2001
Letzte Änderung:	23. September 2004
Wirtschaftsjahr:	1. Oktober - 30. September

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG.

3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

Am Stammkapital des Unternehmens von 30.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	8.250,00 €	27,50 %
Stadt Ravensburg	7.500,00 €	25,00 %
Landkreis Bodenseekreis	6.000,00 €	20,00 %
Landkreis Ravensburg	5.250,00 €	17,50 %
Gemeinde Meckenbeuren	3.000,00 €	10,00 %
	30.000 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Manfred Foss, Dipl.-Verw.-Betriebswirt
Der Geschäftsführer erhält von der Gesellschaft keine Vergütung.

Beirat:

Vorsitzender: Kurt Widmaier, Landrat Ravensburg
stv. Vorsitzender: Dr. Stefan Köhler, Erster Bürgermeister Friedrichshafen
Mitglieder: Wilfried Franke, Regionalverbandsdirektor
Alfred Müllner, Geschäftsführer
Dr. Daniel Rapp, Oberbürgermeister Ravensburg
Hans-Georg Kraus, Erster Bürgermeister Ravensburg
Dr.-Ing. Andreas Thiel-Böhm, Geschäftsführer

Gerd Hägele, Regierungsdirektor
Lothar Wölflle, Landrat Bodenseekreis
Norbert Schültke, Dipl.-Ingenieur
Andreas Schmid, Bürgermeister Meckenbeuren

Die Mitglieder des Beirates erhalten keine Vergütung.

5. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Tätigkeit der Gesellschaft besteht in der Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG. Weitere Beteiligungen können erworben und verwaltet werden. Eine eigene unternehmerische Geschäftstätigkeit entfaltet die Gesellschaft bislang nicht.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Gesellschaft ist an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG als Vollhafterin (Komplementärin) beteiligt. Sie hat in dieser Eigenschaft keine Einlage erbracht und hält keinen Kapitalanteil.

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

keine

9. Anzahl der 2012/2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

keine

10. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Da Gegenstand des Unternehmens der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG ist, fallen in der Gesellschaft nur wenige Geschäftsvorfälle an. Es gibt gegenwärtig keine Überlegungen, wonach die Gesellschaft eine eigene operative Geschäftstätigkeit entwickeln wird. Die GmbH hat keinen Kapitalanteil an der KG übernommen. Der Komplementärin werden sämtliche Auslagen erstattet, die bei ihr für die Geschäftsführung und Vertretung der KG entstehen. Darüber hinaus erhält sie eine Vorabvergütung (Haftungsentschädigung) in Höhe von 6 % des eingezahlten Stammkapitals nach dem Stand zu Beginn des Geschäftsjahres.

Für die anstehenden Geschäftsjahre sind Risiken aus der Übernahme der persönlichen Haftung bei der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG derzeit nicht zu erwarten. Für die Zukunft wird eine weitgehende Deckung des Eigenaufwandes durch die Vorabvergütung (Haftungsentschädigung) erwartet.

Friedrichshafen, 12. November 2013

Manfred Foss

11. Abschlussprüfer

Rödl & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH zum 30.09.2013

Bilanz	2012/2013		2011/2012		2010/2011	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
II. <u>Sachanlagen</u>						
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>	0,0	0,1	2,3	7,7	0,1	0,0
III. <u>Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	30,2	99,8	27,1	92,2	29,7	99,5
	30,2	99,8	29,3	99,8	29,9	99,9
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,2	0,1	0,2	0,0	0,1
Bilanzsumme	30,3	100,0	29,4	100,0	29,9	100,0

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH zum 30.09.2013

Bilanz	2012/2013		2011/2012		2010/2011	
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. <u>Gezeichnetes Kapital</u>	30,0	99,1	30,0	102,1	30,0	100,3
II. <u>Rücklagen</u>	-2,6	-8,6	-2,4	-8,2	-1,8	-6,0
III. <u>Jahresfehlbetrag</u>	0,5	1,8	-0,2	-0,7	-0,6	-2,0
	27,9	92,2	27,4	93,2	27,6	92,3
B. Rückstellungen	1,5	5,0	2,0	6,8	2,3	7,7
C. Verbindlichkeiten						
I. <u>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</u>						
II. <u>Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung</u>						
III. <u>Sonstige Verbindlichkeiten</u>	0,8	2,8	0,0	0,0	0,0	0,0
	0,8	2,8	0,0	0,0	0,0	0,0
D. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	30,3	100,0	29,4	100,0	29,9	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH zum
30.09.2013

Gewinn- und Verlustrechnung	2012/2013		2011/2012		2010/2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse						
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	2,2	100,0	2,6	100,0	1,8	100,0
5. Gesamtleistung	2,2	100,0	2,6	100,0	1,8	100,0
6. Materialaufwand						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter						
b) Soziale Abgaben						
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen						
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1,7	100,0	2,8	100,0	2,5	100,0
10. Gesamtaufwand	1,7	100,0	2,8	100,0	2,5	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	0,5		-0,3		-0,7	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0		0,1		0,1	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
18. Finanzergebnis	0,0		0,1		0,1	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,5		-0,2		-0,6	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern						
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	0,5		-0,2		-0,6	

Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH
Kontakt:	Neue Messe 1, 88046 Friedrichshafen Tel.: +49 7541 708-0 Fax: +49 7541 708-110 E-Mail: info@messe-fn.de Homepage: www.messe-friedrichshafen.de
Gründungsdatum:	10. Juni 1992
Eintragung Handelsregister:	28. Dezember 1992
Letzte Eintragung:	8. August 2012
Gesellschaftsvertrag:	24. Juni 2004
Letzte Änderung:	3. Dezember 2009
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Unternehmens ist der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, die Erstellung von Gebäuden und sonstigen Einrichtungen für Messezwecke und die Verwaltung dieses Grundbesitzes, insbesondere die Vermietung an die Messe Friedrichshafen GmbH zur Durchführung von Messen und Veranstaltungen.

Die Maßnahmen und Geschäfte der Gesellschaft haben sich auf das kommunalrechtlich Zulässige zu beschränken.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 3.150.000 €. Am Stammkapital sind folgende Gesellschaftergruppen beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Stadt Friedrichshafen	2.940.000 €	93,33 %
Landkreis Bodenseekreis	150.000 €	4,76 %
Industrie und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben	30.000 €	0,95 %
Handwerkskammer Ulm	30.000 €	0,95 %
	3.150.000 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Klaus Wellmann
Stefan Mittag

Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender: Andreas Brand, Oberbürgermeister Friedrichshafen
Mitglieder: Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Das Messewesen wird in Deutschland traditionell als eine öffentliche Aufgabe angesehen, der sich hauptsächlich Länder und Gemeinden annehmen.

Bis zum Ende des Geschäftsjahres 1991/1992 veranstaltete die Internationale Messe Friedrichshafen GmbH (INTERNATIONALE) Messen und Ausstellungen hauptsächlich in eigener Regie. Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. August 1992 wurde von der bis dahin einheitlichen Gesellschaft das operative Messegeschäft abgespalten und auf die neue Messe Friedrichshafen GmbH (MESSE) übertragen. Im Rahmen dieser Betriebsaufspaltung fungiert die INTERNATIONALE ab dem Geschäftsjahr 1992/1993 als Besitzgesellschaft.

Der Bau des neuen Messegeländes nahe dem Flughafen wurde im Geschäftsjahr 2001/2002 fertiggestellt. Die „Neue Messe“ wurde am 26. Juli 2002 eröffnet. Inzwischen gibt es verschiedene Erweiterungshallen (2002/2003 Halle A6, 2003/2004 Halle B4, 2009 Hallen A7 und B5).

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Mit Kaufvertrag vom 30. Juni 1992 verkaufte die Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH an die Messe Friedrichshafen GmbH sämtliche dem operativen Bereich zuzuordnenden Aktiven und Passiven nach dem Stand am 1. August 1992 (Übernahmestichtag). Nicht mit verkauft wurden die Grundstücke einschließlich der Gebäude, die grundstücksgleichen Rechte (insbesondere die Erbbaurechte), die mit den nicht verkauften Immobilien zusammenhängenden Verbindlichkeiten sowie die laufenden Pensionsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Arbeitnehmern einschließlich der damit zusammenhängenden Rückstellungen. Das Messegelände wurde von der INTERNATIONALE an die MESSE vermietet.
- ⇒ Zum 1. Juli 2002 wurde ein neuer Mietvertrag (Vertrag vom 28. Juni 2002) mit der MESSE (Mieter) abgeschlossen. Mietgegenstand ist die „Neue Messe Friedrichshafen 2002“ mit den Grundstücken und Bauten, dem Zubehör, den Einrichtungen und Geräten einschließlich der vom Vermieter von dritter Seite angemieteten Parkplätze für das Messegelände. Der zu entrichtende Mietzins wurde in der Folgezeit durch verschiedene Nachträge zum Mietvertrag mehrfach angepasst.
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE bestehen zwei Pachtverträge vom 7./22. Dezember 2005 über die Parkplätze P 2 Ost und P 5. Die Pachtverträge haben eine Laufzeit vom 1. März 2003 bis zum 28. Februar 2033 (P 2 Ost) bzw. vom 1. März 2003 bis zum 28. Februar 2013 nach Verlängerung des Pachtvertrages (P 5).
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE bestehen zwei Pachtverträge vom 20. Dezember 2006 über die Parkplätze P 7 und Maierhöfle/Zirkusplatz. Die Pachtverträge haben eine Laufzeit vom 1. Juli 2006 bis zum 31. Dezember 2015 (P 7) bzw. vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2016 (Maierhöfle/Zirkusplatz).
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE bestehen zwei Pachtverträge vom 15. Dezember 2010 über die Parkplätze P Ost 2 und P West 2. Die Pachtverträge haben eine Laufzeit vom 1. Juli 2008 bis zum 28. Februar 2033 (P Ost 2) bzw. vom 1. Juli 2008 bis zum 31. Dezember 2017 P West 2).
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE besteht eine Vereinbarung über die Bereitstellung von Ausgleichsflächen vom 3. März 2008. Eine weitere Vereinbarung wurde am 14./21. Dezember 2010 getroffen.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

keine

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Beschäftigt war im Geschäftsjahr ein Angestellter.

10. Lagebericht**a) Allgemeines**

Die Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2013 wie in den Vorjahren mit der Verwaltung und Vermietung ihres Grundbesitzes und der Messeimmobilien beschäftigt. Die Mieterin, die Messe Friedrichshafen GmbH, hatte im Berichtszeitraum ein dem Messeturnus entsprechend gutes Messejahr, in dem jedoch einige Veranstaltungen turnusgemäß nicht stattfanden.

Die Messe Friedrichshafen GmbH hat im Geschäftsjahr 2013 eine Gesamtmiete inkl. Übernahme der Grundsteuer von 7.968 T€ (Vj. 9.318 T€) geleistet (davon 7.565 T€ Miete (Vj. 8.915 T€) sowie 403 T€ Übernahme Grundsteuer (Vj. 403 T€). Diese Mietzahlung lag deutlich über der Erwartung, sodass ein gegenüber der ursprünglichen Prognose erheblich verbessertes Ergebnis erreicht wurde.

Für das Geschäftsjahr 2013 wird entsprechend ein Fehlbetrag von 2.558 T€ (Vj. - 1.411 T€) ausgewiesen. Der Jahresfehlbetrag ist wesentlich beeinflusst durch Abschreibungen von 5.940 T€ (Vj. 5.940 T€) und Zinsaufwendungen 3.021 T€ (Vj. 3.320 T€). Die Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2013 beträgt 37,1 % (Vj. 37,9 %). Von den Verbindlichkeiten haben 60.774 T€ (Vj. 62.670 T€) eine Restlaufzeit von über einem Jahr. Der Cash Flow (Jahresergebnis zzgl. Abschreibungen) von 3.559 T€ hat sich gegenüber dem Vorjahr (4.529 T€) aufgrund der geringeren Mieteinnahmen verschlechtert.

b) Instandsetzungsarbeiten

Die gewöhnlichen laufenden Instandhaltungs- und Wartungsaufgaben wurden gemäß Mietvertrag von der Messe Friedrichshafen GmbH durchgeführt und bewegten sich im Wesentlichen im budgetierten Rahmen. Am Ende des Jahres wurde mit der Verbesserung einer Geländefläche begonnen (Versorgungskanäle, Asphaltierung), um diese für einen eventuellen zukünftigen Mobilhallenaufbau vorzubereiten.

c) Darlehensoptimierung

Auf die vertraglich vorgesehene Auszahlung einer Rate des Liquiditätsdarlehens der Stadt Friedrichshafen in Höhe von 1.401 T€ wurde verzichtet. Hinsichtlich dieses Darlehens wurde darüber hinaus eine Sondertilgung in Höhe von 1,5 Mio. € geleistet.

Des Weiteren wurde wie bereits im Vorjahr vereinbart eine Sondertilgung in Höhe von 3 Mio. € auf das Darlehen der Sparkasse Bodensee vorgenommen. Diese sowie eine weitere Tilgung in Höhe von 3 Mio. € Anfang 2014 werden wiederum durch die Sparkasse Bodensee mittelfristig darlehensfinanziert, verringern somit langfristig nicht die Liquidität der Gesellschaft, nutzen jedoch die aktuell günstigste Zinssituation.

Insgesamt ist eine deutliche nachhaltige Reduzierung der Zinsbelastung Folge dieser Darlehensoptimierungsmaßnahmen.

d) Sicherungsgeschäfte

Zur Zinssicherung langfristiger Darlehen werden vereinzelt Swapgeschäfte abgeschlossen. Aufgrund des geringen Umfangs solcher Transaktionen sind spezielle Risikomanagementregelungen hierfür unseres Erachtens nicht erforderlich.

Spekulative derivative Finanzinstrumente werden nicht genutzt und sind nach einem Gesellschafterbeschluss untersagt.

d) Schlussbemerkungen

Der Mietvertrag mit der Messe Friedrichshafen GmbH berücksichtigt die Aufrechterhaltung der Liquidität der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH wie auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Messe Friedrichshafen GmbH. Die Mietzahlung konnte die laufenden Aufwendungen einschließlich der Abschreibungen zu einem beachtlichen Teil decken, so dass der Fehlbetrag deutlich geringer ausfiel als erwartet. Auch für die kommenden Geschäftsjahre wird mit Jahresfehlbeträgen gerechnet. In 2014 und 2015 werden diese jedoch aufgrund erwarteter hoher Mietzahlungen durch die Messe Friedrichshafen GmbH und der wirksamen Reduzierung der Zinsbelastung deutlich geringer prognostiziert als in den Vorjahren.

Nach derzeitiger Planung sind voraussichtlich mittelfristig keine weiteren Mittelzuführungen des Hauptgesellschafters notwendig, solange keine neuen Großinvestitionen finanziert werden müssen. Begründet liegt dies ebenfalls in den weiterhin hohen erwarteten Mietzahlungen der Betriebsgesellschaft und erfolgten Darlehensoptimierungen zur nachhaltigen Reduzierung der Zinsbelastung.

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Friedrichshafen, 11. April 2014

Die Geschäftsführung

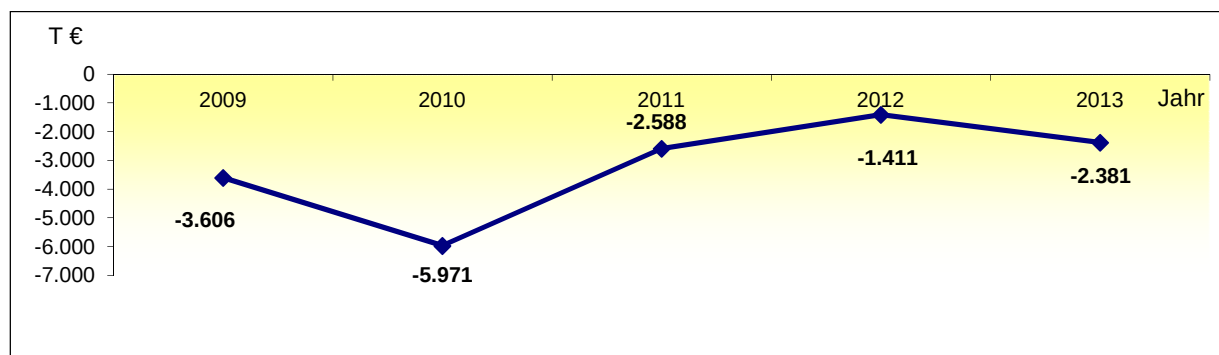
11. Abschlussprüfer

Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

12. Kennzahlen

Kennzahlen	2013 in T €	2012 in T €	2011 in T €	2010 in T €	2009 in T €
Mieterträge	7.968	9.322	7.760	5.008	6.417
derivate Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken (Nominalvolumen)	2.416	2.744	3.255	3.765	4.276

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2013

Bilanz Aktiva	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	93.370,8	92,1	99.310,5,5	93,6	105.313,5	92,1
2. Anlagen im Bau	199,4	0,2				
III. <u>Finanzanlagen</u>						
	93.570,2	92,3	99.310,5	93,6	105.313,5	92,1
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	7,1	0,0	3,0	0,0	714,7	0,6
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	77,5	0,1	12,3	0,0	12,9	0,0
III. <u>Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	4.886,3	4,8	3.719,3	3,5	4.990,5	4,4
	4.970,8	4,9	3.734,6	3,5	5.718,1	5,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.889,6	2,8	3.076,9	2,9	3.353,7	2,9
Bilanzsumme	101.430,6	99,8	106.122,0	100,0	114.385,3	100,0

Bilanz der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2013

Bilanz	2013		2012		2011	
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	3.150,0	3,1	3.150,0	3,0	3.150,0	2,8
II. Rücklagen	69.543,2	68,6	69.720,3	65,7	69.720,3	61,0
III. Gewinnrücklagen						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-32.659,8	-32,2	-31.248,4	-29,4	-28.660,3	-25,1
V. Jahresüber- schuss/Jahresfehlbetrag	-2.380,7	-2,3	-1.411,4	-1,3	-2.588,1	-2,3
	37.652,7	37,1	40.210,5	37,9	41.621,9	36,4
B. Zur Durchführung der am 3. Dezember 2009 beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
C. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtung	114,2	0,1	120,6	0,1	127,6	0,1
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	47,9	0,0	43,0	0,0	1.004,6	0,9
	162,1	0,2	163,6	0,2	1.132,2	1,0
D. Verbindlichkeiten						
I. erhaltene Anzahlung						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1,5	0,0	109,1	0,1	141,3	0,1
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
VI. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	7.141,0	7,0	8.641,0	8,1	10.641,0	9,3
VII. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	46.734,7	46,1	46.281,0	43,6	49.718,4	43,5
VIII. Sonstige Verbindlichkeiten	9.738,6	9,6	10.716,8	10,1	11.130,5	9,7
	63.615,8	62,7	65.747,9	62,0	71.631,2	62,6
E. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	101.430,6	100,0	106.122,0	100,0	114.385,3	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH
zum 31.12.2013

Gewinn- und Verlustrechnung	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	7.968,0	95,7	9.322,2	98,9	7.759,8	92,7
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	357,7	4,3	107,7	1,1	611,3	7,3
5. Gesamtleistung	8.325,7	100,0	9.429,9	100,0	8.371,1	100,0
6. Materialaufwand						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	137,8	1,9	128,5	1,8	121,2	1,7
b) Soziale Abgaben	11,6	0,2	11,5	0,2	11,2	0,2
c) Aufwendungen f. Altersvorsorge	21,0	0,3	19,6	0,3	8,9	0,1
8. Abschreibungen auf Sachanlagen	5.939,8	81,5	5.939,8	82,9	5.942,9	82,7
9. Sonstige betriebl. Aufwendungen	1.181,4	16,2	1.065,4	14,9	1.099,3	15,3
10. Gesamtaufwand	7.291,6	100,0	7.164,8	100,0	7.183,6	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	1.034,1		2.265,1		1.187,5	
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9,3		46,2		21,8	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.021,1		-3.319,6		-3.389,7	
18. Finanzergebnis	-3.011,8		-3.273,5		-3.367,9	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.977,7		-1.008,4		-2.180,4	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern	-403,0		-403,0		-407,8	
23. Jahresfehlbetrag	-2.380,7		-1.411,4		-2.588,1	
24. Verlustvortrag	-32.659,8		-31.248,4		-28.660,3	
25. Bilanzverlust	-35.040,5		-32.659,8		-31.248,4	

Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH
Kontakt:	Leutholdstraße 30, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 385 88-0 Fax: 07541 / 385 88-33 E-Mail: info@wf-bodenseekreis.de Homepage: www.wf-bodenseekreis.de
Niederlassung Überlingen:	Heiligenbreite 34, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 9471-937 Fax: 07551 / 9471-939
Gründungsdatum:	1. Januar 2006
Eintragung Handelsregister:	8. Dezember 2006
Gesellschaftsvertrag:	2. August 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Geschäftszweck der WFB ist die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie die Förderung der Wirtschaftskraft von Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen im Bodenseekreis.

Dazu gehören gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrags insbesondere:

- ⇒ Existenzgründungsberatung
- ⇒ Beratung und Betreuung von klein- und mittelständischen Unternehmen, z.B. bei der Standortwahl sowie bei der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen usw.; ausgenommen sind Rechts-, Steuerrechts- und Finanzberatungen
- ⇒ Standortmarketing
- ⇒ Unterstützung von Außenwirtschaftsaktivitäten
- ⇒ Technologietransfer
- ⇒ Schaffung eines Netzwerkes von Gründer- und Technologiezentren im Bodenseekreis sowie das Management ausgewählter Zentren
- ⇒ Beratung der beteiligten Kommunen
- ⇒ Förderung weicher Standortfaktoren; z.B. Ansprechpartner für Landschaftsparkprojekte
- ⇒ Intensivierung und Ausbau von Kooperationen mit benachbarten Wirtschaftsräumen im In- und Ausland
- ⇒ Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Region gegenüber Institutionen

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 96.050,00 €. Am Stammkapital sind folgende Gesellschaftergruppen beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
<u>Städte/Gemeinden/Kreise</u>		
Stadt Friedrichshafen	20.650,00 €	21,50 %
Landkreis Bodenseekreis	8.900,00 €	9,27 %
Stadt Überlingen	7.150,00 €	7,44 %

Stadt Tettnang	5.850,00 €	6,09 %
Gemeinde Meckenbeuren	4.000,00 €	4,16 %
Stadt Markdorf	3.950,00 €	4,11 %
Gemeinde Salem	3.250,00 €	3,38 %
Gemeinde Immenstaad	2.500,00 €	2,60 %
Gemeinde Kressbronn	2.500,00 €	2,60 %
Gemeinde Langenargen	2.200,00 €	2,29 %
Gemeinde Uhdlingen-Mühlhofen	2.100,00 €	2,19 %
Stadt Meersburg	1.700,00 €	1,77 %
Gemeinde Eriskirch	1.200,00 €	1,25 %
Gemeinde Deggenhausertal	1.150,00 €	1,20 %
Gemeinde Oberteuringen	1.150,00 €	1,20 %
Gemeinde Owingen	1.150,00 €	1,20 %
Gemeinde Bermatingen	1.050,00 €	1,09 %
Gemeinde Heiligenberg	900,00 €	0,94 %
Gemeinde Herdwangen-Schönach	900,00 €	0,94 %
Gemeinde Neukirch	800,00 €	0,83 %
Gemeinde Frickingen	750,00 €	0,78 %
Gemeinde Hagnau	400,00 €	0,42 %
Gemeinde Daisendorf	400,00 €	0,42 %
Gemeinde Stetten	250,00 €	0,26 %
<u>Industrie</u>		
ZF Friedrichshafen AG	5.850,00 €	6,09 %
ZEPPELIN GmbH	5.850,00 €	6,09 %
Airbus DS GmbH (vormals Dornier GmbH)	4.400,00 €	4,58 %
MTU Friedrichshafen GmbH	1.450,00 €	1,51 %
Luftschiffbau Zeppelin GmbH	1.450,00 €	1,51 %
<u>Mittelstand</u>		
MWS Friedrichshafen GmbH	725,00 €	0,75 %
Messe Friedrichshafen GmbH	750,00 €	0,78 %
RAFI Eltec GmbH	725,00 €	0,75 %
	96.050,00 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer:

Benedikt Otte

Aufsichtsrat

Vorsitzender

stv. Vorsitzende

Mitglieder

Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis

Sabine Becker, Oberbürgermeisterin Überlingen

Dr. Stefan Köhler, Erster Bürgermeister Friedrichshafen

Ralf Bäuerle, Vorstandsvorsitzender Sparkasse Salem-Heiligenberg

Jürgen Beisswenger, Bürgermeister Immenstaad

Simon Blümcke, Bürgermeister Hagnau

Dr. Martin Brütsch, Bürgermeister Meersburg

Michael Grossmann, Geschäftsführer der Grossmann KG

Manfred Härle, Bürgermeister Salem

Matthias Lenz, Leiter Unternehmenskommunikation der ZF Friedrichshafen AG

Stefan Mittag, Leiter Finanzen & Administration der Messe Friedrichshafen GmbH

Andreas Schmid, Bürgermeister Meckenbeuren

Reinhold Schnell, Bürgermeister Neukirch

Hermann-Josef Schwarz, Vorsitzender des Vorstands der Volksbank eG, Überlingen

Im Geschäftsjahr 2013 wurden keine Bezüge an Mitglieder des Aufsichtsrates gewährt.

Gesellschafterversammlung

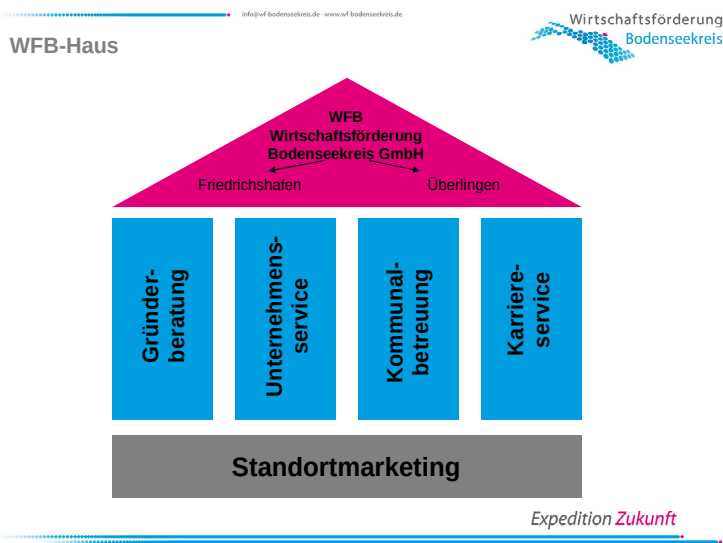
Vorsitzender
stv. Vorsitzende
Mitglieder

Lothar Wölflle, Landrat Bodenseekreis
Sabine Becker, Oberbürgermeisterin Überlingen
Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Gemäß Gesellschaftsvertrag wird mit der WFB das Ziel verfolgt, die Rahmenbedingungen und Strukturen im Bodenseekreis so zu gestalten und zu verändern, dass Arbeitsplätze für die Bevölkerung gesichert und neue geschaffen werden können. Dazu verfolgt die Gesellschaft die oben aufgeführten Zielsetzungen. Die inhaltlichen Schwerpunkte der durchgeführten Projekte und Beratungen liegen dabei auf den Bereichen:

- ⇒ **Existenzgründungen und Jungunternehmerberatung:**
Unterstützung und Betreuung von Existenzgründern und jungen Unternehmen in Bereichen der Unternehmensgründung, Betriebserweiterung, -verlagerung und -umstellung sowie im Umgang mit Behörden und Ämtern
- ⇒ **Unternehmensbetreuung:**
Maßnahmen, die auf einzelne Betriebe (Beratung, Informationsbeschaffung und -weitergabe) wie auch auf die Gesamtheit der Unternehmen (Veranstaltungen, Publikationen, Veröffentlichungen) ausgerichtet sind
- ⇒ **Kommunal- und Kreisberatung:**
Beratung der Kommunen sowie des Landkreises und deren/dessen Gremien bei der Gestaltung der wirtschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen (u. a. Wirtschaft- und Gewerbeflächenentwicklung, Infrastrukturaufbau, Betrieb eines Immobilienportals im Internet)
- ⇒ **Karriereberatung:**
Betrieb einer Stellbörse im Internet sowie die Durchführung von Veranstaltungen, bei denen potentielle Arbeitskräfte Unternehmen und vakante Stellen bzw. Ausbildungsplätze kennen lernen können.
- ⇒ **Regionales und überregionales Standortmarketing:**
Durchführung von Maßnahmen, die das Profil und die Attraktivität des Wirkungskreises außerhalb seiner Grenzen bekannt machen.



6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ frieks GmbH (Einlage: 7.250 €, Anteil: 29,00 %).

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Gesellschaftsvertrag vom 2. August 2006
- ⇒ Kooperationsvereinbarung Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben vom 16. März 2000
- ⇒ Kooperationsvereinbarung Regionale Internet-Suchmaschine www.karriere-im-sueden.de bis 2011, verlängert bis einschließlich des Jahres 2014 am 21. Dezember 2011
- ⇒ Mietvertrag für die Geschäftsräume in der Leutholdstraße 30, Friedrichshafen, vom 12. August 2002, erneuert im Juli 2013
- ⇒ Mietvertrag für die Geschäftsräume in der Heiligenbreite 34, Überlingen, vom 28. November 2006
- ⇒ Finanzierungserklärung für die Jahre 2007 – 2009 Filmförderung Bodensee-Oberschwaben, Film Commission Bodensee-Oberschwaben vom 21. Dezember 2006, verlängert bis einschließlich des Jahres 2013 am 16. Dezember 2011
- ⇒ Zuwendungsbescheid für die regionale Clusterinitiative „BodenseeAIRea“ vom 20. Dezember 2011 mit einer Laufzeit bis 30. November 2014
- ⇒ Gesellschaftsvertrag frieks GmbH vom 30. September 1999, zuletzt geändert am 18. März 2005
- ⇒ Dienstleistungsvertrag „Geschäftsbesorgung frieks GmbH“ vom 1. Februar 2002

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die WFB:

- ⇒ 53.744 € Gesellschafterzuschuss (Vj. 48.858 €)
- ⇒ 15.000 € Projekt RegioWin
- ⇒ 4.051 € Projekt Vierländerregion Bodensee
- ⇒ 101 € Ferienprojekt

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben dem Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Vollzeit sowie eine Mitarbeiterin in Teilzeit (7,4 Stellen).

10. Lagebericht

a) Rahmenbedingungen, Lage und Geschäftsverlauf

Die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH (WFB) ist eine Gesellschaft zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie zur Förderung der Wirtschaftskraft von Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen im Bodenseekreis.

Die Aktivitäten der WFB gliedern sich im Wesentlichen wie folgt in:

- ⇒ Gründerberatung
- ⇒ Unternehmensbetreuung/Bestandspflege
- ⇒ Kommunal- und Kreisservice
- ⇒ Karriereservice, Fachkräfteakquisition
- ⇒ Standortmarketing

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Gesellschafter sind die Städte und Gemeinden des Bodenseekreises (außer Sipplingen), die Gemeinde Herdwangen-Schönach aus dem Landkreis Sigmaringen, der Landkreis Bodenseekreis sowie acht Unternehmen aus der Großindustrie und dem Mittelstand. Zwei Sparkassen sowie zwei Volksbanken sind zudem Konsortialpartner.

Die WFB beschäftigte in Summe 7,4 Personen im Sinne von Vollzeitäquivalenten.

Mehr als 1.300 Teilnehmer besuchten im Jahr 2013 die 26 Eigenveranstaltungen der WFB, wie z. B. das zweimal im Jahr stattfindende „Business Breakfast Bodensee“, das „Forum Fit für die Selbständigkeit“ mit sechs Veranstaltungen und den „Business Treffpunkt Bodensee“ mit zwei Veranstaltungen. Mehr als 900 Teilnehmer meldeten sich für die Schüleraktion „Wissen was geht“ an. Abgerundet wird das Angebot der WFB durch die Mitwirkung und Unterstützung von 16 Kooperationsveranstaltungen, z. B. am „Marketing Tag“, an den Veranstaltungen des „Netzwerk Bodensee“ sowie an den Veranstaltungen des Netzwerks „Innovation B“. Die Veranstalter der Kooperationsveranstaltungen zählten insgesamt ca. 1.800 Teilnehmer. Eine weitere Kooperationsveranstaltung ist die einmal im Jahr stattfindende „Business Night Bodensee“ mit ca. 245 Teilnehmern.

Auf den Seiten der Homepage der WFB findet sich ein breit gefächertes Angebot an Informationen, z.B. sämtliche Presseveröffentlichungen, Übersichten über Kindergartenplätze, Restaurants mit fremdsprachiger Speisekarte, Gemeindeprofile, Wirtschaftskalender usw. Mehr als 92.000 Besucher im Jahr 2013 auf der Homepage zeugen von einem regen Interesse an dem Internetangebot der WFB.

Ziel der zahlreichen Messeauftritte der WFB ist es, Standortmarketing für den Bodenseekreis zu betreiben. Es ist unabdingbar, im Wettbewerb der Standorte Präsenz auf wichtigen Messen zu zeigen, um den Bekanntheitsgrad des Bodenseekreises und der Vierländerregion zu steigern. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden zwölf Messen besucht, darunter fünf Hochschulmessen im Inland. Dabei liegt der Fokus einerseits auf der Fachkräfteakquisition. Andererseits präsentierte die WFB den Standort Bodenseekreis als bedeutenden Teil der Vierländerregion Bodensee u. a. auf der international bedeutenden Gewerbeimmobilienmesse Expo Real in München, um u. a. auf Investitionsmöglichkeiten in der Bodenseeregion aufmerksam zu machen. Insgesamt mehr als 2.000 Messekontakte zeugen von einem regen Interesse an den Leistungen der WFB und am Wirtschafts- und Karrierestandort Bodenseekreis.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden im Rahmen der Jungunternehmer- und Existenzgründungsberatung sowie der Bestandspflege mehr als 100 Beratungsgespräche und Unternehmensbesuche durch die WFB durchgeführt.

Die Alleinstellungsmerkmale des Gewerbeimmobilienportals www.immoportal-bodensee.net tragen zu dessen guter Entwicklung bei. Alleinstellungsmerkmale sind die den See umspannende und grenzüberschreitende Verfügbarkeit von Gewerbeimmobilien ausschließlich aus der Bodenseeregion, die mögliche Einbindung in die kommunalen Internetauftritte, die Verifizierung durch die kommunalen Wirtschaftsförderer (woraus ein Informationsvorspruch für die Kommunen resultiert) sowie die angebotenen Standortprofile. Am Bilanzstichtag betrug die Anzahl der registrierten Benutzer 458 (Vj. 407). Im Jahr 2013 wurden 73 Immobilien als vermittelt gemeldet, seit dem Start des Portals wurden 313 Immobilien als vermittelt gemeldet. Ca. 30.000 Besucher auf den Immobilienseiten und ca. 5.800 Besucher auf den Standortseiten der Kommunen wurden im Jahr 2013 gezählt. Seit der Eröffnung des Portals im Juli 2009 wurden ca. 112.000 Besucher auf den Immobilienseiten und ca. 18.000 Besucher auf den Standortseiten der Kommunen gezählt.

Das von 15 Partnern rund um den See getragene Projekt „Internationaler Wirtschaftsraum Bodensee – Vierländerregion Bodensee“ ist bis zum Jahr 2014 finanziert und wird durch das

Programm Interreg IV der Europäischen Union gefördert. Am 13. Februar 2014 konnte im Rahmen einer Feierstunde das Internetportal www.vierlaenderregion-bodensee.info der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Bisher wurden durch die WFB 27 Lizenzen vergeben, alle Projektpartner haben bis Ende März 2014 zusammen 204 Lizenzen vergeben.

Die WFB hat im Jahr 2010 mit dem Konzept einer Standortmarketingstrategie zur besseren Vermarktung der innovativen Region Bodenseekreis erfolgreich am Clusterwettbewerb des Landes Baden-Württemberg teilgenommen. Der daraus folgende Antrag auf Förderung des Projektes aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) wurde im Dezember 2011 genehmigt. Dadurch ist die Finanzierung des Projektes „BodenseeAIRea“ bis Ende 2014 gesichert. Aktuell wird an einem Finanzierungskonzept über das Jahr 2014 hinaus gearbeitet. Fortgesetzt wird die Vernetzung der für die Luft- und Raumfahrt tätigen Unternehmen untereinander und mit Forschungseinrichtungen sowie Hochschulen, der Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis, die Erkenntnisgewinne über Branchen- und Technologieentwicklungen, die Förderung von Innovationen zum Ausbau und zur Sicherung der Beschäftigung sowie die gemeinsame Darstellung und Identifikation als Luft- und Raumfahrtregion. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden fünf Clustertreffen veranstaltet und eine internationale Fachkonferenz (Bodensee Aerospace Meeting) im Bodenseekreis organisiert und durchgeführt. Ferner organisierte die WFB Gemeinschaftsstände für die Clustermittglieder auf der Messe AERO. Weitere Veranstaltungen wie z. B. das Karriereevent „AIRstudent“, ein Barbecue-Abend mit Vorträgen und Podiumsdiskussionen als Treffpunkt von Politik und Wirtschaft sowie eine Parlamentarierreise komplettieren das Angebot für die Mitgliedsunternehmen. Das Cluster zählt derzeit 34 Mitglieder, davon vier wissenschaftliche Institutionen. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Maßnahmen des Projekts überwiegend wie geplant durchgeführt werden konnten und die Ziele gemäß der Arbeitsschritte und Meilensteinplanung erreicht wurden bzw. in begründeten Einzelfällen zu einem zeitnahen späteren Termin erreicht werden.

Im Rahmen der neuen EU-Förderperiode 2014 bis 2020 hat die Landesregierung den Wettbewerb zur zukunftsfähigen Regionalentwicklung „RegioWin“ gestartet. Die WFB beteiligte sich gemäß einem Auftrag der Gesellschafterversammlung an der 1. Phase des Projektes als Leadpartner und erarbeitete im Rahmen eines umfassenden Beteiligungsprozesses das regionale Strategiekonzept „Visionen leben und realisieren ... in Innovation, Qualität und Nachhaltigkeit“. Am 16. Januar 2014 wurde das Konzept durch eine unabhängige Jury prämiert und wird nun in der 2. Phase des Wettbewerbs zu einem umsetzungsfähigen 'Regionalen Entwicklungskonzept' weiterentwickelt. Das regionale Entwicklungskonzept sowie die darin dargestellten Leuchtturmprojekte werden Ende 2014 durch eine unabhängige Jury bewertet und gegebenenfalls prämiert. Diese Prämierung würde dann dazu berechtigen, einen Antrag auf Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zu stellen. Die Leuchtturmprojekte können auf diese Art und Weise Fördermittel von bis zu 5 Mio. € erhalten.

Insgesamt konnten die für das Jahr 2013 gesteckten Ziele erreicht werden. Alle durchgeführten Projekte verliefen erfolgreich und bestätigen den durch den Gesellschaftsvertrag vorgegebenen Weg der kreisweiten Wirtschaftsförderung.

Wesentliche Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2013 nicht getätigt.

b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzlage

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 96.050 € ist voll eingezahlt.

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 123 T€ auf 384 T€. Begründet ist das im Wesentlichen durch eine Erhöhung des Umlaufvermögens. Das Anlagevermögen ermäßigte sich leicht, begründet in den planmäßigen Abschreibungen. Der

Anstieg der Bankguthaben korrespondiert im Wesentlichen mit dem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus nicht verbrauchten Zuschüssen sowie dem Anstieg der sonstigen Rückstellungen.

Auf der Passivseite erhöhten sich die Rückstellungen um 16,7 T€. während sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 1,5 T€ ermäßigten.

Die Rentabilität des Eigenkapitals beträgt aufgrund des ausgeglichenen Ergebnisses 0 %.

Die Liquidität ersten Grades beträgt 128,91 % (Vj. 162,68 %), die Liquidität zweiten Grades 135,14 % (Vj. 168,99 %).

Das working capital beträgt 103 T€ (Vj. 103 T€).

Die Gesellschaft ist in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachzukommen. Die Gesellschaft finanziert sich weitgehend über Gesellschafterzuschüsse und Zuschüsse der Konsortialpartner sowie über Drittmittel. Zahlungsstromschwankungen, die durch die zeitverzögerte Auszahlung von Drittmitteln entstehen, kann die Gesellschaft aufgrund der vorhandenen Liquidität jederzeit ausgleichen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die sparsame Verwaltung des Budgets der Gesellschaft, ohne dass die Aufgabenerfüllung der WFB beeinträchtigt wird. Dies wird durch ein zeitnahes Liquiditätsmanagement und Projektcontrolling sichergestellt. Zur Verfügung stehende kurzfristige Kreditlinien in Höhe von 51 T€ wurden nicht in Anspruch genommen.

Ertragslage

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss von 0,00 € aus. Zur Erreichung dieses ausgeglichenen Ergebnisses wurden nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von 98,4 T€ neutralisiert, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern erfasst sind.

Die Umsatzerlöse enthalten im Wesentlichen Kostenweiterbelastungen von Messebesuchen sowie Erlöse aus durchgeführten Projekten. Unter anderem wurde ein Gemeinschaftsstand auf der Messe AERO organisiert, wodurch Umsatzerlöse in Höhe von ca. 8,6 T€ generiert wurden. Weitere Umsatzerlöse erzielte die WFB durch die B2B-Messe 'Business Markplatz Bodensee' in Höhe von 15 T€ sowie durch das 'Bodensee Aerospace Meeting' in Höhe von 5 T€. Auch wurden Mitgliedsbeiträge der Clusterunternehmen in Höhe von 69 T€ vereinbahmt. Die Vermarktung des Immobilienportals wurde weiter vorangetrieben. Die Einnahmen daraus betrugen ca. 29 T€.

Die ab dem Jahr 2013 linear um 10 % auf 665,5 T€ angehobenen Zuschüsse der Gesellschafter und Konsortialpartner vor Ergebnisausgleich sowie die Erträge aus Drittmitteln in Höhe von 59 T€ werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Der Anstieg der Erträge aus Drittmitteln um 48 T€ begründet sich im Wesentlichen durch das Projekt 'BodenseeAIRea'.

Die Höhe der akquirierten Drittmittel ist von entsprechenden geförderten Projekten abhängig und somit nicht nachhaltig. Die Gesellschaft ist jedoch bestrebt, die Einnahmesituation aus Drittmitteln zu verstetigen. Durch das Clusterprojekt „BodenseeAIRea“ wird die WFB von 2013 bis 2015 voraussichtlich insgesamt 200 T€ Drittmittel vereinnahmen. Im Jahr 2013 sind der WFB davon 50,5 T€ zugeflossen. 2014 hat die Gesellschaft ursprünglich mit Drittmitteln in Höhe von ca. 35 T€ geplant. Aufgrund Verschiebungen in der Abrechnung des Clusterprojekts 'BodenseeAIRea' werden die Drittmittel 2014 mit 78 T€ signifikant höher ausfallen.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 16 T€.

Im Vergleich zum Vorjahr ermäßigten sich die Abschreibungen um 4 T€.

Die Aufwendungen für Werbe- und Reisekosten ermäßigten sich gegenüber dem Vorjahr um 10 T€ auf 43 T€. Begründet ist dies im Wesentlichen durch die Verringerung der Schaltung von Werbeanzeigen um 9 T€. Die Messekosten ermäßigten sich um 47 T€, da die Messe ILA in Berlin im 2-jährigen Turnus stattfindet. Der Anstieg der sonstigen Projektkosten um 23 T€ auf 50 T€ erklärt sich im Wesentlichen durch die Kosten für die Teilnahme an der ersten Phase des Wettbewerbs zur zukunftsfähigen Regionalentwicklung „RegioWin“ in Höhe von 12,6 T€, sowie Kostensteigerungen in den Projekten Studentenexkursionen und „Wissen was geht“. Ferner wurden einmalig einige kleinere Projekte abgewickelt. Die Kosten für das Projekt „BodenseeAIRea“ beinhalten im Wesentlichen die Kosten für das Clustermanagement durch einen externen Dienstleister in Höhe von 36 T€. Der Anstieg der Kosten für die Instandhaltung betrieblicher Räume um 9,4 T€ ist im Wesentlichen durch die erstmalige Bildung einer Rückstellung aufgrund vertraglicher Verpflichtungen begründet. In den anderen Kostenbereichen konnten Kostensteigerungen teilweise durch Kosteneinsparungen neutralisiert werden.

Als Ergebnis der Betriebsprüfung im Jahr 2010 wurde der WFB der Vorsteuerabzug ab dem Jahr 2011 aberkannt. Die nicht abziehbare Vorsteuer ist in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 21 T€ enthalten und ermäßigte sich um 4 T€. Nicht separat ausgewiesen ist die nicht abziehbare Vorsteuer in Höhe von 12 T€ der Kosten für das Cluster 'BodenseeAIRea'. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen insgesamt betrachtet um 58 T€.

Die WFB ist von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer befreit. Das Zinsergebnis ermäßigte sich leicht um 0,6 T€ gegenüber dem Vorjahr und beinhaltet die Zinseinnahmen für die laufenden Konten und Festgeldzinsen.

Die durch die WFB erbrachten Leistungen (z.B. Beratungen, Veranstaltungen) erfolgen in der Regel kostenlos.

c) Voraussichtliche Entwicklung

Im Jahr 2013 hat sich in Deutschland, aber auch im Bodenseekreis, das allgemeine Wirtschaftswachstum fortgesetzt. Letzterer wird laut einer Studie von Focus Money bzgl. Wirtschaftskraft als zweitstärkster Landkreis Deutschlands gesehen. Für das Jahr 2014 wird mit einem weiteren Anstieg der Wirtschaftsleistung in allen Branchen gerechnet. Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg werden der Automobilbau, der Maschinenbau, die Luft- und Raumfahrt und die unternehmensnahen Dienstleistungen sein. Diese Einschätzung geht davon aus, dass es zu keinen weiteren schwerwiegenden Verwerfungen in der Weltpolitik und an den Finanzmärkten kommt und die Lösung der Finanzkrisen in wichtigen Ländern der Eurozone voranschreitet. Wirtschaftsförderung wird deshalb auch weiterhin ein wichtiges Betätigungsfeld der Kommunen sein, insbesondere mit Blick auf den Fachkräftemangel, den Wettbewerb der Standorte und die Sensibilisierung der Unternehmen für Zukunftsthemen.

Mit dem neu konzipierten Internet-Stellenportal www.karriere-im-sueden.de unterstützen die sieben deutschen und österreichischen Wirtschaftsförderungen der Vierländerregion Bodensee die Unternehmen der Region bei der Suche nach Fachkräften. Darüber hinaus ist die WFB Partner der „Fachkräfteallianz Bodensee-Oberschwaben“, in der u. a. die Akquisition ausländischer Fachkräfte thematisiert wird.

Das Cluster-Projekt „BodenseeAIRea“, welches Strahlkraft in alle Bereiche der Wirtschaft besitzt, wird intensiv fortgeführt. Der Bodenseekreis hat mit dem Bereich Luft- und Raumfahrt ein Alleinstellungsmerkmal in der Region. Geplante Aktivitäten sind z.B. das Karriereevent „AIRstudent“, eine Reihe von Clustertreffen und die Organisation und Durchführung eines

Gemeinschaftsstandes auf den Messen AERO, ILA und Airtec. Bei der Immobilien- und Standortmesse Expo-Real im Oktober 2014 in München wird die WFB wieder zusammen mit benachbarten Wirtschaftsförderungsgesellschaften die Bodenseeregion präsentieren.

Das am Bedarf orientierte Standardprogramm der WFB wird fortgeführt bzw., soweit erforderlich, angepasst. Die Anstrengungen der WFB werden sich dabei wie in den Vorjahren auch im Jahr 2014 unter anderem darauf richten, Projekte zu initiieren und durchzuführen, die insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) in der Region unterstützen sollen. Ein wichtiges Projekt wird „RegioWin“ sein. Für die Kosten, die in der zweiten Phase des Wettbewerbs entstehen, wurden Fördermittel in Höhe von 50 T€ beantragt, deren Auszahlung an die Abgabe des regionalen Entwicklungskonzepts gebunden ist. Die Vorfinanzierung der Kosten durch die WFB ist gesichert. Dabei strebt die WFB an, die Kosten im Rahmen der beantragten Fördermittel zu halten.

Ergebnis der im Jahr 2010 durchgeführten Betriebsprüfung ist die Aberkennung der vollumfänglichen Vorsteuerabzugsberechtigung ab dem Geschäftsjahr 2011. Um die daraus resultierende Liquiditäts- und Ergebnisbelastung aufzufangen, wurde vom Aufsichtsrat nach vorhergehenden Abstimmungen der Gesellschafter untereinander einstimmig beschlossen, die Zuschüsse der Gesellschafter und Konsortialpartner der WFB ab dem Jahr 2013 um 10 % anzuheben. Sollten in Folgejahren dennoch negative Jahresergebnisse entstehen, werden diese durch nicht verbrauchte Aufwandszuschüsse der Vorjahre ausgeglichen. Ferner wird die Kostenseite ständig nach Einsparpotenzial untersucht. In den Jahren bis 2016 rechnet die WFB bei moderat steigenden Kosten mit Jahresfehlbeträgen vor Ergebnisausgleich in Höhe von insgesamt ca. 81 T€, wodurch sich die Liquiditätsreserven voraussichtlich um 77 T€ ermäßigen werden. Die Gesellschaft ist bestrebt, weitere Drittmittel zu akquirieren.

Um die Aberkennung der Vorsteuerabzugsberechtigung teilweise aufzufangen, bildet die WFB Kostenstellen, die den unternehmerischen und nichtunternehmerischen Teil der WFB abbilden. Aus den Eingangsumsätzen des unternehmerischen Teils macht die WFB Vorsteuer geltend. Im Rahmen der gesetzlichen Regelungen ist das ein anerkanntes Vorgehen. Dennoch könnte eine Betriebsprüfung einzelne Sachverhalte umsatzsteuerlich anders beurteilen, wodurch ein aus heutiger Sicht nicht quantifizierbares, von der Geschäftsführung allerdings als gering eingestuftes Risiko bestehen könnte.

Aus den dargestellten Gründen erwartet die WFB keine unmittelbar negativen Auswirkungen auf die Lage der Gesellschaft. Die institutionelle Situation wird als stabil beurteilt. Ebenso sieht die Gesellschaft die Zahlung der Zuschüsse in den kommenden Jahren als hinreichend gesichert an.

Eine im Jahr 2013 geplante Investition mit einem Volumen von ca. 25 T€ in eine dem aktuellen technischen Stand entsprechende EDV wurde aus zeitlichen Gründen in das Jahr 2014 verschoben. Weitere größere Investitionen in den Jahren 2014 und 2015 stehen aus heutiger Sicht nicht an. Außerplanmäßige finanzielle Belastungen oder notwendige Vorfinanzierungen von neuen Projekten können jederzeit im üblichen Umfang getragen werden.

Zu den bis hierher dargestellten Sachverhalten sind aus heutiger Sicht keine zukünftigen finanziellen Risiken bekannt oder zu erwarten.

Die WFB GmbH ist mit 29 % an der Frieks Friedrichshafner Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH beteiligt, die IHK Bodensee-Oberschwaben mit 20 %. Hauptgesellschafter ist die Stadt Friedrichshafen mit 51 %. Die Gesellschaft finanziert sich aus Umsätzen und Zuschüssen seitens der Stadt Friedrichshafen. Bis zum Jahr 2011 galt das Gründerzentrum Frieks als vom Land Baden-Württemberg gefördertes Gründerzentrum, weshalb Vermietungen nur an einen ausgewählten Nutzerkreis (Existenzgründer im Bereich IT) stattfinden durften. Zum 30. September 2014 wird die Frieks GmbH ihren operativen Betrieb einstellen,

da die der Geschäftstätigkeit zugrunde liegenden Mietverträge auslaufen. Am 25. November 2013 verabschiedete der Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen einen Betrauungsakt, um so die Beihilfenvorschriften der EU umzusetzen und die Frieks GmbH mit Dienstleistungen von den allgemeinem wirtschaftlichen Interesse zu betrauen. Allerdings gibt es noch keine endgültige Klärung durch höchstrichterliche Rechtsprechung, ob ein Betrauungsakt ausreicht, um alle beihilferechtlichen, steuerlichen und sonstigen Risiken auszuschließen. Nach Ansicht der Geschäftsführung der WFB wäre es deshalb grundsätzlich auch denkbar, dass zu einem bis jetzt nicht erkennbaren späteren Zeitpunkt z. B. bezüglich der Definition von „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ juristisch andere Sichtweisen als diejenige der Stadt Friedrichshafen, die sie zu ihrem Betrauungsakt veranlasst hat, Gültigkeit erhalten. Hieraus könnten dann erhebliche finanzielle Verpflichtungen für die Frieks GmbH entstehen, die im theoretischen Extremfall für die Frieks GmbH bestandgefährdend werden könnten. Wäre die Frieks GmbH dann nicht in der Lage, ihren Verpflichtungen vollumfänglich nachzukommen, könnte dieser Sachverhalt anteilige Auswirkungen (max. 29 %) auf die WFB haben. Eine Quantifizierung ist derzeit allerdings nicht möglich.

Die Geschäftsführung der WFB geht davon aus, dass auf die WFB keine aus dem Beteiligungsverhältnis an der Frieks GmbH resultierenden außerordentlichen, bestandsgefährdenden Zahlungsverpflichtungen zukommen, da der Mehrheitsgesellschafter bereits signalisiert hat, ggf. für derartige Verpflichtungen eintreten zu wollen.

Darüber hinaus hat sich die Geschäftsführung im Berichtsjahr intensiv mit Fragen des europäischen Beihilferechts befasst. Grundsätzlich untersagt das Gemeinschaftsrecht gemäß Art. 107 I AEUV den Mitgliedstaaten und ihren nationalen, regionalen und lokalen Verwaltungen die einzelbetriebliche Unterstützung durch die Gewährung von Beihilfen, soweit dadurch der Wettbewerb verfälscht wird oder eine Wettbewerbsverfälschung droht und der Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigt wird. Folge eines Verstoßes gegen das Beihilferecht könnte die Anordnung der Rückforderung der Beihilfen durch den Beihilfegeber bis zu zehn Jahre rückwirkend sein. Eine derartige Anordnung würde jede Gesellschaft, die wie die WFB ohne nennenswerte Möglichkeiten der Gewinnerzielung und Rücklagenbildung wirtschaftet, in eine extrem schwierige, vielleicht sogar die Existenz bedrohende Situation bringen.

Anlass für die Befassung mit diesen Fragestellungen waren die Bestrebungen der Geschäftsführung, die sich verändernden, aber stets von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse geprägten Tätigkeiten der WFB sowie die Beziehungen zu den (kommunalen) Gesellschaftern immer so zu gestalten, dass sich keine Konfliktsituationen zu geltenden Gesetzeslagen ergeben können. Eine letztendliche Einschätzung der Situation und eine Beurteilung der Frage, ob für die Gesellschaft Risiken aus EU-seitigen beihilferechtlichen Fragestellungen bestehen (z. B. Rückzahlungsverpflichtungen bzgl. der erhaltenen öffentlichen Gesellschafterbeiträge), fällt nicht einfach. Die Geschäftsführung sieht es aber als grundsätzlich möglich an, dass die Zuschüsse der kommunalen Gesellschafter EU-seitig teilweise oder vollständig als unzulässige Beihilfen eingestuft werden könnten, was dann wie oben dargestellt eine negative Auswirkung auf die Vermögens, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft hat. In diesem Fall wäre der Bestand der Gesellschaft gefährdet. Die Wahrscheinlichkeit der Rückzahlung der Zuschüsse wird momentan seitens der Geschäftsführung als eher gering angesehen, da derzeit in der Politik der EU-Kommission der Bereich der Wirtschaftsförderung nicht akut wahrzunehmen ist.

In Anbetracht dessen wird die Geschäftsführung für die Zukunft den kommunalen Gesellschaftern vorschlagen, mittels „Betrauungsakte“ deutlich zu machen, dass sie mit ihren Zuschüssen an die WFB Leistungen ermöglichen, welche von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse sind und damit den Wettbewerb innerhalb der EU nicht verfälschen. Für die Vergangenheit können seitens der Geschäftsführung die oben beschriebenen Situationen und Folgen für die WFB nicht ausgeschlossen werden. Auf Grund der speziellen Gesellschafter-

struktur der WFB, dem besonderen politischen Auftrag (Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie die Förderung der Wirtschaftskraft von Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen im Bodenseekreis) sowie dem breiten Interesse am Angebots- und Leistungsspektrum der WFB bleibt die Geschäftsführung aber zuversichtlich, auch für die oben dargestellten Situationen stets einen Weg zum Erhalt der Gesellschaft zu finden.

Abschließend kann festgehalten werden, dass nach dem Bilanzstichtag keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt wurden.

Friedrichshafen, 28. März 2014

Benedikt Otte

11. Abschlussprüfer

Kanzlei Keller, Prüfung - Steuern - Beratung (Wirtschaftsprüfer Gerold Keller), Owingen

12. Leistungskennzahlen

Leistungskennndaten nach Geschäftsbereichen	2013	2012	2011	2010	2009
Existenz und Jungunternehmerberatung					
Individualberatungen	49	137	168	175	132
Veranstaltungen	10	10	12	13	14
Kooperationsberatungen Kompetenzzentrum Existenzgründung	108	90	120	150	125
Mittelstandsberatung					
Unternehmensberatungen	94	71	111	115	69
Veranstaltungen	28	15	26	8	7
Projekte	2	1	2	2	2
Kommunalberatung					
Unterstützung bei der Vermarktung von Gewerbeflächen	182	189	208	147	130
Multimediaprojekte					
Homepage und Karriereportal im Internet Immoportal	6	5	3	3	3
Standort- und Regionalmarketing					
Messeteilnahmen	13	12	13	14	11
Sonstige Marketingaktivitäten	14	21	21	18	13
Projekte	13	13	11	13	11
Sonderprojekte					
Projekte	8	6	6	5	4

Bilanz der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2013

Bilanz	2013		2012		2011	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2,3	0,6	1,0	0,4	4,0	1,5
II. Sachanlagen						
1. Anlagen und Maschinen						
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	11,6	3,0	17,4	6,7	20,8	7,6
III. Finanzanlagen						
1. Beteiligungen	7,2	1,9	7,3	2,8	7,3	2,7
2. Sonstige Ausleihungen	0,8	0,2	0,8	0,3	0,8	0,3
	21,9	5,7	26,4	10,1	32,8	12,0
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6,8	1,8	0,1	0,0	1,8	0,7
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
3. Sonstige Vermögensgegenstände	9,8	2,5	8,6	3,3	3,8	1,4
	16,6	4,3	8,7	3,3	5,6	2,1
III. Wertpapiere, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	334,5	87,1	222,5	85,2	227,3	83,4
	351,1	91,4	231,2	88,5	233,0	85,5
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11,1	2,9	3,5	1,3	6,8	2,5
Bilanzsumme	384,1	100,0	261,1	100,0	272,6	100,0

Bilanz der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2013

Bilanz	2013		2012		2011	
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	96,1	25,0	96,1	36,8	96,1	35,2
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklagen						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	28,6	7,4	28,6	10,9	28,6	10,5
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag						
	124,7	32,4	124,6	47,7	124,6	45,7
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
1. Steuerrückstellungen						
2. Sonstige Rückstellungen	57,1	14,9	40,5	15,5	39,7	14,5
	57,1	14,9	40,5	15,5	39,7	14,5
E. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12,0	3,1	13,6	5,2	13,2	4,9
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	172,0	44,8	73,6	28,2	87,0	31,9
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon Steuern	17,3	4,5	8,9	3,4	7,8	2,9
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
	201,3	52,4	96,1	36,8	108,1	39,6
F. Rechnungsabgrenzungsposten	1,0	0,3	0,0	0,0	0,3	0,1
Bilanzsumme	384,1	100,0	261,1	100,0	272,6	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2013

Gewinn- und Verlustrechnung	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	183,6	21,3	124,4	15,7	53,9	7,3
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	677,9	78,7	668,2	84,3	682,7	92,7
5. Gesamtleistung	861,5	100,0	792,7	100,0	736,6	100,0
6. Materialaufwand						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	389,3	45,0	372,7	46,8	358,9	48,4
b) Soziale Abgaben	68,9	8,0	69,2	8,7	67,6	9,1
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7,2	0,8	11,4	1,4	14,3	1,9
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	399,8	46,2	342,4	43,0	300,9	40,6
	865,2	100,0	795,8	100,0	741,7	100,0
10. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-3,7		-3,1		-5,2	
11. Erträge aus Beteiligungen						
12. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
13. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,9		3,4		3,8	
15. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Aufwendungen aus Gewinnabführung						
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
19. Finanzergebnis	3,9		3,3		3,8	
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,2		0,2		-1,3	
21. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23. Sonstige Steuern	-0,2		-0,2		-0,3	
24. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	0,0		0,0		0,0	
25. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)	28,6		28,6		28,6	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)	28,6		28,6		28,6	

Internationale Bodensee Tourismus GmbH

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Internationale Bodensee Tourismus GmbH
Kontakt:	Hafenstraße 6, 78462 Konstanz Tel.: 07531 / 9094-90 Fax: 07531 / 9094-94 E-Mail: info@bodensee.de Homepage: www.bodensee.eu
Gründungsdatum:	1. Januar 1998
Eintragung Handelsregister:	17. Februar 1998
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	25. Oktober 2013
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Alle Arten von Tätigkeiten, die direkt oder indirekt geeignet sind, den Tourismus im internationalen Bodenseegebiet zu fördern. Die Gesellschaft darf alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft ist mit Beschluss vom 25. Oktober 2013 im Rahmen einer vereinfachten Kapitalherabsetzung, von € 431.000,00 auf € 120.000 herabgesetzt. Es ist in voller Höhe einbezahlt und verteilt sich wie folgt auf die Gesellschafter:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	39.397	32,87 %
Landkreis Konstanz	27.564	23,01 %
Vorarlberg Tourismus GmbH	11.833	9,86 %
Verband der Tourismuswirtschaft Bodensee e.V.	9.884	8,22 %
Oberschwaben Tourismus GmbH	9.884	8,22 %
Landkreis Lindau	7.935	6,66 %
Thurgau Tourismus	5.151	4,27 %
St. Gallen-Bodensee Tourismus	4.733	3,94 %
Lichtenstein Marketing	1.949	1,64 %
Schaffhausen Tourismus	1.670	1,31 %
Gesamt	120.000	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Daniela Pahl-Humbert (bis 30.04.2013)
Jürgen Ammann (ab 01.05. 2013)

Gesellschafterversammlung: ist eingerichtet

Aufsichtsrat:

Vorsitzender

Dr. Christoph Tobler, Präsident (ab 13.03.2013)

Ulrich Müller, Minister a. D. (bis 17.01.2013)

Stv. Vorsitzender

Frank Amann, Bürgermeister Heiligenberg (ab 17.01.2013)

Aufsichtsräte

Mag. Christian Schützinger

Peter Brecht, Kreisverwaltungsrat

Prof. Dr. Anja Brittner-Widmann, Studiengangsleiterin (ab 13.03.2013)

Werner Fritschi, stv. Geschäftsführer (ab 13.03.2013)

Norbert Henneberger, Geschäftsführer

Christoph Kunz, Geschäftsführer (ab 01.04.2013)

Dr. Roland Scherer, Vizedirektor

Thomas Willauer, Geschäftsführer (ab 13.03.2013)

Gräfin Bettina Bernadotte, Geschäftsführerin (bis 17.01.2013)

Sandra Denner, Landkreis Lindau (17.01. bis 01.04.2013)

Prof. Dr. Wolfgang Fuchs, Studiengangsleiter (bis 17.01.2013)

Dipl. Ing. Thomas Kinz, Vorstand (bis 17.01.2013)

Florian Rossknecht, Hotelier (bis 17.01.2013)

5. Öffentlicher Zweck

Alle Arten von Tätigkeiten, die direkt oder indirekt geeignet sind, den Tourismus im internationalen Bodenseegebiet zu fördern.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die IBT:

- ⇒ 153.005 € Gesellschafterzuschuss
- ⇒ 17.454 € für die Durchführung des Service Centers
- ⇒ 17.200 € Kostenanteil an der CMT 2013
- ⇒ 728 € für das Jubiläumsquiz „40 Jahre Bodenseekreis“
- ⇒ 3.909 € für die Trägerschaft des Incoming Workshop 2013

Der Gesellschafterversammlung beschloss, den Bilanzverlust durch einfache Kapitalherabsetzung von 431.000 € auf 120.000 € auszugleichen. Die Kapitalherabsetzung wurde am 25. Oktober 2013 durch das Notariat Konstanz beurkundet.

Der Bilanzgewinn wurde auf die Rechnung vorgetragen.

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Zahl der auf Vollzeit gerechneten Beschäftigten lag in 2013 bei 10,5.

10. Lagebericht

a) Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft 2013

Die Internationale Bodensee Tourismus GmbH (IBT) hat im Jahr 2013 ihre Tätigkeit zur Förderung des Tourismus in der internationalen Bodenseeregion gemäß bestehendem Gesellschaftsauftrag in sehr erfolgreicher Weise ausgeführt. Als touristische Dachorganisation der Vierländerregion Bodensee vermarktet die IBT GmbH die internationale Tourismusregion Bodensee in ihrer Gesamtheit überregional, national und international. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit den Tourismusorganisationen, Subregionen, Orten und Leistungsträgern rund um den See in Deutschland, Österreich, Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein.

Auf Basis der gemeinsam diskutierten und abgestimmten Arbeitsgrundlage des Interreg IV-Projektes „Positionierung der Tourismusregion Internationaler Bodensee zur Optimierung des Destinationsmanagements“ ist im Jahr 2013 der Systemwechsel weiter vorangetrieben und umgesetzt worden. Die im Jahre 2012 von einem Teil der Gesellschafter gewünschten und finanzierten Zusatzaufgaben wurden in 2013 von der IBT GmbH teilweise als beauftragte Projekte durchgeführt. Ein weiterer Teil dieser Aufgaben verlagerte sich auf andere Plattformen. Durch diesen Prozess wurden gewohnte und gut sichtbare Maßnahmen reduziert, die bisher als operatives Kerngeschäft der IBT GmbH von Seiten der deutschen Anspruchsgruppen definiert waren. Diese Wahrnehmung des Systemwechsels führt bei den Stakeholdern teilweise aktuell noch zu kontroversen aber meist produktiven Diskussionen. Diese zeigen, dass der Umstellungsprozess die IBT GmbH noch die nächsten ein bis zwei Jahre begleiten wird. Dafür sind alle Beteiligten aufgefordert, den Wandel durch Festhalten an der definierten Tourismusstrategie konstruktiv zu unterstützen.

Die langjährige Geschäftsführerin Daniela Pahl-Humbert ist zum 30. Juni 2013 aus der IBT GmbH ausgeschieden. Notariell wurde der Wechsel in der Geschäftsführung Ende April vollzogen. Mit diesem Schritt wurde eine Unsicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IBT GmbH aufgelöst, die, verbunden mit einer hohen Belastung im Zusammenhang des Systemwechsels, für Stress und zeitweise Demotivation gesorgt hatte. Anfang des Jahres 2013 konstituierte sich das neue Aufsichtsgremium. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Christoph Tobler gewählt. Ebenso wurde der Marketingbeirat neu gewählt. Um seine aktive Mitgestaltung sowie seine stärker strategisch ausgerichtete Funktion zu unterstreichen, hat der Marketingbeirat sich eine Geschäftsordnung gegeben. Das Gremium hat nicht mehr nur einen Sprecher, sondern mit Birgit Sauter-Paulitsch seit Mai 2013 eine Vorsitzende.

Im Rahmen einer Vertretungsregelung und zur Wahrung der Geschäftsfähigkeit der GmbH bei Abwesenheit des Geschäftsführers wurden Frau Christiane Stein und Frau Sabine Siebenrock von der Gesellschafterversammlung im Oktober 2013 mit Gesamtprokura ausgestattet.

Mit der neuen Struktur hat sich das am Gast ausgerichtete operative Geschäft nahezu ausschließlich in Projekte konzentriert. Mit Beauftragung der deutschen Landkreise übernahm die IBT GmbH die Organisation und Durchführung der wichtigen Publikumsmesse CMT in Stuttgart und der Fachbesuchermesse ITB in Berlin. Im Rahmen der Internationalisierung wurde kurzfristig durch eine Trägerschaft der Auftrag an die IBT GmbH erteilt, den zweiten Incoming Workshop Bodensee zu organisieren. Dieser halbtägige B2B Workshop verbunden mit nahezu zwei Tagen Studienreise für Reiseveranstalter in der Bodenseeregion fand in der Region Radolfzell und Untersee statt. Das Projektmanagement wurde mit Vergabe eines Beratervertrages angestoßen und durch einen zur Abwicklung der Messen befristet eingestellten Mitarbeiter weiterentwickelt und schließlich erfolgreich durchgeführt. Verbunden mit der Teilnahme am German Travel Mart konnten für 2013 kurzfristig Veranstalterreisen aus Italien im Zeitraum Advent sowie aus USA und China für den Sommer 2014 gewonnen werden.

Seit April 2013 hat die IBT GmbH das Projekt Service Center für die Landkreise Lindau, Konstanz, Bodenseekreis und Sigmaringen übernommen. Der Auftrag beinhaltet das Annehmen und Beantworten von touristischen Gästeanfragen sowohl telefonisch, schriftlich, per Fax und Email als auch persönlich. Ebenso wird der Versand von Informationspaketen gemanagt. Die Anfragen kommen mehrheitlich aus Deutschland und betreffen auch mehrheitlich die deutsche Region. Allerdings werden sehr stark touristische Leistungsträger nachgefragt, weshalb für das Jahr 2014 der VTWB e.V. als Auftraggeber ins Projekt eingestiegen ist.

Die Weiterentwicklung und technische Umstellung der Bodensee Erlebniskarte (BEK) ist in 2013 vollzogen worden. Nach Berührungsängsten beim Handhaben der neuen Karte sowie kleinen technischen Herausforderungen bilanzieren die Unternehmen, dass sich die Kartentechnologie bewährt hat. Auch für die IBT GmbH ist die Durchführung der BEK positiv verlaufen. Vertriebsstärkende Maßnahmen und die Entwicklung einer Winter Erlebniskarte sind eingeleitet.

Die durch Interreg IV Alpenrhein, Bodensee, Hochrhein geförderten Projekte Wein, „Weinregion Bodensee“ und Gärten, „Bodenseegärten“ sind im Jahr 2013 operativ gestartet. Beide Projekte werden als Markenleitprodukte der internationalen Tourismusregion Bodensee entwickelt. Für das Management sind durch die Projekte finanzierte Mitarbeiterinnen bei der IBT GmbH angestellt. Die Projektmanagerin Gärten startete im Januar zunächst auf der Mainau und konnte im Laufe des Jahres in die Räume der IBT umziehen. Die Managerin Wein war ab April direkt in den Büroräumen der IBT beheimatet. Die Nähe zur Basis stellte sich für beide Projektmanagerinnen als sehr hilfreich heraus. Die Arbeitszeit im Wein wurde von zunächst 50 % auf 60 % erhöht und ab April 2014 bis zum Ende des Projektes am 31. Dezember 2014 auf 100 %. Die Vollzeitprojektmanagerin Gärten hat die IBT GmbH im November 2013 verlassen. Das Management wird nun geteilt durchgeführt. Einmal per externe Beauftragung sowie zu 50 % durch eine Mitarbeiterin der IBT Basis. Diesem Vorgehen ging eine Abstimmung zwischen den Projektpartnern, dem Aufsichtsrat der IBT GmbH und der Geschäftsführung voraus.

Der ursprünglich für das Jahr 2013 vorgesehene Internetauftritt ist ins Jahr 2014 verschoben. Die Definition „Landingpage“ wurde im Marketing Beirat diskutiert und im Nachgang durch die IBT GmbH konzeptioniert. Die kurzfristige personelle Herausforderung (Gärten) innerhalb der IBT GmbH sowie neue Entwicklungen in der Frage, wie mit einer Online Buchungsmöglichkeit auf der Internetseite umzugehen ist, waren Hintergrund einen neuen Internetauftritt und damit die Umsetzung der „Landingpage“ nochmals zu verschieben.

Erfolgreich weiterentwickelt wurde im Rahmen der Saisonausweitung die Winter Internetseite bodensee-winter.eu. Neben der Vorstellung einzelner Bodensee Winter-Destinationen sind touristische Leistungsträger und Veranstaltungen über die Seite kommuniziert worden. Zusätzlich wurde die Seite mit verfügbaren Winterangeboten aus der Hotellerie bereichert. Im Rahmen von Pressekommunikation konnte das Winterthema breit gestreut werden. Neben „Weihnachten“ spielte auch das Thema „Fastnacht“ eine wichtige Rolle in der Kommunikation. Ergänzt durch einen Weihnachtsmarktflyer in drei Sprachen, der rund um den Bodensee und auch auf internationalen Messen verteilt wurde, konnte die Aufmerksamkeit und das Bewusstsein für das Thema Saisonausweitung sowohl intern am Bodensee wie auch außerhalb der Region geschärft werden.

Seit 2004 befinden sich die Firmenräume der IBT GmbH im Gebäude der Bodensee Schiffsbetriebe in Konstanz. Ergänzt durch zwei weitere Räume im Jahr 2008 standen zu Jahresbeginn 2013 zehn Arbeitsplätze zur Verfügung. Mit dem Ziel die Projektmanager Wein und Gärten besser ans Team der IBT GmbH anzubinden, wurde die Raumaufteilung komplett reorganisiert. Insgesamt stehen in den Geschäftsräumen der IBT GmbH nun dreizehn Arbeitsplätze zur Verfügung.

Die Zahl der auf Vollzeit gerechneten Beschäftigten lag in 2013 bei 10,5. Veränderungen sind durch die doppelte Geschäftsführung, die Fachkräfte zur Erfüllung der Projekte Messen, Events und Service Center sowie durch die beiden Manager der Interreg IV Projekte Wein und Gärten zustande gekommen. Eine weitere Konsolidierung der Aufgabenvielfalt und die Konzentration auf ausgewählte Schwerpunkte als Markenleitprodukte werden helfen, den angestrebten Ausgleich zwischen Überversorgung an Aufgaben und Unterversorgung an Ressourcen zu erreichen.

Mit der projektorientierten Arbeitsweise hat sich auch die Anforderung an das Controlling und die entsprechende Dokumentation der Ergebnisse verändert. Die in 2012 eingeführte transparente Darstellung der I und D Aufträge ist für 2013 bereits wieder hinfällig geworden. Die notwendige Transparenz der Arbeit der IBT GmbH wird neben der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nunmehr durch ein Fokussieren auf Projektcontrolling hergestellt. So sind die einzelnen Projekte, von der BEK über Interreg IV-Projekten bis hin zum Kooperationsmarketing, mittels Projektnummern beschrieben und können so ab 2014, auch mit geleisteten Arbeitsstunden hinterlegt, ausgewertet werden.

Wie seit langem angestrebt, konnte im Geschäftsjahr 2013 der Verlustvortrag aus der Handelsbilanz im Rahmen einer vereinfachten Kapitalherabsetzung entfernt werden. Durch Verrechnung mit dem Stammkapital reduzierte sich das gezeichnete Kapital von 431.000 € auf 120.000 €. Der Verlustvortrag in Höhe von 315.942 € wurde dadurch und durch den Jahresüberschuss aus 2012 in Höhe von 4.508 € verringert und ist weiterhin durch das Stammkapital gedeckt. In das Jahr 2013 ist somit ein Verlustvortrag in Höhe von 434 € zu übertragen. Es besteht keine Überschuldungsgefahr.

In der Bilanz 2013 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 38.412 € ausgewiesen. Dieser Überschuss besteht mit 37.100 € im Wesentlichen aus Projektüberschüssen der Interreg IV Projekte Wein und Gärten. Hieraus resultiert ein tatsächlich verbleibender Überschuss für die IBT GmbH in Höhe von 1.312 €. Für das gesamte Geschäftsjahr 2013 war die Liquidität gewährleistet. Es bestanden keine Darlehen gegenüber Kreditinstituten. Die Projektüberschüsse stehen ausschließlich diesen Projekten zur Verfügung. Sie werden im Geschäftsjahr 2014 zur Verauslagung gelangen und die Liquidität belasten. Im Zusammenhang mit der projektorientierten Struktur wird das Managen der Liquidität für die Zukunft eine Herausforderung werden, da seit 2013 der Zuschuss für die Basisaufgaben weniger Spielraum ermöglicht und gleichzeitig verstärkt eine Vorfinanzierung von Projekten, unabhängig von Interreg Projekten, gefordert wird.

Zur Erfüllung der Basisaufgaben gemäß der Tourismusstrategie betrug der Gesamtzuschuss für 2013 466.000 €. Dies wurde für das Geschäftsjahr 2014 gleichermaßen beschlossen und es besteht Konsens bei den Gesellschaftern darin, dass die Zuschusshöhe als unterste Basis zu betrachten ist. Die Höhe des Zuschusses für die Gesellschafter bemisst sich seit der Strukturanpassung zum 1. Januar 2007 gleichermaßen an der am Nettoumsatz angelehnten Schätzung des kommunalen Steueraufkommens aus dem Tourismus. Der Schlüssel, dem u.a. Variablen der Übernachtungszahlen zugrunde liegen, ist gemäß §13 des Gesellschaftsvertrages alle vier Jahre zu überprüfen.

Der Mehraufwand von rund 30.000 € durch die doppelte Geschäftsführung ab April konnte durch den Verkauf der Anteile an Radwegreisen ausgeglichen werden.

Die Zahl der zwei Firmenfahrzeuge blieb unverändert.

b) Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Mit der weiteren Fortführung des Systemwechsels durch die IBT GmbH wurde gezielt an der Umsetzung der projektorientierten Arbeitsweise gearbeitet. Die Gesellschafterversammlung

hat im März 2013 Richtlinien definiert, nach denen Projekte in das Portfolio der IBT passen, die personellen Ressourcen zusätzlich zur Verfügung stehen und die Projektaufträge mit einer Marge kalkuliert werden müssen. Mit einem Projektleitfaden sind Anträge an die IBT GmbH zu stellen. Dieser Leitfaden dient wiederum als Basis für den Projektantrag an die Gremien. Generell ist der Marketingbeirat gefordert, die Projektanträge für den Aufsichtsrat vorzubereiten. Dieser entscheidet über die Freigabe zur Konzeptionierung und Durchführung durch die IBT GmbH. Die Gesellschafterversammlung kann zusätzlich in den Freigabeprozess eingreifen, wenn es seitens des Aufsichtsrates gewünscht wird oder die Gesellschafterversammlung dafür votiert. Durch diesen Ablauf ist eine relativ schnelle Prozesslaufzeit gewährleistet.

Die Einreichung eines Leitfadens ist bisher ausschließlich durch die IBT GmbH selbst erfolgt. Diese Vorgehensweise, eigene Ideen und Impulse einzubringen, ist bei den Partnern noch tiefer zu verankern, auch um diese Handlungsweise erfolgreich zu machen. Positiv beschieden durch die Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat wurden die Projektanträge für das Service Center, das Thema Kirchen, Klöster und Konzil, den Incoming Workshop Bodensee 2015 und das Thema Gesundheitstourismus. Das Service Center konnte durch die geringe Anzahl an Partner für das Folgejahr 2014 zeitnah vereinbart werden. Allerdings folgt die Auftragsvergabe nicht dem Grundsatz einer mindestens dreijährigen Laufzeit. Somit ist bereits im Sommer 2014 erneut über eine Verlängerung zu verhandeln. Im Hinblick auf Planungssicherheit und vor allem bei der Bereitstellung von kompetenten Personalressourcen bedeutet diese kurze Laufzeit eine zusätzliche Herausforderung für die IBT GmbH. Die Themen Gesundheitstourismus und Kirchen, Klöster und Konzil befinden sich in der Konzeptionsphase. Zu letzterem Projekt gab es bereits eine Arbeitssitzung aus der erste Grundlagen gewonnen wurden. Die bisher von den Partnern bereitgestellten Mittel lassen allerdings neben dem geplanten Management des Projektes durch die IBT GmbH für operative Marketingmaßnahmen nicht mehr viel Spielraum.

Nicht nur die Akquise der Projektpartner sondern insbesondere die Projektfinanzierung gestaltet sich aktuell schwierig. Hier liegt im Rahmen der Willensbildung durch die Partner eine Kernherausforderung, gemeinsame Themen zu identifizieren und sich hierauf zu verständigen. Weiter bedarf es für die Umsetzung von Themen ausreichende Finanzmittel, um entsprechende Effekte erzielen zu können. Aus diesem Grunde muss sich die IBT GmbH in ihrer Arbeit zeitgleich auf weniger Themen fokussieren können und dürfen.

Die ersten Monate Erfahrung im Umgang mit diesem Prozess haben gezeigt, dass Impulse seitens der IBT GmbH notwendig sind, um Themen und Projekte einzugeben. Im Weiteren wurde deutlich, dass Partner nur bereit sind Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn Maßnahmen und Aktionen genau definiert sind. Hierzu bedarf es eines Projekt- bzw. Marketingplanes, der als Grundlage für die einzelnen Budgetplanungen dient. Die Pläne zu erstellen ist mit dem Systemwechsel jedoch eine Aufgabe der Gemeinschaft, die durch ihre Vertreter im Marketingbeirat wiederum zur Mitsprache aufgerufen sind. Um diesen Vorgang auf eine breite Ebene stellen zu können, ist eine entsprechende Rückkoppelung der Vertreter mit ihrer Basis, für die sie repräsentativ im Gremium sind, unabdingbar. Die IBT GmbH versucht die Partner zum Konsens, die Ziele des Projektes und die Finanzierung des Projektes betreffend, zu führen. Ob für eine Durchführung dann ausreichend Mittel verfügbar werden, kann die IBT GmbH nicht zwingend beeinflussen. Unter diesen Voraussetzungen sind Partner allerdings wiederum nicht bereit, größere und vor allem längerfristige Bindungen einzugehen. Die IBT GmbH kann vom Grundsatz her aber erst intensiv an dem Thema arbeiten, wenn ein Auftrag zustande gekommen ist. Um dennoch Themen voranbringen zu können, ist die Herangehensweise an die Projektumsetzung neu zu überdenken. Ganz besonders die einzelnen Destinationen sind hierbei gefordert und in der Pflicht entsprechend mitzuwirken. Diese Vorgehens- und Arbeitsweise wurde durch den Systemwechsel begründet und muss in allen Ebenen so verstanden und akzeptiert werden.

Mit der Definition eines strategischen Themas ist es zwingend erforderlich, gemeinschaftlich eine detaillierte Konzeption zu erstellen. Dieses Konzept ist dann die Basis für eine Akquise in den Destinationen, die ausreichend Partner und Finanzmittel für eine nachhaltige Umsetzung eines Projektes generieren muss. Ist dieses Ziel erreicht, kann im Rahmen des Projektzyklus die konkrete Erarbeitung von Maßnahmen begonnen werden. Nach der Entwicklung startet die eigentliche Kampagne, welche eine Gesamtlaufzeit von 3 bis 5 Jahren haben sollte, um anhaltende und wahrnehmbare Impulse setzen zu können. Die gemeinschaftliche Entwicklung, die gemeinschaftliche Finanzierung sowie die Kompetenzen der IBT GmbH abzurufen und in die Umsetzung der Projekte einfließen zu lassen, ist die große Chance dieses Systems. Dafür braucht es aber Vertrauen und letztlich auch Mittel und Möglichkeiten für die IBT GmbH, erste Schritte und Maßnahmen in der Vorbereitung einzuleiten und umzusetzen. Aus diesem Grunde ist es anzustreben, die bisherigen Zuschussmittel für die Zukunft mindestens zu fixieren und langfristig eher auszubauen, um die strategischen Grundaufgaben erfüllen sowie neue Impulse setzen zu können.

Um als Tourismusorganisation der internationalen Destination Bodensee die Projektergebnisse, d.h. die Strategie, die Marke und die Markenthemen aber auch die geforderten und beauftragten Projekte als Kompetenz-Zentrum managen zu können, ist eine intensive und offene Kommunikation wichtige Voraussetzung. Ein enger Austausch zwischen allen beteiligten Akteuren, ob Gremien, Gesellschafter oder Institutionen, schafft Verständnis für einander, verbessert das Miteinander und kommt am Ende unserem Gast zugute. Hier konnte im Geschäftsjahr 2013 viel erreicht werden und der positive Effekt daraus wird erkennbar. Die offene Art der Kommunikation hat einerseits dazu beigetragen, den spürbaren Druck auf einzelne Mitarbeiter der IBT GmbH, durch unklare Auftragslagen oder durch Unzufriedenheit einzelner Stakeholder, abzubauen. Andererseits erkennen auch die Gesellschafter, Gremien und Institutionen selbst, wie wichtig und dann zielführend guter Austausch untereinander ist. Mit den neuen Strukturen am deutschen Bodensee entwickeln sich auch hier bessere und intensivere Abstimmungsprozesse, die letztendlich den Systemwechsel und die Ausrichtung der IBT GmbH unterstützen.

Ein offener Austausch, der die Gastsicht in den Fokus stellt, schafft für alle Anspruchsgruppen einen Nutzen. Dieser Nutzen entsteht bereits dadurch, wenn auch eine kleine Gruppe von Interessierten ein Bodensee relevantes Thema oder Projekt mit der IBT GmbH bearbeitet und dieses nachhaltig kommuniziert. Werden dadurch mehr Ankünfte und neue Gäste erreicht, erzielt dies auch Vorteile für alle anderen, die nicht direkt am Projekt beteiligt sind. Dieser indirekte Vorteil daraus sollte Ansporn für Projektbeteiligungen sein, auch wenn ein nachvollziehbarer Nutzen erst im zweiten Schritt erkennbar wird. Durch die solidarische Unterstützung erhöhen sich die Chancen, neue interessante und zielführende Projekte entwickeln und umsetzen zu können.

In der Außenwahrnehmung der IBT GmbH sind im laufenden Geschäftsjahr neue Impulse gesetzt worden. Das Verständnis, eine länderübergreifende Tourismusorganisation zu sein und somit nicht ausschließlich einer nationalen Einheit zugeordnet zu werden, wurde den Organisationen Schweiz Tourismus, Deutsche Zentrale für Tourismus und Österreichwerbung verdeutlicht. Die IBT GmbH agiert im Sinne einer „Landestourismusorganisation Bodensee“ für die touristische Vierländerregion. Im engen Austausch mit den Landesorganisationen Vorarlberg Tourismus, Bayern Tourismus und Tourismus Marketing Baden-Württemberg sowie den unmittelbaren Nachbarn Allgäu Marketing und Ostschweiz Tourismus mit Liechtenstein Marketing entstehen neue und unterstützende Kontakte für die Arbeit über die Grenzen der Vierländerregion hinaus.

Hiermit wird im Sinne des § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB versichert, dass der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft im Lagebericht so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt

wird. Die wesentlichen Chancen und Risiken im Sinne des § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB sind beschrieben.

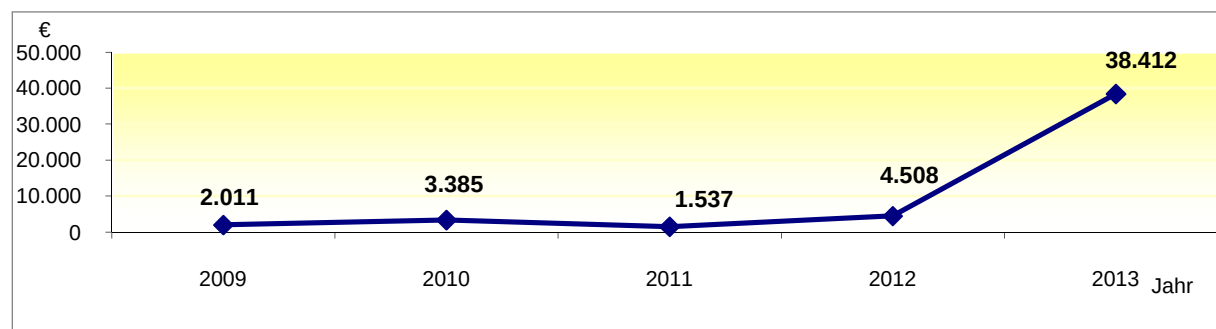
Konstanz, 25. April 2014

Jürgen Ammann

11. Abschlussprüfer

Walter Pilz, Wirtschaftsprüfer, Konstanz

12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der IBT GmbH zum 31.12.2013

Bilanz Aktiva	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	1,9	0,8	3,1	1,3	0,7	0,2
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Anlagen und Maschinen	19,4	8,2	26,4	10,8	41,6	10,9
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung						
III. <u>Finanzanlagen</u>						
1. Beteiligungen	0,0	0,0	1,3	0,5	1,3	0,3
	21,3	9,0	30,8	12,5	43,5	11,4
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2,0	0,8	6,5	2,6	1,7	0,4
2. Unfertige Leistungen	4,1	1,7	0,1	0,0	17,0	4,5
3. Geleistete Anzahlungen	30,3	12,9	33,6	13,7	31,8	8,3
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	24,1	10,2	38,4	15,6	190,3	49,8
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	18,2	7,7	48,9	19,9	25,2	6,6
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	126,8	53,8	82,2	33,5	72,3	18,9
	205,5	87,2	209,6	85,5	338,3	88,5
C. Rechnungsabgrenzungsposten	8,8	3,7	4,8	2,0	0,2	0,1
Bilanzsumme	235,5	100,0	245,1	100,0	382,0	100,0

Bilanz der IBT GmbH zum 31.12.2013

Bilanz Passiva	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	120,0	50,9	431,0	175,8	431,0	112,8
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-0,4	-0,2	-315,9	-128,9	-317,5	-83,1
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	38,4	16,3	4,5	1,8	1,5	0,4
	158,0	67,1	119,6	48,8	115,1	30,1
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	27,1	11,5	30,7	12,5	54,6	14,3
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	12,7	5,4	30,9	12,6	200,6	52,5
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	9,3	3,9	6,1	2,5	7,0	1,8
	21,9	9,3	37,0	15,1	207,6	54,3
F. Rechnungsabgrenzungsposten	28,6	12,1	57,8	23,6	4,7	1,2
Bilanzsumme	235,5	100,0	245,1	100,0	382,0	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der IBT GmbH zum 31.12.2013

Gewinn- und Verlustrechnung	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	563,3	43,8	407,1	30,4	477,7	29,5
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	722,2	56,2	932,4	69,6	1.141,2	70,5
5. Gesamtleistung	1.285,5	100,0	1.339,5	100,0	1.618,9	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	423,2	33,9	616,9	46,0	631,6	38,9
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	117,0	9,4	45,0	3,4	335,9	20,7
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	439,2	35,2	361,9	27,0	310,8	19,1
b) Soziale Abgaben	93,5	7,5	77,5	5,8	64,3	4,0
8. Abschreibungen						
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	16,4	1,3	18,0	1,3	15,1	0,9
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens						
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	159,4	12,8	222,3	16,6	268,1	16,5
10. Gesamtaufwand	1.248,7	100,0	1.341,7	100,0	1.625,8	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	36,8		-2,1		-6,9	
12. Erträge aus Beteiligungen	0,0		2,5		7,5	
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,2		2,5		2,7	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
18. Finanzergebnis	2,2		5,0		10,2	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	39,1		2,9		3,3	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,1		2,0		-1,3	
22. Sonstige Steuern	0,8		-0,4		-0,4	
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	38,4		4,5		1,5	

Deutsche Bodensee Tourismus GmbH

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Deutsche Bodensee Tourismus GmbH
Kontakt:	Albrechtstraße 77, 88045 Friedrichshafen Tel. 07541 4028999 Fax 07541 4028998 E-Mail: info@echt-bodensee.de Homepage: www.echt-bodensee.de
Gründungsdatum:	7. März 2013
Eintragung Handelsregister:	14. Mai 2013
Gesellschaftsvertrag:	7. März 2013
Wirtschaftsjahr:	1. April 2013 - 31. Dezember 2013

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, Vermarktung und Förderung des deutschen Bodenseeraumes nach innen und außen im Bereich Tourismus und alle damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten und Dienstleistungen.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Darüber hinaus darf die Gesellschaft andere Unternehmen gleicher Art werben, vertreten oder sich an solchen Unternehmen beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg bzw. der Landkreisordnung von Bayern.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100.000 €. Es ist in voller Höhe einbezahlt und verteilt sich wie folgt auf die Gesellschafter:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	70.000	70,00 %
Landkreis Lindau	21.000	21,00 %
Landkreis Sigmaringen	5.000	5,00 %
Stadt Stockach / Gemeinde Bodman-Ludwigshafen	4.000	4,00 %
Gesamt	100.000	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr Christoph Kunz

Gesellschafterversammlung: Lothar Wölflé, Landrat Bodenseekreis
Jürgen Beisswenger, Bürgermeister Immenstaad
Joachim Böttinger, Bürgermeister Frickingen
Udo Daecke, Kreisrat Bodenseekreis
Michael Jeckel, Kreisrat Bodenseekreis
Ingrid Sauter, Kreisrätin Bodenseekreis
Edwin Weiß, Bürgermeister Kressbronn
Maria Wirth, Kreisrätin Bodenseekreis

Rolf Vögtle, Erster Landesbeamte Sigmaringen
Elmar Stegmann, Landrat Lindau
Rainer Stolz, Bürgermeister Stockach
Matthias Weckbach, Bürgermeister Bodman-
Ludwigshafen
Karl Schober, Kreisrat Lindau
Claudia Sigolotto, Kreisrätin Lindau

Es wurde ein Fachbeirat eingerichtet.

5. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung BW bzw. der Landkreisordnung von Bayern.

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, Vermarktung und Förderung des deutschen Bodenseeraums nach innen und außen im Bereich Tourismus und alle damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten und Dienstleistungen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Geschäftsraummietvertrag mit dem Bodenseekreis
- ⇒ Dienstleistungsvertrag mit der Regionales IT-Servicecenter GmbH
- ⇒ Kooperationsvereinbarung mit der movelo GmbH
- ⇒

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die DBT:

- ⇒ 70.000 € Einlage Stammkapital
- ⇒ 167.400 € Gesellschafterzuschuss

Zahlung von der DBT an den Bodenseekreis:

- ⇒ 119 € Kopierkosten

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter beträgt gemäß § 285 Nr. 7 HGB 2 Personen.

10. Lagebericht (Auszug)

a) Lage und Geschäftsverlauf

Die Deutsche Bodensee Tourismus GmbH wurde am 7. März 2013 als neue touristische Dachmarke der nördlichen Bodenseeregion gegründet. Operativ tätig ist die Organisation mit der Einstellung des Geschäftsführers Christoph Kunz seit April 2013, im Monat Mai wurde die Stelle mit dem Schwerpunkt Marketing besetzt, im November konnte die dritte geplante Personalstelle (touristische Projekte und Vertrieb) besetzt werden. Damit wurden alle Personalstellen wie geplant im ersten Jahr besetzt.

Projekte

Nach einer Umfrage unter den Partnerorganisationen (Tourist-Informationen) stellten sich zwei größere Haupt-Projekte heraus, die seitens der DBT sofort angegangen werden sollten:

- ⇒ Imagebroschüre
Es bestand einstimmig der Wunsch, ein neues Printprodukt, welches nicht nur die Orte der Region, sondern auch die wichtigen touristischen Themen abbildet. Diese Broschüre wurde in Kooperation mit den Partnern aufgebaut und liegt wie geplant seit der Messe CMT Anfang 2014 vor.
- ⇒ Homepage
Für die Region des Deutschen Bodensee gibt es keinen einheitlichen, offiziellen Web-auftritt. Diese Lücke soll geschlossen werden, die neue Homepage www.echt-bodensee.de setzt beim Inhalt an. Die neue Seite soll neben den klassischen Elementen vor allen Dingen durch tiefgehende Inhalte überzeugen. Der Aufbau der Page läuft, eine Veröffentlichung ist für Mitte 2014 vorgesehen.

Neben den beiden großen Projekten hat die DBT im ersten Jahr weitere Projekte umgesetzt und mit der Entwicklung von weiteren Projekten begonnen:

- ⇒ Wassersportführer
Weiterentwicklung des bestehenden Führers (Print) der Gemeinden Langenargen und Kressbronn auf die gesamte deutsche Bodensee-Seite. Erschienen zur CMT 2014.
- ⇒ Familien-Führer inkl. Schatzkarte für Kinder
In enger Kooperation mit den Partnern wurde ein neues Printprodukt geschaffen (erscheint Juni 2014), vorab wurde eine Schatzkarte für Kinder mit den Attraktionen rund um den See zur CMT veröffentlicht.
- ⇒ Messe-Planung
Gemeinsam mit dem Fachbeirat wurden acht Messeauftritte geplant, im Anschluss soll gemeinsam diskutiert werden, welche Messen in Zukunft bedient werden sollen und ein Messekonzept entstehen. Für die Auftritte wurde ein Messestand konzipiert und angeschafft.
- ⇒ Facebook
Unter dem Absender „Echt Bodensee“ startet im Dezember 2013 ein Facebook-Auftritt, der innert kürzester Zeit rund 6.500 Fans erhalten hat. Der Eintrag wurde redaktionell betreut und weiterentwickelt.
- ⇒ Facebook-Workshop
In zwei Workshops wurden interessierte Partnern die Möglichkeit geboten, sich im Thema Social Media – Facebook weiterzubilden.
- ⇒ Bürgerfest
Die DBT übernahm die Repräsentanz der Bodenseeregion am Bürgerfest in Stuttgart anlässlich der zentralen Feierlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland am Tag der Deutschen Einheit.
- ⇒ Kooperation movelo
Im Bereich Radfahren/e-biking geht die DBT eine Kooperation mit dem Anbieter movelo ein, der künftig als strategischer Partner im Bereich e-biking fungieren soll.

Umsatzsituation

Der erwirtschaftete Umsatz beträgt im Rumpfbjahr (April- Dezember 2013) knapp 12.000 €. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass die DBT noch keine größeren Beteiligungsmöglichkeiten für die Partner anbieten könnte. Diese befinden sich im Aufbau. Für die Folgejahre sollen die Beteiligungsmöglichkeiten sukzessive ausgebaut werden, was wiederum zu einem höheren Umsatz führen dürfte. Das positive Ergebnis spiegelt die Beteiligungen der einzelnen Partner an ersten Projekten der DBT wieder. Aufgrund der Neugründung des Unternehmens im Jahr 2013 kann noch kein Vergleich zu den Vorjahren angestellt werden.

Kostenstruktur

Im Gesellschaftervertrag ist eine zusätzliche Finanzierung von Projekten durch Drittmittel in Höhe von 25 % vorgesehen. Aufgrund der erst startenden und noch nicht existenten Projekte und daraus resultierend keine bzw. nur geringe Beteiligungsmöglichkeiten, konnte diese Finanzierung nicht erreicht werden. In der konstituierenden Gesellschafterversammlung im Juni 2013 wurde darauf hingewiesen, dass dieses Ziel 2013 nicht erreicht werden kann. Die Gesellschafterversammlung entschied einstimmig, dass die erwähnte Kofinanzierung für 2013 noch nicht erwartet werden kann.

Die Personalkosten für die drei Vollzeitstellen (Geschäftsführung - Marketing - Projekte/Vertrieb) betrugen im ersten Jahr 109.000 €. Die Projektkosten beliefen sich auf 48.500 €, die sonstigen Werbekosten auf 3.000 €. Die Reisekosten betrugen 10.500 €, dies ist auf das Fehlen eines Geschäftswagens zurückzuführen. Die verschiedenen Kosten betrugen 26.000 €. Insgesamt ist der tatsächliche Gesamtaufwand in Höhe von 225.000 € geringer als in der Planung vorgesehen (237.000 €).

Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss

Für das Rumpfwirtschaftsjahr 2013 konnte ein Jahresüberschuss in Höhe von 23.348,65 € erzielt werden. Dieser resultiert zum einen aus den Erlösen aus Weiterberechnungen (Beteiligungen) und zum anderen aus den niedrigeren Kosten.

b) Voraussichtliche Entwicklung

Nach Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten. Aufgrund des Gesellschafterbeschlusses von Juni 2013 kann das Unternehmen fest mit einem Zuschuss der Gesellschafter in Höhe von 425.000 € rechnen. Dazu kommen Einnahmen aus Drittmitteln, die im ersten vollen Geschäftsjahr voraussichtlich einen großen Sprung erleben werden, da die ersten gemeinsamen Projekte umgesetzt werden können.

Eine gewisse Unsicherheit stellt die Tatsache dar, wie viele Fördergelder seitens des Landes Baden-Württemberg abgerufen werden können. Das Land hatte im Jahr 2013 die Pauschalförderung in Höhe von ca. 90.000 € für die Bodensee-Region aufgrund der neuen Strukturen ausgesetzt und in eine Projektförderung umgewandelt. Dies hatte zur Konsequenz, dass für alle beantragten Maßnahmen mindestens eine 50 %ige Kofinanzierung durch das Unternehmen gestellt werden muss. Des Weiteren sind die Fördergelder an die Auflage gebunden, dass diese für ein gemeinsames Marketing auf deutscher Seite eingesetzt werden. Dies wiederum bedeutet, dass es eine enge Abstimmung mit dem Landkreis Konstanz bedarf. Gemeinsam konnten einige Projekte eingereicht werden. Gleichzeitig wurde das Gespräch mit dem Ministerium gesucht, mit der Frage, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um wieder zu einer Pauschalförderung zu gelangen. Grundsätzlich stellte das Ministerium eine Pauschalförderung in Höhe bis ca. 60% der Gesamtsumme in Aussicht, Grundlage hierfür ist ein gemeinsamer Marketingplan, der mit den Kolleginnen des Landkreises Konstanz entwickelt wird. Ob eine Pauschalförderung für 2014 erreicht werden kann, ist fraglich.

Es gilt, zahlreiche Themenfelder und Projekte für die touristische Ausrichtung der kommenden Jahre zu diskutieren und aufzugleisen. Die Unterstützung seitens der Partner ist nach wie vor hervorragend, dennoch stieß das Unternehmen innerhalb kürzester Zeit aufgrund der sehr schlanken Personalstruktur an seine Grenzen (z.B. bei den Messe-Auftritten). Es konnte weniger auf bestehende Strukturen und Projekte aufgebaut werden, als dies beim Start letztes Jahr angenommen wurde. Es gilt, Basisarbeiten zu erledigen und gemeinsam mit allen Partnern zu einem System zu kommen, in dem die bestehenden Ressourcen bestmöglich genutzt werden. Es wird daher in Zukunft eine noch größere Bedeutung haben. Schwerpunkte klar und deutlich zu definieren und aufzuzeigen, welche Projekte nicht angegangen bzw. umgesetzt werden können. Eine stetige und nachhaltige Entwicklung des

Unternehmens in enger Kooperation mit den anderen Unternehmen am See stellt dabei die zentrale Philosophie der DBT dar.

Projekte 2014

Für das Jahr 2014 wurden zwei Schwerpunkt-Themen definiert. Eine zentrale Rolle wird das Projekt der *kostenlosen Nutzung des ÖPNV im Rahmen einer Gästekarte* besitzen, mit dem die Gäste ab einer Übernachtung den öffentlichen Personen-Nahverkehr kostenlos nutzen können. Seit Mitte 2013 werden Gespräche mit dem Verkehrsverbund bodo als Partner geführt, seit Frühjahr 2014 diskutiert und entwickelt eine Arbeitsgruppe das Projekt weiter, Ziel ist die Einführung des Systems im Jahr 2016. Innerhalb der Gruppe soll auch das Thema einer gemeinsamen Gästekarte für die nördliche Bodensee-Region diskutiert und entwickelt werden.

Daneben stellt das Thema *Vertrieb* eine zentrale Aufgabe des Jahres dar. Es gilt, die Vision einer für den "Gast einfach buchbaren Region" (Online-Buchbarkeit) aufzubauen und mit einer Vertriebsstrategie zu unterlegen. Dazu haben bereits erste Workshops stattgefunden, im Herbst soll die gemeinsame Strategie für die Region vorliegen.

Neben den beiden Schwerpunkthemen gilt es die *Themen Aufbau und Weiterentwicklung der Homepage, Definition eines Messekonzeptes* und weitere Projekte umzusetzen. So wird in Kooperation mit den Partnern das Thema *Premiumwandern* begleitet und koordiniert und auch die *Apfelwochen* werden 2014 von der DBT koordiniert, auch diese in enger Kooperation mit den Partnern.

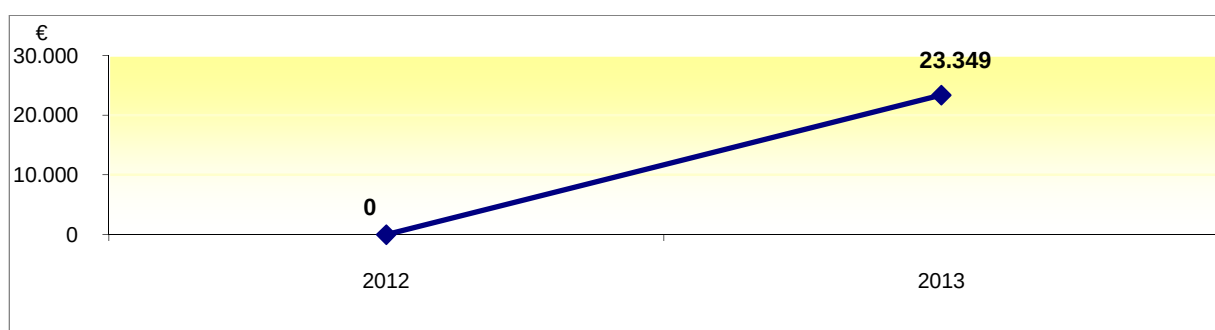
Friedrichshafen, 31. Mai 2014

Christoph Kunz

11. Abschlussprüfer

LINZ & Kollegen GmbH, Steuerberatergesellschaft

12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der DBT GmbH zum 31.12.2013

Bilanz Aktiva	2013	
	T€	%
A. Anlagevermögen		
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>		
II. <u>Sachanlagen</u>		
1. Anlagen und Maschinen	25,8	14,3
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung		
III. <u>Finanzanlagen</u>		
1. Beteiligungen		
	25,8	14,3
B. Umlaufvermögen		
I. <u>Vorräte</u>		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		
2. Unfertige Leistungen		
3. Geleistete Anzahlungen		
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>		
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	24,5	13,6
2. Forderung gegen verbunden Unternehmen		
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
4. Forderungen gegen Gesellschafter		
5. Sonstige Vermögensgegenstände	5,4	3,0
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	105,9	58,8
	135,8	75,4
C. Rechnungsabgrenzungsposten	18,4	10,2
Bilanzsumme	180,0	100,0

Bilanz der DBT GmbH zum 31.12.2013

Bilanz Passiva	2013	
	T€	%
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	100,0	55,6
II. Kapitalrücklage		
III. Gewinnrücklage		
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag		
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	23,3	13,0
	123,3	68,5
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,0	0,0
	0,0	0,0
C. Empfangene Ertragszuschüsse		
D. Rückstellungen		
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		
II. Steuerrückstellungen		
III. Sonstige Rückstellungen	10,6	5,9
E. Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	29,2	16,2
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	4,8	2,7
	34,0	18,9
F. Rechnungsabgrenzungsposten	12,0	6,7
Bilanzsumme	180,0	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der DBT GmbH zum 31.12.2013

Gewinn- und Verlustrechnung	2013	
	T€	%
1. Umsatzerlöse	11,9	4,8
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen		
3. andere aktivierte Eigenleistungen		
4. Sonstige betriebliche Erträge	236,5	95,2
5. Gesamtleistung	248,5	100,0
6. Materialaufwand		
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-84,0	37,3
b) Soziale Abgaben	-24,6	10,9
8. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	-2,4	1,1
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens		
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-114,2	50,7
10. Gesamtaufwand	-225,2	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	23,2	
12. Erträge aus Beteiligungen		
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag		
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,1	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme		
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
18. Finanzergebnis	0,1	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	23,3	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen		
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		
22. Sonstige Steuern		
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	23,3	

Energieagentur Bodenseekreis GbR

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Energieagentur Bodenseekreis
Kontakt:	Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH Tel.: 07541 / 289951-0 Fax: 07541 / 289951-99 E-mail: info@energieagentur-bodenseekreis.de Homepage: www.energieagentur-ravensburg.de
Gründungsdatum:	13. Juni 2007
Gesellschaftsvertrag:	13. Juni 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar – 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Der Zweck der Gesellschaft ist ausschließlich die Beteiligung an der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit dem Ziel, dass diese eine Energieagentur im Bodenseekreis als Niederlassung gründet. Außenstellen im Bodenseekreis sollen möglich sein.

3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

Gesellschafter der Energieagentur Bodenseekreis GbR sind:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	4.610 €	45,28 %
Stadtwerke am See GmbH & Co. KG (ehem. Technische Werke Friedrichshafen GmbH)	1.470 €	14,44 %
EnBW Regional AG	1.470 €	14,44 %
Thüga Energienetze GmbH, München (ehem. Thüga AG)	980 €	9,63 %
Regionalwerk Bodensee GmbH & Co. KG	980 €	9,63 %
Stadtwerke Überlingen GmbH	490 €	4,81 %
Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis	150 €	1,47 %
NABU Bezirksverband Donau-Bodensee e.V.	30 €	0,29 %
	10.180 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung

5. Öffentlicher Zweck

Die Energieagentur informiert Bürgerinnen und Bürger laufend über Entwicklungen neuer Technologien im Sektor erneuerbare Energien. Um interessierten Bürgern, Kommunen, Gewerbebetrieben Energiesparpotenziale aufzuzeigen, bietet die Energieagentur eine kostenlose, unabhängige und handwerksübergreifende Energieberatung anhand verschiedener Energieanalysen. Förder- und Zuschussprogramme sind wichtiger Bestandteil der Serviceleistungen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Energieagentur Ravensburg gGmbH (Einlage: 9.200 €, Anteil: 16,00 %)

7. Wesentliche Verträge

⇒ Gesellschaftervertrag

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die Energieagentur Bodenseekreis GbR:

⇒ 33.000 € jährlicher Kostenbeitrag

Alle Gesellschafter sind nach Maßgabe der Beteiligung am Stammkapital an einem etwaigen Verlust beteiligt.

Da die Energieagentur Bodenseekreis GbR keinen Jahresabschluss aufstellt, wird an dieser Stelle auf den Abschluss der Energieagentur Ravensburg gGmbH verwiesen (s. Seite 165).

Klinik Tett nang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Klinik Tett nang GmbH
Kontakt:	Emil-Münch-Str. 16 88069 Tett nang Tel.: 07542 / 531-0 Fax: 07542 / 531-178 E-Mail: info@klinik-tett nang.de Homepage: www.klinik-tett nang.de
Gründungsdatum:	14. Januar 2004
Eintragung Handelsregister:	10. Januar 2008
Gesellschaftsvertrag:	7. Juni 2005
Letzte Änderung:	10. Dezember 2013
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, des Wohlfahrtswesens sowie der Aus- und Fortbildung. Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens erfolgt insbesondere durch die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung des Bodenseekreises, vor allem durch ambulante, vor-, nach- und vollstationäre Krankenversorgung mit einem leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhaus sowie die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der in diesem Krankenhaus behandelten Patienten.

Zur Förderung des Wohlfahrtswesens kann die Gesellschaft im Rahmen des Aufbaus vernetzter Strukturen ambulante, teilstationäre und stationäre Pflegeangebote aufbauen und/oder sich an solchen beteiligen.

Die Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung erfolgt insbesondere durch die Bereithaltung theoretischer und/oder praktischer Lehrangebote, insbesondere im Bereich der medizinischen Berufe und der Pflegeberufe. Darüber hinaus kann die Gesellschaft in sämtlichen anderen Berufen ausbilden, sowie sie dazu über die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen verfügt.

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses Tett nang, eines Akutkrankenhauses der Regel- und Grundversorgung sowie eine Krankenpflegeschule.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die ihrem Gegenstand unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich im Rahmen des gesetzlich Zulässigen an weiteren, ihrem Zweck dienenden Gesellschaften sowie Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens beteiligen oder mit diesen kooperieren. In diesem Rahmen erfüllt die Gesellschaft öffentliche Aufgaben.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital von 300.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Waldburg-Zeil-Kliniken GmbH & Co.KG	284.700 €	94,90 %
Landkreis Bodenseekreis	15.300 €	5,10 %
	300.000 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:

Ellio Schneider
Jürgen Sachsenmaier

Gesellschafterversammlung:

ist eingerichtet

5. Öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses Tett nang, eines Akutkrankenhauses der Regel- und Grundversorgung, sowie einer Krankenpflegeschule.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die ihrem Gegenstand unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich im Rahmen des gesetzlich Zulässigen an weiteren, ihrem Zweck dienenden Gesellschaften sowie Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens beteiligen oder mit diesen kooperieren. In diesem Rahmen erfüllt die Gesellschaft öffentliche Aufgaben.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ Medizinisches Versorgungszentrum Tett nang GmbH (Einlage: 25.000 €, Anteil: 100 %)
- ⇒ Waldburg-Zeil Personalservice GmbH (Einlage: 25.000 €, Anteil: 100 %)
- ⇒ Waldburg-Zeil Klinikdienste Tett nang GmbH (Einlage: 12.750 €, Anteil: 51 %)
- ⇒ Gesundheitsakademie Tett nang GmbH (Einlage: 12.750 €, Anteil: 51 %)

7. Wesentliche Verträge

⇒ Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrag

Mit notariell beglaubigtem Angebot vom 7. Juni 2005 hat die Waldburg-Zeil Kliniken GmbH & Co. KG, Isny-Neutrauchburg (WZK) dem Landkreis Bodenseekreis den Abschluss eines Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrages angeboten.

Der Landkreis Bodenseekreis hat das Angebot am 29. Juni 2005 angenommen.

Die WZK hat Geschäftsanteile an der Klinik Tett nang GmbH, Tett nang im Nennwert von 284.700 € (94,9 %) für einen Kaufpreis von 1,00 € erworben.

Der Landkreis Bodenseekreis hat sich im Rahmen dieses Vertrages verpflichtet, der Gesellschaft ein Erbbaurecht am Krankenhausgrundstück zu bestellen (s.u.). Zusätzlich hat der Landkreis Bodenseekreis der Gesellschaft das wirtschaftliche Eigentum am Krankenhausgebäude übertragen. Die Vertragspartner sind dabei von einem Nettovermögen (Wert der Baulichkeiten zuzüglich des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung abzüglich der Sonderposten aus Fördermitteln sowie des Ausgleichspostens aus Darlehensförderung) in Höhe von rund 11.840 T€ ausgegangen, welches der Bodenseekreis in die Gesellschaft einzulegen hatte. Die Einbringung der Vermögensgegenstände und Sonderposten durch die Gesellschaft ist am 24. Juni 2005 erfolgt.

⇒ Erbbaurechtsvertrag

Mit notariell beglaubigtem Angebot vom 7. Juni 2005 hat die Gesellschaft dem Landkreis Bodenseekreis den Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages angeboten.

Der Landkreis Bodenseekreis hat das Angebot am 29. Juni 2005 angenommen.

Das Erbbaurecht wurde an dem gesamten Grundstück Flurstück 327 der Gemarkung Tett nang auf dem - neben anderen Gebäuden - das Krankenhaus steht, bestellt. Die Ausübung des Erbbaurechts wurde jedoch auf das Krankenhausgebäude, die Zufahrt und die benötigten angrenzenden Nebenflächen beschränkt. Die restlichen auf diesem Grundstück befindlichen Gebäude werden nicht von der Ausübung des Erbbaurechts umfasst.

Über das Verwaltungsgebäude, den für die Krankenpflegeschule erforderlichen Teil des Personalwohnheims sowie die Parkplätze auf dem Grundstück Flurstück 383/1 der

Gemarkung Tettngang haben die Parteien Nutzungsüberlassungsverträge abgeschlossen.

Das Erbbaurecht begann mit dem Tag der Eintragung im Grundbuch am 20. März 2006 und hat eine Laufzeit von 30 Jahren mit einer Verlängerungsoption für den Erbbauberechtigten von weiteren 20 Jahren.

Für die Bestellung des Erbbaurechts hatte der Erbbauberechtigte eine Einmalzahlung auf den Erbbauzins in Höhe von 2,4 Mio. € zu leisten. Der Anspruch auf die Einmalzahlung ist am 29. Juni 2005 entstanden und war mit der ranggerechten Eintragung im Erbbaurechtsgrundbuch am 20. März 2006 zur Zahlung fällig. Zusätzlich hat der Erbbauberechtigte vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007 einen fixen Erbbauzins von 75.000 € und ab dem 1. Januar 2008 bis zum Ablauf des Erbbaurechts einen fixen Erbbauzins von jährlich 150.000 € zu zahlen. Der fixe Erbbauzins erhöht sich beginnend mit dem 1. Januar 2009 um einen variablen Anteil, welcher wiederum vom Jahresergebnis des Erbbauberechtigten abhängig ist. Der variable Erbbauzins ist jedoch wie folgt begrenzt: Für das Jahr 2009 auf einen Maximalbetrag von 75.000 €, für die folgenden Jahre auf einen Maximalbetrag von 150.000 €.

Mit Schreiben vom 8. Oktober 2007 hat der Landkreis Bodenseekreis die bis einschließlich 2011 anfallenden Erbbauzinsen zinslos gestundet. Eine weitere Stundung wird zusätzlich von der geplanten Investitionstätigkeit der Gesellschaft abhängig gemacht. Mit Schreiben vom 15. Oktober 2012 hat der Landkreis Bodenseekreis den Erbbauzins bis zum 31. Dezember 2016 verzinslich gestundet.

⇒ Liefervertrag für den Materialeinkauf

Mit der Klinikum Friedrichshafen GmbH wurde am 21. Januar 2004 ein Liefervertrag für den Materialeinkauf abgeschlossen. Der Vertrag trat rückwirkend zum 1. Januar 2004 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2004, danach gilt eine Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Jahresende.

⇒ Managementvertrag Labormedizin

Mit der Gemeinschaftspraxis Labor Dr. Gärtner und Partner, Weingarten, wurde am 30. Juni 2004 ein Managementvertrag für das Labor der Gesellschaft abgeschlossen. Der Vertrag regelt die organisatorische Sicherstellung der zeitnahen Durchführung aller von den Stationen und sonstigen Funktionsbereichen für die Leistungen der Klinik Tettngang und von ihren Chefarzten im Privatliquidationsbereich angeforderten Untersuchungen sowie sonstige Dienstleistungen. Der Vertrag beginnt mit Wirkung vom 1. Juli 2004 und hat eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2009. Er verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn er nicht spätestens sechs Monate vor Ablauf der Vertragsperiode gekündigt wird.

⇒ Verträge zur integrierten Versorgung

Mit der WZK und der BKK-IKK Arbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg bzw. der Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) wurden am 24. November 2003 bzw. 17. Mai 2005 Verträge zur Integrierten Versorgung nach § 140 a SGB V geschlossen.

⇒ Mietvertrag MVZ-Gebäude

Mit Datum vom 30. Juni 2008 vermietete die Gesellschaft die Betriebs- und Verwaltungsräume im Erdgeschoss des MVZ-Gebäudes sowie Registraturflächen im Untergeschoss des Klinikgebäudes an das Tochterunternehmen MVZ Tettngang GmbH, Tettngang. Das Mietverhältnis hat am 1. August 2008 begonnen und wurde bis zum 31. Juli 2013 abgeschlossen.

⇒ Strukturmerkmale und Betten

Die Klinik ist im Krankenhausbedarfsplan von Baden-Württemberg mit 140 Planbetten in der Leistungsstufe Regelversorgung aufgenommen (bis 2010: 185). Die stationären Leistungen werden in der Klinik in drei hauptamtlich geleiteten Fachabteilungen sowie zwei Belegabteilungen erbracht: Innere Medizin, Chirurgie, Geburtshilfe/Gynäkologie, Urologie – Belegabteilung, HNO – Belegabteilung.

⇒ Finanzierungsquellen

Die Investitionen der Klinik werden überwiegend durch die Gesellschafter sowie durch Fördermittel des Landes nach dem KHG finanziert. Die laufenden Betriebskosten sind durch die Erlöse aus DRG zu erwirtschaften.

Mit Bescheid vom 7. Juni 2013 wurde der Gesellschaft für das Jahr 2013 nach §§ 15 und 16 LKHG im Wege der Pauschalförderung ein Festbetrag in Höhe von 412.473,13 € für Investitionen gewährt.

Die Budgetentgeltvereinbarung gemäß § 11 KHEntgG für das Jahr 2013 wurde am 29. Juli 2013 abgeschlossen und vom Regierungspräsidium Tübingen am 20. August 2013 genehmigt.

Das Erlösbudget nach § 4 Abs. 2 KHEntgG wurde mit 23.096.130,10 € festgelegt. Die Summe der effektiven Bewertungsrelationen gemäß § 4 Abs. 2 Satz 2 KHEntgG (inkl. Überlieger) wurde mit 7.300,001 € vereinbart.

⇒ Organschaftsvertrag

Mit Datum vom 15. Juli 2010 hat die Klinik Tett nang GmbH mit der MVZ Tett nang GmbH einen Organschaftsvertrag abgeschlossen. Dabei unterstellt die MVZ Tett nang GmbH als Organgesellschaft die Leitung des Unternehmens der Klinik Tett nang GmbH als Organgesellschaft. Die Organgesellschaft verpflichtet sich, den gesamten nach Maßgabe der handelsrechtlichen Vorschriften ermittelten Gewinn an die Organträgerin abzuführen. Die Organträgerin ist im Gegenzug verpflichtet, den während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen. Der Vertrag gilt ab dem Tage des Vertragsabschlusses und wurde mit Eintragung in das Handelsregister der Organgesellschaft wirksam. Die entsprechende Eintragung erfolgte am 25. November 2010. Der Vertrag ist bis zum 23. Dezember 2015, 24:00 Uhr, unkündbar. Für den darauf folgenden Zeitraum wurden Verlängerungsoptionen vereinbart.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die Klinik Tett nang:

⇒ 143.775 € für Betriebskosten der Mietgebäude

Zahlung von der Klinik Tett nang an den Bodenseekreis:

⇒ 161.255 € Erstattung für beim Landratsamt beschäftigte Beamte

⇒ 71.074 € für Zinsen (Erbbaurecht)

⇒ 82.419 € Tilgung Erbbaurecht

Der mit der Klinik Tett nang am 1. Juli 2005 geschlossene Kreditvertrag beinhaltet einen Großteil des im Erbbaurechtsvertrag wertmäßig überlassenen Grundstücks. Das Darlehen läuft bis zum 31. Dezember 2030.

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Jahresdurchschnitt waren 458 Arbeitnehmer (Vj. 438) beschäftigt.

10. Lagebericht

a) Grundlagen des Unternehmens

Die Klinik Tett nang GmbH ist ein Akutkrankenhaus der Grund- und Regelversorgung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, des Wohlfahrtswesens sowie der Berufsbildung. Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens wird verwirklicht insbesondere durch die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung des Bodenseekreises mit ambulanten vor-, nach- und vollstationären Krankenleistungen mit einem leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhaus sowie die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der in diesem Krankenhaus behandelten Patienten. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung.

b) Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Wie in den vergangenen Jahren steigen die Fallzahlen. Regional betrachtet dürften sich deutliche Unterschiede bei der Entwicklung der Krankenhaushfälle ergeben. Unterschiede in

der Altersstruktur und der unterschiedlichen regionalen Bevölkerungsentwicklung dürften sich hier bemerkbar machen. Da in Sachsen, Sachsen-Anhalt und im Süden Brandenburgs ein Bevölkerungsrückgang erwartet wird, sollten sich in diesen Regionen auch die Krankenhaufälle rückläufig entwickeln. Der stärkste Zuwachs dürfte in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland, West Niedersachsen und Berlin zu erwarten sein.

Kaum eine Branche in Europa ist so umfassend reguliert wie die Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsdienstleistungen. Als soziale Institution gehört das Gesundheitswesen zu den ureigensten nationalen Politikfeldern. In jedem europäischen Land ist das Gesundheitssystem daher entweder staatlich organisiert (z.B. Großbritannien, Italien) oder wird solidarisch finanziert bei weitgehend privater Leistungserstellung (z.B. Deutschland, Schweiz). Doch die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen erfolgt regional, weshalb die Erbringung dieser Dienstleistungen weitgehend auch auf regionaler Ebene organisiert wird.

Unverändert prägen Kostendruck, Budgetbegrenzung und wachsender Wettbewerb den deutschen Krankenhausmarkt. Kostensteigerungen können immer schwerer durch Effizienzerhöhungen kompensiert werden. Verstärkt müssen Wege für eine Verbesserung der Einnahmeseite gefunden werden. Eine Möglichkeit ist, Wachstum innerhalb des budgetären Bereichs zu erreichen, beispielsweise durch Fallzahlensteigerungen, Akquisition neuer Objekte oder Vernetzung ambulanter Leistungen. Eine weitere Möglichkeit ist die Erschließung auerbudgetärer Erlöspotenziale, zum Beispiel durch die Versorgung ausländischer Patienten, den Aufbau von Patientenhotels oder das Anbieten zusätzlicher Serviceleistungen.

Der deutsche Krankenhaussektor, der einem deutlichen Kosten- und Ertragsdruck ausgesetzt ist, wird zunehmend durch Verbünde bei privaten bzw. Verbundlösungen bei freigemeinnützigen wie auch kommunalen Trägern charakterisiert. Dieser Konzentrationsprozess vollzieht sich in Form von Betriebsschließungen, Übernahmen, Privatisierungen sowie der Bildung sektorübergreifender Versorgungsformen (ambulante/stationäre Versorgung, Reha, Pflege). Andererseits muss der milliarden schwere Investitionsstau der Branche aufgelöst werden. Da die Fördermittel knapp bemessen sind, greifen Betreiberketten zunehmend auf privates Kapital zurück. Grundsätzlich gibt es eine steigende Nachfrage der Patienten auf Grund der demografischen Entwicklung. Das Wachstum der Branche wird mit Strukturveränderungen hin zu regionaler und auch nationaler Kettenbildung einhergehen.

Die Finanzreserven der gesetzlichen Krankenkassen sind in 2013 um rund 1,47 Mrd. € angestiegen und belaufen sich inzwischen auf 17 Mrd. €. Die Finanzreserven des Gesundheitsfonds sind auf Grund des saisonbedingten Defizits in den ersten neun Monaten des Jahres 2013 um 2,46 Mrd. € zurückgegangen. Im 4. Quartal 2013 wird dieses Defizit voraussichtlich durch die Verarbeitung von Einmalzahlungen (Weihnachtsgeld) vollständig ausgeglichen. Die Liquiditätsreserven des Gesundheitsfonds betragen damit 10,6 Mrd. €. Krankenkassen und Gesundheitsfonds haben somit insgesamt Rücklagen in Höhe von 27,6 Mrd. €.

Die Gesamtausgaben der GKV sind im Vergleich zum 1. bis 3. Quartal des Vorjahres um 4,8 % gestiegen, die gesamten Leistungsausgaben ebenfalls um 4,8 % je Versichertem. Die Ausgabenzuwächse für die Krankenhausbehandlung (3,5 % sowie für Vorsorge und Rehabilitationsmaßnahmen (2,6 %) lagen im Zeitraum deutlich unter dem Anstieg der gesamten Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenkassen. Die GKV-Krankenhausaussgaben sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,78 Mrd. €, die Leistungen für Vorsorge- und Reha-Maßnahmen um 0,06 Mrd. € angestiegen.

Allein durch die höheren Sozialversicherungsbeiträge und die bereits feststehenden Tarifabschlüsse für die Beschäftigten in den Krankenhäusern haben die Personalkosten den durch die Gesetzgebung zugestandenen Vergütungszuwachs um das Dreifache überschritten. Die

gesetzlich vorgesehenen Fördermittel für Krankenhausinvestitionen durch die öffentliche Hand sinken seit Jahrzehnten kontinuierlich. Mittlerweile wird weniger als die Hälfte der Krankenhausinvestitionen (46 %) aus öffentlichen Fördermitteln der Bundesländer bestritten. Mehr als die Hälfte der Investitionen müssen die Krankenhäuser anderweitig aufbringen. Der Investitionsstau liegt nach Berechnungen des RWI derzeit bei rund 14,0 Mrd. € (die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) geht sogar von bis zu 50 Mrd. € aus). Ausgehend von der Wirtschaftskrise 2010/2011, die das Steueraufkommen der Kommunen negativ beeinflusst, kann davon ausgegangen werden, dass vermehrt kommunale Krankenhäuser zum Verkauf stehen oder geschlossen werden.

Die Haupttreiber für eine neue Privatisierungswelle sind:

- stark sinkende Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden
- anhaltend sinkende staatliche Fördermittel
- steigender Kostendruck (Lohn- und Sachkosten) gekoppelt mit oft ineffizienten Strukturen
- Investitionsstau in Höhe von mind. rund 14,0 Mrd. € (lt. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI))

Am 3. April 2013 hat der Bundesgesundheitsminister Vorschriften im SGB V angekündigt, nach denen zukünftig Korruption und Bestechlichkeit im Gesundheitswesen von Ärzten und anderen Leistungserbringern geahndet werden können. Das BMG habe eine Lösung gefunden – nicht im Strafgesetzbuch, sondern im Sozialgesetzbuch (als Nebenstrafrecht) -, damit Staatsanwaltschaften ermitteln können. Die Neuregelung sei nicht allein auf Ärzte, sondern auf alle Berufe des Gesundheitswesens bezogen.

Am 26. Februar 2013 ist das Patientenrechtegesetz in Kraft getreten und regelt das bestehende Richterrecht zum Behandlungsvertrag und der Arzthaftung. Mit einer Ergänzung des BGB wird ein Behandlungsvertrag und daraus folgende Rechte und Pflichten (Information, Dokumentation, Einsichtnahme) geregelt. Der Patient muss in die Durchführung einer „medizinischen Maßnahme“ einwilligen. Damit diese Einwilligung wirksam ist, muss er zuvor aufgeklärt werden. Aufklären kann der „Behandelnde“ oder eine Person, die über die zur Durchführung der Maßnahme notwendige Befähigung verfügt. Hier ist zu prüfen, ob dies mit der Aufklärungspraxis in Krankenhäusern übereinstimmt bzw. ob dies praxistauglich ist. Für Reha-Einrichtungen können durch die vorgesehene Regelung höhere Aufklärungspflichten entstehen. Hier ist darauf hinzuwirken, dass Leistungen zur medizinischen Rehabilitation als einheitliche Maßnahmen gelten, für die nur eine generelle Aufklärung und nicht vor jeder Einzeltherapie erforderlich sind.

Mit dem PsychEntG legte der Gesetzgeber für psychosomatische Kliniken eine anteilige Finanzierung der Kosten der Tarifsteigerungen in Höhe von 50 % für das Jahr 2012 fest. Die Partner der Selbstverwaltung einigten sich auf eine Tarifraterhöhung in Höhe von 3,0 %. Unter Berücksichtigung der gesetzlich vorgegebenen Rechenschritte ergeben sich auf dieser Basis eine Erhöhungsraterate von 1,52 % und eine Ausgleichsraterate von 0,51 %. Dies entspricht einem Finanzierungsvolumen von annähernd 300 Mio. €.

Entwicklungen im Krankenhausbereich

Der deutsche Krankenhaussektor befindet sich in einer tief greifenden Umbruchphase. Es kristallisiert sich zunehmend heraus, dass das in hohem Maße intransparente und stark regulierte Gesundheitssystem, in dem durch "Vollkaskomentalität" geprägte Patienten ohne Berücksichtigung ökonomischer Ressourcenoptimierung behandelt wurden, zukünftig nicht mehr zu finanzieren ist. So trifft die steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen (demographische Entwicklung, steigendes Gesundheitsbewusstsein und medizinischer Fortschritt) auf leere Kassen der Ausgabenträger. Zusätzlich sind die öffentlichen Krankenhausträger zum Teil hoch verschuldet und können die Investitionsverpflichtungen und die in den ineffizient operierenden öffentlichen Kliniken generierten Verluste nicht mehr tragen.

Die gesetzlichen Krankenkassen haben im Jahr 2012 Ausgaben von insgesamt rund 184,25 Mrd. € ausgewiesen, davon entfallen auf den Krankenhausbereich 61,66 Mrd. €, dies sind rund 33,5 % der Gesamtausgaben. Gegenüber dem Jahr 2011 ergibt sich eine Steigerung von 1,71 Mrd. €, dies entspricht einer Steigerungsrate von 2,9 %.

In den 2.017 Krankenhäusern Deutschlands standen im Jahr 2012 insgesamt knapp über 501.000 Betten zur Verfügung. Gegenüber dem Vorjahr hat das Versorgungsangebot weiter leicht abgenommen (2.045 Krankenhäuser mit 502.000 Betten). Weiterhin steht annähernd jedes zweite Bett in einem Krankenhaus eines öffentlichen Trägers (47,8 %). Der Anteil der Betten in privaten Häusern nimmt weiter stetig zu (2012: 18,0 %, 2011: 17,3 %), während der Anteil in freigemeinnützigen Häusern sinkt (2012: 34,1 %, 2011: 34,3 %).

Im Jahr 2012 wurden insgesamt 18,6 (2011: 18,3) Millionen Patienten stationär behandelt (Zunahme um rund 300.000). Die Verweildauer verringerte sich auf 7,6 Tage (2011: 7,7). Mit rund 852.000 Vollkräften hat sich die Personalbesetzung im Krankenhaus um insgesamt 26.000 Vollkräfte deutlich erhöht. Im ärztlichen Dienst ist eine Zunahme auf 142.803 Vollkräfte (Zunahme um 3.848) und für den Pflegedienst auf 312.962 Vollkräfte (Zunahme um 2.145) zu verzeichnen. Im Jahr 2012 wurden knapp 51 Millionen Operationen und medizinische Prozeduren bei den aus vollstationärer Krankenhausbehandlung entlassenen Patientinnen und Patienten durchgeführt. Der Anstieg ist mit 3,3 % im Vergleich zum Vorjahr geringer als 2011 (4,2 %). Die Zahl der Krankenhaufälle, bei denen eine Operation oder medizinische Prozedur durchgeführt wurde, stieg im selben Zeitraum um 1,6 % auf 14,8 Millionen Patienten. Bei jedem dieser Fälle wurden 2012 wie im Vorjahr im Durchschnitt 3,4 Maßnahmen durchgeführt.

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser hat sich in 2011 und 2012 spürbar verschlechtert. In 2012 befanden sich 13 % der Krankenhäuser im "roten Bereich" mit erhöhter Insolvenzgefahr, 14 % waren leicht gefährdet „gelber Bereich“. Ein Drittel der Krankenhäuser schrieben in 2011 einen Jahresverlust, in 2010 waren es nur 16 %. Ein Grund für die Verschlechterung könnte ein erheblicher Personalaufbau in 2011 sein. Für 2013 und 2014 hat die Politik Maßnahmen zur Unterstützung der Krankenhäuser beschlossen. Dies könnte die Lage in 2013 und 2014 auf mäßigem Niveau stabilisieren. Belastend ist der Tarifausschluss zwischen Marburger Bund der der Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände, die eine Erhöhung der Bezüge um 2,6 % zum 1. Januar 2013 und für 2014 um weitere 2 % vorsieht.

Wenn private Klinikbetreiber öffentliche Krankenhäuser übernehmen, regt sich meist Widerstand. Bund, Länder und Gemeinden ziehen sich aus der Verantwortung für die Krankenhausversorgung zurück und legen sie in die Hände von renditeorientierten Unternehmen, kritisiert die Gewerkschaft ver.di. Fragt man die Patienten, sind sie aber gar nicht unzufrieden mit den privaten Kliniken, wie die Deutsche Gesellschaft für Qualität in einer repräsentativen Studie 2011 herausfand.

Da der Krankenhaussektor für 71 % der Ausgaben im deutschen Gesundheitswesen verantwortlich ist und hohe Ineffizienzen aufweist, sind in den letzten Jahren einige Kosten- und Strukturreformen durchgeführt worden. Durch diese Reformen, wie die Einführung eines wettbewerbsfördernden Entgeltsystems (G-DRG), des GKV-Modernisierungsgesetzes (GMG) und des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG), sehen sich die einzelnen Krankenhäuser zunehmend Kostendruck und Wettbewerb ausgesetzt.

Am 22. März 2013 wurden die „Eckpunkte zur Krankenhausfinanzierung“ vorgestellt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen führen in den Jahren 2013 und 2014 zu einer geschätzten Entlastung der Krankenhäuser in Höhe von rund 880 Mio. € (2013: ca. 300 Mio. €, 2014: ca. 580 Mio. €).

⇒ Versorgungszuschlag: Das Einsparvolumen, das sich in den Jahren 2013 und 2014 aus dem Mehrleistungsabschlag ergibt, soll den Krankenhäusern wieder zugeführt und als

Versorgungszuschlag je Fall an die Krankenhäuser verteilt werden (Erlössteigerung 2013: 250 Mio. €, 2014: 500 Mio. €)

- ⇒ Voller Orientierungswert ab 2014: Den Vertragsparteien auf Bundesebene wird für das Jahr 2014 der Verhandlungskorridor bis zum vollen Orientierungswert eröffnet (jede 0,1 % Erhöhung der Obergrenze bringt den Krankenhäusern Mehreinnahmen in Höhe von rund 70 Mio. €). Sofern der Orientierungswert die Grundlohnrate unterschreitet, gilt zu dem zukünftig die dann höhere Grundlohnrate.
- ⇒ Anteilige Tariflohnrefinanzierung für 2013: Die für das Jahr 2013 vereinbarten Tarifsteigerungen werden bei den Landesbasisfallwerten und den Krankenhausbudgets erhöhend berücksichtigt (Erlössteigerung 2013: 20-40 Mio. €, 2014: 20-40 Mio. €)
- ⇒ Hygiene-Förderprogramm: Die Neueinstellung von ausgebildetem ärztlichen und pflegerischem Hygienepersonal wird durch zweckgebundene Zuschüsse bis zum Auslaufen der Übergangsfrist des Infektionsschutzgesetzes Ende 2016 gefördert (Erlössteigerung 2013: 15 Mio. €, Erlössteigerung 2014: 40 Mio. €)

Entwicklungen im ambulanten Bereich

Expandiert wird in der ambulanten Versorgung. Schon heute werden ambulant weitaus mehr Patienten behandelt als akutstationär. Die Zahl der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) steigt stetig an. Ziel ist es, die Krankenhäuser mit einem MVZ zu verbinden. Als Einstieg in ein MVZ besteht die Möglichkeit, sich einzumieten und z.B. beim Eintritt in den Ruhestand den freiwerdenden Kassenarztsitz zu übernehmen. MVZ weisen überwiegend zu Beginn Verluste aus, bedingt durch Anlaufkosten und hohe Abschreibungen. Entscheidend bei der Einführung eines MVZ sind die Synergien mit dem Krankenhaus. Außerdem kann damit ein weiterer Schritt zur flächendeckenden Versorgung erreicht werden, da die Krankenhausstrukturen in der bisherigen Form nicht mehr umfänglich finanziert werden können. Parallel entwickeln sich Ärztenetzwerke, die verstärkt mit den Kliniken kooperieren möchten.

Allein durch die Bindung der niedergelassenen Ärzte/Fachärzte an die Kliniken ergibt sich ein deutlicher wirtschaftlicher Nutzen auf Grund einer entsprechend hohen Fallzahlzuweisung und somit eine zu erwartende Umsatzstabilität oder Umsatzausweitung. Diese Formen können eine Alternative zu integrierten Versorgungsverträgen sein.

Mit dem Vertragsarztgesetz wurde der Gestaltungsspielraum für die MVZ zusätzlich erhöht. Seitdem steigt die Anzahl derartiger Einrichtungen und der dort behandelten Patienten kontinuierlich.

Von den niedergelassenen Ärzten werden die MVZ nicht selten als Konkurrenz gesehen. Da diese oftmals in räumlicher Nähe zu Krankenhäusern zu finden sind, profitieren sie von der dort vorgehaltenen Infrastruktur und medizinischen Ausstattung, was letztlich auch zu einer stärkeren Anziehungskraft auf Patienten führen dürfte. Aus Patientensicht bieten MVZ erhebliche Servicevorteile gegenüber Einzelpraxen, wie etwa in Form von ausgeweiteten Öffnungszeiten und der Tatsache, dass verschiedene Fachärzte unter einem Dach räumlich nah aufzufinden sind. Aus Sicht der Klinikbetreiber wird sicherlich der Mehrwert auch im höheren Nutzungsgrad teurer medizinischer Geräte gesehen. Hinzu kommt, dass ein kontinuierlicher Patientenstrom in die - möglichst eigenen - Kliniken gesichert wird. Die überwiegende Mehrheit der MVZ befindet sich derzeit in der Trägerschaft von Vertragsärzten.

Geschäftsverlauf mit Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögenswerte der Gesellschaft werden zum 31. Dezember 2013 mit 29.809 T€ ausgewiesen. Von diesen Vermögenswerten entfallen 18.751 T€ und somit 62,9 % auf das Anlagevermögen. Das Eigenkapital der Gesellschaft wird zum Bilanzstichtag mit 7.537 T€ ausgewiesen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 25,3 %. Die Sonderposten aus der Finanzierung des Anlagevermögens werden mit 6.408 T€ ausgewiesen. Von den Verbindlichkeiten sind 5.632 T€ langfristig finanziert. Die langfristigen Vermögenswerte sind somit insgesamt durch langfristiges Kapital finanziert.

Im Geschäftsjahr 2013 konnten die Umsatzerlöse von 25.622 T€ auf 27.537 T€ und somit um 7,5 % gesteigert werden. Leicht überproportional haben sich die Personalkosten von 17.444 T€ auf 19.181 T€ und somit um 10,0 % erhöht. Dieser Anstieg ist u. a. auf den Wegfall von Sanierungsbestandteilen zurückzuführen. Für das Jahr 2013 wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.086 T€ ausgewiesen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat im Jahr 2013 -862 T€ betragen. Für Investitionen wurde ein Cashflow in Höhe von 731 T€ benötigt. Die Deckung dieser Cashflows konnte durch den Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (überwiegend durch Darlehensgewährung durch den Hauptgesellschafter) erreicht werden. Der Finanzmittelfonds hat sich zum Bilanzstichtag von 466 T€ auf 406 T€ verringert.

Die Belegung der Klinik Tett nang ist in 2013 nochmals gestiegen. Bei einer Durchschnittsbelegung von 89,3 % ist viel Kreativität gefordert, die "wartenden" Patienten akzeptabel unterzubringen. Neben dem OP-Bereich ist nun auch der Stationsbereich komplett ausgelastet. Zusätzliche Patienten - vorausgesetzt, sie werden adäquat vergütet - steigern die Wirtschaftlichkeit der Klinik Tett nang.

Die Investitionsförderung des Landes reicht nicht zum Erhalt und der notwendigen Anpassung der Infrastruktur aus. Deshalb müssen Teile der Investitionen selbst getragen werden, obwohl hierfür grundsätzlich die Länder zuständig sind. Die kommunalen Wettbewerber erhalten hierfür Zuschüsse ihrer Träger. So belasten z. B. die durchgeführten Investitionen in die sechs unreinen Arbeitsräume durch die Auflagen des Gesundheitsamtes die Jahresergebnisse 2012 und 2013 mit insgesamt rd. 700 T€.

Durch die Umwandlung der bisherigen Belegabteilungen HNO und Urologie in Hauptabteilungen konnten die Leistungszahlen in diesen beiden Fachdisziplinen noch gesteigert werden. Bisher waren die Belegärzte über ihr Praxisbudget gedeckelt. Hinzu kommt, dass derzeit im Klinikum Friedrichshafen keine HNO-Präsenz vorhanden ist. Hier bietet sich für die Klinik Tett nang die Chance, den Bereich HNO weiter auszubauen.

Weitere signifikante Leistungssteigerungen sind jedoch nur möglich, wenn die baulichen und strukturellen Gegebenheiten den Anforderungen angepasst werden. Insbesondere die Sanierung und Neustrukturierung der OP-Bereiche sind dringend erforderlich, um die Abläufe wesentlich zu verbessern. Die Anzahl der OP-Leistungen wurde seit dem Jahr 2005 von 4.151 auf nunmehr über 6.201 Operationen (inklusive MVZ) im Jahr 2013 gesteigert.

Auf Basis des mit dem Sozialministerium am 15. November 2011 vereinbarten Raumprogramms wurde Ende April 2012 der Förderantrag gestellt. Am 21. März 2013 hat der Landeskrankenhausausschuss die Aufnahme des Projektes in das Jahresbauprogramm beschlossen. Auf dieser Basis sollte am 03. Dezember 2013 im Sozialministerium die Förderquote verhandelt werden. Auf Grund des laufenden Transaktionsprozesses mit der Klinikum Friedrichshafen GmbH wurde eine Entscheidung vertagt.

Im Zuge des Gesamtkonzepts zur baulichen Weiterentwicklung der Klinik Tett nang müssen die derzeit als Dienst- und Bereitschaftsdienst genutzten Zimmer wieder zu Patientenzimmern umgewidmet werden. Zudem müssen die derzeit noch im ehemaligen Schwesternwohnheim angemieteten Räume ins Haus integriert werden. Die Liegenschaften wurden im Juli 2013 an einen Investor verkauft, der die Gebäude abreißen und neue Wohngebäude bauen möchte. Spätestens mit Abriss der Gebäude müssen ggf. Interimsbauten erstellt werden, sollte der OP-Anbau noch nicht fertig gestellt sein.

Die angespannte Finanzlage der Krankenhäuser ist inzwischen in die vom Bundestag beschlossenen Finanzhilfen eingeflossen. Das vorgesehene Volumen der Maßnahmen reicht

jedoch zur Finanzierung nicht aus und kann nur ein erster Schritt sein, die Finanzierung der Krankenhäuser zu verbessern. Die Tariflohnsteigerung wurde nur zur Hälfte finanziert, wodurch sich für die Klinik Tettngang allein für das Jahr 2013 beim Ärztlichen Dienst eine Finanzierungslücke von ca. 150 T€ ergab.

Die Entgeltverhandlung mit den Kostenträgern fand am 23. Juli 2013 statt. Dabei konnten 255 CM-Punkte zusätzlich vereinbart werden, die einer Erlössteigerung von 796 T€ entsprechen. Die Entwicklung der Klinik Tettngang wird seitens der Kostenträger positiv betrachtet und auch entsprechend unterstützt.

Auf Basis des im Juni abgeschlossenen Kooperationsvertrages betreut die Klinik Tettngang seit 1. August 2013 die internistischen Patienten der Lukasklinik der Stiftung Liebenau gegen Kostenersatz. Damit wurde die seither schon enge Zusammenarbeit nochmals intensiviert.

Am 16. September 2013 fand die erfolgreiche Re-Zertifizierung der Qualifizierten Schmerztherapie statt. Dieser Schwerpunkt der Akutschmerztherapie in der Anästhesie/Intensivmedizin ist weiterhin ein Alleinstellungsmerkmal.

Die Kassenärztliche Vereinigung wollte bereits 2012 die Notfallpraxen an Krankenhäuser angliedern, was die Haus- und Fachärzte zunächst kritisch sahen. Inzwischen hat sich jedoch eine Mehrheit für die Etablierung von drei solchen Notfallpraxen an den drei Krankenhäusern im Bodenseekreis gefunden. Starttermin war der 19. Oktober 2013. Eine Notfallpraxis in der Klinik Tettngang bietet Vorteile für die Klinik, für die niedergelassenen Ärzte und insbesondere für die Patienten. Die Klinik ist damit immer erste Anlaufstelle und die vorhandene Infrastruktur kann durch alle Beteiligten genutzt werden.

c) Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung (sowohl positive als auch negative) und Ereignisse nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

d) Prognose-, Chancen und Risikobericht

Künftige Entwicklung der Klinik Tettngang GmbH

Das Statistische Bundesamt hat am 30. September 2013 den Orientierungswert für Krankenhäuser in Höhe von 2,02 % bekannt gegeben. Nachdem die Veränderungsrate gemäß § 71 Abs. 3 SGB V mit 2,81 % oberhalb des Orientierungswertes liegt, gilt gem. § 10 Abs. 6 Satz 5 KHEntgG die Veränderungsrate als Obergrenze (Veränderungswert) für 2014 und dient somit auch als Grundlage für die Weiterentwicklung der Krankenhausvergütung im Jahr 2014 (Landesbasisfallwert).

Weiterhin wird die medizinische Rehabilitation als der Behandlungsansatz für multimorbide und chronisch erkrankte Menschen sowie eine stärkere sektorenübergreifende Verschränkung bzw. Koordination zwischen Rehabilitation und Akutversorgung eine herausragende Rolle spielen, d. h., die Bedeutung der medizinischen Rehabilitation wird spürbar zunehmen. Vor dem Hintergrund der Zunahme chronischer Erkrankungen muss es mittel- und langfristig zu einer deutlichen Verschiebung von einer heute primär akutmedizinischen in eine künftig deutlich stärker präventions- und rehabilitationsbezogenen Versorgung kommen. Dies haben u. a. auch die letzten Gutachten des Sachverständigenrats Gesundheit 2007 und 2009 aufgezeigt.

Demgegenüber zeichnen die aktuellen Zahlen ein völlig anderes Bild: Nach Angaben des statistischen Bundesamts stieg zwar der absolute Betrag für die Aufwendungen von Vorsorge und Rehabilitation in den letzten 15 Jahren um etwa 5 % von ca. 7,6 Milliarden € auf ca. 8,0 Milliarden €. Gleichzeitig fiel aber der relative Anteil der Reha von 4,1 % auf 3,1 % des Gesamtaufkommens (minus ca. 25 %).

Die medizinische Rehabilitation sichert Wachstum und Beschäftigung. Der zunehmende Fachkräftemangel wird die volkswirtschaftliche Bedeutung der Rehabilitation in Zukunft weiter erhöhen. Die Ergebnisse der vorliegenden Analyse der PROGNOSE AG verweisen eindeutig auf das Potenzial der medizinischen Rehabilitation in Deutschland. Bereits heute erhält die Volkswirtschaft für jeden in die medizinische Rehabilitation investierten Euro 5 € zurück. Diese volkswirtschaftliche Rendite steigt in den nächsten Jahren noch deutlich an. Unter der Annahme eines weiteren Bedeutungszuwachses kann der volkswirtschaftliche Netto-Nutzen von rund 5,8 Mrd. € im Jahr 2005 auf rund 23 Mrd. € im Jahr 2025 steigen.

Das Kabinett beschließt einen Gesetzesentwurf über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Der Gesetzesentwurf enthält die Anpassung des Reha-Budgets der Rentenversicherung durch einen Demografiefaktor. Dadurch würde sich das Budget in 2014 um knapp 100 Millionen € zusätzlich zur Bruttolohnentwicklung erhöhen. Vorgesehen ist, dass das Gesetz am 1. Juli 2014 und die Regelung zum Reha-Budget bereits mit Wirkung vom 1. Januar 2014 in Kraft treten soll.

Die Klinik Tett nang konnte ihre Leistungszahlen zum 31. Dezember 2013 gegenüber der Budgetvereinbarung 2013 weiter steigern. Die Fallzahlen sind um 356 Fälle gestiegen, der Case-Mix (CM) wurde gegenüber dem vereinbarten Volumen von 7.300,000 um 126,770 CM-Punkte überschritten. Die Entgeltverhandlung 2014 ist noch nicht terminiert. Darüber hinaus konnten bei der Integrierten Versorgung im Jahr 2013 insgesamt 86 Fälle mit einem CM-Volumen von 211,345 CM-Punkten behandelt und abgerechnet werden. Da diese Fälle außerhalb der Budgetvereinbarung abgerechnet werden können, ergibt sich eine gegenüber der normalen Budgetabrechnung von über 400 T€ günstigere Abrechnungsmöglichkeit.

Risikobericht

Aus der aktuellen Ertrags- und Liquiditätsplanung ergibt sich, dass für das Jahr 2014 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 900 T€ und im Jahr 2015 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 900 T€ gerechnet wird. Der für die Planjahre 2014 und 2015 erforderliche Mittelbedarf soll durch den Hauptgesellschafter zur Verfügung gestellt werden. Die Gesellschaft ist deshalb mittelfristig von der finanziellen Unterstützung durch den Hauptgesellschafter abhängig.

Als operatives, am Markt teilnehmendes Unternehmen ist die Klinik Tett nang den unterschiedlichsten Risiken ausgesetzt. Diese Risiken sind unmittelbarer Ausfluss aktiven unternehmerischen Handelns, das zugleich die Chance bietet, Mehrwert in Form von Ertrags- und Vermögenszuwächsen zu schaffen.

Das Abwägen unternehmerischer Risiken und Chancen ist ein fundamentaler Bestandteil unserer Aufgaben. Um uns in die Lage zu versetzen, diese Aufgabe wahrzunehmen, d. h. Risiken zeitnah zu erkennen und adäquate Gegenmaßnahmen rechtzeitig einzuleiten, wurde konzernweit ein Risikofrüherkennungssystem eingeführt, das auf die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden kann. Definierte und erkennbare Risiken werden aus dem administrativen und medizinischen Bereich in regelmäßigen Abständen überprüft und bewertet. Die Geschäftsführung wertet die Risikoberichte hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe möglicher Schäden aus und kommt zu folgenden Ergebnissen:

Gesamtwirtschaftlichen und konjunkturellen Risiken sind die einzelnen Kliniken in eingeschränktem Rahmen ausgesetzt, da die Klinik Tett nang ausschließlich auf dem inländischen Gesundheitsmarkt tätig und außenwirtschaftliche Faktoren von untergeordneter Bedeutung sind.

Branchenspezifische Risiken sind im stark reglementierten Gesundheitsmarkt eng verknüpft mit der staatlichen Gesundheitspolitik.

Auf der Aufwandseite sind insbesondere die Tarifabschlüsse für den Öffentlichen Dienst von Bedeutung. Innerhalb unserer Branche werden Chancen und Risiken aus Gesundheitsreformgesetzgebungen und Tarifvereinbarungen differenziert beurteilt. Es bestehen die klassischen Markt- oder Absatzrisiken. Durch strategische Konzepte, insbesondere Kooperationen und den Aufbau und Ausbau sektorübergreifender Netzwerke, kann der Standort gesichert und damit Absatzrisiken begrenzt werden.

Durch die Einführung von trägerübergreifenden Komplexangeboten und dem Aufbau sektorübergreifender Netzwerke soll zum Einen eine höhere Kundenbindung (Kostenträger, niedergelassene Ärzte) und zum Anderen ein Gegengewicht zur Preisentwicklung geschaffen werden. Die sich abzeichnende Verschiebung von stationären zu ambulanten Behandlungsformen wird künftig noch stärker an Bedeutung gewinnen.

Spezifische Produktrisiken ergeben sich, weil Diagnosen und Therapien auf Grund der Komplexität der Leistungserbringung und der Tatsache, dass die Leistungen am Menschen erbracht werden, grundsätzlich risikobehaftet sind. Diesem Risikopotential wirkt allerdings unsere Prozessorganisation entgegen, die einerseits an jedem Arbeitsplatz hohe Professionalität erzeugt und andererseits durch ihre Arbeitsteiligkeit ein sich selbst kontrollierendes System schafft.

Ablauforganisation und strikte Orientierung an Patientenbedürfnissen sollen Produktrisiken minimiert werden. Hier kommt der Überwachung von Patientenbeschwerden durch unseren zentralen Geschäftsbereich Produkt/Qualität der Waldburg-Zeil Kliniken eine besondere Bedeutung zu.

Da trotz aller bestehenden Vorkehrungen Risiken nicht ausgeschlossen werden können, besteht ein angemessener und regelmäßig überprüfter Versicherungsschutz.

Typische Beschaffungsrisiken bestehen bei der Klinik Tett nang nicht. Über die Waldburg-Zeil Kliniken wird darauf geachtet, dass Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten, Produkten und Dienstleistungen nicht entstehen. Temporäre Abhängigkeiten, beispielsweise bei speziellen Gerätschaften, schätzen wir als nicht bedeutsam ein. Die strikte Trennung von Beschaffung und Verwendung betrachten wir als entscheidende Antikorruptionsmaßnahme.

Neben dem wirtschaftlichen Risikomanagement (Finanz-, Management- und Marktrisiken) liegt ein weiterer Schwerpunkt im klinischen Risikomanagement, da in den letzten Jahren die Patientensicherheit als Qualitätsziel in Krankenhäusern zunehmend an Bedeutung gewinnt. Wer Patientensicherheit stärkt, erhöht auch die Qualität der Krankenhausbehandlung. Deshalb haben sich die WHO und nationale Gremien wie die Bundesärztekammer des Themas angenommen und entsprechende Empfehlungen verabschiedet. Auch für unsere Zertifizierungsverfahren wie KTQ oder IQMP-Reha ist der Nachweis eines funktionierenden Fehlermanagements inzwischen erforderlich.

Oberstes Ziel der Patientensicherheit ist die Vermeidung von unerwünschten Ereignissen, die auf Fehlern beruhen. Aus der Entdeckung und Analyse von Fehlern kann man im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses für die Zukunft lernen. Ein zentrales Instrument zur Erkenntnis solcher Risikokonstellationen ist ein Critical Incident Reporting System (CIRS). Kennt man die Risiken, die Fehler auslösen, lassen sich Fehler vermeiden oder verringern.

Nach Prüfung mehrerer Systeme und Beobachtung der Entwicklung wurde inzwischen eine an unsere spezifischen Verhältnisse angepasste und zukunftsichere Lösung in Kooperation mit der äzq (Ärztliches Zentrum für Qualität in der Medizin) erarbeitet und seit dem Jahr 2010 in unseren Akutkliniken eingeführt.

Die Klinik Tett nang zählt zum Dienstleistungssektor. Ihr wirtschaftlicher Erfolg hängt maßgeblich von der individuellen und kollektiven Leistung der Mitarbeiter ab. Unmotivierte bzw. unqualifizierte Mitarbeiter stellen daher ein erhebliches Risikopotential dar. Zur Gewinnung und Bindung leistungsfähiger Mitarbeiterinnen bieten wir in den Waldburg-Zeil Kliniken kontinuierliche Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme an. Mit dem Gesamtbetriebsrat wird über flexible Lösungen zur Arbeitszeitgestaltung verhandelt, um künftig auf Auslastungsschwankungen kurzfristig reagieren zu können.

Die Waldburg-Zeil Kliniken verfolgen die Strategie einer dezentralen Ergebnisverantwortung bei hoher Wissenskommunikation. Eine weit gefasste unternehmerische Selbstverantwortung soll die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Belastungen in Form von wirtschaftlichen und organisatorischen Risiken minimieren. Die regelmäßige Gegenüberstellung von Vorjahreswerten und Planwerten erlaubt es, abweichende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und, wo angebracht, korrigierend einzugreifen.

Zur Beurteilung finanzieller Risiken analysieren wir regelmäßig auch unseren Debitorenbestand. Im Rahmen von regelmäßigen Bankengesprächen stellen wir sicher, dass etwaiger Kapitalbedarf auch kurzfristig zur Verfügung steht.

Rechtliche Risiken gewinnen in dem Umfang an Bedeutung, als in immer kürzeren Zeitabständen ergehende Gesundheitsreformen/Gesetzgebungen zur Verunsicherung der Vertragspartner im Gesundheitswesen beitragen. Im Hinblick auf den Unternehmenserfolg messen wir den rechtlichen Risiken jedoch keine gravierende Bedeutung zu.

Für die von uns vorgenommene Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Gesamtergebnis, dass bestandsgefährdende Risiken für die Klinik Tett nang nicht bestehen.

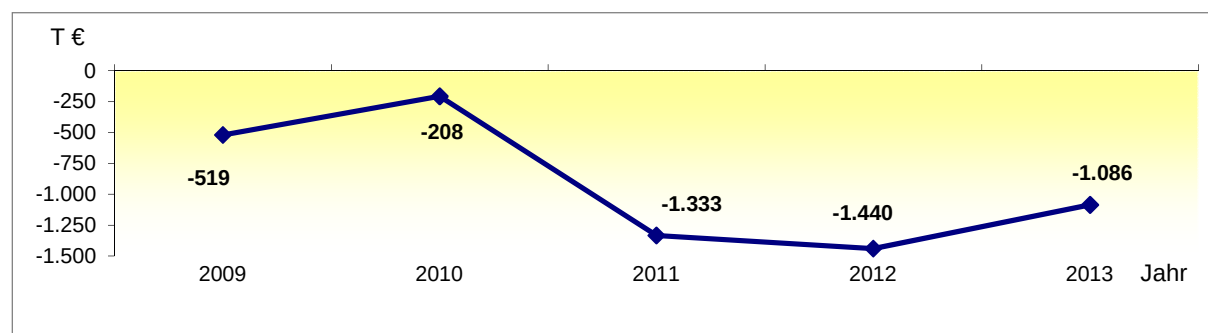
Tett nang, 4. Juni 2014

Ellio Schneider

11. Abschlussprüfer
RSW Treuhand GmbH

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2013	2012	2011	2010	2009
Planbetten	140	140	140	185	185
Belegung in %	89,3	85,78	82,96	62,41	60,94
stationäre Patienten	7.344	6.874	6.521	6.393	6.095
Belegungstage	45.654	43.955	42.391	42.139	41.148
Verweildauer	6,22	6,39	6,50	6,59	6,75

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss

Bilanz der Klinik Tett nang GmbH zum 31.12.2013

Bilanz	2013		2012		2011	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrecht u. ähnl. Rechte und Werte sowie Lizenzen	130,1	0,4	182,1	0,6	230,7	0,7
2. Geleistete Anzahlungen	0,0	0,0	2,1	0,0	0,0	0,0
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten	15.212,8	51,0	16.216,7	51,9	17.234,3	55,4
2. Technische Anlagen und Maschinen	276,2	0,9	359,7	1,2	493,7	1,6
3. Einrichtungen und Ausstattungen	2.563,7	8,6	2.607,5	8,3	2.758,2	8,9
4. Anlagen im Bau	492,3	1,7	492,3	1,6	38,4	0,1
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	75,5	0,3	75,5	0,2	75,5	0,2
	18.750,7	62,9	19.935,9	63,8	20.830,8	67,0
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	494,5	1,7	462,2	1,5	531,4	1,7
2. Unfertige Leistungen	308,4	1,0	253,3	0,8	274,5	0,9
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	4.306,1	14,4	4.439,9	14,2	3.931,3	12,6
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen	560,2	1,9	398,1	1,3	250,4	0,8
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	276,3	0,9	566,6	1,8	487,6	1,6
6. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	83,3	0,3	100,7	0,3	2,9	0,0
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten						
	406,3	1,3	466,3	1,5	139,6	0,4
	6.435,2	21,5	6.687,2	21,4	5.617,5	18,0
C. Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	2.886,3	9,7	2.826,7	9,0	2.767,2	8,9
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.737,0	5,8	1.815,0	5,8	1.893,0	6,1
Bilanzsumme	29.809,2	100,0	31.264,9	100,0	31.108,5	100,0

Bilanz der Klinik Tett nang GmbH zum 31.12.2013

Bilanz Passiva	2013 T€	%	2012 T€	%	2011 T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	300,0	1,0	300,0	1,0	300,0	1,0
II. Kapitalrücklage	14.106,9	47,3	14.106,9	45,1	14.106,9	45,3
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-5.783,5	-19,4	-4.343,4	-13,9	-3.010,9	-9,7
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-1.085,9	-3,6	-1.440,1	-4,6	-1.332,5	-4,3
	7.537,5	25,3	8.623,4	27,6	10.063,4	32,3
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen						
I. Sonderposten für Förderungsmittel nach dem KHG	6.039,5	20,3	6.487,7	20,8	6.999,2	22,5
II. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	368,2	1,2	534,4	1,7	769,8	2,5
III. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	0,1	0,0	0,3	0,0	0,5	0,0
	6.407,8	21,5	7.022,3	22,5	7.769,4	25,0
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen	1.247,4	4,2	1.466,8	4,7	1.235,3	4,0
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.540,0	11,9	3.823,4	12,2	4.020,0	12,9
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	703,4	2,4	1.043,3	3,3	696,8	2,2
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	9.742,1	32,7	8.692,7	27,8	6.752,5	21,7
VI. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	130,9	0,4	5,9	0,0	55,1	0,2
VII. Sonstige Verbindlichkeiten	496,7	1,7	576,9	1,8	499,0	1,6
	14.613,2	49,0	14.142,2	45,2	12.023,4	38,6
F. Rechnungsabgrenzungsposten						
G. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	3,4	0,0	10,2	0,0	17,0	0,1
Bilanzsumme	29.809,2	100,0	31.264,9	100,0	31.108,5	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Klinik Tett nang GmbH zum 31.12.2013

Gewinn- und Verlustrechnung		2013		2012		2011	
		T €	%	T €	%	T €	%
1.	Umsatzerlöse	27.537,2	95,7	25.621,5	96,2	24.768,7	96,0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	55,1	0,2	-21,2	-0,1	68,2	0,3
3.	andere aktivierte Eigenleistungen						
4.	Sonstige betriebliche Erträge	1.174,6	4,1	1.045,2	3,9	965,2	3,7
5.	Gesamtleistung	28.766,9	100,0	26.645,6	100,0	25.802,1	100,0
6.	Materialaufwand						
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.732,2	12,3	3.645,9	12,7	3.651,8	13,2
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.099,5	3,6	902,1	3,2	874,5	3,2
7.	Personalaufwand						
a)	Löhne und Gehälter	15.645,8	51,6	14.398,6	50,3	13.593,7	49,0
b)	Soziale Abgaben	3.535,0	11,7	3.045,2	10,6	2.955,3	10,6
8.	Abschreibungen						
a)	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	1.863,8	6,1	2.039,2	7,1	2.289,4	8,2
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten						
9.	Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten						
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.448,3	14,7	4.578,7	16,0	4.391,7	15,8
11.	Gesamtaufwand	30.324,6	100,0	28.609,6	100,0	27.756,4	100,0
12.	Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-1.557,7	-6,6	-1.964,0	-8,3	-1.954,3	-8,2
13.	Erträge aus Beteiligungen						
14.	Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16.	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	416,8		426,5		369,0	
17.	Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung	59,5		59,5		59,5	
18.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	971,8		1.116,0		1.262,9	

19. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	6,8	6,8	6,8
20. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50,0	50,0	50,6
21. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme	0,0	-162,1	-320,1
22. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-357,3	-368,9	-289,0
23. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagevermögen	-59,6	-57,5	-80,0
24. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-599,5	-520,4	-428,6
25. Finanzergebnis	488,7	549,8	631,1
26. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.069,0	-1.414,2	-1.323,1
27. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen	-7,6	-24,4	-7,6
28. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			
29. Sonstige Steuern	-9,3	-1,4	-1,8
30. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-1.085,9	-1.440,1	-1.332,5
31. Einstellung in Gewinnrücklagen a) in zweckgebunden Rücklagen b) in andere Gewinnrücklagen			
32. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)			
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.085,9	-1.440,1	-1.332,5

Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH
Kontakt:	Paulinenstr. 12, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 4094-211 Fax: 07541 / 4094-251 E-Mail: u.ott@gpz-fn.de Internet: www.gpz-fn.de
Gründungsdatum:	13. Dezember 2001
Eintragung Handelsregister:	8. März 2002
Gesellschaftsvertrag:	13. Dezember 2001
Letzte Änderung:	10. August 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der GpZ Friedrichshafen GmbH ist die Beteiligung an der psychiatrischen Versorgung im Bodenseekreis.

Die Gesellschaft verfolgt ihren Zweck insbesondere durch die Übernahme von Trägerschaft und Betrieb einer anerkannten Werkstatt für psychisch kranke Behinderte sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen in Friedrichshafen.

Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen und sich an solchen Unternehmen beteiligen. Die Gesellschaft darf darüber hinaus alle Geschäfte tätigen, die den Gegenstand des Unternehmens fördern.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der gGmbH ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Unternehmenszweck wird insbesondere verwirklicht durch das Betreiben psychiatrischer Dienste und Einrichtungen.

3. Beteiligungsverhältnisse:

Am Stammkapital des GpZ Friedrichshafen gGmbH von 50.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Bruderhaus Diakonie	15.000 €	30,00 %
Pauline 13 e.V.	15.000 €	30,00 %
Südwürttembergische Zentren für Psychiatrie,	10.000 €	20,00 %
Landkreis Bodenseekreis	5.000 €	10,00 %
Stadt Friedrichshafen	5.000 €	10,00 %
	50.000 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:

Ulrich Ott

Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender:

Peter Hauswald, Bürgermeister Friedrichshafen

Mitglieder:

Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschafter bekräftigen mit dem Gemeindepsychiatrischen Zentrum Friedrichshafen Ihre Bereitschaft, eine gemeinsame Hilfeplanung im Bodenseekreis zu betreiben. Hierzu wurde im Jahr 2004 in verbindlicher Form die Trägergemeinschaft „Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV) Bodenseekreis“ gegründet.

Die GpZ Friedrichshafen gGmbH beteiligt sich hierzu schwerpunktmäßig mit der Trägerschaft und dem Betrieb einer anerkannten Werkstatt sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen. Im Rahmen eines Leistungsverbundes sollen psychisch kranke und behinderte Menschen Angebote im Bereich der beruflichen, medizinischen und sozialen Rehabilitation unter einem gemeinsamen Dach im Gemeindepsychiatrischen Zentrum in Friedrichshafen finden.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Es darf keine natürliche oder juristische Person durch Ausgaben, die dem Zwecke der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Gesellschaft wird nach den Vorschriften für eine große Handelsgesellschaft geprüft unter der Beachtung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 u. 2 Haushaltsgrundsätzegesetz. Die Gesellschaft ist Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband sowie im Werkstättenverbund Bodensee Oberschwaben.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die GpZ Friedrichshafen:

- ⇒ 80.455 € für Tagesstätten für psychisch Kranke und Menschen mit Behinderungen auf Grundlage der vorläufigen Richtlinien und Fördergrundsätze des LWV

Zahlung von der GpZ Friedrichshafen an den Bodenseekreis:

- ⇒ 1.250 € Zinsen für Gesellschafterdarlehen

Vom Bodenseekreis gewährte Darlehen:

- ⇒ 50.000 € Gesellschafterdarlehen aus dem Jahr 2002, Verlängerung bis zum 31. Dezember 2017, Zins seit 30. Juni 2007 bei 2,5 %
- ⇒ 80.000 € Zwischenfinanzierungsdarlehen Verlängerung bis zum 31. Dezember 2017, zins- und tilgungsfrei

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer / Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr 2013 waren 35 Mitarbeiter beschäftigt (Vj. 37), davon 4 Aushilfen.

10. Lagebericht

Das GpZ Friedrichshafen ist Betreiber folgender drei Bereiche:

- ⇒ Werkstatt für psychisch behinderte Menschen (WfbM / 60 Plätze)
- ⇒ Tagesstätte für psychisch kranke Menschen
 - o Tagesstrukturierende Angebote
 - o Niederschwellige Beschäftigung und Arbeitsgelegenheiten nach SGB II
- ⇒ Vermietung

a) Werkstatt (WfbM)

Die Geschäftsfelder der WfbM Friedrichshafen sind

- ⇒ Industriemontage
- ⇒ Bürodienstleistung, Archivierung
- ⇒ Küche, Cafe und Catering
- ⇒ Hausmeisterservice

Die Werkstatt des GpZ erzielte im Jahr 2013 Einnahmen aus Produktion und Dienstleistung in Höhe von 591 T€ (Vj. 618 T€), dies bedeutet gegenüber 2012 einen leichten Rückgang, gemessen an der schwierigen Baustellensituation ist es dennoch ein gutes Ergebnis.

Die Einnahmen verteilen sich auf die Bereiche industrielle Fertigung 431 T€ (Vj. 445 T€), Hausmeisterdienstleistungen 12 T€ (Vj. 26 T€), Bürodienstleistungen 31 T€ (Vj. 34 T€) sowie auf Küche und Cafe mit 117 T€ (Vj. 113 T€).

Die Werkstatt war mit dieser guten Beauftragung seitens der Industrie ganzjährig ausgelastet und sieht sich bezüglich Qualität und Zuverlässigkeit in ihrer Arbeit bestätigt.

Der größte Partner für das GpZ ist die Diakonie Pfingstweid. Die beiden Einrichtungen arbeiten schon lange sehr eng zusammen. Durch diese Partnerschaft erhält das GpZ auch Aufträge von Firmen, die normalerweise nur mit einem Dienstleister zusammen arbeiten. Da sich jedoch herausgestellt hat, dass die Klienten von Pfingstweid und die Beschäftigten des GpZ sich gut ergänzen, können beide Einrichtungen gemeinsam größere und komplexere Aufträge abwickeln. Durch diesen gemeinsamen Einsatz von verschiedenen Fähigkeiten und Kompetenzen entsteht sogar eine "win win win-Situation". Die beiden Einrichtungen sind mit dieser abgestimmten Kombination in der Lage, qualitativ hochwertige Aufträge zu bearbeiten und der Auftraggeber bekommt einen flexibleren und vielseitigeren Dienstleister.

In 2013 erzielte das GpZ mit dieser Partnerschaft einen Umsatz von 200 T€, das macht etwa 44 % des gesamten industriellen Umsatzes in der WfbM aus. Gearbeitet wurde hier überwiegend in Außengruppen bei den Firmen ZF Friedrichshafen, IFM Tettnang und im Behältermanagement der Diakonie Pfingstweid direkt. Insgesamt arbeiten ca. 15 Personen dauerhaft in den genannten Firmen. Ebenfalls dauerhaft beschäftigt sind fünf Personen in der MTU und fünf weitere Klienten besetzen dauerhaft Einzelaußenarbeitsplätze bei kleineren Firmen mit direkter Betreuung und Jobcoaching seitens des GpZ.

Besonders wertvoll sind diese Außenarbeitsplätze zum einen wegen der besseren Vergütung, besonders aber unter dem Aspekt, dass hier unsere Klienten die Wirklichkeit des ersten Arbeitsmarktes vorfinden bzw. sich dahin heran tasten können. Diese Erfahrung ist für die Beschäftigten enorm wertvoll, da Sie in den besagten Firmen erkennen können, was Ihnen eventuell an Qualifizierung noch fehlt oder welche Unterstützung Sie für die nächsten Schritte speziell benötigen.

In 2013 waren in der Werkstatt im Durchschnitt 95 (Vj. 95) psychisch behinderte Menschen sozialversicherungsrechtlich beschäftigt, davon 74 (Vj. 76) im Arbeitsbereich und 21 (Vj. 19) im Berufsbildungsbereich. Diese Zahlen entsprechen beinahe den Vorjahreswerten und zeigen, dass es momentan keine Zunahmen bei den Werkstatt-Plätzen gibt. Die reduzierte

Nachfrage nach geschützten Arbeitsplätzen steht im direkten Zusammenhang mit einer sehr niedrigen 2,6 % igen Arbeitslosenquote im Bodenseekreis (Stand vom September 2013). Für die Betreuung der 95 WfbM-Beschäftigten wurden Pflegesatzerlöse in Höhe von 1.285 T€ (Vj. 1.230 T€) erzielt, davon 931 T€ (Vj. 925 T€) im Arbeitsbereich und 354 T€ (Vj. 305 T€) im Berufsbildungsbereich.

In der Werkstatt waren 19 hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigt.

Zusammen mit den Produktionserlösen erzielte die WfbM Einnahmen in Höhe von 1.876 T€ (Vj. 1.848 T€) und lag somit um knapp über dem Vorjahresergebnis.

b) Tagesstätte

Die Tagesstätte war auch in 2013 ein sehr stark frequentierter Bereich. Mehr als 100 unterschiedliche Personen nutzten über das Jahr die vielseitigen Angebote. Durch einen sehr niedrigschwelligen Zugang können hier viele psychisch kranke Menschen erreicht und angesprochen werden. Über eine pauschale Tagesstätten-Finanzierung vom Landkreis kann der grobe Kostenrahmen der Grundangebote abgedeckt werden.

Im Bereich der therapeutischen Beschäftigung bietet die Tagesstätte das vom Landkreis finanzierte Zuverdienstprojekt an. Bei dieser Maßnahme handelt es sich um ein niederschwelliges Beschäftigungsangebot für psychisch kranke Menschen, die nicht oder noch nicht einer geregelten Arbeit nachgehen können. Schwerpunktmäßig dient das Angebot dem Aufbau einer individuellen Tagesstruktur sowie dem Training von Leistungs- und Belastungsfähigkeit der betroffenen Klienten.

Insgesamt wurden im Zuverdienst 59 Personen im Rahmen von Stabilisierungs- und Orientierungsmaßnahmen betreut, verteilt auf neun Arbeitsplätzen.

Leider steigt die Zahl der Personen, die dieses Zuverdienstangebot zwar dringend benötigen, jedoch auf Grund der Ausschlusskriterien nicht in Anspruch nehmen können. Nur wer wesentlich behindert und erwerbsunfähig ist (Grundsicherung), kann in den Zuverdienst. Im GpZ werden jedoch immer mehr Menschen betreut, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen. Dabei handelt es sich in zunehmender Zahl um Altersrentner oder um Personen, die sich in einer schwierigen Lebensphase befinden, jedoch aus unterschiedlichsten Gründen noch keine Erwerbsunfähigkeit festgestellt wurde, de facto aber dringend eine beschäftigungsorientierte Stabilisierung notwendig wäre. Erhalten die Betroffenen in solch schwierigen Übergangsphasen nicht zeitnah die erforderlichen Hilfen, führt dies oft zu heftigeren Brüchen und komplizierteren Krankheitsverläufen. Das GpZ wird sich zukünftig verstärkt um einen Ausbau der personenzentrierten tagesstrukturierenden Angebote im Beschäftigungsbereich bemühen und sieht hier einen weiteren wichtigen Baustein in der ambulanten gemeindenahen psychiatrischen Versorgung.

Die beiden Bereiche Tagesstruktur und ALGII-Betreuung sind auch immer Thema zwischen dem Sozialdezernat und den bei den GpZ. Seitens der Sozialverwaltung wurde dabei in Aussicht gestellt, dass es in 2014 wieder eine Betreuungsmaßnahme für langzeitarbeitslose Menschen geben könnte und auch bei der Tagesstruktur wurde Verhandlungsbereitschaft signalisiert.

In 2013 erzielte die Tagesstätte aus Vergütungen und Leistungsvereinbarungen insgesamt 187 T€ (Vj. 217 T€). Im Vergleich zu 2012 sind die Einnahmen noch einmal um 30 T€ zurückgegangen. Unter Einbeziehung der Einnahmen aus Produktion sowie zusätzlichen Einnahmen von Kooperationspartnern ergibt die Gegenrechnung mit allen Kosten ein Minus in Höhe von ca. 21 T€.

c) Vermietung

Die Mietflächen in den Beratungs- und Behandlungsebenen waren beinahe ganzjährig komplett vermietet. Da ein Teil der Normalfläche zu Lager umgebaut wurde, entfielen Mieteinnahmen in Höhe von ca. 55 T €. Insgesamt hat das GpZ in 2013 Mieteinnahmen in Höhe von 64 T€ (Vj. 127 T€) erzielt.

d) Geschäftsverlauf

Das Jahr 2013 war stark geprägt durch den Neubau, die Entstehung der Großbaustelle. Der Aushub und die Gründung standen im Mittelpunkt des Geschehens.

Trotz aller Aufregung, Absperrungen und riesigen Maschinen konnten alle Bereiche durchgängig arbeiten. Als gute Entscheidung hat sich im Nachhinein die Anmietung des Gebäudes Paulinenstraße 33 erwiesen. Die dahin umgesiedelte Hausmeisterdienstleistungsgruppe übernahm in der Paulinenstraße nach und nach mehr Aufträge von der Werkstatt und konnte auf Grund der guten Lage einen Großteil der Versorgungslogistik übernehmen. Am Ende des Jahres arbeiteten bis zu 20 Personen in der Außenstelle Paulinenstraße 33.

Die Tagesstätte hatte was die Besucher und Teilnehmer betrifft leicht steigende Zahlen zu verzeichnen. Ein Großteil der Besucher nutzte die verschiedenen Angebote aus den Bereichen Beschäftigung, Freizeit, Kultur und Kreativität. Bei den Einnahmen kam es auf Grund der bereits beschriebenen Gründe zu Einbußen, die es in Zukunft auszugleichen gilt.

Insgesamt ist das Jahr 2013 für das GpZ gut verlaufen. Wirtschaftlich betrachtet konnte das Minimalziel einer "schwarzen Null" erreicht werden. Mit seinen vielen differenzierten Angeboten konnte das GpZ ganzjährig wieder eine Vielzahl von betroffenen Menschen erreichen. Zählen wir alle Personen zusammen, die täglich ins GpZ kommen, zur Arbeit (170), zur Betreuung, zum Arztbesuch, zum Mittagessen, zum Kaffeetrinken, zur Kontaktaufnahme und aus vielen Gründen mehr errechnen wir 250 Menschen pro Tag. 250 Personen, die mit dem GpZ verbunden sind und auf Grund von oft sehr schwierigen Lebenssituationen im GpZ einen sozialen, existenziellen und kulturellen Mittelpunkt finden.

e) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die reinen Umsatzerlöse haben gegenüber 2012 leicht abgenommen und belaufen im Jahr 2013 auf 2.127 T€ (Vj. 2.192 T€).

Die größte Position bei den Umsatzerlösen bilden die Einnahmen durch Werkstattsätze mit insgesamt 1.285 T€ (Vj. 1.230 T€). Hiervon entfallen 931 T€ (Vj. 925 T€) auf den Arbeitsbereich und 354 T€ (Vj. 305 T€) auf den Berufsbildungsbereich.

An zweiter Stelle stehen die Erlöse aus dem Produktion- und Dienstleistungsbereich mit 591 T€ (Vj. 618 T€). Die Tagesstätte erreichte durch die pauschale Förderung und durch die beschriebenen Maßnahmen Einnahmen in Höhe von 187 T€ (Vj. 217 T€).

Der Mietbereich kam auf Einnahmen von insgesamt 64 T€ (Vj. 127 T€).

Die größte Position bei den Ausgaben sind die Personalkosten von 1.492 T€ (Vj. 1.516 T€) inklusive der Löhne der WfbM-Beschäftigten in Höhe von 278 T€ (Vj. 281 T€) sowie aller Aushilfen. Die Sozialabgaben der behinderten Beschäftigten sind hierbei nicht berücksichtigt, da diese als durchlaufender Posten betrachtet und an das GpZ direkt zurückerstattet werden. Insgesamt waren in 2013 23 hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigt.

Die Betriebskosten summierten sich gesamt auf 1.926 T€ (Vj. 1.947 T€), davon betrugen die Abschreibung 172 T€ (Vj. 181 T€) und die Zinsen 30 T€ (Vj. 36 T€). Gegenüber dem Vorjahr konnte somit 21 T€ eingespart werden.

Der Abschluss 2013 weist einen Jahresüberschuss von 117 T€ (Vj. 208 T€) aus. Der Jahresüberschuss wird mit 24 T€ in andere Rücklagen und mit 93 T€ in die zweckgebundene Gewinnrücklage eingestellt. Das GpZ Friedrichshafen erreichte auch in seinem neunten Betriebsjahr wieder ein gutes Ergebnis und konnte die Ziele des Wirtschaftsplanes erfüllen.

Umsatzerlös / Gesamtleistung

	2013	2012	2011	2010	2009
Umsatzerlös/Gesamtleistung	2.127 T€	2.192 T€	2.200€	2.048 T€	1.870 T€
Veränderungen zum Vorjahr	- 65 T€	- 8 T€	+ 152 T€	+ 178 T€	+ 62 T€
Veränderungen zum Vorjahr in %	- 3,0 %	- 0,4 %	+ 7,4 %	+ 9,5 %	+ 3,4 %

Die Umsatzerlöse 2013 sind gegenüber 2012 um 3,0 % von 2.192 T€ auf 2.127 T€ gesunken.

Jahresergebnis

	2013	2012	2011	2010	2009
Umsatzerlös/Gesamtleistung	2.127€	2.192 T€	2.200€	2.048 T€	1.870 T€
Jahresergebnis	+ 117 T€	+ 208 T€	+ 152 T€	+ 178 T€	+ 322 T€
Jahresergebnis in % der Gesamtleistung	+ 6,0 %	+ 10,0 %	+ 7,4 %	+ 9,5 %	+ 17,2 %

Personal

Bei den hauptamtlichen Mitarbeitern des GpZ Friedrichshafen waren am Ende des Jahres 23 Vollstellen besetzt. Gegenüber dem Vorjahr sanken die Personalkosten bei den hauptamtlich Beschäftigten um ca. 24 T€.

	2013	2012	2011	2010	2009
Umsatzerlös/Gesamtleistung	2.127 T€	2.192 T€	2.200 T€	2.048 T€	1.870 T€
Personalkosten	1.492 T€	1.516 T€	1.442 T€	1.245 T€	1.066 T€
Personalkosten in % der Gesamtleistung	70 %	69 %	66 %	60,8 %	57,0 %

Insgesamt beliefen sich die Personalkosten für die hauptamtlichen Beschäftigten auf 1.214 T€ (Vj. 1.235 T€), an die behinderten Beschäftigten wurden Löhne in Höhe von 278 T€ (Vj. 281 T€) ausbezahlt, in Summe sind das 1.492 T€ (Vj. 1.516 T€).

Gerechnet an den Gesamtkosten von 1.896 T€ (Vj. 1.911 T€) machen die Personalkosten einen Anteil von 79% (Vj. 69 %) aus.

Finanzmittelbestand

Im laufenden Geschäftsjahr konnten Finanzmittel freigesetzt werden aus dem:

⇒ Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von	+ 593 T€
⇒ Cash Flow aus Investitionstätigkeit	- 1.577 T€
⇒ Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	- 105 T€

Der Finanzmittelbestand lag am 31. Dezember 2013 bei 411 T€ (Vj. 1.500 T€) und ist im Verhältnis zum Vorjahr um 1.089 T€ gesunken.

	2013	2012	2011	2010	2009
Bilanzsumme	6.812 T€	6.383 T€	6.474 T€	6.390 T€	6.194 T€
Finanzmittelbestand	411 T€	1.500 T€	1.396 T€	1.278 T€	925 T€
Finanzmittelbestand in % der Bilanzsumme	6 %	24 %	22 %	20 %	14,9 %

Die GpZ FN gGmbH führt alle Konten bei der Volksbank Friedrichshafen. Die Gelder sind jederzeit verfügbar.

Anlagevermögen / Abschreibung / Fremdkapital

	2013	2012	2011	2010	2009
Bilanzsumme	6.812 T€	6.383 T€	6.474 T€	6.390 T€	6.194 T€
Anlagevermögen in €	6.155 T€	4.759 T€	4.724 T€	4.809 T€	4.971 T€
Anlagevermögen in %	90 %	75,0 %	73,0 %	75,3 %	80,3 %
Abschreibung	172 T€	181 T€	197 T€	219 T€	206 T€
Fremdkapital in €	2.309 T€	1.889 T€	2.101 T€	2.189 T€	2.194 T€
Fremdkapital in %	34 %	30 %	32 %	34,3 %	35,4 %

Das Anlagevermögen in Höhe von 6.155 T€ wird folgendermaßen aufgeteilt:

Immaterielle Vermögensgegenstände	2 T€
Grundstücke und Bauten	4.308 T€
Technische Anlagen	50 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	101 T€
gel. Anzahlungen/Anlagen im Bau	1.694 T€

Die Abschreibung auf das gesamte Anlagevermögen beträgt 172 T€.

Eigenkapital

	2013	2012	2011	2010	2009
Bilanzsumme	6.812 T€	6.383 T€	6.474 T€	6.390 T€	6.194 T€
Eigenkapital	3.502 T€	3.385 T€	3.177 T€	2.908 T€	2.610 T€
Eigenkapital in % der Bilanzsumme	51,4 %	53 %	49,1 %	45,5 %	42,1 %

Das Eigenkapital liegt zum Stichtag 31. Dezember 2013 bei 3.502 T€.

In der unteren Tabelle wird der Eigenkapitalanteil unter Berücksichtigung der Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse dargestellt:

	2013	2012	2011	2010	2009
Bilanzsumme	6.812 T€	6.383 T€	6.474 T€	6.390 T€	6.194 T€
Eigenkapital (EK) + Sonderposten (SoPo)	4.503 T€	4.483 T€	4.373 T€	4.201 T€	2.610 T€
EK + SoPo in % der Bilanzsumme	66 %	70 %	68 %	65,7 %	42,1 %

I) Chancen- und Risikobericht

Es finden turnusmäßig Konferenzen wie die Werkstattkonferenz, die Arbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV) sowie die Trägergemeinschaft GPV statt. Geplante Veränderungen durch den Gesetzgeber oder die Kostenträger werden hier frühzeitig besprochen und können in die strategische Planung einfließen. Das GpZ ist darüber hinaus auf Bundes-, Landes- und Kreisebene vertreten und kann auch auf Grundlage der frühen Informationen rechtzeitig agieren.

Das Forderungsmanagement wird konsequent betrieben. Der größte Anteil an der Gesamtleistung sind die Pflegesatzerlöse. Diese werden auch regelmäßig und zeitnah bezahlt. Mit der Eingliederungshilfe, der Arbeitsverwaltung und den Rentenversicherungsträgern funktionieren die Abrechnungsmodalitäten sehr gut.

Auch im Bereich Vermietung gehen die Zahlungen sehr regelmäßig ein. Bei den Produktionserlösen wird der Großteil der Rechnungen von Dauer- und Großkunden ebenfalls ohne große Zahlungsverzögerungen erledigt. Selten sind hier weitergehende Schritte im Forderungsmanagement notwendig. Alle Forderungen werden laufend überwacht und bei Überfälligkeit wird entsprechend reagiert.

Das GpZ hat was die beiden Baujahre 2013 und 2014 betrifft, mit einem Rückgang der Einnahmen zu kämpfen. Der Wegfall der Mieteinnahmen Norma sowie die aus Platzgründen notwendige Anmietung der Außensteile Paulinenstr. 33 ergeben gegenüber 2011 alleine eine zusätzliche Belastung von 95 T€ jährlich. Rechnen wir die Einnahmereduzierung in Höhe von 120 T€ in der Tagesstätte hinzu, hat das GpZ knapp 200 T€ jährlich weniger, was gemessen am Gesamtumsatz 10 % ausmacht.

Das GpZ bringt seit längerer Zeit deutlich zum Ausdruck, dass es sich um ein Kompensieren dieser Mindereinnahmen bemüht. Durch die AZAV-Zertifizierung hat das GpZ die Grundvoraussetzung für die Erbringung von Maßnahmen aus dem SGB II erfüllt. Für 2014 hat sich das GpZ auch für eine vom JobCenter ausgeschriebene Maßnahme beworben und dafür auch den Zuschlag erhalten, der Start wird im September erfolgen.

Bei den konzeptionellen und baulichen Planungen hat das GpZ Kapazitäten für die Aktivierung, und Stabilisierung sowie für die Qualifizierung und Schulung von langzeitarbeitslosen Menschen eingerechnet.

Des Weiteren führt das GPZ Gespräche mit dem Sozialdezernat hinsichtlich der Personengruppe, die im Moment teilweise ohne Finanzierung betreut werden. Ebenfalls ist das GpZ in einer Arbeitsgruppe aktiv, die sich mit der Versorgung von Menschen beschäftigt, die ein Alkoholproblem haben. Auch hier bemüht sich das GpZ darum, zusammen mit den Suchtexperten der Diakonie (PSB) tagesstrukturierende und therapeutische Maßnahmen anzubieten. All diese notwendigen Angebote und Leistungen könnten im GpZ umgesetzt werden. Die räumlichen Voraussetzungen wurden in der Neubauplanung berücksichtigt. Das notwendige Fachpersonal ist teilweise schon vor Ort, bzw. könnte problemlos in die bestehenden Fachabteilungen eingebunden werden. Die Chancen für eine Profil u. Leistungserweiterung des GpZ bestehen darin, dass es sich als ambulantes Fachzentrum mit vielen Netzwerkpartnern für Maßnahmen im Bereich der Bildung, Ausbildung und arbeitsmarktorientierten Maßnahmen entwickeln könnte.

Bestandsgefährdende Risiken sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

m) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Der Werkstättenverbund wurde aufgelöst.

Das GpZ erhielt den Zuschlag für die vom Jobcenter Friedrichshafen ausgeschriebene ALGII-Maßnahme zur Aktivierung u. beruflichen Eingliederung nach § 16 SGB II.

n) Prognosebericht

In seinen insgesamt zehn Betriebsjahren hat das GpZ Friedrichshafen eine solide wirtschaftliche Grundlage geschaffen. Mit dem Erweiterungsbau wurden die Weichen für die räumliche und inhaltliche Entwicklung in den nächsten Jahren gestellt.

Die Werkstatt wird in dieser Erweiterungsphase seine Dienstleistungs- und Produktionsbereiche erweitern bzw. neu aufstellen. Die Öffnung zur Stadt und der Kontakt zur Bevölkerung sind ein wichtiger Bestandteil dieser Entwicklung.

Parallel wird das GpZ durch die Schaffung von Treffpunkten und Sozialräumen, kulturellen und unterhaltenden Angeboten für behinderte und nicht behinderte Menschen den Standort nutzen. Das Haus soll sich neben all seiner beschriebenen Aufgaben auch zu einem Begehungszentrum mit inklusiver Wirkung im Zentrum der Stadt entwickeln.

Für einen erfolgreichen Einsatz eines personenzentrierten Hilfe- und Betreuungsangebotes für Menschen mit einer seelischen Behinderung, der Umsetzung von arbeitsmarktpolitischen Zielen, für die Schaffung von Barrierefreiheit, für das Ermöglichen von Teilhabe und Inklusion müssen aber auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Dazu hat das GpZ die notwendigen Gespräche und Verhandlungen mit den zuständigen Partnern und Kostenträgern schon eingeleitet. Die bisher dazu erfolgten Reaktionen waren positiv.

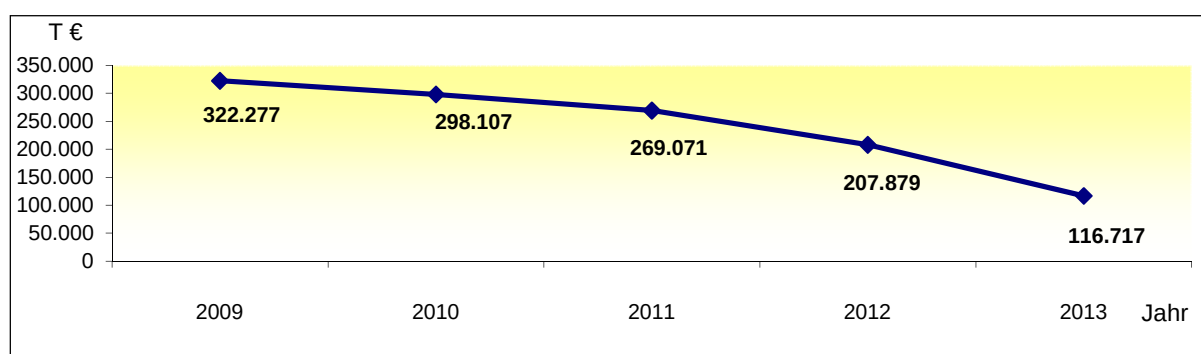
Wir erwarten eine erfolgreiche Entwicklung des GpZ Friedrichshafen.

Friedrichshafen, 27. Juni 2014

Ulrich Ott

11. Abschlussprüfer

Merz & Kübel, Wirtschaftsprüfer, Ravensburg

12. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss

Bilanz der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2013

Bilanz Aktiva	2013		2012		2011	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Anlagevermögen						
<u>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2,4	0,0	12,9	0,2	21,9	0,3
<u>II. Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten	4.308,3	63,2	4.369,4	68,5	4.459,9	68,9
2. Anlagen und Maschinen	50,4	0,7	45,5	0,7	54,2	0,8
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	100,6	1,5	134,8	2,1	184,7	2,9
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.693,7	24,9	196,8	3,1	3,0	0,0
<u>III. Finanzanlagen</u>						
1. Genossenschaftsanteile		0,0	0,1	0,0	0,1	0,0
	6.155,4	90,4	4.759,5	74,6	4.723,9	73,0
B. Umlaufvermögen						
<u>I. Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5,6	0,1	5,7	0,1	5,8	0,1
2. Unfertige Leistungen						
3. Waren						
<u>II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	82,9	1,2	76,6	1,2	277,6	4,3
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter	62,3	0,9	26,1	0,4	32,7	0,5
5. Sonstige Vermögensgegenstände	94,7	1,4	15,2	0,2	37,9	0,6
<u>III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	411,2	6,0	1.500,0	23,5	1.395,9	21,6
	656,7	9,6	1.623,6	25,4	1.750,0	27,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. Disagio						
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	6.812,4	100,0	6.383,1	100,0	6.473,8	100,0

Bilanz der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2013

Bilanz	2013		2012		2011	
Passiva	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	50,0	0,7	50,0	0,8	50,0	0,8
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
1. Zweckgebundene Rücklagen	2.966,6	43,5	2.873,7	45,0	2.714,0	41,9
2. Andere Gewinnrücklagen	485,1	7,1	461,2	7,2	413,0	6,4
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag						
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag						
	3.501,7	51,4	3.385,0	53,0	3.177,1	49,1
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	1.001,4	14,7	1.098,6	17,2	1.195,8	18,5
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	66,7	1,0	76,7	1,2	61,5	0,9
	66,7	1,0	76,7	1,2	61,5	0,9
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	468,0	6,9	523,0	8,2	578,1	8,9
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	569,8	8,4	67,4	1,1	66,7	1,0
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	584,5	8,6	581,9	9,1	600,1	9,3
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	620,1	9,1	650,5	10,2	791,9	12,2
	2.242,3	32,9	1.822,8	28,6	2.036,7	31,5
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0,3	0,0	0,0	0,0	2,7	0,0
Bilanzsumme	6.812,4	100,0	6.383,1	100,0	6.473,8	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2013

Gewinn- und Verlustrechnung	2013		2012		2011	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	2.126,7	93,4	2.191,7	92,3	2.199,9	92,2
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	97,2	4,3	97,2	4,1	97,2	4,1
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Sonstige betriebliche Erträge	54,3	2,4	86,2	3,6	88,9	3,7
5. Gesamtleistung	2.278,2	100,0	2.375,1	100,0	2.386,1	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	85,8	4,0	85,6	4,0	92,9	4,5
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	4,3	0,2	0,0	0,0	2,7	0,1
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	1.255,3	59,0	1.274,9	59,9	1.203,3	58,0
b) Soziale Abgaben	260,5	12,2	263,8	12,4	247,7	11,9
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	171,8	8,1	181,2	8,5	196,7	9,5
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	350,0	16,4	322,1	15,1	331,1	16,0
11. Gesamtaufwand	2.127,7	100,0	2.127,6	100,0	2.074,4	100,0
12. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	150,6		247,6		311,6	
13. Erträge aus Beteiligungen						
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,8		13,7		14,2	
17. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-35,0		-49,7		-53,2	
19. Finanzergebnis	-30,2		-36,1		-39,0	
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	120,3		211,5		272,7	
21. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und Ertrag						
23. Sonstige Steuern	3,6		3,6		3,6	
24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	116,7		207,9		269,1	
25. Einstellung in Gewinnrücklagen						
a) in zweckgebunden Rücklagen	92,9		159,7		229,3	
b) in andere Gewinnrücklagen	23,9		48,2		39,8	
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,0		0,0		0,0	

Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH
Kontakt:	Obere Bahnhofstr. 18, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 30118-0 Fax: 07551 / 30118-99 E-Mail: email@g-p-z.de Homepage: www.g-p-z.de
Gründungsdatum:	13. Dezember 2001
Eintragung Handelsregister:	5. März 2002
Gesellschaftsvertrag:	13. Dezember 2001
Letzte Änderung:	27. Juli 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der psychiatrischen Versorgung im Bodenseekreis. Die Gesellschaft verfolgt ihren Zweck insbesondere durch die Übernahme von Trägerschaft und Betrieb einer anerkannten Werkstatt für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen in Überlingen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital des GpZ Überlingen gGmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Vianney Gesellschaft e.V.	12.500 €	50,00 %
Sprungbrett - Werkstätten gGmbH	2.500 €	10,00 %
Südwestdeutsche Zentren für Psychiatrie	2.500 €	10,00 %
Pauline 13 e.V.	2.500 €	10,00 %
Landkreis Bodenseekreis	2.500 €	10,00 %
Stadt Überlingen	2.500 €	10,00 %
	25.000 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

<u>Geschäftsführer:</u>	Ingo Kanngießer
<u>Gesellschafterversammlung:</u>	ist eingerichtet

5. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der GmbH ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Unternehmenszweck wird insbesondere verwirklicht durch das Betreiben psychiatrischer Dienste und Einrichtungen.

Die GpZ Überlingen gGmbH ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband, Gemeindepsychiatrischen Verbund Bodenseekreis und im Werkstättenverbund Bodensee-Oberschwaben.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die GpZ Überlingen:

- ⇒ 49.258 € für Tagesstätten für psychisch Kranke und Menschen mit Behinderungen auf Grundlage der vorläufigen Richtlinien und Fördergrundsätze des LWV

Zahlung von der GpZ Friedrichshafen an den Bodenseekreis:

- ⇒ 625 € Zinsen für Gesellschafterdarlehen

Vom Bodenseekreis gewährte Darlehen:

- ⇒ 25.000 € Gesellschafterdarlehen aus dem Jahr 2002, Verlängerung bis zum 31. Dezember 2017
Zins seit 30. Juni 2007 bei 2,5 %
- ⇒ 55.000 € Zwischenfinanzierungsdarlehen
Verlängerung bis zum 31. Dezember 2017, zins- und tilgungsfrei

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Jahresdurchschnitt waren im GpZ Überlingen 25 Personen (Vj. 24) beschäftigt, davon 2 Aushilfen.

10. Lagebericht

a) Geschäftsverlauf, Geschäftsfelder und Maßnahmen

Insgesamt sind die Entwicklungen der GpZ Überlingen gGmbH in 2013 weiterhin als gelungen zu bewerten. Der organisatorische Arbeitsschwerpunkt in 2013 lag in der weiterführenden Konkretisierung der Konzepte, insbesondere in Zusammenhang mit den kontinuierlichen Verbesserungen im Rahmen der Qualitätssicherung. Das Ergebnis des zweiten externen Audit hat das bisherige Vorgehen bestätigt und auch die positiven Wirkungen aufgezeigt.

Die Erlöse „Soziale Dienstleistungen“ sind um ca. 40 T€ gesunken. Die Erlössteigerungen im Arbeitsbereich der WfbM konnten die Reduzierungen im Berufsbildungsbereich nicht vollständig ausgleichen.

Die Produktions- und Dienstleistungserlöse konnten dagegen stabil gehalten werden. In den Geschäftsfeldern Wäscherei und Küche sowie Industrie (Metall & Montage) und Handel sind die Umsätze im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben. Der Umsatz im Bereich Gartenpflege ist dagegen, wie in den letzten Jahren auch, um weitere ~ 15 % gesunken. Dafür konnten im

Geschäftsfeld Druckstudio entsprechende Steigerungen erreicht werden. Insgesamt haben sich im Bereich der Produktion und Dienstleistungen die Umsätze und Aktivitäten entsprechend der Planung bzw. Erwartung weiterentwickelt.

b) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die erzielten Umsatzerlöse im Jahr 2013 (1.901 T€) sind im Vergleich zum Vorjahr (1.940 T€) um ~ 2 % gesunken und gliedern sich in folgende Bereiche auf. Die Einnahmen durch Pflegesätze in Höhe von 1.188 T€ bilden hierbei die größte Position. Die pauschalierte Tagesstättenförderung lag bei 49 T€. Hinzu kommen noch 25 T€ über das Zuverdienstangebot und der Therapeutisch Beschäftigten mit 13 T€. Vollständig weggefallen sind Erlöse im Rahmen der Regiekosten nach SGBII und der ProfIL + Maßnahme. Der Umsatz aus Produktionserlösen lag bei 659 T€.

Darin sind sonstige Erlöse von 8 T€ enthalten und Zinszuschüsse über 1 T€. Der Bereich „Vermietung“ erreichte Einnahmen in der Höhe von 42 T€. Das Essensgeld für Beschäftigte und Betreute fließt mit 12 T€ in die Gewinn- und Verlustrechnung mit ein. Diesen Einnahmen stehen Gesamtkosten in Höhe von 1.660 T€ und ein Wareneinkauf/Fremdleistungen von 156 T€ gegenüber. In den Gesamtkosten sind 1.133 T€ Personalkosten und 170 T€ Abschreibungen enthalten.

Der Jahresüberschuss 2013 über 86 T€ wird mit 10 T€ der freien und mit 76 T€ der zweckgebundenen Rücklage zufließen. Die Zuführung in die zweckgebundene Rücklage beläuft sich auf ca. 18 T€ gemäß § 12 Abs. 5 Nr. 3 Werkstättenverordnung. Hinzu kommt noch die Zuführung für Neuinvestitionen, die sich auf insgesamt 64 T€ summiert.

Insgesamt trägt das Ergebnis zur Stabilisierung und zur Konsolidierung der finanziellen Situation des GpZ Überlingen bei. Eine aktive und innovative Gestaltung der gemeinnützigen Aufgaben wird aufgrund des immer enger werdenden politischen und finanziellen Rahmens zunehmend schwieriger. Im Geschäftsjahr 2013 wurden Investitionen in der Höhe von 527 T€ [Vj. 121 T€] getätigt. Darin sind 411 T€ für Grundstücke und Bauten enthalten. Die Investitionen konnten durch eigene Mittel finanziert werden.

Umsatzerlös/Gesamtleistung

	2013	2012	2011	2010	2009
Umsatzerlös/Gesamtleistung	1.901 T€	1.940 T€	1.862 T€	1.697 T€	1.534 T€
Veränderungen zum Vorjahr	- 39 T€	+ 78 T€	+ 165 T€	+ 163 T€	+ 138 T€
Veränderungen zum Vorjahr in %	- 2,0 %	+ 4,2 %	+ 9,7 %	+ 10,6 %	+ 9,9 %

Der Umsatzerlös in 2013 ist von 1.940 T€ in 2012 um ca. 2,0 % auf 1.901 T€ gesunken.

Jahresergebnis

	2013	2012	2011	2010	2009
Umsatzerlös/Gesamtleistung	1.901 T€	1.940 T€	1.862 T€	1.697 T€	1.534 T€
Jahresergebnis	+ 86 T€	+ 150 T€	+ 109 T€	+ 71 T€	+ 34 T€
Jahresergebnis in % der Gesamtleistung	+ 4,5 %	+ 7,7 %	+ 5,9 %	+ 4,2 %	+ 2,2 %

Mit dem Jahresüberschuss 2013 von ca. 86 T€ wurden die im Wirtschaftsplan beschriebenen Ziele übertroffen.

Personal

Im Jahresdurchschnitt waren im GpZ Überlingen 25 Personen (Vj. 24) mit einem Vollzeit-äquivalent von 21,5 VK (Vj. 20,2 VK) beschäftigt. Davon 3,6 VK in der Verwaltung, 2,25 VK die dem Begleitenden Dienst zugeordnet werden und 12,8 VK in den Geschäftsfeldern / eine Person bzw. 1,3 VK mehr.

	2013	2012	2011	2010	2009
Umsatzerlös/Gesamtleistung	1.901 T€	1.940 T€	1.862 T€	1.697 T€	1.534 T€
Gesamtkosten	1.816 T€	1.788 T€	1.758 T€	1.626 T€	1.409 T€
Personalkosten	1.133 T€	1.112 T€	1.072 T€	1.021 T€	913 T€
Personalkosten in % der Gesamtleistung	59,6 %	57,3 %	57,6 %	60,2 %	59,5 %
Personalkosten in % der Gesamtkosten	62,4 %	62,2 %	61,0 %	62,8 %	64,8 %

Der Personalaufwand in 2013 beläuft sich auf 1.133 T€ oder 59,6 % der Gesamtleistung. Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten liegt 2013 bei 62,4 % (2012: 62,2 %, 2011: 61,0 %, 2010: 62,8 %) und bewegt sich damit wie in den Vorjahren bei rund 62%.

Finanzmittelbestand

Im laufenden Geschäftsjahr konnten Finanzmittel freigesetzt werden aus dem:

	2013	2012	2011	2010	2009
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	164 T€	343 T€	303 T€	118 T€	253 T€
Cashflow aus Investitionstätigkeit	- 527 €	- 106 T€	- 47 T€	- 69 T€	- 347 T€
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 51 €	- 50 T€	- 50 T€	- 50 T€	- 51 T€
Finanzmittelbestand	620 T€	1.034 T	847 T€	641 T€	642 T€

Der Finanzmittelbestand liegt zum 31. Dezember 2013 bei 620 T€ und sinkt insbesondere aufgrund eines Grundstückkaufs im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 414 T€.

	2013	2012	2011	2010	2009
Bilanzsumme	2.818 T€	2.875 T€	2.801 T€	2.799 T€	2.854 T€
Finanzmittelbestand	620 T€	1.034 T€	847 T	641 T€	642 T€
Finanzmittelbestand in % der Bilanzsumme	22,0 %	36,0 %	30,2 %	22,9 %	22,5 %

Die GpZ Überlingen gGmbH führt sowohl bei der Volksbank Überlingen als auch bei der Sparkasse Bodensee verschiedene Konten. Der Barbestand der Kassen wird möglichst niedrig gehalten. Die größte Summe der Finanzmittel liegt auf dem Tagesgeldkonto der Volksbank Überlingen. Das Geld ist somit sicher und soweit möglich erträglich angelegt. Wobei ein jederzeitiges und vollständiges Abrufen möglich bleibt. Je nach Zinsangeboten werden Teilsommen auch als Festgeld angelegt.

Anlagevermögen/Abschreibung/Fremdkapital

	2013	2012	2011	2010	2009
Bilanzsumme	2.818 T€	2.875 T€	2.801 T€	2.799 T€	2.854 T€
Anlagevermögen in €	2.049 T€	1.692 T€	1.759 T€	1.895 T€	2.014 T€
Anlagevermögen in %	72,7 %	58,9 %	62,8 %	67,7 %	70,6 %
Abschreibung	170 T€	179 T€	182 T€	186 T€	167 T€

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen betragen 170 T€ und gliedern sich in:

- ⇒ EDV-Software 5,9 T€
- ⇒ Grundstücke und Bauten 43,9 T€
- ⇒ Technischen Anlagen und Maschinen 8,5 T€
- ⇒ Betriebs- und Geschäftsausstattung 111,6 T€

Eigenkapital

	2013	2012	2011	2010	2009
Bilanzsumme	2.818 T€	2.875 T€	2.801 T€	2.799 T€	2.854 T€
Eigenkapital	1.343 T€	1.257 T€	1.107 T€	998 T€	927 T€
Eigenkapital in % der Bilanzsumme	47,7 %	43,7 %	39,5 %	35,7 %	32,5 %

Das Eigenkapital liegt zum Stichtag 31. Dezember 2013 bei 1.343 T€ und ist im Vergleich zum Vorjahr um 86 T€ (Vj. 150 T€) gestiegen. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme ist in den letzten Geschäftsjahren kontinuierlich gestiegen.

Der Eigenkapital bzw. die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse stellt sich folgendermaßen dar.

	2013	2012	2011	2010	2009
Bilanzsumme	2.818 T€	2.875 T€	2.801 T€	2.799 T€	2.854 T€
Eigenkapital (EK) + Sonderposten (SoPo)	1.838 T€	1.799 T€	1.697 T€	1.636 T€	1.612 T€
EK + SoPo in % der Bilanzsumme	65,2 %	62,6 %	60,6 %	58,5 %	56,5 %

c) Chancen- und Risikobericht

Um im Bereich der Eingliederungshilfe und Rehabilitation, frühzeitig geplante Änderungen durch den Gesetzgeber bzw. die Leistungsträger in die strategische Planung mit einfließen lassen zu können, finden turnusgemäße Konferenzen wie die Werkstattkonferenz, die Trägergemeinschaft GpV statt. Über die Mitwirkung in Verbänden auf Bundes-, Landes- und Kreisebene und deren Informationen ist ein frühzeitiges Agieren möglich.

Das Forderungsmanagement wird konsequent betrieben. Der größte Anteil der Gesamtleistung sind Pflegesatzerlöse (~ 62 %). Diese werden regelmäßig und zeitnah bezahlt. Im Bereich Vermietung (~ 2,2 % der Gesamtleistung) werden die Zahlungen ebenfalls regelmäßig und zeitnah bezahlt. Auch der größte Teil der Produktionserlöse (~ 34,7 %) wird mit Groß- und Dauerkunden erbracht. Auch hier gibt es keine relevanten Zahlungsverzögerungen. Lediglich ein sehr kleiner Anteil der Produktionserlöse, insbesondere im Bereich Geschirrmobil und des Online-Shops erfordert weitergehende Schritte im Forderungsmanagement. Alle Forderungen werden laufend überwacht und bei Überfälligkeit entsprechend reagiert.

Bestandsgefährdende Risiken sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

d) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die GpZ Überlingen gGmbH hat sich an einer Ausschreibung des Jobcenter Bodenseekreis beteiligt und den Zuschlag für diese Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung ab dem September 2014 erhalten. Die Maßnahme läuft bis zum September 2016.

Danach besteht die Möglichkeit einer Verlängerung um weitere zwei Jahre bis 2018.

Die Untervermieteten Räume im Gebäude Zum Degenhardt 12 im Gewerbegebiet Überlingen Nord werden nun ab August 2014 dem GpZ Überlingen selbst zur Nutzung zur Verfügung stehen und bezüglich dem Platzbedarf für etwas Entspannung sorgen.

Der Werkstättenverbund Bodensee-Oberschwaben GbR wurde zum Juni 2014 in einen Leistungsverbund Netzwerk Arbeit und Bildung gewandelt. Die Pflichten, Aufgaben und Ziele dieses neuen Bündnisses mit den Identischen Partnern sind in einer Kooperationsvereinbarung definiert.

Darüber hinaus sind nach dem Abschlussstichtag keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung vorgefallen.

e) Prognosebericht

Das GpZ Überlingen hat sich in den letzten Jahren eine passable wirtschaftliche Grundlage geschaffen. Dieser Kurs wurde auch im Geschäftsjahr 2013 eingehalten. Die Position am Markt ist stabil. Auch wenn sich die Fertigungs- und Dienstleistungserlöse in den einzelnen Geschäftsfeldern unterschiedlich entwickeln, konnten die Gesamterlöse stabil gehalten werden. Was einer spürbaren Leistungsverdichtung für die Mitarbeitenden und Beschäftigten gleich kommt. Insgesamt rechnen wir für die nächsten Jahre mit einer halbwegs stabilen Umsatzsituation und einer weiterhin unklaren sozialpolitischen Haushalts- und Gesetzeslage.

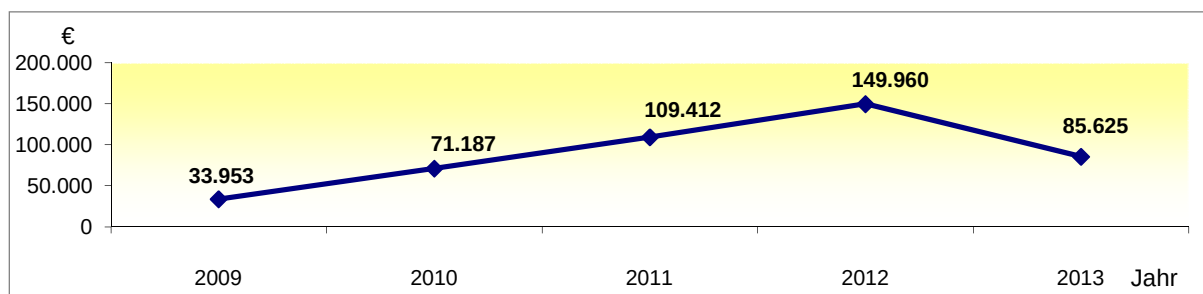
Überlingen, 19. Juni 2014

Ingo Kanngießer

11. Abschlussprüfer

Merz & Auer, Ravensburg

12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



13. Kennzahlen

Kennzahlen	2013	2012	2011	2010	2009
Beschäftigte Personen zum 31.12.	99	105	108	113	103
Teilnehmermonate	1.194	1.264	1.329	1.324	1.105
Durchschnittstundenlohn	2,44 €	2,28 €	2,22 €	2,21 €	1,94 €
Löhne im Arbeitsbereich	244,06 €	248,06 €	229,97 €	224,81 €	234,63 €
Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten	61,8 %	60,4 %	62,2 %	61,0 %	62,8 %

Bilanz der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2013

Bilanz Aktiva	2013		2012		2011	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4,2	0,1	5,4	0,2	11,9	0,4
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten	1.758,4	62,4	1.391,5	48,4	1.399,8	50,0
2. Technische Anlagen und Maschinen	39,2	1,4	47,8	1,7	56,3	2,0
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	237,9	8,4	238,2	8,3	269,6	9,6
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9,5	0,3	9,5	0,3	21,7	0,8
III. <u>Finanzanlagen</u>						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen						
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen						
	2.049,2	72,7	1.692,4	58,9	1.759,4	62,8
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	31,4	1,1	28,6	1,0	21,6	0,8
2. Unfertige Leistungen						
3. Waren						
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	82,0	2,9	89,6	3,1	131,9	4,7
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	33,9	1,2	30,4	1,1	41,0	1,5
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	620,3	22,0	1.033,6	36,0	846,9	30,2
	767,5	27,2	1.182,3	41,1	1.041,4	37,2
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1,2	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	2.817,9	100,0	2.874,6	100,0	2.800,8	100,0

Bilanz der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2013

Bilanz Passiva	2013		2012		2011	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	25,0	0,9	25,0	0,9	25,0	0,9
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
1. Zweckgebundene Rücklagen	1.165,3	41,4	1.089,7	37,9	957,1	34,2
2. Andere Gewinnrücklagen	152,9	5,4	142,9	5,0	125,5	4,5
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag						
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag						
	1.343,1	47,7	1.257,5	43,7	1.107,5	39,5
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	494,6	17,6	542,3	18,9	590,0	21,1
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen	76,0	2,7	81,7	2,8	72,0	2,6
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	217,9	7,7	243,6	8,5	269,2	9,6
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	26,7	0,9	49,0	1,7	26,1	0,9
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	653,5	23,2	685,3	23,8	709,9	25,3
	898,2	31,9	977,9	34,0	1.005,2	35,9
F. Rechnungsabgrenzungsposten	6,0	0,2	15,3	0,5	26,1	0,9
Bilanzsumme	2.817,9	100,0	2.874,6	100,0	2.800,8	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2013

Gewinn- und Verlustrechnung	2013		2012		2011	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	1.901,4	97,2	1.939,6	96,9	1.861,9	97,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	55,5	2,8	62,9	3,1	57,3	3,0
5. Gesamtleistung	1.956,9	100,0	2.002,6	100,0	1.919,2	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	143,8	7,8	148,9	8,1	150,5	8,4
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	13,1	0,7	20,5	1,1	12,7	0,7
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	923,7	49,9	911,1	49,6	875,0	48,9
b) Soziale Abgaben	208,9	11,3	202,0	11,0	197,2	11,0
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	169,9	9,2	178,6	9,7	182,0	10,2
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	391,0	21,1	374,9	20,4	372,6	20,8
11. Gesamtaufwand	1.850,3	100,0	1.836,0	100,0	1.790,1	100,0
12. Zwischenergebnis (BE)	106,6		166,6		129,1	
13. Erträge aus Beteiligungen						
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,5		8,0		6,5	
17. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-22,2		-23,9		-25,5	
19. Finanzergebnis	-19,7		-15,9		-19,0	
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	86,9		150,7		110,1	
21. Außerordentliche Erträge / Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23. Sonstige Steuern	-1,3		-0,7		-0,7	
24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	85,6		150,0		109,4	
25. Gewinnrücklagen						
a) in zweckgebunden Rücklagen	-82,2		-133,2		-102,5	
b) in andere Gewinnrücklagen	-10,0		-17,4		-12,6	
c) aus zweckgebunden Rücklagen	6,5		0,6		5,7	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,0		0,0		0,0	

Bodensee-Festival GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Bodensee-Festival GmbH
Kontakt:	Olgastraße 21, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 203-3300 Fax: 07541 203-3310 E-Mail: info@bodenseefestival.de Homepage: www.bodenseefestival.de
Gründungsdatum:	22. Januar 1993
Eintragung Handelsregister:	10. November 1993
Letzte Änderung:	26. März 2010
Gesellschaftsvertrag:	
Letzte Änderung:	14. August 2013
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Ziel der Gesellschaft ist die grenzüberschreitende Förderung von Kunst und Kultur der Bodenseeregion.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Bodenseefestival GmbH waren mit Stand 31.12.2013 folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Bodenseefestival GmbH (30 eigene Anteile)	78.000	39,47 %
Stadt Friedrichshafen	52.000	26,32 %
Landkreis Bodenseekreis	15.600	7,89 %
Stadt Konstanz	13.000	6,58 %
Stadt Ravensburg	7.800	3,95 %
Stadt Tettnang	5.200	2,63 %
Stadt Weingarten	5.200	2,63 %
Landkreis Ravensburg	2.600	1,32 %
Landkreis Sigmaringen	2.600	1,32 %
Stadt Pfullendorf	2.600	1,32 %
Stadt Überlingen	2.600	1,32 %
Stadt Lindau	2.600	1,32 %
Gemeinde Kressbronn	2.600	1,32 %
Gemeinde Langenargen	2.600	1,32 %
Gemeinde Meersburg	2.600	1,32 %
	197.600	100,00 %

4. Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Winfried Neumann, Dipl.-Verwaltungswissenschaftler
 Florian Riem, Master of Arts (bis 31.07.2014)
 Bettina Pau, Dipl. Kulturmanagerin und Dipl. Kirchen-
 musikerin (ab 01.08.2013)

Aufsichtsrat:

Vorsitzender
 stv. Vorsitzender
 Ehrenvorsitzender
 Aufsichtsräte

Peter Hauswald, Bürgermeister Friedrichshafen
 Lothar Wölflle, Landrat Bodenseekreis
 Dr. Hubert Locher, Südwestrundfunk (bis März 2014)
 Barbara Affolter, Kanton St. Gallen
 Sabine Becker, Oberbürgermeisterin Überlingen
 Claus Boldt, 1. Bürgermeister Konstanz (bis 05.08.2013)
 Markus Ewald, Oberbürgermeister Weingarten
 Robert Fischer, Ministerialrat, Finanzministerium Baden-
 Württemberg (bis 05.08.2013)
 Dr. Stefan Feucht, Kulturamt Bodenseekreis
 Norbert Fröhlich, Gemeinderat Friedrichshafen
 Dr. Madeleine Herzog, Stadt St. Gallen (bis 05.08.2013)
 Herr Jörg Hochuli, Hochuli Konzert AG (ab 05.08.2013)
 Dr. Dagmar Hoehne, Gemeinderätin Friedrichshafen
 Hans Georg Koch, Ministerium für Wissenschaft,
 Forschung und Kunst (bis 05.08.2013)
 Jutta Krug, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Ba-
 den-Württemberg (ab 05.08.2013)
 Jörg Maria Ortwein, Voralberger Landeskonservatorium
 GmbH (ab 05.08.2013)
 Dr. Andreas Osner, Bürgermeister Konstanz (ab
 05.08.2013)
 Tim Stephan, Ministerium für Wissenschaft, Forschung
 und Kunst (ab 05.08.2013)

Im Geschäftsjahr 2013 wurden keine Bezüge an Mitglieder des Aufsichtsrates gewährt.

Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender
 stv. Vorsitzender
 Mitglieder

Peter Hauswald, Bürgermeister Friedrichshafen
 Lothar Wölflle, Landrat Bodenseekreis
 Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Die Bodensee-Festival GmbH veranstaltet seit ihrer Gründung das Internationale Bodensee-
 festival, das in der Regel vier bis fünf Wochen dauert und regelmäßig am Pfingstmontag
 endet. Es wendet sich hauptsächlich an die Bevölkerung und die Gäste in der Bodenseereg-
 ion.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die IBT:

- ⇒ 10.800 € Verwaltungs- und Werbekostenzuschuss
- ⇒ 10.000 € Zuschuss

9. Anzahl der im Geschäftsjahr 2013 beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Während des Geschäftsjahres waren neben den Geschäftsführern durchschnittlich zwei Mitarbeiter in Teilzeit beschäftigt.

10. Lagebericht

a) Das 25. Internationale Bodenseefestival

Das 25. Internationale Bodenseefestival bot unter dem Motto "Tastenspiele" vom 27. April bis 31. Mai 2013 an 31 Spielorten in Deutschland, Österreich und der Schweiz insgesamt 85 Veranstaltungen.

Nach vielen Jahren der historischen Themenwahl beschäftigte sich das Bodenseefestival 2013 zum ersten Mal mit einem Instrument. Genauer gesagt gleich mit mehreren Instrumenten. Denn unter dem Titel „Tastenspiele“ standen die Tasteninstrumente im Fokus zahlreicher Konzerte. Allen voran das Klavier.

Artist in Residence war der Weltklassepianist Rudolf Buchbinder. Er stellte in zehn Konzerten – im Recital, aber auch zusammen mit dem SWR-Sinfonieorchester, der Südwestdeutschen Philharmonie und den Bamberger Sinfonikern – Hauptwerke der Klavierliteratur vor: Von Haydn, Mozart und Beethoven über Brahms und Schumann bis hin zum jazzigen Klavierkonzert von George Gershwin. Alle Veranstaltungen von ihm waren sehr gut besucht und wurden vom Publikum ebenso wie von den Kritikern begeistert aufgenommen. Die Konzerte mit Rudolf Buchbinder wurden vom Südwestrundfunk für das Radioprogramm SWR2 mitgeschnitten bzw. live gesendet.

In der Konzertreihe „junge Preisträger“ konnte dank der Unterstützung der OEW jungen Nachwuchsmusikern ein Konzertpodium geboten werden. Die Künstler Varvara, Kim da Sol, Chi Ho Han, Kit Armstrong und Herbert Schuch haben sich durch erste Preise bei großen Klavierwettbewerben für das Bodenseefestival empfohlen. Auch diese Konzerte wurden vom SWR für den Rundfunk aufgezeichnet.

Zwei Orgelreihen wurden im Rahmen des Festivals präsentiert:

Bei den „Orgelduellen“ waren vier Kirchenräume in Bregenz, Wangen, Friedrichshafen und Weingarten, vier herausragende Instrumente und vier Organisten die Protagonisten dieser besonderen Konzertreihe.

Beim „Streifzug durch's Orgellände“ begab sich das Publikum auf eine Reise mit insgesamt fünf Stationen um verschiedene Orgeln in Voralberg Landeskonservatorium kennen zu lernen.

Unter dem Titel „Tastenspiele im Film“ wurde das Thema einer Filmreihe aufgegriffen: „Der Pianist“ von Roman Polanski, „Die Klavierspielerin“ von Elfriede Jelinek, „Das Mädchen, das die Seiten umblättert“ von Denis Dercourt und „Vitus“ von Fredi M. Murer.

Unter den zahlreichen Konzerten bildete auch die Konzertreihe auf Schloss Salem wieder einmal einen besonderen Schwerpunkt des Festivals. Geboten wurden zwei attraktive Klavierrecitals mit Rudolf Buchbinder und Elena Bashkistrova. Das als Open-Air geplante Abschlusskonzert mit der Academy of St. Martin in the Fields und dem Artist in Residence 2014, Fazil Say musste wetterbedingt in die Graf-Buchhard-Halle in Frickingen verlegt werden. Trotz des Ortswechsels war das Konzert ein großer Erfolg.

Neben dem Thema „Tastenspiele“ war ein weiterer Festival-Schwerpunkt der 200. Geburtstag von Richard Wagner. Im Rahmen des Festivals wurden Werke Richard Wagners in verschiedenen künstlerischen Ausdrucksformen präsentiert. In Friedrichshafen wurde ein „Kleiner Ring“ für Kinder angeboten: „Rheingold“ als Live-Hörspiel von Kaminski on Air, „Siegfried“ als Ballett vom Anhaltischen Theater „Dessau“ und „Götterdämmerung“ als Oper von der Oper Halle.

Das Stadttheater Konstanz inszenierte im Rahmen des Bodenseefestivals als Uraufführung das Stück „Der Sonnenwirt“ in der Regie von Mario Portmann nach dem Roman von Hermann Kurz. Im Rahmen des Festivals gab es sieben Vorstellungen in der Spiegelhalle Konstanz.

Unter den zehn Veranstaltungen die in der Schweiz angeboten wurden, bildeten die Konzerte in der Klosterkirche Münsterlingen mit Kristian Bezuidenhout, Hammerklavier, dem jungen Pianisten Kim Da Sol, dem Klaviertrio Hanna Weinmeister / Anita Leuzinger / Anton Kernjak und das Quatuor Ebène besondere Highlights. Die Konzerte wurden vom Lotteriefond des Kantons Thurgau großzügig unterstützt. In St. Gallen waren darüber hinaus das Singwochenende in der Kathedrale und ein Konzertabend mit Léon Berben / Michael Behringer an zwei Cembali in der historischen Stiftsbibliothek ein großer Publikumserfolg.

In Österreich wird das Bodenseefestival vor allem durch die Aktivitäten des Vorarlberger Landeskonservatoriums in Feldkirch vertreten. Neben dem "Streifzug durch's Orgelländle" wurde 2013 auch eine "Lange Tastennacht" von Studierenden und Lehrenden der Musikhochschule durchgeführt.

Im Rahmen des Bodenseefestivals war auch Anne-Sophie Mutter zusammen mit der Dresdner Philharmonie unter Leitung von Rafael Frühbeck de Burgos in Friedrichshafen zu Gast. Das außergewöhnliche Konzert war sowohl beim Publikum als auch bei der Presse ein großer Erfolg.

Neben den musikalischen Schwerpunkten hatte auch die Literatur wieder ihren festen Platz beim Bodenseefestival. Das "Literaturschiff" auf dem Dampfschiff Hohentwiel und die "Lange Nacht der Literatur" in Lindau konnten dabei eindrucksvoll bestätigen, dass sie mittlerweile Kultstatus beim Publikum haben. Die Veranstaltungen waren jeweils ausverkauft. Eine Lesung mit Musik aus "Don Quijote" rundete das Literaturprogramm beim Bodenseefestival zum Thema "Tastenspiele" ab.

b) Entwicklung der Gesellschaft

Zum 31. Juli 2013 ist der Geschäftsführer Florian Riem aus der Gesellschaft ausgeschieden. Zur neuen Geschäftsführerin neben Herrn Neumann wurde zum 1. August 2013 Frau Bettina Pau bestellt.

Nach dem die Schweizer Gesellschafter zum 1. Januar 2012 aus der Bodenseefestival GmbH ausgeschieden sind, haben die beiden Schweizer Aufsichtsräte, Frau Barbara Affolter und Frau Dr. Madeleine Herzog ihren Austritt aus dem Aufsichtsrat bekannt gegeben. Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 20. Juni 2013 beschlossen, Konsequenzen aus dem Austritt der Schweizer Gesellschafter aus der Bodenseefestival GmbH zu ziehen und den Gesellschaftervertrag entsprechend zu ändern. In Zukunft werden die Schweiz und Österreich jeweils von einem von der Gesellschafterversammlung gewählten Vertreter aus dem entsprechenden Land im Aufsichtsrat repräsentiert. Die im Gesellschaftervertrag bestehende Formulierung, dass alle Schweizer Gesellschafter zwei Mitglieder in den Aufsichtsrat entsenden, wurde gestrichen.

Die Entwicklung der Besucherzahl und die Auslastung der Veranstaltungen ist weiterhin positiv. Die Besucherzahl mit 19.544 liegt zwar unter der des Vorjahres, zu berücksichtigen ist aber, dass während der gesamten Festivaldauer äußerst schlechte Wetterverhältnisse herrschten und viele Open Air Veranstaltungen, unter anderem auch das Abschlusskonzert, in andere Veranstaltungsorte mit erheblich geringeren Kapazitäten verlegt werden mussten. Die Auslastung lag bei gut 79 %.

c) Wirtschaftliche Situation

Die wirtschaftliche Lage der Bodenseefestival GmbH kann als gesund bezeichnet werden. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 weist einen Bilanzverlust von 12.272 € (Vj. 8.412 €) aus.

Das Anlagevermögen, verringert um die regulären Abschreibungen, beläuft sich zum Jahresende 2013 auf rund 8.200 €. Der Warenbestand liegt bei 2.416 CD's.

Die Guthaben bei Kreditinstituten - die Bodenseefestival GmbH hat keine Kasse, sondern wickelt alle Zahlungsvorgänge unbar ab - betrugen am Ende des Berichtsjahrs rund 149.000 € und damit rund 4.000 € weniger als im Vorjahr.

Die Umsatzerlöse (Kartenverkäufe, Kostenerstattungen, Mitschnitt Honorare und Werbeeinnahmen) beliefen sich 2013 auf rund 289.800 € (Vj. 347.100 €). Die für das internationale Bodenseefestival gewährten Zuschüsse und sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich 2013 auf rund 615.800 € (Vj. 541.200 €). Die Ertragsseite könnte besser sein. Der zugesagte Zuschuss von den Staatlichen Schlössern und Gärten Baden-Württembergs für die Salem-Konzerte in Höhe von 70.000 € kam beim Festival nur als Nettobetrag an, daher ca. 58.000 € zuzüglich Umsatzsteuer. Die Gesellschaft hatte aber mit der Gesamtsumme gerechnet - ohne ausgewiesene Umsatzsteuer - zumal alle mit dem Zuschuss finanzierten Konzerte steuerbefreit waren. Auch das schlechte Wetter hat zu geringeren Einnahmen geführt. Das als Open-Air-Konzert geplante Abschlusskonzert musste in eine kleinere Festhalle verlegt werden. Fehlende Einnahmen von ca. 700 zusätzlichen Besuchern fehlen daher im Ergebnis.

Die Programmausgaben (Teil des Materialaufwands) betrugen im Berichtsjahr rund 708.300 € (Vj. 704.200 €), für Werbung (ebenfalls Teil des Materialaufwands) wurden rund 103.600 € (Vj. 96.100 €) ausgegeben. Der Personalaufwand für die zwei nebenamtlich tätigen Geschäftsführer, eine Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle und verschiedene Aushilfen, belief sich 2013 einschließlich der sozialen Abgaben auf rund 52.000 € (Vj. 49.200 €). Er liegt damit deutlich unter den Ausgaben vergleichbarer Festivalorganisationen.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den in der Bilanz ausgewiesenen Bilanzverlust auf neue Rechnung vorzutragen.

d) Ausblick

Nach vielen Jahren der historischen Themenwahl bzw. dem Thema "Tastenspiele" beschäftigt sich das Bodenseefestival 2014 wieder einmal mit der Kultur eines Landes. Bereits das erste Bodenseefestival 1989 widmete sich der Kultur Frankreichs. Anlass waren die Jubiläumsfeiern der Französischen Revolution. Bis 1998 standen verschiedene Länderthemen im Mittelpunkt des Festivals. Unter dem Titel "Türk kültürü" greift das Bodenseefestival das Länderthema wieder auf. In ca. 80 Veranstaltungen an über 30 Veranstaltungsstätten rund um den Bodensee widmet sich das Festival diesem Thema. Viele türkische Künstler sollen mit Musik, Theater, Literatur, Film und Tanz uns die Kultur dieses Landes näher bringen. Schon die geografische Lage des Landes ist einzigartig: auf zwei Kontinenten gelegen, zwischen Mittelmeer und Schwarzem Meer, zwischen Europa, Nahem Osten und Kaukasusrepubliken. Dies ist ein Grund für die vielfältigen Einflüsse aus unterschiedlichen Kulturen und für den kulturellen Reichtum des Landes.

Im letzten Jahrzehnt erleben wir die Türkei als eine mit großer Dynamik vorwärtsschreitende Nation, als ein Land im Auf- und Umbruch, auch wenn im Westen die Paradoxien, Wider-

sprüche und Ungleichzeitigkeiten in der türkischen Gesellschaft gesehen werden. Der türkischen Kultur ist es im letzten Jahrzehnt gelungen, Internationalität zu erreichen. Schriftsteller werden mit Preisen ausgezeichnet, Filmregisseure erhalten Auszeichnungen und die Musik jenseits der Folklore gewinnt an Bedeutung. Der Pianist und Komponist Fazil Say ist der prominenteste Vertreter des musikalischen Aufbruchs. Er ist Artist in Residence beim Bodenseefestival 2014 und wird bei dreizehn Veranstaltungen mitwirken.

In 2015 soll die Kultur Tschechiens in den Fokus des Bodenseefestivals rücken. Ein Grund dafür sind auch die Konzilfeierlichkeiten in Konstanz. Dort wird 2015 das "Jan Hus-Jahr" gefeiert. Artist in Residence wird das Pavel Haas Quartett. Erste Gespräche mit dem Generalkonsul der Tschechischen Republik in München haben Unterstützung für das Festival signalisiert. Es liegen bereits feste Zusagen von der Staatsoper Prag und der Tschechischen Philharmonie vor.

Risiken bestehen für die Gesellschaft darin, dass Zuschusszahlungen zukünftig eingeschränkt werden könnten. Die Gesellschaft ist auf Zuschusszahlungen der Gesellschafter und des Landes Baden-Württemberg angewiesen. Die eigenen Einnahmen decken die Kosten der Gesellschaft nicht.

Friedrichshafen, 28. April 2014

Winfried Neumann

Bettina Pau

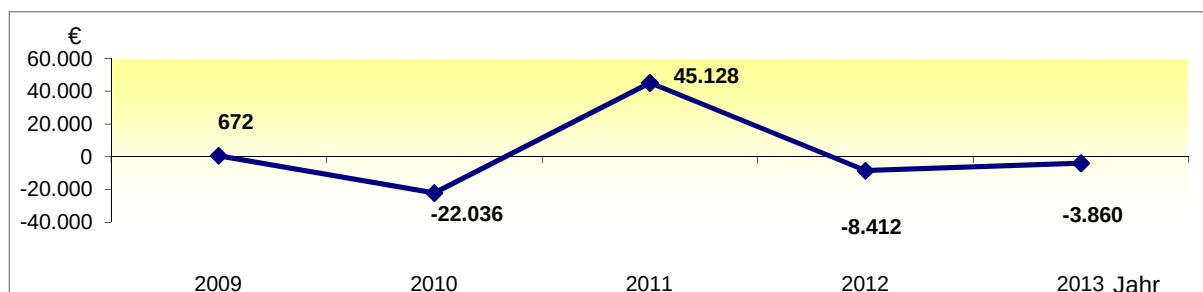
11. Abschlussprüfer

Friedrichshafener Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichshafen

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2013	2012	2011	2010	2009
Veranstaltungen	85	61	79	89	73
Veranstaltungsorte	31	23	27	30	33
Besucher	19.544	22.331	19.602	19.227	17.311
Auslastung	79,0 %	82,0 %	79,0 %	78,0 %	77,0 %

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2013

Bilanz Aktiva	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	8,2	4,2	10,8	5,4	13,4	5,1
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Anlagen und Maschinen						
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,0	0,0	0,1	0,1	0,3	0,1
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau						
III. <u>Finanzanlagen</u>						
	8,2	4,2	10,9	5,4	13,7	5,2
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,7	0,4	7,5	3,7	0,0	0,0
2. Unfertige Leistungen						
3. Geleistete Anzahlungen						
3. fertige Erzeugnisse und Waren	8,1	4,1	10,0	5,0	18,0	6,9
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	25,8	13,1	1,9	0,9	14,5	5,6
2. Forderung gegen Gesellschafter	1,4	0,7	11,7	5,8	16,6	6,4
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. eingeforderte Nachschüsse						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	2,8	1,4	4,4	2,2	1,6	0,6
III. <u>Wertpapiere</u>						
1. eigene Anteile						
IV. <u>Guthaben bei Kreditinstituten</u>	148,6	75,6	152,7	76,0	191,8	73,8
	187,4	95,0	188,2	90,0	242,5	93,2
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,9	0,5	1,6	0,8	3,9	1,5
Bilanzsumme	196,5	99,6	200,8	96,3	260,1	100,0

Bilanz der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2013

Bilanz Passiva	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	197,6	100,5	197,6	98,4	197,6	76,0
Eigene Anteile	-78,0	-39,7	-78,0	-38,9	-41,6	-16,0
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
1. Rücklage für eigene Anteile						
2. andere Gewinnrücklagen	79,0	40,2	79,0	39,3	35,1	13,5
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag						
V. Bilanzgewinn	-12,3	-6,2	-8,4	-4,2	23,1	8,9
	186,3	94,8	190,2	94,7	214,2	82,3
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen	6,8	3,5	6,3	3,1	6,3	2,4
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1,6	0,8	1,9	1,0	30,9	11,9
III. Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	1,9	0,9	2,4	1,2	8,8	3,4
	3,4	1,7	4,3	2,1	39,7	15,2
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	196,5	100,0	200,8	100,0	260,1	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2013

Gewinn- und Verlustrechnung	2013		2012		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	289,8	32,0	347,1	39,1	282,6	38,2
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	615,8	68,0	541,2	60,9	457,9	61,8
5. Gesamtleistung	905,6	100,0	888,3	100,0	740,5	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	1,9	0,2	8,0	0,9	4,4	0,6
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	810,0	89,0	792,3	88,3	599,9	83,5
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	43,6	4,8	42,5	4,7	53,5	7,4
b) Soziale Abgaben	8,4	0,9	6,7	0,7	8,0	1,1
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	2,7	0,3	2,7	0,3	2,5	0,3
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	43,2	4,8	45,1	5,0	49,9	7,0
10. Gesamtaufwand	909,8	100,0	897,3	100,0	718,3	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-4,2		-9,0		22,2	
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,3		0,6		0,9	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
18. Finanzergebnis	0,3		0,6		0,9	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3,9		-8,4		23,1	
20. Außerordentl. Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen u. vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern						
23. Erträge aus Verlustübernahme	0,0		0,0		22,0	
24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-3,9		-8,4		45,1	
25. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-8,4		23,1		-22,0	
26. Kapitalrücklage						
27. Gewinnrücklage	0,0		-23,1		0,0	
a) in die Rücklage für eigene Anteile						
b) in andere Gewinnrücklagen						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-12,3		-8,4		23,1	

V. Die mittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises

Energieagentur Ravensburg gGmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Energieagentur Ravensburg gGmbH
Kontakt:	Zeppelinstr. 16, 88212 Ravensburg Tel.: 0751 / 76470-70 Fax: 0751 / 764707-9 E-Mail: info@energieagentur-ravensburg.de Homepage: www.energieagentur-ravensburg.de
Gründungsdatum:	21. Oktober 1999
Eintragung Handelsregister:	25. April 2000
Gesellschaftsvertrag:	21. Oktober 1999
Letzte Änderung:	20. Mai 2011
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Beratungen und Erbringung von Serviceleistungen zur Erreichung folgender Ziele:

- ⇒ Ein Optimum an Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien im Bereich Bauen und Sanierung zu erreichen und somit den Umweltschutz zu fördern; ein einheitliches, professionelles Niveau der Beratung (auch vor Ort in den Gemeinden) zu gewährleisten; Erstellung von Wärmepässen im Rahmen computergestützter Beratungen.
- ⇒ Koordination und Erschließung vorhandener kommunaler und staatlicher Bestrebungen/Initiativen bezüglich rationeller Energieverwendung und Energieberatung.
- ⇒ Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Fachleute und Bürger sowie Initiierung von Schulprojekten; Durchführung von Volksbildung.
- ⇒ Darstellung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten.

Die Beratung beschränkt sich auf allgemeine Auskünfte und ist unabhängig.

Zur Erreichung der Ziele wird die Gesellschaft mit den Städten und Gemeinden, den Wirtschaftsunternehmen, insbesondere den Handwerksbetrieben, den Architekturbüros, dem Solarenergie-Förderverein, der Forstwirtschaft, der IHK, den Wohnungsbauunternehmen, der Verbraucher-Zentrale und ihren Gesellschaftern zusammenarbeiten, ebenso mit lokalen Arbeitskreisen (u.a. Agenda 21) und weiteren engagierten Organisationen. Des Weiteren wird sie mit der Gesellschaft zur Kulturlandschaftsentwicklung Pro Regio Oberschwaben GmbH, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe, zusammenarbeiten.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen oder sich an ihnen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Das Unternehmen verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 63.630 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Energieagentur Bodenseekreis GbR	10.180 €	16,00 %
Landkreis Ravensburg	9.200 €	14,46 %
Energieagentur Biberach GbR	9.200 €	14,46 %
Energieagentur Sigmaringen GbR	6.950 €	10,92 %
Stadt Ravensburg (Eigenbetrieb Stadtwerke)	4.600 €	7,23 %
Technische Werke Schussental GmbH & Co. KG	4.600 €	7,23 %
Stadt Weingarten (Eigenbetrieb Stadtwerke)	4.600 €	7,23 %
Kreishandwerkerschaft Ravensburg	4.600 €	7,23 %
EnBW Regional AG	4.600 €	7,23 %
Thüga Energienetze GmbH, München (ehem. Thüga AG)	4.600 €	7,23 %
BUND für Umwelt und Naturschutz Landesverband B-W	500 €	0,79 %
	63.630 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Walter Göppel

Beirat: ist eingerichtet
Die Mitglieder des Beirats haben keine Vergütung erhalten.

5. Öffentlicher Zweck

Die Energieagentur informiert Bürger und Bürgerinnen laufend über Entwicklungen neuer Technologien im Sektor erneuerbare Energien. Um interessierten Bürgern, Kommunen und Gewerbebetrieben Energiesparpotentiale aufzuzeigen, bietet die Energieagentur eine kostenlose, unabhängige und handwerksübergreifende Energieberatung anhand verschiedener Energieanalysen. Förder- und Zuschussprogramme sind wichtiger Bestandteil der Serviceleistungen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Allgemeine Verträge

- ⇒ Geschäftsführervertrag mit Herrn Walter Göppel vom 23. Februar 2000 mit Nachträgen vom 4. Februar 2002, 7. November 2006, 3. Dezember 2009 und Neufassung vom 5. Dezember 2012.
- ⇒ Gesellschafterbeschlussfassungen vom 23. Februar 2000 und 12. September 2001 zur Aufbringung von Finanzierungsbeiträgen durch die (Gründungs-) Gesellschafter in Höhe von jährlich 140 T€.
- ⇒ Erklärung der Energieagentur Biberach GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 9.200 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss in Höhe von 85.000 € zu leisten.
- ⇒ Erklärung der Energieagentur Landkreis Sigmaringen GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 6.950 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss in Höhe von 85.750 €

- zu leisten; der GbR wurden von der Kreissparkasse Sigmaringen und der Sparkasse Pfullendorf Sponsoringbeträge i.H.v. zusammen jährlich 10.000 € in Aussicht gestellt.
- ⇒ Erklärung der Energieagentur Bodenseekreis GbR zur Übernahme eines Geschäftanteils von 9.200 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss gemäß Gesellschafterbeschlussfassung zu leisten.
 - ⇒ Verträge mit zehn selbstständigen Energieberatern über die Durchführung der Sprechstunden für Energieberatung am Standort Ravensburg und in den Außenstellen;
 - ⇒ Werkvertrag über die freiberufliche Mitarbeit von Frau Oschwald und Frau Göppel im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit.
 - ⇒ Verträge mit 34 Städten und Gemeinden sowie ein weiterer Vertrag mit einem Stadtwerk über die Einrichtung von Außenstellen der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit der Verpflichtung, geeignete Räume für die Energieberatung zur Verfügung zu stellen und einer Regelung über den Kostenersatz für durchgeführte Beratungsstunden.

Mietverträge

- ⇒ Mietvertrag vom 15. Januar 2004 mit der Kreishandwerkerschaft Biberach über zwei Büroräume im Gebäude Ehinger-Tor-Platz 8.
- ⇒ Schreiben der Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis vom 19. Dezember 2007 betr. die Nutzung von Büroräumen und die Mitbenutzung der Büroinfrastruktur im Gebäude Lindauer Straße 11, 88046 Friedrichshafen.
- ⇒ Mietvertrag vom 18. Januar 2012 mit der Unternehmensgruppe Fürst von Hohenzollern-Immobilien über Büroräume in der Fürst-Wilhelm-Straße 12 in Sigmaringen.

Sponsoringverträge

- ⇒ Sponsoring Verträge mit den Kreissparkassen Ravensburg und Biberach, der Sparkasse Bodensee, der Sparkasse Heiligenberg, der Volksbank Überlingen, der Sparkasse Pfullendorf – Meßkirch und der Hohenzollerischen Landesbank Kreissparkasse Sigmaringen über Sponsoring Leistungen von 2,5 T€ bis 10 T€ p.a. im Gesamtbetrag von z.Zt. 35 T€ p.a. mit Laufzeiten bis 2013.

Kooperations- und Dienstleistungsverträge

- ⇒ Vereinbarung zwischen der Bundesgeschäftsstelle des European Energy Award® und der Energieagentur Ravensburg gGmbH zur Durchführung von Zertifizierungsverfahren vom 4. April/2. Mai 2006.
- ⇒ Zahlreiche Dienstleistungsverträge mit den im Lagebericht aufgeführten Städten und über die Beratung im Rahmen des Zertifizierungsprozesses gemäß European Energy Award®.
- ⇒ Betreuungsvertrag mit der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH über den Aufbau und Ausbau einer grenzüberschreitenden Vernetzung von Städten und Gemeinden, die an der Zertifizierung gemäß European Energy Award® teilgenommen haben im Rahmen des Interreg IV Programms vom 15./20. Oktober 2009.
- ⇒ Werkvertrag mit der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH über die Durchführung des grenzüberschreitenden Projekts GRIPS „grenzüberschreitendes Initiativprogramm für Sanieren“ zum Ausbau einer grenzüberschreitenden Vernetzung von Partnerbetrieben (Handwerk) im Rahmen des Interreg IV Programms Alpenrhein – Bodensee – Hochrhein vom 30. Juli/3. August 2010.
- ⇒ Vertrag vom 9. März 2011 mit der Energieagentur Regio Freiburg Projekt Stromsparcheck für einkommensschwache Haushalte.
- ⇒ Honorarvertrag vom 9. Oktober/14. Oktober 2013 mit der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V., Berlin, über die Durchführung von Beratungen von Verbrauchern auf dem Gebiet der Energieeinsparung und/oder der Nutzung regenerativer Energien.

Zuschussverträge

- ⇒ Finanzierungserklärung der Energieagentur um Interreg IV Programm "Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein" EIVRIG – Energieeffizienzinitiative über einen Finanzierungsbeitrag i.H.v. 76.500 €.
- ⇒ Zuwendungsvertrag zwischen dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg und der Energieagentur Ravensburg gGmbH über die Vorbereitung und Durchführung des Pilotprojekts „Energieeffizienz in Sportvereinen“ vom 4./8. Oktober 2010.
- ⇒ Förderzusage des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden Württemberg vom 7. Februar 2013 für das Projekt „Qualitätsnetzwerk Bau“ über eine Fehlbetragsfinanzierung bis zur Höhe von 132.083 € im Zeitraum vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2015.
- ⇒ Bewilligungsbescheid der L-Bank Baden Württemberg vom 17. August 2012 über eine Zuwendung nach dem Förderprogramm Klimaschutz-Plus für die Durchführung von Unterrichtseinheiten zum Thema „Stand-by-Verbrauch von Elektrogeräten“ mit einem Projektförderzuschuss von Höhe von 12.000 €.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlungen vom Bodenseekreis an die Energieagentur Ravensburg:

- ⇒ 6.206 € Finanzierungsbetrag eea
- ⇒ 1.445 € Hausmeisterschulung

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr 2013 waren durchschnittlich 9 (Vj. 8) Mitarbeiter beschäftigt.

10. Lagebericht**a) Grundlagen des Unternehmens**

Die Energieagentur wurde am 21. Oktober 1999 als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet und hat am 1. April 2000 ihre Tätigkeit aufgenommen.

Sukzessiv wurde der Gesellschafterkreis um die Energieagenturen Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen wie folgt erweitert:

- ⇒ Energieagentur Biberach: Gegründet am 6. Oktober 2003 und am 1. März 2004 eröffnet
- ⇒ Energieagentur Bodenseekreis: Gegründet und eröffnet am 13. Juni 2007
- ⇒ Energieagentur Sigmaringen: Gegründet am 21. November 2007 und am 3. März 2008 eröffnet.

Um die im Gesellschaftsvertrag genannten Ziele zu erreichen, hat die Energieagentur Ravensburg gGmbH mit Ihren Niederlassungen die Aufgabe neutral, unabhängig sowie handwerksübergreifend Bürger/innen und Kommunen über alle Energiefragen zu beraten, wie z.B.:

- ⇒ Ein Optimum an Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien im Bereich Bauen und Sanierung zu erreichen und somit den Umweltschutz zu fördern; ein einheitliches, professionelles Niveau der Beratung (auch vor Ort in den Gemeinden) zu gewährleisten; Erstellung von Wärmepässen im Rahmen computergestützter Beratungen.
- ⇒ Koordination und Erschließung vorhandener kommunaler und staatlicher Bestrebungen/ Initiativen bezüglich rationeller Energieverwendung und Energieberatung.
- ⇒ Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Fachleute und Bürger sowie Initiierung von Schulprojekten; Durchführung von Volksbildung.
- ⇒ Darstellung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten.

Zum Erreichen der genannten Ziele hat die Energieagentur Energieberatungsaußenstellen in den größeren Gemeinden der Landkreise Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen wie folgt eingerichtet:

- ⇒ Landkreis Ravensburg: 10 Energie-Beratungsaußenstellen
- ⇒ Landkreis Biberach: 9 Energie-Beratungsaußenstellen
- ⇒ Landkreis Bodenseekreis 9 Energie-Beratungsaußenstellen
- ⇒ Landkreis Sigmaringen: 6 Energie-Beratungsaußenstellen

So ist eine relativ flächendeckende und unabhängige Energieberatung (bis auf jeweils eine Außenstelle in den Landkreisen Sigmaringen und Bodenseekreis) für die knapp 900.000 Einwohner der rund 130 Gemeinden der o.g. Landkreise gewährleistet.

b) Finanz- und Ertragslage

Die Gesamtleistung der Gesellschaft von rund 1.013.800 € setzen sich wie folgt zusammen:

- ⇒ Kostenzuschüsse der Gesellschafter
- ⇒ Erlöse Sponsoring und Spenden
- ⇒ Erlöse aus Beratungsdienstleistungen/ aus dem eea
- ⇒ Kostenerstattung aus den Energieberatungen in den Außenstellen
- ⇒ Erlöse aus landesweiten Schulprojekten
- ⇒ Erlöse aus Seminaren/Vorträgen / Veranstaltungen
- ⇒ Erlöse aus dem Projekt des Bundesumweltministerium "Stromspar-Check in einkommensschwachen Haushalten"
- ⇒ Erlöse aus den Interreg-Projekten "Grips und EIVRiG"
- ⇒ Erlöse aus dem Pilotprojekt "Qualitätsnetz Bau"
- ⇒ Erlöse aus dem Pilotprojekt "Energieeffizienz in Sportvereinen"

Nach Abzug der Aufwendungen für Personal, Abschreibungen und Sachkosten verbleibt ein Jahresüberschuss in Höhe von 138.283 €.

Aus dem Jahresüberschuss sowie dem Gewinnvortrag in Gesamthöhe von 527.803 € soll ein Teilbetrag in Höhe von 440.000 € den Gewinnrücklagen zugeführt werden und der verbleibende Betrag von 87.803 € als Gewinnvortrag auf neue Rechnung übernommen werden.

Die Entwicklung der Finanzlage in Form der Bereitstellung und der Verwendung von Mitteln im Laufe der Geschäftsjahre ist in der folgenden (verkürzten) Kapitalflussrechnung dargestellt:

Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	2013 T€	2012 T€	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	249	155	117	57	78
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	- 90	- 28	- 37	- 7	- 9
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0
Summe	159	127	80	50	69
+ Finanzierungsmittelbestand am 01.01.	648	521	441	391	322
Finanzmittelbestand am 31.12.	807	648	521	441	391

c) Personalentwicklung

Der Personalstand hat sich im Geschäftsjahr 2013 wie folgt entwickelt:

- ⇒ Ein Geschäftsführer (100 %)
- ⇒ Ein Assistent der Geschäftsführung (100 %)
- ⇒ Eine Sachbearbeiterin (90 %)

- ⇒ Eine Sachbearbeiterin (90 %)
- ⇒ Eine Energieberaterin für die Energieagentur Ravensburg (80 %)
- ⇒ Ein Energieberater für die Energieagentur Ravensburg (100 %)
- ⇒ Eine Energieberaterin (80 %) für die Niederlassung Biberach
- ⇒ Ein Energieberater (100 %) für die Niederlassung Bodenseekreis
- ⇒ Ein Energieberater (bis 1. März 2013 – 80 % / ab 1. September 2013 – 100 % für die Niederlassung Sigmaringen)

Alle Mitarbeiter der Energieagentur Ravensburg gGmbH sind auch für die Energieagenturen Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen tätig.

Elf freiberufliche Energieberater-Ingenieure und zwei freie Journalistinnen sind über Werkverträge für die Gesellschaft in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen, in den eingerichteten Außenstellen sowie bei örtlichen Ausstellungen tätig.

d) Tätigkeitsbericht

Der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2013 lag in folgenden Bereichen:

Flächendeckende, messbare ökologische und ökonomische Energieberatungen:

In rund 2.500 gezielten Energieberatungsgesprächen und bei knapp 20.000 telefonischen Anfragen wurde kompetent über Energieeinsparmaßnahmen an der Gebäudehülle, über effiziente Heizungs- und Warmwassertechnologien sowie über erneuerbare Energien, Förderprogramme und Gesetze, wie z. B. das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz oder die EnEV 2009 beraten.

Aufgrund der gesetzlichen Verordnungen, wie z. B. Energieeinsparverordnung, EEWärme-Gesetz (Bund), EWärmeGesetz (Land), die politische angedachte EEG-Novellierung sowie die ständig veränderten Richtlinien der KfW stiegen 2013 die telefonischen Energieberatungen weiter an. Diese kamen von Investoren, Planern und Handwerkern und wurden von den Landratsämtern, Kommunen und Banken direkt an die Energieagenturen weiter vermittelt.

Kommunale Energieberatung / European Energy Award® (eea):

Im kommunalen Bereich stiegen die Energieberatungen durch den European Energy Award-Prozess, die politisch beschlossene Energiewende sowie durch kurzfristige Förderprogramme von Bund und Land weiter an. Das zeigt sich auch bei den ausgelösten Investitionen von mehr als 42 Mio. EUR.

Für ihre umgesetzten Maßnahmen sowie für ihre mittelfristige Projektplanung sind im Jahr 2013 sieben Kommunen mit dem European Energy Award ausgezeichnet worden.

Der European Energy Award leistet einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Energiewende und der Klimaschutzziele. 37 Städte und Gemeinden sowie die Landkreise Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen werden von der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit ihren Niederlassungen Biberach und Bodenseekreis beraten, die sich wie folgt aufteilen:

- ⇒ Energieagentur Ravensburg: 19 Städte und Gemeinden sowie der Landkreis Ravensburg
- ⇒ Energieagentur Biberach: 8 Städte und Gemeinden sowie der Landkreis Biberach
- ⇒ Energieagentur Bodenseekreis: 4 Städte und Gemeinden sowie der Landkreis Bodenseekreis. Davon wird derzeit noch eine Kommune aus dem Landkreis Konstanz betreut, die nach der Zertifizierung von der Energieagentur Landkreis Konstanz übernommen wird.
- ⇒ Energieagentur Sigmaringen: 5 Städte und Gemeinden sowie der Landkreis Sigmaringen

Bildung:

Die zahlreichen politischen Klimaschutzziele, Gesetze, neuen Technologien sowie Baustoffe führen zu unterschiedlichsten Bildungsangeboten der Energieagenturen:

- ⇒ Seminare zur Fortbildung von kommunalen Hausmeistern;
- ⇒ mehrtägiges Seminar für Ingenieure "DIN 18599" für Nichtwohngebäude - in Kooperation mit der Bauakademie Biberach;
- ⇒ Schulprojekte mit Lehrern und Schülern in allen vier Landkreisen;
- ⇒ Fortführung des Projektes "Stromsparcheck" in Kooperation mit der Caritas Bodensee-Oberschwaben;
- ⇒ Jugendenergietage (Landkreis Ravensburg);
- ⇒ Seminare "Energieanalyse und Effizienzberatung in Produktionsbetrieben" für Ingenieure in Kooperation mit der IHK;
- ⇒ Seminar Energieeffizienz in der Landwirtschaft;
- ⇒ kommunale Energieforen in den Landkreisen Biberach, Sigmaringen und Ravensburg;
- ⇒ Fachseminar zur Anwendung der EnEV im Rahmen der wohnwirtschaftlichen Förderprogramme der KfW - Schwerpunkt Wärmebrücken;
- ⇒ Mitarbeiterschulungen "Energieeffizienz in der Verwaltung";
- ⇒ Energiemanager für Sportvereine;
- ⇒ Auftaktveranstaltung zur Gründung des Qualitätsnetz Bau.

Öffentlichkeitsarbeit:

Motivation der Bevölkerung bzw. Investoren durch:

- ⇒ 134 örtliche Energieforen bzw. Vortragsveranstaltungen in den vier Landkreisen
- ⇒ mehrtägige Ausstellungen in Form von Sonderschauen, wie z.B.:
 - o Hausplus in Ravensburg mit jeweils einem kommunalen und einem öffentlichen Energieforum
 - o dreitägige Baumesse in Biberach
 - o Immomesse der Stadt Biberach
 - o Oberschwabenschau in Ravensburg
 - o kreisweite Heizungspumpen- und Thermographieaktionen in den Städten des Landkreises Ravensburg
- ⇒ Beteiligung an den landesweiten Energietagen mit Aktionen, z.B. E-Mobilität in Bad Schussenried, Meckenbeuren, Ochsenhausen, Ravensburg und Sigmaringen
- ⇒ regelmäßige Presseveröffentlichungen in allen vier Landkreisen

Energieberatung für Gewerbe:

- ⇒ Beratende Begleitung von Unternehmen im Rahmen des Energieeffizienznetzwerks "EIVRig" und Energieeffizienznetzwerks Bad Waldsee.
 - o Erstellung von Potentialanalysen zur industriellen Abwärmenutzung
 - o Energieberatung bei Unternehmen vor Ort
 - o Mitarbeiterschulungen "Energieeffizienz in Unternehmen"
 - o Fördermittelberatung
 - o Teilnahme am jährlichen Energiewirtschaftsforum im Landkreis Ravensburg und in einzelnen Städten
 - o Mehrere Unternehmerseminare in Kooperation mit der IHK
 - o Teilnahme beim 1. Energiewirtschaftsforum des Landkreises Biberach.

Bereits wie schon im letzten Jahr nehmen die Beratungsanfragen aus allen Sektoren, vor allem im kommunalen und im gewerblichen Bereich sowie die Zahl von lokalen Foren weiter zu. Dies ist auf die jährlich steigenden Strompreise, die ab 2013 geforderte Einführung eines Energiemanagementsystem für Unternehmen, neue, zeitlich begrenzte Förderprogramme für Unternehmen und Kommunen, bevorstehende EnEV-, Ewärmeg- und EEG-Novellierung sowie der hohen Beteiligung der Kommunen am eea zurückzuführen. Weiter fehlen für die speziellen Fachthemen Ingenieure, die in der Lage sind über den Tellerrand hinauszublicken.

e) Fazit

Mit dem Einsatz von 405.356 € durch die Gesellschafter können nach den von uns stichprobenweise vorgenommenen Erhebungen zum Umsetzungsgrad der Maßnahmen ggf. bis zu 150 Mio. € Investitionen für die Wirtschaft angestoßen werden. Dies entspricht rechnerisch dem Umsatzvolumen für die Vorhaltung von knapp 1.700 Arbeitsplätzen in den Städten und Gemeinden aller vier Landkreise. Weiter wurden wichtige Entscheidungshilfen bei kommunalen Energiekonzepten gegeben. Somit tragen die Energieagenturen maßgeblich zum Klimaschutz, zur Umsetzung der Energiewende, Bildung und zur Wirtschaftsförderung in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen bei.

f) Ausblick auf das Jahr 2014

Die Beratungsanfragen von Investoren, Kommunen, Gewerbe und Fachleuten werden sich im Jahr 2014 deutlich verstärken, wie z.B. durch:

- ⇒ Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes des Landes mit verbindlichen Zielen;
- ⇒ Novellierung der Energiesparverordnung (EnEV) 2009 und des EEG;
- ⇒ Novellierung des EWärmeGesetzes;
- ⇒ das politische Ziel zum Ausbau der erneuerbaren Energien (Energiewende);
- ⇒ die laufenden Änderungen von Förderprogrammen und deren Richtlinien;
- ⇒ Wettbewerbsaufrufe für zusätzliche Fördermöglichkeiten für innovative kommunale und gewerbliche Projekte (z. B. EFRE 2014 - 2020 und RegioWin im Landkreis Sigmaringen);
- ⇒ Wettbewerbsaufruf für die Gründung von KMU-Kompetenzstellen, bezogen auf die Regionen in Baden-Württemberg;
- ⇒ Förderprogramme mit zusätzlichem Bonus für Kommunen, die beim eea teilnehmen bzw. ein Klimaschutzkonzept erstellt haben;
- ⇒ Zunehmende Nachfrage nach KMU-Beratungen, bedingt durch neue Förderprogramme bzw. Wettbewerbe sowie Energiesteuererstattungen bei der Einführung eines Energiemanagements;
- ⇒ Steigerung der Sanierungsrate durch entsprechende Förderprogramme;
- ⇒ zunehmende Nachfragen nach der fachlichen Beratung bzw. Begleitung bei regenerativen Nahwärmeversorgungen, die finanziell von Bund und Land unterstützt werden;
- ⇒ vermehrtes Interesse an der Teilnahme am European Energy Award und an Klimaschutzkonzepten in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen;
- ⇒ vermehrtes Interesse von Kommunen und Wirtschaftsbetrieben an der Teilnahme an den landesweiten Energietagen;
- ⇒ starke Nachfrage nach Schulprojekten;
- ⇒ Kooperation mit der Verbraucherzentrale (unabhängige Energieberatung für Bürger/innen, auch Vor-Ort);
- ⇒ Ausbau der Seminare und Fortbildungsveranstaltungen für Handwerker und Planer im Rahmen des Modellprojektes „Qualitätsnetz Bau“;
- ⇒ Moderation bzw. beratende Begleitung von KMU-Energieeffizienztischen auf Landkreisebene, in Regionen und in größeren Städten;
- ⇒ Beratende Begleitung bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen der eea-Kommunen und des CO₂-neutralen Schussentals;
- ⇒ Erstellung von kommunalen Energie- und Klimaschutzkonzepten zur Umsetzung der Energiewende und der Klimaschutzziele;
- ⇒ neue Projektentwicklungen für die zukünftigen Jahre.

Die zunehmenden Beratungsnachfragen und die neuen Projektentwicklungen sowie die Umsetzung von Projekten und Aktivitäten führen bei der gegebenen Personalsituation zu Engpässen.

Das Vorliegen von Urlaubsrückständen und Überstunden im Volumen von zusammen 72.220 € sowie die hohe Inanspruchnahme der selbstständigen Energieberater zeigen, dass die Personalkapazitäten der Gesellschaft voll ausgelastet sind. Um der Nachfrage nach Beratungsleistungen gerecht zu werden, beabsichtigen wir die Erweiterung unserer Beratungskapazität und die Schaffung zusätzlicher Stellen in der Energieberatung und Projektbegleitung sowie die räumliche Erweiterung der Energieagentur im Geschäftsjahr 2014. Die Finanzierung der Gesellschaft im bisherigen Umfang ist mittelfristig durch die Gesellschafterzuschüsse, die zahlreichen, z.T. auf mehrere Jahre vertraglich ausgelegten Projekte und Sponsoringverträge gesichert.

f) Risiken für die zukünftige Entwicklung

Der wesentliche Teil der Finanzierung der Gesellschaft basiert auf den genannten Einnahmen, den Gesellschafterzuschüssen und aus Projekten, Aktivitäten, Sponsoring, usw., die vertraglich auf zwei bis drei Jahre gesichert sind.

Die Finanzierung der Material- und Personal kosten sowie der sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von rund 860.000 € war nur durch zusätzliche Einnahmen für unsere Leistungen z. B. im Rahmen des Zertifizierungsprozesses gemäß European Energy Award oder im Rahmen von Projekten und nicht mehr ausschließlich durch die Mittel von Gesellschafterseite möglich.

Dies bedeutet für die Gesellschaft auch weiterhin, dass die Aufgabenerfüllung von den Finanzierungsmöglichkeiten bestimmt wird, weil bereits die Fixkosten nicht mehr in vollem Umfang aus den jährlichen Gesellschafterbeiträgen und Förderbeiträgen der Kreditinstitute bestritten werden können.

Bei unveränderter Finanzausstattung seitens der Gesellschafter muss weiterhin die Beratungskapazität verstärkt auf die entgeltlichen Dienstleistungen gerichtet werden.

Ravensburg, 28. April 2014

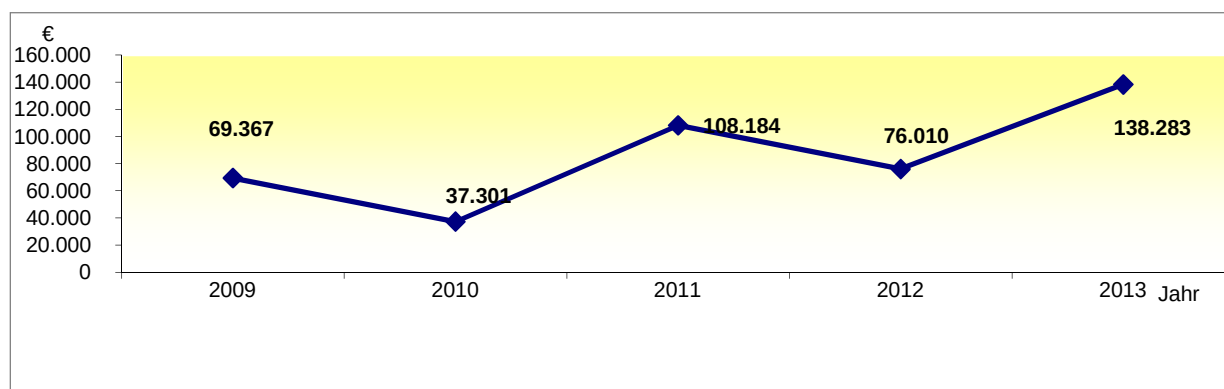
Walter Göppel

11. Abschlussprüfer

Dipl. Kfm. Martin Alius, Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Ravensburg

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2013	2012	2011	2010	2009
Ausstellungstage	38	35	33	23	42
Energieberatungsgespräche	2.500	2.600	2.500	2.600	2.500
telefonische Anfragen	20.000	19.500	19.000	18.000	15.500

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss

Bilanz der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2013

Bilanz	2013		2012		2011	
Aktiva	T €	%	T €	%	T €	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	18,1	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten						
2. Anlagen und Maschinen						
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	103,7	9,8	61,4	7,0	51,6	6,9
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau						
III. <u>Finanzanlagen</u>						
	121,8	11,5	61,4	7,0	51,7	6,9
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe						
2. Unfertige Leistungen	71,4	6,7	52,6	6,0	56,9	7,6
3. Waren						
II. <u>Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	55,5	5,2	103,7	11,8	117,4	15,7
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. eingeforderte noch ausstehende Kapitaleinlagen						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	1,9	0,2	11,8	1,3	0,7	0,1
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	807,1	76,2	648,0	73,8	521,1	69,7
	936,0	88,3	816,2	93,0	696,1	93,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1,8	0,2	0,0	0,0	0,1	0,0
Bilanzsumme	1.059,6	100,0	877,6	100,0	747,8	100,0

Bilanz der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2013

Bilanz Passiva	2013		2012		2011	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. <u>Gezeichnetes Kapital</u>	63,6	6,0	63,6	7,3	63,6	8,5
II. <u>Kapitalrücklage</u>						
III. <u>Gewinnrücklage</u>						
1. Zweckgebundene Rücklagen						
2. Andere Gewinnrücklagen	60,0	5,7	60,0	6,8	60,0	8,0
IV. <u>Gewinnvortrag/Verlustvortrag</u>	389,5	36,8	313,5	35,7	205,3	27,5
V. <u>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</u>	138,3	13,1	76,0	8,7	108,2	14,5
	651,4	61,5	513,1	58,5	437,1	58,5
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil						
C. Sonderposten für Zuschüsse	0,2	0,0	1,2	0,1	3,6	0,5
D. Rückstellungen	97,8	9,2	106,4	12,1	96,9	13,0
E. Verbindlichkeiten						
I. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	233,5	22,0	185,0	21,1	120,4	16,1
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	18,8	1,8	21,5	2,5	14,0	1,9
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	34,9	3,3	29,4	3,3	54,9	7,3
	287,1	27,1	235,9	26,9	189,4	25,3
F. Rechnungsabgrenzungsposten	23,0	2,2	20,8	2,4	20,8	2,8
Bilanzsumme	1.059,6	100,0	877,6	100,0	747,8	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2013

Gewinn- und Verlustrechnung		2013		2012		2011	
		T €	%	T €	%	T €	%
1.	Umsatzerlöse	480,3	46,4	529,7	55,6	495,1	53,9
2.	Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten	514,8	49,8	412,1	43,3	418,1	45,5
3.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	18,8	1,8	-4,3	-0,4	-4,6	-0,5
4.	Sonstige betriebliche Erträge	20,2	2,0	14,5	1,5	10,5	1,1
5.	Gesamtleistung	1.034,0	100,0	952,0	100,0	919,1	100,0
6.	Materialaufwand						
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5,5	0,6	0,3	0,0	0,0	0,0
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	81,5	9,2	99,7	11,4	113,0	13,9
7.	Personalaufwand						
a)	Löhne und Gehälter	484,8	54,8	479,2	55,0	427,9	52,8
b)	Soziale Abgaben	125,3	14,2	124,7	14,3	100,2	12,4
8.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	23,7	2,7	18,1	2,1	15,8	2,0
9.	Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten						
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	163,6	18,5	149,7	17,2	153,1	18,9
11.	Gesamtaufwand	884,4	100,0	871,6	100,0	810,1	100,0
12.	Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	149,6		80,4		109,0	
13.	Erträge aus Beteiligungen						
14.	Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,5		6,0		9,0	
17.	Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
18.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
19.	Finanzergebnis	2,5		6,0		9,0	
20.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	152,1		86,5		117,7	
21.	Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23.	Sonstige Steuern	-13,8		-10,5		-9,5	
24.	Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	138,3		76,0		108,2	
25.	Gewinnrücklagen						
26.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust		138,3		76,0		108,2	

frieks Friedrichshafener Software- und Kommunikationszentrum

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH (frieks)
Kontakt:	Müllerstraße 12, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 38588-30 Fax: 07541 / 38588-33 E-Mail: info@frieks.de Homepage: www.frieks.de
Gründungsdatum:	30. September 1999
Eintragung Handelsregister:	22. Mai 2000
letzte Änderung vom:	10. März 2009
Gesellschaftsvertrag:	
Letzte Änderung:	8. März 2005
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Aufbau und Betrieb eines Kommunikations- und Softwarezentrums zur Unterstützung von Existenzgründungen und Jungunternehmen aus der IT- und Multimedia-Branche, vor allem durch die Bereitstellung von Büroräumen und eine IuK-Infrastruktur sowie Beratungs- und Marketingleistungen durch die IHK Bodensee-Oberschwaben und die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH.

Zweck der Gesellschaft ist:

- ⇒ die Förderung der Wirtschaftlichkeit und des Wachstums von Unternehmen aus der technologieorientierten Dienstleistungsbranche, insbesondere die der Informations- und Kommunikationsbranche, vor allem von Existenzgründern und jungen Unternehmen
- ⇒ die Förderung der Kooperation der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche der Region Friedrichshafen
- ⇒ das Marketing für das Technologiezentrum

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der frieks GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Stadt Friedrichshafen	12.750 €	51,00 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bodenseekreis GmbH	7.250 €	29,00 %
IHK Bodensee-Oberschwaben	5.000 €	20,00 %
	25.000 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens**Geschäftsführung:**

Benedikt Otte
Michael Mahl

Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender:

Andreas Brand, Oberbürgermeister Friedrichshafen

Mitglieder:

Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Seit Eröffnung des Zentrums waren insgesamt 65 Unternehmen im Zentrum Mieter. Von diesen sind zwischenzeitlich 27 wieder ausgezogen und haben einen Firmensitz in Friedrichshafen oder im Bodenseekreis gewählt. Ca. 16 Unternehmen haben das Zentrum aus wirtschaftlichen Gründen verlassen.

Stand 31. Dezember 2013 sind 27 Unternehmen im Softwarezentrum mit rund 48 Arbeitsplätzen angesiedelt. Das Zentrum leistet somit einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung durch Schaffung der notwendigen Infrastruktur in speziellen Dienstleistungsbranchen. Das Projekt wird von der Stadt Friedrichshafen finanziell unterstützt.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Grundstücksmietvertrag mit GMG Generalmietgesellschaft mbH (vormals DeTe-Immobilien) vom 20. Dezember 1999 über die Anmietung des Gewerbeanwesens mit Büro- und Technikflächen in Friedrichshafen, Müllerstraße 12 - 14.
- ⇒ Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH vom 1. Februar 2002

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

keine

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/ Arbeitnehmerinnen

keine

10. Lagebericht**a) Lage und Geschäftsverlauf**

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Technologiezentrums, insbesondere für Existenzgründer und junge Unternehmen der Region Friedrichshafen. Dazu gehören:

- ⇒ die Anmietung der für den Betrieb des Technologiezentrums vorgesehenen und notwendigen Immobilie,
- ⇒ der Abschluss entsprechender Mietverträge mit potentiellen Untermietern,
- ⇒ die Koordination der für die Zielerreichung geplanten und durchzuführenden Maßnahmen,
- ⇒ das Marketing des Technologiezentrums,
- ⇒ die Verwaltung des Technologiezentrums, sowie
- ⇒ Existenzgründungsberatungen.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Gesellschafter sind die Stadt Friedrichshafen (51 %), die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH (29 %) und die IHK Bodensee Oberschwaben (20 %).

Im Geschäftsjahr wurde eine Gesellschafterversammlung abgehalten.

Im Jahr 2013 hat sich das Wirtschaftswachstum fortgesetzt, wenngleich auch mit einer wesentlich schwächeren Rate als im Vorjahr. Für das Jahr 2014 wird mit einem weiteren Anstieg der Wirtschaftsleistung in allen Branchen gerechnet. Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg werden dagegen der Maschinenbau, der Automobilbau, die Luft- und Raumfahrt und die unternehmensnahen Dienstleistungen sein. Diese Einschätzung geht davon aus, dass es zu keinen weiteren schwerwiegenden Verwerfungen an den Finanzmärkten kommt und die Lösung der Finanzkrisen in wichtigen Ländern der Eurozone voranschreitet. Die Erwerbstätigkeit legte im Jahr 2013 nach ersten Schätzungen um ca. 1,2 % gegenüber dem Vorjahr zu, der weitaus größte Anteil entfällt dabei auf die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Die Gründungsintensität der wirtschaftlich bedeutsameren Betriebsgründungen betrug 2013 in den Flächenländern Deutschlands zwischen 14 und 18 Gründungen je 10.000 Einwohner. Baden-Württemberg liegt mit 15 Betriebsgründungen je 10.000 Einwohner unter dem Bundeswert (16). Der Bodenseekreis liegt mit 13 Betriebsgründungen je 10.000 Einwohner unter dem Landesdurchschnitt von Baden-Württemberg (15). Gründe hierfür liegen zum einen im demografischen Wandel und den damit einhergehenden guten Jobaussichten insbesondere im Bodenseekreis und zum anderen in den restriktiveren Vergabebedingungen für den Gründungszuschuss (Quelle: statistisches Landesamt).

Auf dem Vermietungsmarkt von Büroräumen und Bürozentren herrscht in der Region ein starker Wettbewerb. Diesem Wettbewerb stellt sich die Frieks GmbH, indem zusätzlich zu den günstigen Mietkonditionen weitere Leistungen, wie z.B. kostenlose Gründungs- und Wachstumsberatung sowie Fördermittelberatung angeboten werden. Die Gründungsberatung, die im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages durch die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH durchgeführt wird, lässt eine zurückgehende Qualität der Gründungen erkennen. Ebenso ging die Anzahl der Beratungsgespräche zurück. Hohes Innovationspotenzial von Gründungen bildet eher die Ausnahme.

Das Technologiezentrum wurde mit öffentlichen Mitteln des Landes Baden-Württemberg gefördert. Die mit diesen Mitteln getätigten Investitionen unterlagen einer zwölfjährigen Bindungsfrist bis zum 31. Dezember 2011. Wesentlicher Bestandteil der Zweckbindungsfrist ist, dass der Gesellschafter Stadt Friedrichshafen und die Frieks GmbH während dieser Zeit anfallende Verluste aus dem Betrieb des Technologiezentrums übernehmen müssen.

Aufgrund europarechtlicher Vorgaben (sogenanntes Monti-Paket) wurde die Frieks GmbH im Geschäftsjahr 2010 im Rahmen eines Betrauungsaktes durch den Mehrheitsgesellschafter unbefristet mit der Wahrnehmung der ihr nach dem Gesellschaftsvertrag übertragenen Aufgaben als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut. Dieser Betrauungsakt wurde Ende des Jahres 2013 den neuen europarechtlichen Vorgaben (sogenanntes Almunia-Paket) angepasst.

Vermietung

Die Auslastung des Zentrums betrug zum Stichtag 31. Dezember 2013 ca. 53 % (Vj. 52 %). Der im Jahresmittel geplante Vermietungsgrad von 45 % wurde mit einem erreichten Vermietungsgrad von 59 % um 14 %-Punkte übertroffen. Absolut konnten zum Jahresende 2013 insgesamt 208 qm neu vermietet werden. Bezogen auf die vermietbare Fläche lag der Auslastungsgrad im Jahr 2013 zwischen 53 % und 61 %.

Von Januar bis März 2014 konnten 22 m² neu vermietet werden. Unter Berücksichtigung von Auszügen beträgt die aktuelle Auslastung ca. 49 %. Die Auslastung wird sukzessive im Lau-

fe des Jahres abnehmen, da die Frieks GmbH ihren operativen Geschäftsbetrieb zum 30. September 2014 einstellen wird und die Mietverhältnisse im Hinblick darauf nach Maßgabe der jeweiligen Kündigungsfrist im Berichtsjahr gekündigt wurden bzw. noch gekündigt werden.

Der Eigentümer des Grundstücks hat einen Teil des Grundstücks im Zuge einer längerfristig geplanten Arrondierung im Jahr 2013 verkauft. Das Mietverhältnis wurde dadurch nicht berührt. Der neue Eigentümer wird die auf diesem Grundstücksteil befindlichen Büropavillons einer gründlichen Sanierung unterziehen und die Büroräume weiter vermieten. Aufgrund dessen besteht für die ansässigen Mieter keine zwingende Notwendigkeit, sich nach anderen Räumen umzusehen.

Es wurden mehrere externe Veranstaltungen, unter anderem von der IHK Bodensee-Oberschwaben, in den Räumen der Frieks GmbH durchgeführt. Die inhaltlichen Themen der Vorträge zielten dabei speziell auf Fragestellungen ab, die im Zusammenhang mit jungen Unternehmen und/oder einer Existenzgründung standen. Seit 2012 bietet die Frieks GmbH in Zusammenarbeit mit dem baden-württembergischen Regionalbüro der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung spezielle Gründungsberatungen für Existenzgründer aus den Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft an.

Die Teilziele der Frieks GmbH, junge Unternehmen beim Wachstum und bei der Entwicklung von Arbeitsplätzen in der Region Friedrichshafen zu unterstützen, wurden erreicht.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden folgende Marketingmaßnahmen umgesetzt.

Messen, Präsentationen und Werbung

Die Frieks GmbH präsentierte sich auf vielen Veranstaltungen der WFB GmbH. Ferner wurde das Zentrum auf der Messe Expo Real in München durch die Auslage von Werbemitteln beworben.

Außerdem ist die Frieks GmbH mit einer umfangreichen Anzeige auf dem Gewerbeimmobilienportal der WFB GmbH vertreten und wirbt zudem mit einer Bannerwerbung auf dem Portal. Aus dieser Maßnahme resultieren auch die meisten Anfragen.

Veranstaltungen

Im Jahr 2013 wurden zwei Grundlagenworkshops für Existenzgründer gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben im Technologiezentrum durchgeführt.

Die Geschäftsführung beurteilt unter Berücksichtigung der vorstehenden Erläuterungen und Einschätzungen den Geschäftsverlauf 2013 als sehr zufriedenstellend.

b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Die Frieks GmbH weist im Geschäftsjahr 2013 wie im Vorjahr ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus. Zur Erreichung dieses Ergebnisses wurden nicht verbrauchte Zuschüsse des Mehrheitsgesellschafters in Höhe von 0,1 T€ neutralisiert, die als Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern erfasst wurden. Die im Geschäftsjahr 2013 realisierten Umsatzerlöse erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 5 € auf 128 T€. Dies ist auf erhöhte Einnahmen aus der Nebenkostenabrechnung 2012 in Höhe von 2 T€ und aus regulären Mieteinnahmen in Höhe von 3 T€ zurückzuführen.

Der Posten sonstige betriebliche Erträge enthält insbesondere öffentliche Zuschüsse. Der planmäßig geleistete monetäre Zuschuss des mit Mehrheit beteiligten Gesellschafters betrug

insgesamt 140 T€. Davon wurden 20,5 T€ in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen als Aufwandszuschuss verrechnet.

Insgesamt betrachtet erhöhten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 16,5 T€. Das ist im Wesentlichen auf erhöhte Kosten für Gas, Strom und Wasser zurückzuführen sowie auf die Anpassung der Rückstellung für Wiederherstellungs- und Instandhaltungsverpflichtungen in Höhe von 17 T€. Die Kosten für bezogene Leistungen belaufen sich insgesamt auf 233 T€ (Vj. 216 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Aufwendungen für Buchführung und Jahresabschluss in Höhe von 9 T€ (Vj. 9 T€) sowie Einzelwertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von 2,3 T€.

Die Gesellschaft finanziert sich über die laufenden Mieterlöse sowie über Gesellschafterzuschüsse, die im Rahmen eines Defizitausgleichs gewährt werden.

Vermögens- und Finanzlage

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 25.000 € ist voll eingezahlt. Insgesamt erhöhte sich die Bilanzsumme um 19 T€ auf nunmehr 157 T€.

Investitionen in das Anlagevermögen wurden im Geschäftsjahr 2013 – wie im Vorjahr – nicht vorgenommen.

Das Vorratsvermögen enthält die von der Frieks GmbH bezahlten und auf die Mieter umlegbaren Nebenkosten des Geschäftsjahres.

Die bilanzierten Werte für die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände ermäßigten sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 T€ auf 7,5 T€.

Die Guthaben bei Kreditinstituten erhöhten sich auf 114 T€ (Vj. 93 T€). Zur Verfügung stehende Kreditlinien in Höhe von 51 T€ wurden nicht in Anspruch genommen.

Auf der Passivseite erhöhten sich die erhaltenen Anzahlungen aufgrund der besseren Auslastung um 4 T€ auf insgesamt 38 T€ (Vj. 34 T€). Die von den Mietern erhaltenen Anzahlungen übersteigen die unter den Vorräten aktivierten umlegbaren Nebenkosten.

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachzukommen. Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Unternehmens. Dies wird durch ein zeitnahes Liquiditätsmanagement sichergestellt.

c) Voraussichtliche Entwicklung

In enger Zusammenarbeit mit dem Hauptgesellschafter wurde das Konzept der Frieks GmbH auf den Prüfstand gestellt. In der Gesellschafterversammlung im Jahr 2010 wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Gesellschafter nicht bereit sind, das Geschäftsmodell der frieks GmbH über den 30. September 2014 hinaus weiterzuführen. Die Gremien des Mehrheitsgesellschafters haben daraufhin Ende 2012 beschlossen, der Geschäftsführung zu empfehlen, den Mietvertrag mit dem Eigentümer über September 2014 hinaus nicht weiterzuführen. Daraufhin hat die Geschäftsführung dem Vermieter mitgeteilt, dass der Mietvertrag nicht verlängert wird. Somit wird die Fortführung des Zentrums über den 30. September 2014 hinaus und damit die Fortführung der Unternehmenstätigkeit nicht erfolgen.

Das Angebot von neuen Büro- und Gewerbeparks in der Region ist nach wie vor groß. Eine im Jahr 2013 verkaufte Teilfläche des Grundstücks steht nach Bestrebungen des neuen Eigentümers den Mietern auch über den 30. September 2014 hinaus zur Verfügung. Das nutzt

die Frieks GmbH, um den Bestandsmietern umfassende Unterstützung bei der Suche nach adäquaten Ersatzräumlichkeiten bzw. bei der Umsiedlung von den beiden Bestandsgebäuden in die Büropavillons zu geben. Ziel ist es, die Unternehmen in der Region Friedrichshafen zu halten.

Für das Geschäftsjahr 2014 geht die Geschäftsführung davon aus, dass aufgrund von Kündigungen mit niedrigeren Umsatzerlösen zu rechnen ist. Die Liquiditätsreserven werden im Geschäftsjahr 2014 planmäßig stark zurückgehen. Grund ist die im Zuge der Beendigung des Generalmietvertrages vertraglich fixierte Renovierungspflicht durch die Frieks GmbH. Diese Renovierungspflicht besteht allerdings nur für die beiden festen Gebäude. Für die Büropavillons konnte mit dem Alteigentümer und dem Neueigentümer eine Abstandszahlung zu marktüblichen Preisen vereinbart werden.

Darüber hinaus hat der Mehrheitsgesellschafter einen durch das Regierungspräsidium genehmigten Doppelhaushalt für die Jahre 2014 und 2015. Die in diesem Haushaltsplan aufgeführten Zuschüsse an die Frieks GmbH belaufen sich für 2014 auf 120 T€ und für 2015 auf 30 T€. Damit signalisiert der Mehrheitsgesellschafter, die Frieks GmbH auch nach Auslaufen der Förderperiode zum 31. Dezember 2011 finanziell weiter zu unterstützen, auch über das Jahr 2014 hinaus. Mit den vorhandenen liquiden Mitteln und den genannten Zuschüssen ist damit die Abwicklung der Gesellschaft aus Sicht der Geschäftsführung finanziell gesichert. Nach allem, was bekannt ist, rechnet die Geschäftsführung außerdem mit keinen Überraschungen in Bezug auf die Abwicklung des Generalmietvertrages mit dem Vermieter.

Der durch den Gemeinderat beschlossene Betrauungsakt des Mehrheitsgesellschafters sieht Ausgleichszahlungen an die Gesellschaft im Zusammenhang mit dem Betrieb des Technologiezentrums vor, deren maximale Höhe sich aus dem Wirtschaftsplan des jeweiligen Jahres ergibt. Ferner sollen mit dem Betrauungsakt des Mehrheitsgesellschafters etwaige Fördermittelrisiken ausgeschlossen werden. Mit dem Betrauungsakt einhergehende (umsatz-) steuerrechtliche Fragen wurden im Rahmen des Risikomanagements zuletzt aus Anlass einer Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg zur umsatzsteuerlichen Behandlung von Zuschüssen an kommunale und landesbeteiligte GmbHs sowie aus Anlass der Anpassung des Betrauungsaktes im Jahr 2013 insbesondere mit dem Mehrheitsgesellschafter des Unternehmens eingehend diskutiert. Dabei wurde festgestellt, dass der Betrauungsakt das Ergebnis umfangreicher Untersuchungen und Vorarbeiten ist und verfügbare Hinweise des Deutschen Städtetags bzw. auch diejenigen anderer Städte beachtet wurden. Ebenso wurde festgestellt, dass es sich vor dem Hintergrund der laufenden Bund-Länder-Arbeitsgruppe nicht anbietet, eine verbindliche Auskunft der Finanzbehörden hinsichtlich der umsatzsteuerlichen Einordnung der kommunalen Zuschüsse an die Frieks GmbH einzuholen. Außerdem gibt es noch keine endgültige Klärung durch die Rechtsprechung, ob der Betrauungsakt ausreicht, um alle beihilferechtlichen und steuerrechtlichen, insbesondere umsatzsteuerlichen Risiken auszuschließen.

Die Geschäftsführung hat sich außerdem mit der Frage beschäftigt, ob die jährlichen Zahlungen des Mehrheitsgesellschafters aufgrund eines möglicherweise vorhandenen Leistungsaustauschs zwischen dem Mehrheitsgesellschafter und der Frieks GmbH der Umsatzsteuer zu unterwerfen seien. Echte Zuschüsse liegen vor, wenn die Zahlungen unabhängig von einer bestimmten Leistung gewährt werden, weil z. B. der Empfänger im überwiegenden öffentlich-rechtlichen Interesse handelt und deshalb an ihn gezahlt wird. Ferner sind Vorteile in Form von Subventionen, Fördermitteln und dergleichen, die ein Unternehmer zur Förderung seiner im allgemeinen Interesse liegenden Tätigkeit ohne Bindung an bestimmte Umsätze erhält, kein Entgelt. Grund der kontinuierlichen Zahlungen durch den Mehrheitsgesellschafter ist die im überwiegenden öffentlichen Interesse liegende Förderung der Frieks GmbH, nicht der Erwerb eines verbrauchsfähigen Vorteils durch den Mehrheitsgesellschafter. Die Rechtsprechung geht außerdem davon aus, dass Zuwendungen zur Projektförderung auf der Grundlage von Allgemeinen Nebenbestimmungen für

Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) grundsätzlich als echte Zuschüsse zu betrachten sind. Die ANBest-P waren Bestandteil der Förderung durch das Land Baden-Württemberg im Jahr 2000 und verpflichteten schon damals den Mehrheitsgesellschafter zur Übernahme der Betriebsverluste. Mit Auslaufen der Förderperiode zum 31. Dezember 2011 hat sich an dem Geschäftsmodell sowie an der Finanzierung der Gesellschaft nichts geändert.

Aus den dargestellten Gründen ist die Geschäftsführung der Auffassung, dass keine Anhaltspunkte vorliegen, welche die unrichtige Behandlung der Zuschüsse des Mehrheitsgesellschafter bzw. des Verlustausgleiches zur Folge haben könnten. Aufgrund der Komplexität des Steuerrechts kann das Risiko, dass diese Auffassung widerlegt wird, von der Geschäftsführung allerdings im Hinblick auf einen möglichen Leistungsaustausch nicht vollständig ausgeschlossen werden. Sofern es zu diesem Szenario kommt, entstehen Unsicherheiten und Risiken, die sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken können. Im Fall der nachträglichen Besteuerung der Zuschüsse mit Umsatzsteuer wären jedenfalls die Geschäftsjahre 2009 bis 2014 betroffen. Der Bestand der Gesellschaft wäre in diesem Fall gefährdet. Da auch der Mehrheitsgesellschafter ein Interesse an dem Unternehmensfortbestand signalisiert hat, geht die Geschäftsführung davon aus, dass ggfs. im Falle einer Umsatzsteuerpflicht der Zuschüsse die dadurch entstehenden Verluste ausgeglichen werden, so dass das Risiko als beherrschbar angesehen wird.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag sind, soweit nicht schon genannt, nicht bekannt.

Investitionen in das Anlagevermögen stehen aus heutiger Sicht nicht an. Die Geschäftsführung rechnet im Geschäftsjahr 2014 mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Friedrichshafen, 28. März 2014

Benedikt Otte

Michael Mahl

11. Abschlussprüfer

Kanzlei Keller, Prüfung - Steuern - Beratung, Owingen

Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH
Kontakt:	Flughafen 29, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541/284-118 Fax: 07541/284-159 E-Mail: fps@fly-away.de
Gründungsdatum:	Januar 2007
Eintragung Handelsregister:	23. Mai 2007
Gesellschaftsvertrag:	16. Januar 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen aller Art, die im Zusammenhang mit dem Betrieb eines regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen stehen, insbesondere von Loading und Winterdienst.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Flughafen Friedrichshafen GmbH	18.800 €	75,20 %
KDS Klinikdienste Service- und Beteiligungs GmbH	6.200 €	24,80 %
	25.000 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Ute Mayer

Gesellschafterversammlung: ist eingerichtet.

5. Öffentlicher Zweck

Die Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH (FPS) ist eine Organgesellschaft der Flughafen Friedrichshafen GmbH (FFG). Es liegt eine umsatzsteuerliche Organschaft vor.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Serviceleistungsvertrag zwischen der FFG und FPS vom 5. November 2013
- ⇒ Mietvertrag zwischen FFG und FPS vom 2. Juli 2007
- ⇒ Managementvertrag zwischen KDS und FPS vom 22. Februar/1. März 2007

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

keine

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr waren 52 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

10. Lagebericht

a) Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Auswirkung auf die Lage des Unternehmens

Die FPS bietet Dienstleistungen am Standort Friedrichshafen an. Hierzu zählen insbesondere Loading, Winterdienst, Schließdienst, Quality Management sowie Reinigungsarbeiten.

Die FPS ist eine Organgesellschaft der Flughafen Friedrichshafen GmbH. Aufgrund der Tatsache, dass die FPS größtenteils Auftragnehmerin der Flughafen Friedrichshafen GmbH ist, besteht eine gewisse Abhängigkeit. Somit spürt die FPS den enormen Druck der Luftfahrtbranche, verbunden mit einem gebremsten Wachstum.

Im Berichtsjahr befand sich die Branche und Verkehrsentwicklung der Flughafen Friedrichshafen GmbH gleichermaßen unter Druck.

Die Flughafen Friedrichshafen GmbH hat die prognostizierten Passagierzahlen im Jahr 2013 bei weitem nicht erreichen.

Das angebotene Spektrum an Serviceleistungen wurde unverändert von der Flughafen Friedrichshafen GmbH sowie ansässigen Firmen in Anspruch genommen. Somit konnte auch 2013 wiederholt ein positives Ergebnis erzielt werden.

Entwicklung der Gesellschaft und Geschäftsfelder des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde im Januar 2007 als Dienstleister gegründet und nahm zum 1. März 2007 ihre Tätigkeit auf. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen aller Art, die im Zusammenhang mit dem Betrieb eines regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen stehen, insbesondere von Loading und Winterdienst. Seit dem Jahr 2012 wird das Dienstleistungsspektrum um das Quality Management sowie Reinigungsarbeiten erweitert.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2013 konnte ein Umsatz von 502 T€ erzielt werden. Dieser lag somit unter den Erwartungen des geplanten Umsatzes in Höhe von 511 T€.

Für das Jahr 2014 wird mit einem Umsatz von 513 T€ gerechnet.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2013 wurden Investitionen in Höhe von 2.062 € getätigt, welche auf die Anschaffung eines gebrauchten PKW sowie einer Sprossendrehleiter zurückgehen.

Finanzierungsmaßnahmen und –vorhaben

Die Gesellschaft konnte bisher ohne die Aufnahme von Krediten auskommen. Für das Jahr 2014 sind derzeit keine Investitionen vorgesehen.

Personal

Die Gesellschaft beschäftigte bis zum Ende des Geschäftsjahres 52 Mitarbeiter, von denen 47 geringfügig und 5 sozialversicherungspflichtig beschäftigt wurden. Die Entlohnung erfolgte je nach Art und Umfang der Leistung nach einem vorab erstellten Vergütungsschlüssel.

b) Darstellung der Lage

Vermögenslage

Die Bilanzsumme lag zum 31. Dezember 2013 bei 157 T€, was eine Eigenkapitalquote von 50,5 % mit sich brachte.

Das Umlaufvermögen repräsentiert die Bilanzsumme zu 97,9 %. Abwertungen des Umlaufvermögens waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Stille Reserven konnten nicht gebildet werden.

Die Verbindlichkeiten belaufen sich auf rd. 15,5 % der Bilanzsumme.

Finanzlage

Die liquiden Mittel beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf 147 T€ und damit auf 93,2 % der Bilanzsumme. Die Gesellschaft konnte sich aus Eigenmitteln finanzieren, die Aufnahme von Bankverbindlichkeiten war nicht erforderlich.

Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte einen Gewinn von 4 T€. Dieser lag damit über dem geplanten Wert.

Der Umsatzrückgang der Gesellschaft konnte aufgrund von Kostenoptimierungen aufgefangen werden, was zu einem positiven Jahresergebnis geführt hat.

Für das Geschäftsjahr 2014 wird wieder mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

c) Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Gesellschaft ist im Wesentlichen vom Umfeld und der Erholung im Flugverkehr abhängig. Mit neuen Airlines und einer konsequenten Positionierung als Vier-Länder-Flughafen hat der Flughafen Friedrichshafen die Grundlage für eine positive Entwicklung gelegt.

Für den Flughafen Friedrichshafen ist es das oberste Ziel, eine Ausweitung in allen Kundensegmenten und die Vergrößerung der Destinationsvielfalt zu erreichen. Ebenso die Strategie, weitere Drehkreuzanschlüsse zu schaffen. Eine breitere Aufstellung in allen Segmenten ist wichtig, um auf Schwankungen und Krisen in der Branche vorbereitet zu sein, verbunden mit der Möglichkeit, diese ausgleichen zu können.

Weiterhin ist es eine Chance für die FPS, dem Flughafen Friedrichshafen hierdurch kostengünstigere Leistungen anzubieten und somit kann davon ausgegangen werden, dass weitere Dienstleistungen auf die Gesellschaft ausgelagert werden.

Ungeachtet dessen wird auch künftig versucht, den Drittgeschäft-Markt auszubauen.

d) Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben, sind nicht zu verzeichnen.

e) Ausblick

Die Gesellschaft rechnet für das Jahr 2014 mit einem leicht steigenden Umsatz. Durch die abgeschlossenen Verträge sind die Erwartungen für das Geschäftsjahr 2014 insgesamt als gesichert zu bezeichnen.

Die mittelfristige Entwicklung, die abhängig von den äußeren Rahmenbedingungen ist, zeigt bedingt durch die vom Flughafen Friedrichshafen prognostizierten steigenden Passagierzahlen weiterhin ein ausgeglichenes Ergebnis.

Friedrichshafen, 4. März 2014

Ute Mayer

11. Abschlussprüfer

Dr. Fritz Städele,
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft GmbH

Gesundheitsakademie Tett nang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Gesundheitsakademie Tett nang GmbH
Kontakt:	Emil-Münch-Str. 16, 88069 Tett nang Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178 E-Mail: info@klinik-tett nang.de Homepage: www.klinik-tett nang.de
Gründungsdatum:	11. Mai 2006
Eintragung Handelsregister:	29. Juni 2006
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	11. Mai 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Gesundheitsakademie an der Klinik Tett nang GmbH als Einrichtung zur Informationsvermittlung, Weiterbildung, Gesundheits-schulung und Behandlung.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesundheitsakademie Tett nang GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Klinik Tett nang GmbH	12.750 €	51,00 %
Dr. Martin Pfeifer	5.500 €	22,00 %
Dr. Andreas Kost	5.500 €	22,00 %
Karl Peter Sohler	1.250 €	5,00 %
	25.000 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr Jürgen Sachsenmaier

5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

keine

10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

Gewinnverwendung

Der Jahresabschluss wurde nach teilweiser Gewinnverwendung aufgestellt. In den Bilanzverlust wurde ein Verlustvortrag von 3.103,08 € (Vj. 3.555,97 €) einbezogen.

11. Abschlussprüfer

RSW Treuhand GmbH

Waldburg-Zeil Klinikdienste Tett nang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Waldburg-Zeil Klinikdienste Tett nang GmbH
Kontakt:	Emil-Münch-Str. 16, 88069 Tett nang Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178 E-Mail: info@klinik-tett nang.de Homepage: www.klinik-tett nang.de
Gründungsdatum:	29. November 2005
Eintragung Handelsregister:	21. Februar 2006
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	29. November 2005
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Erbringung von Serviceleistungen, insbesondere von Hygiene-, Reinigungs- und Sterilisationsdiensten, Hol- und Bringdiensten, Krankenhausgebäudemanagement und -logistik, Betrieb von Küchen, Cafeterien, Kiosken und Bettenzentralen sowie die Übernahme von Pflegehilfs-, Wirtschafts-, Verwaltungs- und technischen Diensten einschließlich des Managements von nicht medizinischem Personal.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Waldburg-Zeil Klinikdienste GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Klinik Tett nang GmbH	12.750 €	51,00 %
KDS Klinikdienste Service- und Beteiligungs GmbH	12.250 €	49,00 %
	25.000 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Jürgen Sachsenmaier

5. Öffentlicher Zweck

s. unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft hat insgesamt 35 Mitarbeiter.

10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

Gewinnverwendung

Der Geschäftsführer schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresfehlbetrag per 31. Dezember 2013 in Höhe von 5.688,77 € zusammen mit dem Verlustvortrag 2012 in Höhe von 3.270,12 € auf neue Rechnung vorzutragen.

11. Abschlussprüfer

Dr. Fritz Städele, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft GmbH, Kempten

Waldburg-Zeil Personalservice GmbH**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	Waldburg-Zeil Personalservice GmbH
Kontakt:	Riedstraße 16, 88316 Isny-Neutrauchburg Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178 E-Mail: info@klinik-tettnang.de Homepage: www.klinik-tettnang.de
Gründungsdatum:	06. April 2009
Eintragung Handelsregister:	11. Mai 2009 (HRB 723613)
Gesellschaftsvertrag:	6. April 2009
Letzte Änderung:	4. Mai 2009
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Personaldienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Bereitstellung von Personal, Personalvermittlung, Personalbetreuung, Beratung in Personalfragen und die Übernahme von Personalverwaltungsaufgaben.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € und ist voll einbezahlt.

Die Geschäftsanteile werden zu 100 % von der Klinik Tettnang GmbH gehalten.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Ellio Schneider

5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen
keine

10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

Gewinnvortrag

Der Jahresabschluss wurde nach teilweiser Gewinnverwendung aufgestellt. In den Bilanzgewinn wurde ein Gewinnvortrag von 5.970,24 € (Vj. Gewinnvortrag 6.462,82 €) einbezogen.

11. Abschlussprüfer

RSW Treuhand GmbH

Medizinisches Versorgungszentrum Tett nang GmbH**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) Tett nang GmbH
Kontakt:	Emil-Münch-Str. 16, 8806 Tett nang Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178 E-Mail: info@klinik-tett nang.de Homepage: www.klinik-tett nang.de
Gründungsdatum:	06. Dezember 2007
Eintragung Handelsregister:	28. Januar 2008
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	07. Dezember 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, der öffentlichen Gesundheitspflege und die Förderung des Wohlfahrtswesens. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb eines fachübergreifenden medizinischen Versorgungszentrums im Sinne von § 95 SGB V als Einrichtung der Wohlfahrtspflege im Sinne von § 66 AO.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 SGB V zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Zudem die hiernach zulässige Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern der Krankenhausbehandlung und der Vorsorge und Rehabilitation und nichtärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebotes der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die ihrem Gegenstand unmittelbar dienen. Sie kann sich im Rahmen des gesetzlich Zulässigen an weiteren, ihrem Zweck dienenden Gesellschaften und Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens beteiligen oder mit diesen kooperieren. In diesem Rahmen erfüllt die Gesellschaft öffentliche Aufgaben.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € und ist voll einbezahlt.

Die Geschäftsanteile werden zu 100 % von der Klinik Tett nang GmbH gehalten.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Jürgen Sachsenmaier

Organträger: Klinik Tett nang GmbH

5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

Organschaftsvertrag vom 15. Juli 2010 mit Nachtrag vom 21. November 2013. Durch notariellen Vertrag vom 17. Dezember 2013 wurde der Organschaftsvertrag mit Wirkung zum 31. Dezember 2013 aufgehoben.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

keine

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft hat insgesamt 28 Mitarbeiter.

10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

Durch den Organschaftsvertrag vom 15. Juli 2010 erfolgt an die Klinik Tettnang GmbH folgende steuerliche Ergebniszurechnung: 320.841,58 €.

11. Abschlussprüfer

RSW Treuhand GmbH

VI. Sonstige Mitgliedschaften des Landkreises

Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG
Kontakt:	Neuer Wall 1, 78315 Radolfzell Tel.: 07732 / 9268-0 Fax: 07732 / 9268-68 E-Mail: info@bfhb.de Homepage: www.familienheim-bodensee.de
Gründungsdatum:	1. März 1950
Eintragung Genossenschaftsregister:	24. Juli 2001
Letzte Änderung	15. Juni 2012
Satzung:	9. April 2009
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Die Genossenschaft kann Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, veräußern, bewirtschaften, betreuen, verwalten und vermitteln; hierzu zählen insbesondere alle Wohnungs-, Gewerbe-, Dienstleistungs-, Verkehrs- und Freizeitimmobilien und alle damit verbundenen Aufgaben im Dienstleistungsbereich. Sie kann ferner alle im Bereich des Grundstücks-, Wohnungs- und Immobilienwesens, des Städtebaus, der Infrastruktur und der Raumordnung anfallenden Aufgaben übernehmen. Dazu gehören auch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Genossenschaft kann Vermögen verwalten, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen sowie Unternehmens- und sonstige Beratungen durchführen.

Beteiligungen sind zulässig. Die Genossenschaft kann auch sonstige Geschäfte tätigen, die geeignet sind, dem Zweck der Genossenschaft zu dienen. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten mit Stand 31. Dezember 2013 insgesamt 2.514 Mitglieder mit Geschäftsanteilen von insgesamt 1.307.007 € an.

Der Bodenseekreis ist an der Genossenschaft mit einem Geschäftsanteil von 160 € (0,012 %) beteiligt.

4. Organe des Unternehmens

Vorstand: Wilhelm Stiefet
Stefan Andelfinger

Aufsichtsrat: Wilhelm Weißbecher, Ehrenvorsitzender
Bernhard Hertrich
Josef Dichgans
Dr. Christoph Wagener
Susanne Sträßle (ab 25.06.2013)

Ernst Arnegger (bis 25.06.2013)
Michael Dohm
Dr. Jörg Schmidt (bis 13.12.2013)
Werner Schwacha

5. Öffentlicher Zweck

Die Genossenschaft verfügt über insgesamt 1.355 genossenschaftseigene Wohnungen, 505 Garagen sowie 9 gewerbliche Einheiten.

Aufgrund der guten Nachfrage ist die Vermietungssituation an den eigenen Standorten beständig und positiv.

Die Zahl der Mieterwechsel blieb mit 89 in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (Vj. 85). Unter Berücksichtigung der Anpassungen an die ortsübliche Vergleichsmiete und die Mietanpassungen, die aus Modernisierungstätigkeiten hervorgehen, beträgt das derzeitige Grundmietniveau durchschnittlich 5,51 €/m² Wfl.mtl.

6. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG hält folgende Beteiligungen:

- ⇒ Wohnbau Bodensee GbR (Anteil 50 %)
- ⇒ BHS Städtebau Bodensee/Hegau GmbH (Anteil 17 %).

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung von der Baugenossenschaft Familienheim Bodensee an den Bodenseekreis:

- ⇒ 6,40 € Dividende für das Geschäftsjahr 2012 (4 %)

Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG
Kontakt:	Scheffelstr. 52, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 3011-0 Fax: 07541 / 3011-80 E-Mail: info@kreisbau-bodenseekreis.de Homepage: www.kreisbau-bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	8. Juli 1949
Eintragung Genossenschaftsregister:	23. August 1949
Satzung:	21. Dezember 2005
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Nach § 2 der Satzung ist vorrangiger Zweck der Genossenschaft, eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Mitglieder der Genossenschaft.

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, betreuen, bewirtschaften, vermitteln und veräußern. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten zum 31. Dezember 2013 insgesamt 1.523 Mitglieder (Vj. 1.535) mit 8.693 Geschäftsanteilen an.

Der Bodenseekreis besitzt neun Geschäftsanteile in Höhe von 1.800 € (0,10 %).

4. Organe des Unternehmens

Die Organe der Kreisbaugenossenschaft sind der Vorstand und der Aufsichtsrat.

5. Öffentlicher Zweck

Im Eigenbestand der Genossenschaft befanden sich am 31. Dezember 2013 insgesamt 1.164 Wohneinheiten in 112 Gebäuden, 11 gewerbliche Räume sowie 513 Garagen. Die Durchschnittsmiete bei einer Gesamtwohnfläche von 75.014 m² beträgt, ohne Betriebskosten – unter Einbeziehung der gewerblichen Flächen – 6,18 € pro m².

Neubauprojekte sind im Jahr 2013 nicht entstanden. Das im Jahr 2004 in der Allmandstraße erworbene Grundstück mit dem alten Finanzamtsgebäude war noch bis Anfang 2013 vermietet. Inzwischen wurde das Gebäude abgerissen. In Planung ist, auf dem über 6.900 m² großen Grundstück in guter innerstädtischer Lage 57 frei finanzierte Mietwohnungen, 4 Seniorenwohnungen, eine Seniorenwohngemeinschaft und 4 Praxis- und Gewerberäume zu

errichten. Das Bauprojekt soll 2014 begonnen und bis 2016 fertiggestellt werden. Das Bauvolumen wird auf 25 Mio. budgetiert und mit Eigenkapital, Fremd- und KfW-Mitteln finanziert.

6. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung von der Kreisbaugenossenschaft an den Bodenseekreis:

⇒ 54 € Dividende für das Geschäftsjahr 2012 (3 %)

Baugenossenschaft Überlingen eG**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	Baugenossenschaft Überlingen eG
Kontakt:	Nußdorfer Str. 32, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 918730 Fax: 07551 / 918740 E-Mail: post@baugenossenschaft-ueberlingen.de Homepage: www.baugenossenschaft-ueberlingen.de
Gründungsdatum:	20. Mai 1949
Eintragung Genossenschaftsregister:	1949
Satzung:	August 2013
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Genossenschaft ist vorrangig die Wohnversorgung ihrer Mitglieder. Die Genossenschaft errichtet, erwirbt, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Mietwohnungen. Sie kann Eigentumswohnungen und Eigenheime verwalten. Entsprechendes gilt für andere Bauten, soweit dies wohnungswirtschaftlich, städtebaulich und zur Vervollständigung der Infrastruktur erforderlich ist. Sie kann demgemäß Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerberäume sowie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Genossenschaft kann bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten, veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Beteiligungen sind zulässig. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen. Daneben kann sie sonstige Geschäfte tätigen, die geeignet sind, dem Zweck der Genossenschaft zu dienen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten zum 31. Dezember 2013 insgesamt 975 Mitglieder (Vj. 915) mit 23.572 Geschäftsanteilen (Vj. 19.153) an.

Der Bodenseekreis ist an dieser Baugenossenschaft als Rechtsnachfolger des Landkreises Überlingen mit einem Geschäftsanteil von 155 € beteiligt (0,66 %). Der Beitrittsbeschluss wurde im Kreistag am 27. Juni 1956 gefasst.

4. Organe des Unternehmens

Die Organe der Baugenossenschaft sind der Vorstand und der Aufsichtsrat.

Geschäftsführer: Dieter Ressel, Dipl.-Ing. (FH)

Vorstand: Dr. Andreas Huther
Dieter Ressel, Dipl.-Ing. (FH)

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Stv. Vorsitzender

Mitglieder

Wolfgang Wiest, Dipl.-Sparkassen-Betriebswirt

Günter Hornstein, Polizeihauptkommissar

Konrad Huther, Bankprokurist

Hartmut Hueber, Geschäftsführer

Mirko Gläser, Dipl.-Ing. (FH)

Fritz Krefeldt, Feinmechaniker

Heinrich Besserer, Rechtsanwalt

Des Weiteren wurden folgende Ausschüsse gebildet:

Prüfungs- und Finanzausschuss

Bau. Und Wohnungsausschuss

5. Öffentlicher Zweck

Wichtigster Geschäftszweig ist die Erhaltung des eigenen Bestandes. Der von der Genossenschaft verwaltete eigene Haus- und Wohnungsbestand umfasst per 31. Dezember 2013 57 Häuser mit 472 Wohnungen, zwei Gewerbeeinheiten, eine Geschäftsstelle, 29 Garagen, 130 Tiefgaragenstellplätze, 172 Abstellplätze und 5 Carports.

Die durchschnittliche Kaltmiete beträgt 6,04 €/m² Wohnfläche. Die gesamte Wohn- und Nutzfläche beträgt 35.208 m².

6. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Überlinger Wohnbau GmbH (Einlage: 26.000 €, 100 %)

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung von der Baugenossenschaft Überlingen eG an den Bodenseekreis:

⇒ 6,20 € Dividende für das Geschäftsjahr 2012 (4 %)

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben Körperschaft des öffentlichen Rechts
Kontakt:	Hirschgraben 2, 88214 Ravensburg Tel.: 0751 / 36354-0 Fax: 0751 / 36354-54 E-Mail: info@rvbo.de Homepage: www.bodensee-oberschwaben.de
Gründungsdatum:	1. Januar 1973

Die Inhalte, die das Jahr 2013 betreffen, stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Verbandsversammlung am 5. Dezember 2014.

2. Gegenstand des Unternehmens

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist Träger der Regionalplanung für das Gebiet der Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen. Zu seinen Aufgaben zählen nach den gesetzlichen Vorgaben des Landes Baden-Württemberg:

- ⇒ die Aufstellung und (Teil)Fortschreibung des Regionalplans, die Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung des Landesentwicklungsplans sowie der fachlichen Entwicklungspläne des Landes,
- ⇒ die Mitwirkung an Raumordnungsverfahren und
- ⇒ die Aufstellung und Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans.

Der Regionalverband unterrichtet und berät die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen Stellen und die Personen des Privatrechts über die Erfordernisse der Raumordnung. Er unterstützt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts in den Nachbarregionen, Nachbarländern und Nachbarstaaten in allen regionalbedeutsamen Angelegenheiten, insbesondere durch die Mitgliedschaft in Körperschaften, Gesellschaften, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen, die grenzüberschreitend tätig sind.

Der Regionalverband kann in allen regionalbedeutsamen Angelegenheiten, insbesondere bei der regionalbedeutsamen Wirtschaftsförderung und beim regionalen Tourismusmarketing, Mitglied in Körperschaften, Gesellschaften und Einrichtungen werden.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist kraft ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er hat allerdings weder den Charakter einer Gebietskörperschaft noch den eines Zweckverbandes, daher gibt es keine echten Verbandsmitglieder.

Die Landkreise und Kommunen entsenden keine weisungsgebundenen Vertreter in die Gremien des Regionalverbandes und können somit nicht unmittelbar Einfluss auf dessen Willensbildung nehmen.

4. Organe und Geschäftsführung

Hauptorgan ist die Verbandsversammlung. Ihr gehören derzeit 56 Mitglieder an, die von den Kreisräten der drei Landkreise im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Kreistags gewählt werden. Der Bodenseekreis entsendet 19 Mitglieder in die Verbandsversammlung. Die Landkreise Ravensburg und Sigmaringen 25 bzw. 12 Mitglieder.

Es sind zwei beschließende Ausschüsse eingerichtet: ein Planungsausschuss mit 20 Mitgliedern und ein Verwaltungsausschuss mit 10 Mitgliedern.

Der Verbandsvorsitzende ist ebenfalls Organ des Regionalverbands. Er ist ehrenamtlich tätig und wird aus der Mitte der Verbandsversammlung für die Dauer seiner Amtszeit als Mitglied der Verbandsversammlung gewählt. Als Vorsitzender der Verbandsversammlung vertritt er den Verband, leitet die Verbandsverwaltung und erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung.

<u>Verbandsvorsitzender</u>	Hermann Vogler, Oberbürgermeister a.D. (bis 12.12.2013)
<u>Stv. Verbandsvorsitzende</u>	Dirk Gaerte, Landrat Sigmaringen (ab 13.12.2013) Dirk Gaerte, Landrat Sigmaringen (bis 12.12.2013) Thomas Kugler, Bürgermeister Pfullendorf (ab 13.12.2013) Peter Allgaier, Bürgermeister a.D. Salem Jürgen Lang, Ravensburg

Der Verbandsdirektor vertritt den Verbandsvorsitzenden ständig bei der Erfüllung seiner Aufgaben und wird von der Verbandsversammlung als Beamter auf Zeit gewählt. Seine Amtszeit beträgt acht Jahre.

<u>Verbandsdirektor</u>	Wilfried Franke, Dipl.-Geogr.
-------------------------	-------------------------------

5. Öffentlicher Zweck

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist eine kommunal verfasste Körperschaft des öffentlichen Rechts und verwaltet seine Angelegenheiten in eigener Verantwortung. Er unterliegt in weisungsfreien Angelegenheiten der Rechtsaufsicht des Landes Baden-Württemberg. Obere Rechtsaufsichtsbehörde ist das Regierungspräsidium Tübingen; oberste Rechtsaufsichtsbehörde ist das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

6. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wichtige Verträge

keine

8. Finanzierung/Finanzbeziehungen

Zahlung vom Bodenseekreis an den Regionalverband:

⇒ 291.985 € Umlage

9. Wirtschaftsführung

Der Regionalverband erhält für die Erfüllung seiner Aufgaben vom Land einen jährlichen Zuschuss (0,11 € je Einwohner und 17,90 € je Quadratkilometer Regionsfläche). Soweit dieser Landeszuschuss und die sonstigen Einnahmen nicht zur Deckung seines Finanzbedarfs ausreichen, erhebt er von den zu ihm gehörenden Landkreisen eine Umlage. Die Höhe der Umlage wird in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr festgesetzt und nach dem Verhältnis der jeweiligen Steuerkraftsummen aufgeteilt.

Die Gesamtumlage im Jahr 2013 betrug 796.064 €. Der Bodenseekreis hat davon 291.985 € (36,68 %, Vj. 33,54 %) gezahlt. Die restliche Umlage wurde von den Landkreisen Sigmaringen und Ravensburg geleistet.

Auf die Wirtschaftsführung des Regionalverbands finden die Vorschriften des Landes über die Gemeindewirtschaft entsprechend Anwendung mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung, die Auslegung und die ortsübliche Bekanntgabe des Beschlusses über die Feststellung der Jahresrechnung, die Finanzplanung, das Rechnungsprüfungsamt und den Fachbediensteten für das Finanzwesen.

10. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

In der Geschäftsstelle waren im Bezugsjahr 8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Dazu gehören der Verbandsdirektor (Geschäftsführung), sein Stellvertreter (Leitender Planer für die Raum- und Umweltplanung), drei weitere Planer (Siedlungsplanung, Verkehrsplanung, Planungsinformationssysteme), ein Verwaltungsleiter, ein Kartograph und eine Verwaltungsmitarbeiterin.

Zweckverband PROTEC Orsingen

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Zweckverband PROTEC Orsingen
Kontakt:	Benediktinerplatz 1 78467 Konstanz Tel.: 07531 / 800-1150 Fax: 07531 / 800-1166 E-Mail: ludwig.egenhofer@lrakn.de Homepage: www.protec-orsingen.de
Verbandssatzung vom:	21. Juni 1978
Letzte Änderung:	20. November 2001
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Satzungsmäßige Aufgabe des Zweckverbandes ist der Betrieb der Tierkörperbeseitigung in Orsingen sowie von zugeordneten Kleintiersammelstellen und Umsetzstationen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Von der Festsetzung eines Stammkapitals wurde in der Verbandsversammlung abgesehen.

Dem Zweckverband gehören die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Konstanz, Rottweil, Sigmaringen, Tuttlingen, Waldshut, Lörrach, Bodenseekreis, Ortenaukreis, Schwarzwald-Baar-Kreis und der Stadtkreis Freiburg im Breisgau an.

4. Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung:

Vorsitzender:	Frank Hämmerle, Landrat Konstanz
stv. Vorsitzender:	Lothar Wölfe, Landrat Bodenseekreis
Mitglieder:	Landräte der beteiligten Landkreise Oberbürgermeister des beteiligten Stadtkreises

5. Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck ist die Beseitigung und/oder Verwertung von Tierkörpern nach dem Tierkörperbeseitigungsgesetz bis nach Abschluss des Entseuchungsvorgangs.

6. Wesentliche Verträge

Am 19. Dezember 2013 wurde der Vertrag zum Beitritt des ZV Protec zum ZV Warthausen unterzeichnet. Der Beitritt erfolgte zum 1. Januar 2014.

Zum 1. Januar 2014 wurde der ZV Warthausen in ZV ZTN-Süd BW umbenannt. Die Nahwärme bleibt beim Altverband Protec und soll mittelfristig veräußert werden, ebenso die vorhandenen Grundstücke in Lauchringen und Schuttern.

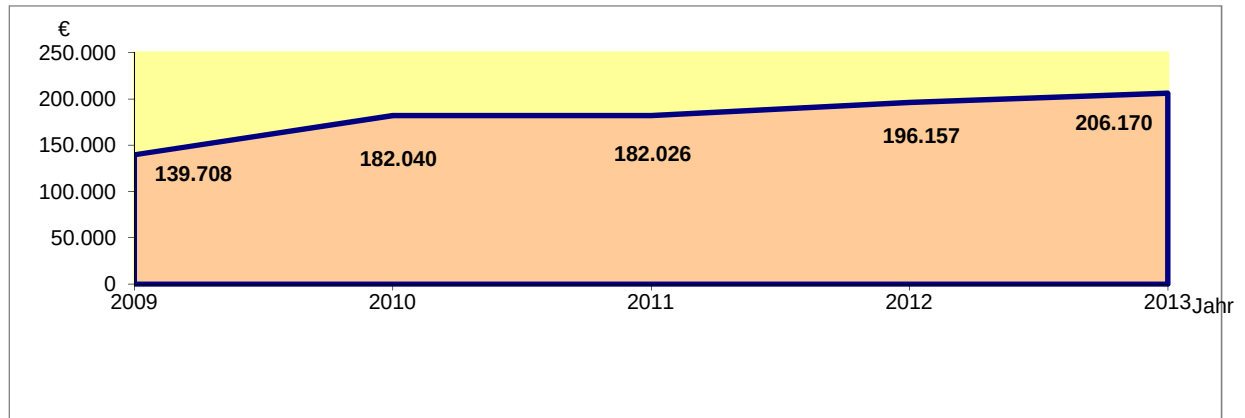
7. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an Protec:

⇒ 206.170 € Verbandsumlage

Das Gesamtaufkommen der Verbandsumlage lag bei 2.281.309 €.

8. Entwicklung der Verbandsumlage



Zweckverband KIRU Reutlingen-Ulm**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm
Kontakt:	Schule-Delitzsch-Weg 28, 89079 Ulm Tel.: 0731 / 9455-0 Fax: 0731 / 9455-47190 E-Mail: info@rz-kiru.de Homepage: www.rz-kiru.de
Gründungsdatum:	1. Januar 2002
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

Die Angaben zum Wirtschaftsjahr 2013 stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Verbandsversammlung im November 2014.

2. Gegenstand des Unternehmens

Der Verband erledigt folgende ihm von seinen Mitgliedern übertragenen Aufgaben der Informationsverarbeitung im hoheitlichen Bereich:

- ⇒ Betrieb von Zentren für Dienstleistungen der Informationsverarbeitung und der damit zusammenhängenden Leistungen,
- ⇒ Einrichtung, Wartung und Pflege von Anlagen und Programmen der Informationsverarbeitung,
- ⇒ Betrieb von Rechnern, Beratung über Angelegenheiten der Informationsverarbeitung,
- ⇒ Schulung des Personals von Verbandsmitgliedern.

Er kann eigene Aufgaben einem anderen Zweckverband für Kommunale Datenverarbeitung zur Erledigung auch für seine Mitglieder übertragen. Er kann Aufgaben, die er für seine Mitglieder erledigt, oder ähnliche Aufgaben auch für sonstige Rechtsträger ausführen und die Erledigung von Aufgaben an sonstige Rechtsträger überlassen.

KIRU kann auch Aufgaben durch Dritte erledigen lassen.

Der Verband erstrebt keinen Gewinn.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mit dem Zusammenschluss des Zweckverbands Regionales Rechenzentrum Alb-Schwarzwald in Reutlingen (RRAS) mit dem Zweckverband Interkommunale Datenverarbeitung in Ulm (IKD) zum Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) werden ab dem Jahr 2002 keine Vermögensanteile der einzelnen Mitglieder mehr ausgewiesen.

Das Stammkapital und die Eigenvermögensumlage des Zweckverbandes betragen unverändert 7.130.386,77 €. Die allgemeine Rücklage weist 5.412.113,23 € aus.

Der rechnerische Anteil des Bodenseekreises betrug bei der Gründung des Zweckverbandes 2,0575 % und repräsentierte eine Einlage in das Gesamtvermögen von 146.708,14 €.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:

Manfred Allgaier

Als weitere Organe sind der Verwaltungsrat und die Verbandsversammlung eingerichtet.

5. Öffentlicher Zweck

Die Rechenzentrumsgruppe KIRU erbringt im Auftrag ihrer Verbandsmitglieder und Kunden umfangreiche DV-Aufgaben - von der Bereitstellung der DV-technischen Produktion mit zentralem Hard- und Softwarebetrieb über die Übermittlung und Betreuung der Vorortkomponenten bis hin zu Auslieferungen der Ausdrucke.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ Interkommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm GmbH Reutlingen (Einlage: 1 Mio. €, Anteil: 100 %)
- ⇒ Datenzentrale Baden-Württemberg Stuttgart (Einlage: 383.468 €, Anteil: 25 %)
- ⇒ DZ Datenzentrale Entwicklungs- und Vertriebs GmbH Stuttgart (Einlage: 63.911 €, Anteil: 13,89 %)

Die Hauseigentümergeellschaft Interkommunale Datenverarbeitung und Rechenzentrum Ulm -GbR - Ulm (Einlage: 920.325 €, Anteil: 90 %) wurde zum 1. April 2012 eingegliedert.

7. Wichtige Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

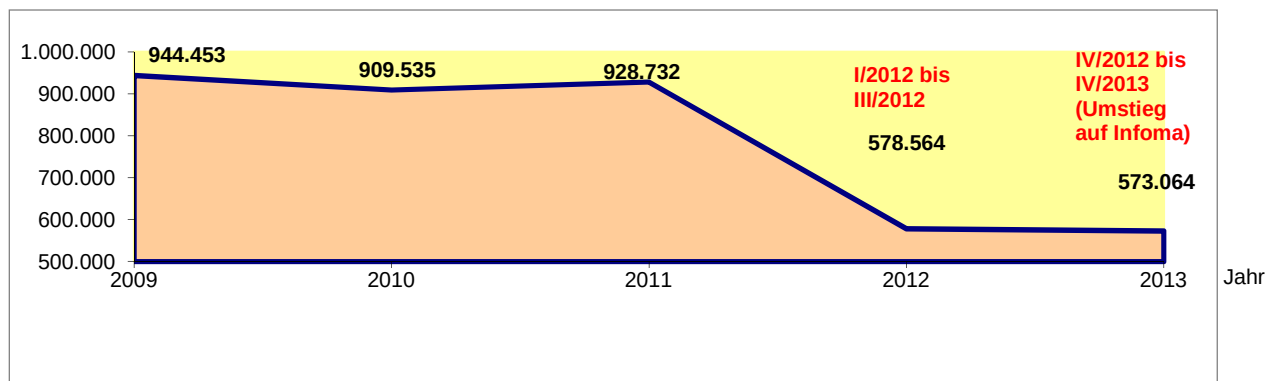
Zahlungen vom Bodenseekreis an KIRU:

- ⇒ 573.064 € für Leistungen des Quartale IV 2012 bis IV 2013

9. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Zahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende zum 31. Dezember 2013 beträgt 400 und gliedert sich wie folgt: 54 Beamte und 346 Angestellte.

10. Entwicklung der Zahlungen an den ZV KIRU



VII. Stiftungen des Landkreises

Kunst- und Kulturstiftung des Bodenseekreises

1. Allgemeine Angaben

Name der Stiftung:	Kunst- und Kulturstiftung des Bodenseekreises
Kontakt:	c/o Kulturamt Landratsamt, Schloss Salem, 88682 Salem Tel.: 07553/91675-11 Fax: 07553/91675-20 E-Mail: feucht@kultur-bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	24.01.2001 (Rechtskraft)
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand der Stiftung

Die Stiftung des bürgerlichen Rechts strebt die nachhaltige Förderung der Kunst, Kultur und Geschichte auf Dauer an, das reichhaltige kulturelle Erbe der Region zu erhalten und zu mehren und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

3. Stifter/Stiftungsgeber

Die Mittel der OEW-Sonderausschüttung von 766.937,82 € (1,5 Mio. DM) wurden als Stiftungsvermögen eingebracht.

Als Stiftungsgeber gilt der Bodenseekreis.

4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind die der Vorstand und der Stiftungsrat.

Geschäftsführer: Dr. Stefan Feucht, Bodenseekreis

5. Stiftungszweck

Die Stiftung dient der Förderung von Kunst, Kultur und Geschichte des Bodenseekreises und der Bodenseeregion und nimmt hierfür insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- ⇒ die Förderung von Kunst, Kultur und Geschichte
- ⇒ der Erwerb von Kunstwerken und Kulturgütern mit Bezug auf den Raum
- ⇒ die Förderung von Ausstellungen und Veröffentlichungen zu Kunst, Kultur und Geschichte
- ⇒ Organisation und Betrieb von Ausstellungen und Veranstaltungen nichtgewerblicher Art über Kunst, Kultur und Geschichte
- ⇒ Vergabe eines Preises für herausragende kulturelle Leistungen oder zur Förderung von wissenschaftlichen Forschungen

6. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Stiftung beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Der Bodenseekreis stellt für die Verwaltung der Stiftung Personal zur Verfügung.

7. Finanzbeziehungen

keine

Stiftung „Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee“ (KOB)

1. Allgemeine Angaben

Name der Stiftung:	Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee
Kontakt:	Schuhmacherhof 6, 88213 Ravensburg - Bavendorf Tel.: 0751/7903-0 Fax: 0751/790-33 22 E-Mail: poststelle@kob-bavendorf.de Homepage: www.kob-bavendorf.de
Gründungsdatum:	15. September 2000
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand der Stiftung

Der Schwerpunkt der gemeinnützigen Stiftung des bürgerlichen Rechts ist die Forschung in folgenden Arbeitsbereichen:

- ⇒ Nacherntephysiologie
- ⇒ Kulturführung Kern- und Steinobst
- ⇒ Sortenprüfung inkl. Sortenerhaltungszentrale BW
- ⇒ Ökologischer Obstbau
- ⇒ Betriebswirtschaft und Markt
- ⇒ Übergebietsliche Pflanzenschutzberatung und Versuchswesen im Obstbau
- ⇒ Streuobst- und Landschaftspflege

3. Stiftungsgründer

- ⇒ Ministerium Ländlicher Raum Baden-Württemberg
- ⇒ Universität Hohenheim
- ⇒ Landkreise Ravensburg, Bodenseekreis und Konstanz
- ⇒ Württembergische Obst- und Gemüse-Genossenschaft (WOG)
- ⇒ Marktgemeinschaft Bodenseeobst (MABO)
- ⇒ Landesverband Erwerbsobstbau (LVEO) und
- ⇒ Landesverband Obstbau, Garten und Landschaft Baden-Württemberg e.V.
- ⇒ Ökobo GmbH
- ⇒ Obstgroßmarkt Oberkirch

4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind der Vorstand und der Beirat.

Geschäftsführer: Dr. Manfred Büchele

Vorstandsvorsitzender: Joachim Hauck, MDG

5. Stiftungszweck

Die Stiftung „Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee“ dient der Förderung des umweltverträglichen Obstanbaus und des Streuobstbestandes in der Bodenseeregion und damit auch dem Erhalt der dort gewachsenen Kulturlandschaft. Das Kompetenzzentrum übernimmt dabei Aufgaben an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Praxis. Hierzu zählt einerseits die an den Standort gebundene grundlagenorientierte Forschung. Andererseits soll durch anwendungsorientierte Forschung, Untersuchungen und Beratung, aber auch durch grenz-

überschreitende Zusammenarbeit mit Einrichtungen anderer Obstbauregionen die Umsetzung von Forschungsergebnissen in die obstbauliche Praxis gefördert werden.

6. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Bei der Stiftung waren 85 Mitarbeiter überwiegend in befristeten Arbeitsverhältnissen angestellt. Zusätzlich wurden vom Land 7 Personen überlassen.

7. Finanzbeziehungen

Zahlungen des Bodenseekreis an die KOB:

- ⇒ 70.000 € jährlich Projektmittel
- ⇒ 24.722 € Personalkosten (50 %)
- ⇒ 16.800 € Mietkostenerstattung
- ⇒ 16.500 € Sächlicher Verwaltungsaufwand
- ⇒ 809 € Äpfel für Kantine und Veranstaltungen
- ⇒ 33.194 € Zahlung für Schulfruchtprogramm (Rückerstattung von KOB durch Sponsoringelder der EnBW an die KOB, daher Saldo 0,00 €)

Zahlung von der KOB an den Bodenseekreis:

- ⇒ 1.543 € Zinsen für Darlehen (1 % über dem Basiszins der Bundesbank)

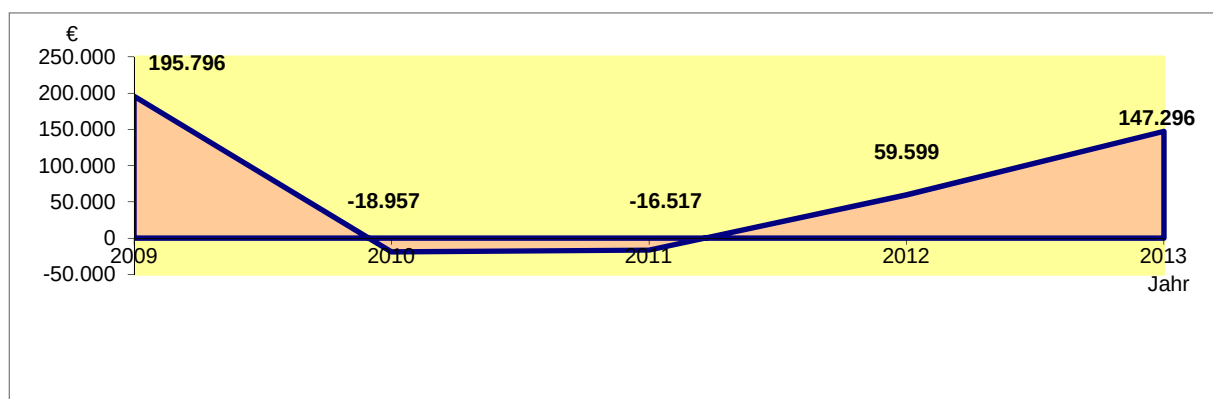
Gewährte Darlehen:

- ⇒ 180.000 € Darlehen vom 15. Oktober 2012
Die Befristung galt zunächst bis zum 31. Juli 2013.
Die Rückzahlung erfolgte in zwei Teilzahlungen am 31. Juli 2013 und 31. Dezember 2013.

8. Aktuelle Entwicklung

Im laufenden Jahr machte das KOB einen Umsatz von 4.493.207 € (Vj. 3.853.521 €) und erwirtschaftete einen Überschuss von 147.296 € (Vj. 59.599 €).

9. Entwicklung des Jahresabschlusses



Stiftung „Naturschutzzentrum Eriskirch“**1. Allgemeine Angaben**

Name der Stiftung:	Stiftung Naturschutzzentrum Eriskirch
Kontakt:	Bahnhofstraße 24, 88097 Eriskirch Tel.: 07541/81-888 Fax: 07541/81-899 E-Mail: info@naz-eriskirch.de Homepage: www.naz-eriskirch.de
Gründungsdatum:	16. Juni 1992 (Rechtskraft)
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand der Stiftung

Der Zweck der Stiftung ist die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie der Betrieb eines Naturschutzzentrums.

3. Stifter/Stiftungsgeber

Gründer der Stiftung sind der Landkreis Bodenseekreis, das Land Baden-Württemberg und die Gemeinde Eriskirch.

4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind der Stiftungsrat und das Kuratorium.

Geschäftsführer: Gerhard Kersting

5. Stiftungszweck

Die Stiftung "Naturschutzzentrum Eriskirch" dient der Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- ⇒ Betreiben eines Naturschutzzentrums in Eriskirch als Schwerpunkt der Naturschutzbildungsarbeit
- ⇒ Betreuung und Organisation der Pflege des Naturschutzgebietes "Eriskircher Ried" sowie des nördlichen Bodenseeufer in Zusammenarbeit mit den örtlichen Verbänden
- ⇒ Präsentation von Ausstellungen mit natur- und landeskundlichem Bezug
- ⇒ Organisation von Informationsveranstaltungen zu Aufgaben des Natur- und Landschaftsschutzes
- ⇒ Durchführung von Maßnahmen der Besucherlenkung, insbesondere in Naturschutzgebieten
- ⇒ Erarbeitung von Informationsmaterial über Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie über den Schutz des nördlichen Bodenseeufer
- ⇒ Organisation von Fachtagungen und Seminaren
- ⇒ Auswertung von Forschungsergebnissen über Natur und Landschaft am Bodensee
- ⇒ Unterstützung der Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Naturschutzwarte
- ⇒ praktische Unterstützung der Naturschutzarbeit im Bodenseekreis.

Mit Zustimmung der Naturschutzbehörde kann die Stiftung Pflege und Betreuung sonstiger Schutzgebiete im Bodenseekreis übernehmen.

6. Anzahl der 2013 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben dem hauptamtlichen Geschäftsführer gab es eine Sekretariatskraft (65 %), eine 400 €-Kraft und zwei Praktikanten des Freiwilligen Ökologischen Jahres.

7. Finanzbeziehungen

Zahlung vom Bodenseekreis an das NAZ Eriskirch_

⇒ 53.700 € Finanzierungsanteil

Im Stiftungsgeschäft von 1. April 1992 ist festgehalten, dass die zum Betrieb notwendigen Mittel vom Land Baden-Württemberg zu 70 % und vom Bodenseekreis zu 30 % gestellt werden. Die Gemeinde Eriskirch stellt das Gebäude kosten- und abgabefrei zur Verfügung.

8. Aktuelle Entwicklung

Das Berichtsjahr 2013 verlief für die Stiftung außerordentlich erfolgreich. Die Ausstellung wurde von 11.155 Personen besucht, das ist das bislang zweitbeste Ergebnis in den vergangenen 20 Jahren. 3.598 Teilnehmer konnten bei 237 Veranstaltungen gezählt werden, davon sind knapp die Hälfte Kinder und Jugendliche.

Ergänzend zur Dauerausstellung konnten fünf Wechselausstellungen präsentiert werden, darunter die selbst erstellte Ausstellung „Greifvögel – Flugkünstler mit scharfem Blick“ und die von den Naturmuseen Thurgau und Olten erstellte Ausstellung „Baumeister Biber“.

Mit verantwortlich für den Erfolg waren verstärkte Werbemaßnahmen: Ein Plakat wurde entworfen, außerdem machen große, attraktive Tafeln im Gelände auf das Haus aufmerksam. Die Betreuungs- und Pflegearbeiten im Eriskircher Ried konnten in enger Zusammenarbeit mit der Naturschutzverwaltung, dem NABU und der Landwirtschaft erfolgreich durchgeführt werden, so dass die hohe Wertigkeit des Gebietes erhalten blieb.

Stiftung „Perspektive Jugend im Bodenseekreis“**1. Allgemeine Angaben**

Name der Stiftung:	Stiftung Perspektive Jugend im Bodenseekreis
Kontakt:	c/o Sozialdezernat Landratsamt Albrechtstraße 77, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541/204-5713 Fax: 07541/204-7713 E-Mail: christine.bougerra@bodenseekreis.de Homepage: www.bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	26. August 2009
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand der Stiftung

Der Stiftungszweck soll verwirklicht werden durch:

- ⇒ Die Unterstützung und Begleitung von Netzwerken relevanter Akteure im Bereich Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt
- ⇒ Die Förderung von Bildungseinrichtungen bzw. Projekten zur Begleitung des Übergangs Schule – Beruf, zur vertieften Berufsorientierung oder zur Förderung von chancenbenachteiligten Jugendlichen

3. Stifter/Stiftungsgeber

Stiftungsgeber ist der Bodenseekreis.

4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind der Vorstand und der Stiftungsrat.

Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich

5. Stiftungszweck

Satzungsmäßiger Stiftungszweck ist die Förderung von Erziehung und Bildung.

6. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Stiftung wird ausschließlich ehrenamtlich verwaltet.

7. Finanzbeziehungen

keine

8. Erfüllung des Stiftungszwecks

Proaktives Handeln, bevor „das Kind in den Brunnen gefallen ist“, mehr in die Prävention und weniger in Reparaturmaßnahmen zu investieren, sind eindeutige Erkenntnisse, die der Landkreis insbesondere bei der Betreuung der langzeitarbeitslosen Jugendlichen gewinnen konnte.

Um jungen Menschen daher rechtzeitig den Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsstellen zu ebnen, hat der Landkreis Bodenseekreis bereits im Jahre 2006 die Initiative „Null Prozent Jugendarbeitslosigkeit im Bodenseekreis – gerade hier!“ ins Leben gerufen und diese mit der Gründung der Stiftung „Perspektive Jugend im Bodenseekreis“ im Jahr 2009 verstetigt. Initiative und Stiftung haben es sich zur Aufgabe gemacht, Strukturen für ein regionales Übergangsmanagement aufzubauen, um jungen Menschen einen reibungslosen und rechtzeitigen Übergang in Ausbildungs- oder Arbeitsstellen zu ermöglichen.

Um heute und in Zukunft Jugendlichen eine Eintrittskarte ins Berufsleben mitgeben zu können, sind verlässliche Partner gefragt. Unter der Koordination des Landratsamts Bodenseekreis wurden hierfür Partner aus Schulen, Wirtschaft, Politik, Bildung, Verwaltung und bürgerschaftlichem Engagement gewonnen.

Im Kern unterstützt die Stiftung chancenbenachteiligte junge Menschen am Übergang Schule-Beruf mit Projekten zur Förderung der Berufsorientierung, der Ausbildungsreife und der Berufswahlkompetenz. Beispielsweise hat die Stiftung das Projekt „Ran an die Zukunft“ des Mehrgenerationenhauses Markdorf an der Förderschule Salem gefördert. Durch intensive Elternarbeit, ehrenamtliche Paten und erlebnispädagogische Angebote sollen Selbstbewusstsein, Eigenständigkeit und Lernmotivation gefördert, schulische Leistungen verbessert sowie Schülerinnen und Schüler auf die Berufsausbildung vorbereitet werden.

Die Stiftung soll künftig noch stärker mit gleichgerichteten Programmen wie der Bildungsregion und dem Bildungs- und Teilhabepaket zusammen arbeiten, um die Angebote für die Zielgruppe noch enger zu verzahnen und abzustimmen.

VII. Anhang

1. Rechtsgrundlagen

§ 105 Gemeindeordnung (GemO)

Prüfung, Offenlegung und Beteiligungsbericht

- (1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang beteiligt, hat sie
 1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,
 2. dafür zu sorgen, dass
 - a) der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zusammen mit dessen Ergebnis, das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die beschlossene Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrags ortsüblich bekannt gegeben werden,
 - b) gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich ausgelegt werden und in der Bekanntgabe auf die Auslegung hingewiesen wird.
- (2) Die Gemeinde hat zur Information des Gemeinderats und ihrer Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen. In dem Beteiligungsbericht sind für jedes Unternehmen mindestens darzustellen:
 1. der Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
 2. der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens,
 3. für das jeweilige letzte Geschäftsjahr die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens sowie die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats oder der entsprechenden Organe des Unternehmens für jede Personengruppe; § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs gilt entsprechend.Ist die Gemeinde unmittelbar mit weniger als 25 vom Hundert beteiligt, kann sich die Darstellung auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens beschränken.
- (3) Die Erstellung des Beteiligungsberichts ist ortsüblich bekannt zu geben; Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b gilt entsprechend.
- (4) Die Rechtsaufsichtsbehörde kann verlangen, dass die Gemeinde ihr den Beteiligungsbericht und den Prüfungsbericht mitteilt.

§ 48 Landkreisordnung (LKrO)

Anzuwendende Vorschriften

„Auf die Wirtschaftsführung des Landkreises finden die für die Stadtkreise und Großen Kreisstädte geltenden Vorschriften über die Gemeindevirtschaft entsprechende Anwendung....“

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

A. Kennzahlen zur Vermögenslage

Anlagenintensität $\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen (=Bilanzsumme)}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen. Eine hohe Anlagenintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven (Fixkosten) Betrieb des Unternehmens.

Umlaufintensität $\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen (= Bilanzsumme)}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen.

B. Kennzahlen zur Finanzlage

Eigenkapitalquote $\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Eine hohe Eigenkapitalquote gilt als Indikator für die Bonität eines Unternehmens.

Fremdkapitalquote $\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital.

Anlagendeckung I $\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Anlagevermögen. Die Anlagendeckung dient der Beurteilung der langfristigen Liquidität (langfristig gebundene Vermögenswerte sollen durch langfristiges Kapital finanziert werden).

C. Kennzahlen zu Ertrag und Rentabilität

Umsatzrentabilität $\frac{\text{Betriebsergebnis}}{\text{Umsatz}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses an den Umsatzerlösen. Die Umsatzrentabilität misst den Betriebserfolg an der Umsatztätigkeit.

Eigenkapitalrentabilität $\frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Eigenkapital}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Eigenkapital. Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

Gesamtkapitalrentabilität $\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Gesamtkapital. Gesamtkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte (Gesamt-)Kapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

Kostendeckung $\frac{\text{Umsatzerlöse} \times 100}{\text{Gesamtaufwand}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil der Umsatzerlöse am Gesamtaufwand. Kostendeckungsgrad gibt an, in welchem Maße ein Unternehmen seine Aufwendungen am Markt über Umsatzerlöse decken kann.

Cashflow $\begin{aligned} &\text{Jahresüberschuss} \\ &+ \text{Abschreibungen auf Sachanlagevermögen} \\ &+ \text{Erhöhung der Rückstellungen} \\ &- \text{Verminderung der Rückstellungen} \\ &= \text{Cash Flow} \end{aligned}$

Erläuterung: Der Cash-Flow beschreibt den Mittelzufluss des Geschäftsjahres, dem kein unmittelbarer Mittelabfluss gegenübersteht. Er zeigt, in welchem Umfang Finanzmittel für das Folgejahr zur Verfügung stehen.

